



Europäische  
Kommission

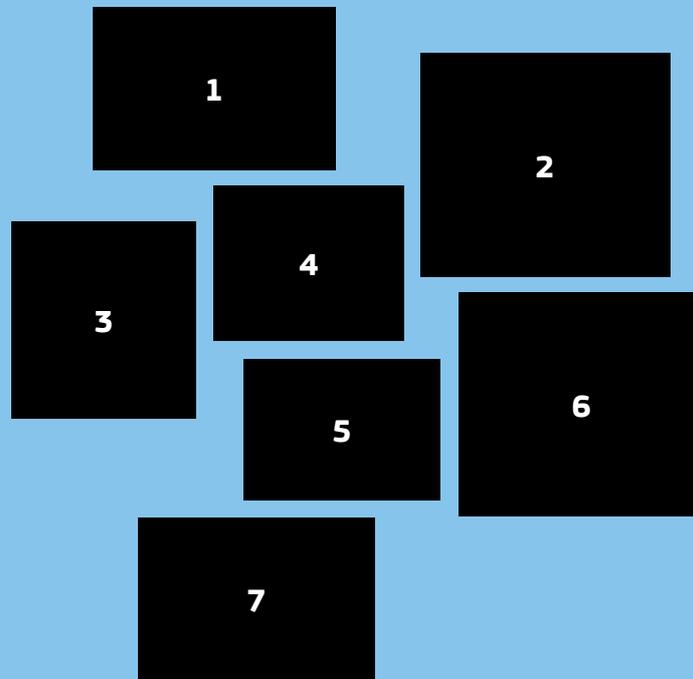
# Die EU im Jahr



# 2023

GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT  
DER EUROPÄISCHEN UNION

## Auf dem Deckblatt



1. Am 9. Mai 2023, dem Europatag, reiste Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (links), nach Kyjiw (Ukraine), wo sie den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj (rechts) traf.
2. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, reiste am 9. August 2023 nach Ljubljana (Slowenien), um ihre Solidarität zu bekunden und sich selbst ein Bild von den Schäden der Überschwemmungen im Land zu machen.
3. Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (links), begrüßt Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments (rechts), bei der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Europäischen Zentralbank in Frankfurt (Deutschland), 24. Mai 2023. (© AFP)
4. (© Adobe Stock)
5. Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, leitete den Vorsitz der Tagung des Europäischen Rates am 14. und 15. Dezember 2023 in Brüssel (Belgien). Bei dieser Tagung sprachen die Staats- und Regierungschefs der EU über die Entwicklung der Lage im Nahen Osten, die anhaltende Unterstützung der Ukraine angesichts des russischen Angriffskriegs, den langfristigen Haushalt der EU, Fragen der Erweiterung, Sicherheit und Verteidigung sowie die Außenbeziehungen.
6. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (2. von links), Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO (3. von links), und der norwegische Premierminister Jonas Gahr Støre (links) bei dem Besuch einer Bohrinsel zur Erdgasgewinnung des norwegischen Unternehmens Equinor vor der Westküste Norwegens, 17. März 2023.
7. Viele Überlebende des Erdbebens in der Türkei leiden nach den Ereignissen unter psychischen Traumata. Mit Unterstützung der humanitären Hilfe der EU hat Unicef in den betroffenen Gebieten Zentren eingerichtet, in denen Kinder und ihre Betreuungspersonen psychosoziale Hilfe bekommen. Dort können die Kinder in Sicherheit lernen, spielen und sich erholen. August 2023.

---

# Die EU im Jahr 2023

GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT  
DER EUROPÄISCHEN UNION

Veröffentlicht nach Artikel 249 Absatz 2 des Vertrags  
über die Arbeitsweise der Europäischen Union

---

**Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Links zu Online-Inhalten ist in den Formaten PDF und HTML unter folgender Adresse verfügbar:** <http://europa.eu/general-report/de>



## **Die EU im Jahr 2023 – Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union**

Europäische Kommission  
Generaldirektion Kommunikation  
Redaktionelle Dienste und Gezielte Kommunikation  
1049 Bruxelles/Brussel  
BELGIQUE/BELGIË

*Die EU im Jahr 2023 – Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union* wurde von der Europäischen Kommission am 7. März 2024 unter der Nummer C(2024) 1633 angenommen.

Print	ISBN 978-92-68-11602-9	ISSN 1608-7313	doi:10.2775/028504	NA-AD-24-001-DE-C
PDF	ISBN 978-92-68-11566-4	ISSN 1977-3412	doi:10.2775/384133	NA-AD-24-001-DE-N
HTML	ISBN 978-92-68-11609-8	ISSN 1977-3412	doi:10.2775/699818	NA-AD-24-001-DE-Q

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024



© Europäische Union, 2024

Die Weiterverwendungspolitik der Kommission unterliegt dem Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2011/833/oj>).

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen der Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

### **BILDNACHWEISE**

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

# Vorwort



**Ursula von der Leyen**

Präsidentin der  
Europäischen Kommission

2023 war ein wichtiges Jahr – eines, in dem die Europäische Union einmal mehr den Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger gerecht geworden ist und neue Herausforderungen angenommen hat. Bei den sechs Prioritäten, die wir uns zu Beginn unseres Mandats gesetzt haben, sind wir auf Kurs geblieben. Gleichzeitig sind wir kühn und ehrgeizig an einige der größten Bewährungsproben herangegangen, denen sich Europa jemals stellen musste.

Von Russlands brutalem Angriffskrieg gegen die Ukraine bis zur schlimmsten Energiekrise seit Jahrzehnten, von der in Lichtgeschwindigkeit fortschreitenden Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) bis zur sich verschärfenden Klimakrise – wir haben die Ärmel hochgekrempt und diese historischen Herausforderungen mutig pariert. Unsere Union ist eben immer dann am stärksten, wenn sie etwas wagt!

Bereits das zweite Jahr in Folge ist Europa jederzeit mit Einigkeit, Stärke und Entschlossenheit für die Ukraine eingetreten. Wir haben den Weg für die Aufnahme von mehr als 4 Millionen ukrainischen Geflüchteten in der Europäischen Union geebnet und finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe organisiert – bislang in Höhe von über 88 Mrd. EUR. Wir weichen der Ukraine nicht von der Seite, solange sie uns auch brauchen mag. Während das ukrainische Volk dem Aggressor die Stirn bietet, werden wir in den nächsten vier Jahren über die neue Ukraine-Fazilität weitere 50 Mrd. EUR für grundlegende Dienstleistungen bereitstellen, damit die Schulen geöffnet bleiben und Löhne, Gehälter und Renten ausgezahlt werden können.

Das ukrainische Volk wird 2023 als das Jahr in Erinnerung behalten, in dem seine Träume ein Stück weit wahr geworden sind. Auf Empfehlung der Kommission hat unsere Union in Anerkennung der enormen Fortschritte der Ukraine und als Reaktion auf den Wunsch des ukrainischen Volkes den historischen Beschluss gefasst, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen.

Gleichzeitig hat die Union den Umbau unserer Wirtschaft weiter vorangetrieben. Zunächst im Bereich der Digitalisierung. Unser europäisches Chip-Gesetz hat bereits geplante Investitionen von über 100 Mrd. EUR – öffentlich wie privat – entlang der gesamten Wertschöpfungskette generiert. Unser Gesetz über künstliche Intelligenz macht Europa zum ersten Kontinent mit eigener Regulierung im Bereich der künstlichen Intelligenz, mit Schwerpunkt auf hochriskanten KI-Anwendungen. Es ist weit mehr als ein Regelwerk. Es sichert unseren Unternehmen die vorderen Plätze bei der Entwicklung vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz.

Auch beim Übergang zu einer sauberen Wirtschaft ist unsere Union am Ball geblieben. Mit dem von uns festgelegten Rahmen sollen die Kohlendioxidemissionen bis zum Ende dieses Jahrzehnts um mindestens 55 % sinken, um Europa auf Kurs in Richtung Klimaneutralität im Jahr 2050 zu halten. Unsere Netto-Null-Industrie-Verordnung stärkt die heimischen Fertigungskapazitäten für saubere Energie und somit auch die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit der Industrie. Wir werden die europäischen Unternehmen beim Übergang begleiten, damit sie ihren Wettbewerbsvorteil nicht verlieren. Europa muss bevorzugter Standort für Investitionen bleiben, die

stabile, zukunftsfähige und hochwertige Arbeitsplätze hervorbringen, mit einer starken industriellen Basis.

Als Reaktion auf die geopolitischen Umbrüche haben wir Europas erste Strategie für wirtschaftliche Sicherheit aufgelegt. In diesem Zusammenhang haben wir konkrete Maßnahmen ergriffen, um unsere Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und Risiken für unsere Wirtschaft zu verringern. Dadurch sichern wir unsere Souveränität, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand in den kommenden Jahren. NextGenerationEU zielt in dieselbe Richtung. Mit einem Volumen von mehr als 800 Mrd. EUR bringt dieses Instrument unsere Volkswirtschaften mit einer Mischung aus Investitionen und Reformen voran. Hunderte grüne und digitale Projekte werden aus NextGenerationEU finanziert. Diese liefern bereits jetzt greifbare Ergebnisse für die Europäerinnen und Europäer: von Offshore-Windparks bis zu Zügen mit Elektroantrieb, von zuverlässigen elektronischen Behördendiensten bis zu Krankenhäusern der Spitzenklasse.

2024 wird ein besonderes Jahr für unseren Kontinent: Die Menschen entscheiden an den Wahlurnen, wer künftig die Geschicke Europas leiten wird. Eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie Demokratie unsere Gesellschaft fairer, unsere Industrie wettbewerbsfähiger und unsere Wirtschaft krisenfester macht. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Union weiterhin stark sein wird. Denn je größer die Herausforderungen sind, desto stärker ist Europa.

Es lebe Europa!

Ursula von der Leyen

# Inhalt



- 1.** Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine — *8*
- 2.** Stärkung von Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit der EU — *23*
- 3.** Für ein klimaneutrales und wohlhabendes Europa — *48*
- 4.** Erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa — *68*
- 5.** Ein Europa für das digitale Zeitalter — *79*
- 6.** Verwirklichung eines fairen und sozialen Europas — *96*
- 7.** Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Grundfreiheiten — *113*
- 8.** Förderung der europäischen Interessen und Werte in der Welt — *130*
- 9.** Institutionelle Entwicklungen und Stärkung der Demokratie — *150*



# 1. Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

## Einleitung

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Bedrohung für das Wesen der Demokratie und führt der Weltgemeinschaft vor Augen, welche Gefahren von autoritären Regimen ausgehen. Die unerschütterliche Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine ist mehr als Solidarität mit einem Nachbarland, das mit einer rechtswidrigen und ungerechtfertigten Invasion konfrontiert ist; vielmehr spiegelt dieser Beistand ein gemeinsames Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen, zur Wahrung einer regelbasierten internationalen Ordnung sowie zum Frieden in Europa wider. Deshalb stand die EU der Ukraine, die mit einem unprovzierten, ungerechtfertigten Angriffskrieg und einer rechtswidrigen Annexion von Teilen ihres Hoheitsgebiets durch Russland konfrontiert ist,

↑

Russische Truppen wollten Oksana zu ihrem Enkel, der ukrainischer Soldat ist, befragen. Nach deren Rückzug wurde ihr Haus durch Artilleriefeuer zerstört. Die humanitäre Hilfe der EU unterstützt Menschen wie Oksana, indem ihnen Lebensmittel, Wasser, lebenswichtige Haushaltsartikel, Gesundheitsversorgung, einschließlich psychischer und psychosozialer Unterstützung, sowie Notunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. 21. März 2023.

im Jahr 2023 weiter zur Seite. Das vorliegende Kapitel veranschaulicht, in welcher Form die EU der Ukraine Beistand leistet. Dies umfasst finanzielle und humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe, die Bekämpfung von Desinformation, die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge, militärische Unterstützung und Ausbildung, Unterstützung bei der Verteidigung und beim Wiederaufbau des Landes sowie Sanktionen und Strafverfolgungsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass Russland für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wird.

## Solidarität mit der Ukraine

### Finanzielle und militärische Unterstützung

Zwischen dem Beginn des russischen Angriffskriegs und Ende 2023 stellten die EU und ihre Mitgliedstaaten insgesamt fast 85 Mrd. EUR bereit, um die Ukraine und ihre Bevölkerung zu unterstützen. Dieser Betrag umfasst insbesondere Makrofinanzhilfen in Höhe von 25,2 Mrd. EUR, einschließlich eines Unterstützungspakets in Höhe von 18 Mrd. EUR für die Ukraine im Jahr 2023 im Rahmen des Instruments Makrofinanzhilfe Plus. Makrofinanzhilfen sind eine Art finanzieller Hilfe, die die EU Partnerländern gewährt, die mit ernststen finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Das Ziel ist, die Länder bei der Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften und der Umsetzung notwendiger Reformen zu unterstützen. Dank dieser Mittel kann die Ukraine weiter Löhne und Renten auszahlen, grundlegende öffentliche Dienstleistungen aufrechterhalten (z. B. Krankenhäuser, Schulen und Wohnraum für Menschen, die umgesiedelt werden mussten) und kritische Infrastrukturen

wiederaufbauen. Zugleich nutzt das Land die Gelder, um institutionelle Reformen durchzuführen, beispielsweise im Justizwesen und zur Korruptionsbekämpfung.

Der Wert der bislang von der EU und ihren Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Unterstützung beläuft sich auf über 27 Mrd. EUR, einschließlich 5,6 Mrd. EUR aus der Europäischen Friedensfazilität. Hierzu zählt auch die im März 2023 vereinbarte gemeinsame Beschaffung und Lieferung von Munition an die Ukraine: In diesem Rahmen wurden bis Ende des Jahres etwa 313 600 Schuss Munition und 3 315 Raketen geliefert. Über die militärische Unterstützungsmission zur Unterstützung der Ukraine trägt die Europäische Friedensfazilität auch zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte bei; hierfür stehen 362 Mio. EUR zur Verfügung, die vom Rat der Europäischen Union verwaltet werden. Der Großteil der restlichen militärischen Hilfgelder für die Ukraine wird bilateral von den Mitgliedstaaten bereitgestellt und finanziert.

→ Treffen der Europäischen Kommission mit der ukrainischen Regierung in Kyjiw (Ukraine), 2. Februar 2023.



### Militärische Unterstützung

Die Europäische Friedensfazilität ist ein Instrument zur Finanzierung von Maßnahmen im Außenbereich mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen. Zudem ermöglicht sie die Unterstützung von Partnerländern bei Friedenssicherungseinsätzen. Sie wird durch die Mitgliedstaaten finanziert.

Für die militärische Unterstützung der Ukraine spielt die Fazilität eine zentrale Rolle. Seit Beginn der unprovzierten, ungerechtfertigten militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine hat die EU auf Basis dieses Instruments sieben Unterstützungspakete angenommen. Die Unterstützung erfolgt in Form von Lieferungen militärischer Verteidigungsgüter an die ukrainischen Streitkräfte sowie mittels einer dreigleisigen Initiative für Munition im Umfang von insgesamt 5,6 Mrd. EUR.

Über die militärische Unterstützungsmission, die ihren Sitz in Polen und in Deutschland hat, wirkt die EU auch an der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte mit. Damit hilft die EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte einem Land, das sich im Krieg befindet, durch militärische Ausbildung. Bis Ende 2023 wurden im Rahmen der Mission rund 39 000 ukrainische Soldaten geschult.

Als Reaktion auf den dringenden Aufruf des Rates, Munition an die Ukraine zu liefern, legte die Kommission im Mai 2023 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion vor. Die im Juli angenommene Verordnung soll insbesondere die Reaktionsbereitschaft der EU-Verteidigungsindustrie sowie deren Fähigkeit stärken, in Europa rechtzeitig Munition und Flugkörper bereitzustellen. Die Kommission hat hierfür 500 Mio. EUR vorgesehen, und zwar in Form von Finanzhilfen, die 2024 ausgezahlt werden, um die Produktion zu verbessern und zu beschleunigen. (Weitere Informationen zum Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten der EU siehe Kapitel 8.)

Der oben genannte Gesamtbetrag von fast 85 Mrd. EUR umfasst auch 17 Mrd. EUR, die den Mitgliedstaaten für die Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen bereitgestellt wurden. Derzeit leben fast 4,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine, denen die EU vorübergehenden Schutz gewährt, in den Mitgliedstaaten.

Außerdem stellte die EU zusammen mit den Mitgliedstaaten rund 3 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe in der Ukraine bereit. Hiervon stammten rund 800 Mio. EUR unmittelbar von der Kommission. (Weitere Informationen siehe unten im Abschnitt „Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe für die Ukraine“.)

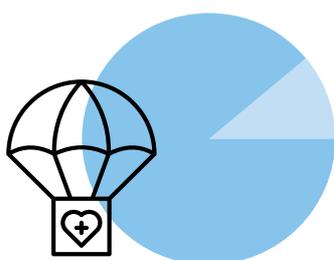


←  
 Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine (rechts im Vordergrund), und Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für ein stärkeres Europa in der Welt (links im Vordergrund), im Vorfeld eines Rundtischgesprächs auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel (Belgien) am 9. Februar 2023.

Im Juni erhielt die Ukraine Zugang zu „Connecting Europe“, dem EU-Programm für Infrastrukturfinanzierung. Dadurch kann das Land nun EU-Mittel für Infrastrukturprojekte beantragen, die seine Anbindung an die EU in den Bereichen Energie, Verkehr und digitale Netze verbessern sollen. Im Jahr 2023 fällt die EU auch die historische Entscheidung, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen; damit erkannte sie die erheblichen Anstrengungen an, die das Land zur Angleichung

an die Standards der EU unternommen hat (siehe Kapitel 8).

Außerdem unterstützte die EU während des gesamten Jahres die Nachbarländer der Ukraine, insbesondere die Republik Moldau, der sie humanitäre Hilfe in Höhe von 58 Mio. EUR, aufgestockte Makrofinanzhilfen sowie Zugang zum EU-Programm für Infrastrukturfinanzierung gewährte.



**89 %** der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass die EU den vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen weiterhin humanitäre Hilfe leisten sollte.



**85 %** der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass die russische Invasion der Ukraine zeigt, wie wichtig es für die EU ist, ihre Energiesicherheit und ihre wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten.



**79 %** der Menschen in der EU stimmen zu, dass die russische Invasion der Ukraine die Notwendigkeit einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU deutlich macht.



**77 %** der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass die russischen Behörden für die derzeitige Lage in der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden sollten.



**71 %** der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass die EU weiterhin Solidarität mit der Ukraine zeigen sollte.

Quellen: Eurobarometer-Blitzumfrage 533, September 2023; Standard-Eurobarometer-Umfrage 100, Dezember 2023.

## EU-Sanktionen

Parallel zu den finanziellen Hilfen und anderen konkreten Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine verhängte die EU als Reaktion auf den Angriffskrieg beispiellose und weitreichende Sanktionen gegen Russland.

Die aufgrund des ungerechtfertigten, rechtswidrigen Krieges von der EU verhängten Sanktionen sollen die wirtschaftliche Grundlage Russlands schwächen und seine Fähigkeit zur Finanzierung des Angriffskriegs

einschränken. Somit stehen die Sanktionen mit dem übergeordneten Ziel der EU, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in Einklang. Seit dem 23. Februar 2022 hat die EU insgesamt zwölf Sanktionspakete gegen Russland angenommen. Diese zielen nicht nur auf bestimmte Personen und Einrichtungen ab, sondern auch auf das Finanzwesen, die Industrie und den Energiesektor.

Im Februar 2023 nahm die EU ihr zehntes Sanktionspaket gegen Russland an, im Juni das elfte, mit denen 225 Personen und Organisationen in die Sanktionsliste der EU aufgenommen wurden. Ferner wurden weitere Verbote für die Ausfuhr wesentlicher Technologie- und Industriegüter mit potenziellen militärischen Anwendungen nach Russland verhängt. Außerdem umfassten die Pakete Maßnahmen, um weitere russische Desinformationsquellen einzudämmen und die Liste der nicht zur Einfuhr aus Russland zugelassenen Waren zu erweitern, sowie Vorkehrungen, um die Umgehung dieser Sanktionen zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde auch die Zusammenarbeit mit wichtigen Drittländern intensiviert, um Wiederausfuhren besser überwachen, kontrollieren und blockieren zu können.

Das jüngste zwölfte Sanktionspaket wurde am 18. Dezember angenommen, mit dem noch einmal 140 Personen und Unternehmen auf die Sanktionsliste gesetzt wurden. Weitere Ein- und Ausfuhrverbote – etwa ein Verbot der Einfuhr russischer Diamanten in die EU – wurden verhängt, deren Überwachung in enger Zusammenarbeit mit den G7-Partnern erfolgt. Darüber hinaus wurde die Durchsetzung der Ölpreisobergrenze untermauert, und zwar durch neue Maßnahmen, um den Einsatz von Tankschiffen zur Umgehung der Obergrenze besser zu überwachen. Außerdem umfasste das Paket eine Verschärfung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Aufspüren von Vermögenswerten sowie strenge Maßnahmen gegen drittstaatliche Unternehmen, die Sanktionen umgehen.

Gemeinsam mit ihren Partnern stellte die EU eine Prioritätenliste sanktionierter Kriegsgüter auf, bei denen Unternehmen besondere Sorgfalt walten lassen sollten und die von Drittländern nicht nach Russland ausgeführt werden dürfen. Zugleich identifizierte die EU wirtschaftlich kritische Güter mit anormalen Handelsströmen. Hierbei handelt es sich um Güter, die über bestimmte Drittländer nach Russland verbracht werden.

Das Einfrieren von Vermögenswerten zählt zu den sichtbarsten und politisch relevantesten Arten von Sanktionen. Insgesamt unterliegen aktuell fast 1.950 Organisationen und Einzelpersonen restriktiven Maßnahmen, und über 28 Mrd. EUR an Vermögenswerten russischer und belarussischer Oligarchen und Unternehmen wurden eingefroren. Zudem meldeten die Mitgliedstaaten über 200 Mrd. EUR an eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank in der EU.

Der Krieg selbst und die restriktiven Maßnahmen führen in Russland zu rasch steigenden Ausgaben, einer Abwertung des Rubel, einer Zunahme der Inflation und – aufgrund des Ausfalls von Arbeitskräften – zu einem angespannten Arbeitsmarkt, wodurch die russische Wirtschaft

in erheblichem Maße belastet wird. Der Rubel hat gegenüber seinem Hoch vom Sommer 2022 rund 40 % an Wert verloren, sodass die russische Zentralbank gezwungen war, ihre Zinssätze von 8 % auf 16 % anzuheben und die Kapitalverkehrskontrollen zu verschärfen. Die Haushaltseinnahmen aus Erdöl und Erdgas gingen 2023 dank der mit den G7-Partnern vereinbarten Ölpreisobergrenze um 40 % zurück. Dieser Effekt wird sich im Laufe der Zeit noch verstärken, da die Maßnahmen so konzipiert sind, dass sie langfristige Folgen für den Haushalt Russlands und seine industrielle und technologische Basis haben.

Auch gegen den russischen Verbündeten Belarus wurden Sanktionen verhängt. Am 3. August 2023 nahm der Rat als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen die Zivilgesellschaft des Landes ein siebtes Sanktionspaket an. Die EU verhängt keine pauschalen Sanktionen gegen das gesamte Land, sondern richtet ihre Maßnahmen auf strategische Sektoren der belarussischen Wirtschaft aus, etwa den Handel mit Waffen, mit Technologien, die einen potenziellen militärischen Verwendungszweck haben, und mit Waren, die für die Luft- und Raumfahrtindustrie geeignet sind.

## Kampf gegen Desinformation

Russland verbreitet über seine staatlichen Nachrichtenkanäle und die angeschlossenen Medien verzerrte Informationen und Kriegspropaganda und versucht, seine aggressiven Maßnahmen gegen die Ukraine zu rechtfertigen und die Schuld auf die Ukraine und den Westen zu verlagern. Um dem entgegenzuwirken, unterstützt die EU die aktiven, an globale Partner gerichteten Kommunikationsbemühungen der Ukraine, auch im Rahmen internationaler Foren und Diskussionsveranstaltungen. Die EU agiert auf vielen verschiedenen Ebenen, um möglichst viele Menschen zu erreichen, und unterstützt staatliche Einrichtungen, die Zivilgesellschaft, Medienorganisationen und Online-Plattformen im Einklang mit dem aktualisierten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation.

Im Rahmen der Sanktionen gegen Russland setzte die EU die Sendetätigkeiten zahlreicher staatlicher und kremlnaher Propagandasender aus Russland aus. Der Kampf gegen Desinformation nahm 2023 insgesamt erheblich an Fahrt auf. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über digitale Dienste sind Anbieter sehr großer Online-Plattformen und Suchmaschinen verpflichtet, regelmäßig die von ihren Angeboten ausgehenden potenziellen gesellschaftlichen Risiken zu bewerten. Dabei müssen sie insbesondere Bedrohungen der Meinungsfreiheit und das Risiko berücksichtigen, dass ihre Dienste für Desinformationskampagnen genutzt werden.

Im Juli veröffentlichte die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Vergabe von Finanzhilfen von 1,2 Mio. EUR für Projekte, die sich mit Desinformationsnarrativen befassen. Konkret soll entschlüsselt werden, wie solche Narrative, die den Krieg Russlands gegen die Ukraine, Wahlen oder die LGBTIQ-Gemeinschaft zum Gegenstand haben, online und offline entstehen und wie man ihnen entgegenwirken kann. Diese Projekte werden Teil der umfassenderen Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation sein, zu deren Instrumenten auch die Plattform EUvsDisinfo und das Schnellwarnsystem zählen.

Im Jahr 2023 wurden die gezielten Informations- und Kommunikationskampagnen in den sozialen Medien fortgesetzt, um russische Desinformation über Sanktionen und die Ernährungs- und Energiesicherheit zu entlarven. Um sicherzustellen, dass sich die aus der Ukraine vertriebenen Personen über ihre Rechte im Klaren sind, machte die Kommission im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne darauf aufmerksam, wie wichtig die Nutzung offizieller Informationsquellen ist.

## Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe für die Ukraine

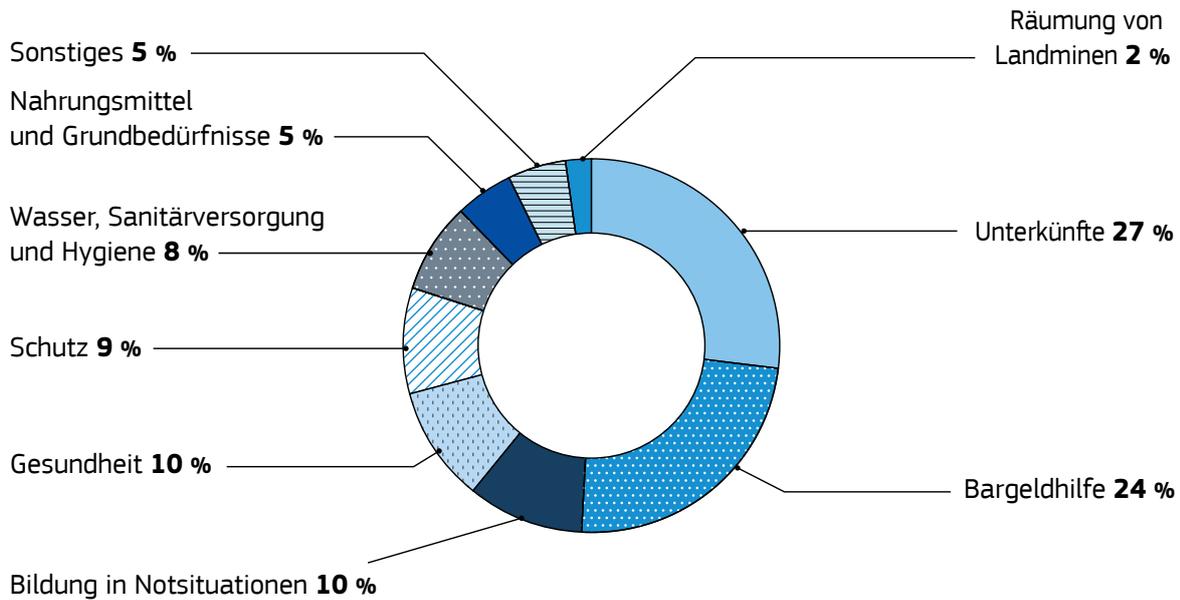
Dank der EU-Mittel für Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe erhalten die Menschen in der Ukraine verschiedene Arten von Unterstützung. Insgesamt belaufen sich diese Hilfen auf rund 1,6 Mrd. EUR (rund 800 Mio. EUR für humanitäre Hilfe und 800 Mio. EUR für Katastrophenhilfe in Form von Sachleistungen). Bei der humanitären Hilfe geht es insbesondere um die Bereitstellung von Lebensmitteln, Wasser, lebenswichtigen Haushaltsartikeln, Gesundheitsversorgung (einschließlich psychischer und psychosozialer Unterstützung) sowie Notunterkünften. Außerdem unterstützt die EU im Rahmen ihrer Hilfsmaßnahmen junge Ukrainerinnen und Ukrainer bei der Fortführung ihrer Ausbildung, und als Beitrag zur Deckung der Grundbedürfnisse werden Bargeldhilfen geleistet. Die EU koordiniert ihre humanitäre Hilfe und ihre Entwicklungshilfe auf Basis eines Nexus-Ansatzes, um sicherzustellen, dass die Hilfe nicht nur auf die unmittelbaren Bedürfnisse ausgerichtet ist, sondern auch eine nachhaltige Wirkung hat.

Die psychosoziale Unterstützung wurde mithilfe des Programms EU4Health auch auf ukrainische Vertriebene in den Mitgliedstaaten ausgeweitet, und die Umsetzung erfolgt weitgehend in Zusammenarbeit mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften. Zudem koordiniert die EU die europaweite medizinische Evakuierung dringend behandlungsbedürftiger ukrainischer Patientinnen und Patienten, um sie in Krankenhäusern in ganz Europa individuell zu versorgen. Zwischen März 2022 und dem 19. Dezember 2023 wurden fast 3 000 evakuierungsbedürftige Personen zur Behandlung in 22 Mitgliedstaaten bzw. Länder des Europäischen Wirtschaftsraums gebracht.



←  
PODCAST Hören  
oder lesen Sie diesen  
von EUvsDisinfo  
veröffentlichten Beitrag  
darüber, wie Russland  
die Wahrheit verdreht.

## Humanitäre Hilfe der EU für die Ukraine 2023 (nach Bereichen)



Über das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen koordiniert die EU ihren bislang größten Katastrophenschutzinsatz, um Soforthilfe für Menschen in Not bereitzustellen (siehe Kapitel 8).

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der EU haben alle 27 Mitgliedstaaten sowie Island, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und die Türkei Sachleistungen angeboten; diese reichen von medizinischen Hilfsgütern über Unterkünfte und Fahrzeuge bis hin zu Ausrüstung für die Energieversorgung und die Brandbekämpfung. Damit diese Hilfsgüter in die Ukraine gelangen, richtete die EU zusätzliche Logistikzentren in Polen, Rumänien und der Slowakei ein. Bis Ende 2023 wurden fast 100 000 Tonnen solcher Hilfsgüter an die Ukraine geliefert.

→ Russland nimmt die Energieinfrastruktur der Ukraine ins Visier. Die EU hat mehr als 5 500 Stromaggregate und mehr als 6 Millionen elektrische Geräte gespendet, um ukrainische Dienstleistungen und die Wärmeerzeugung bei kalten Wintertemperaturen zu gewährleisten. Dieser Transformator im Wert von mehr als 2 Mio. EUR wurde von der litauischen Stromgesellschaft Litgrid bereitgestellt und ist Teil der größten Logistikkoperation, die im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union koordiniert wird. 24. Januar 2023.



Die EU hat darüber hinaus ihre rescEU-Bestände mobilisiert. rescEU ist eine europäische Notfallreserve, die vollständig von der EU finanziert wird. Sie umfasst eine Flotte von Löschflugzeugen und -hubschraubern, Flugzeuge für medizinische Evakuierungen, einen Vorrat an medizinischen Gütern sowie Feldkrankenhäuser, die im Notfall in Betrieb genommen werden können. Der Ukraine stellte die EU Generatoren, medizinische Ausrüstung und

Notunterkünfte zur Verfügung. Nach der Sprengrung des Kachowka-Staudamms wurden darüber hinaus Wasseraufbereitungsanlagen geliefert, und angesichts der Gefährdung der öffentlichen Gesundheit (u. a. durch chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen) wurden Spezialausrüstungen wie Dekontaminationsmittel und Schutzanzüge sowie Jodtabletten bereitgestellt.



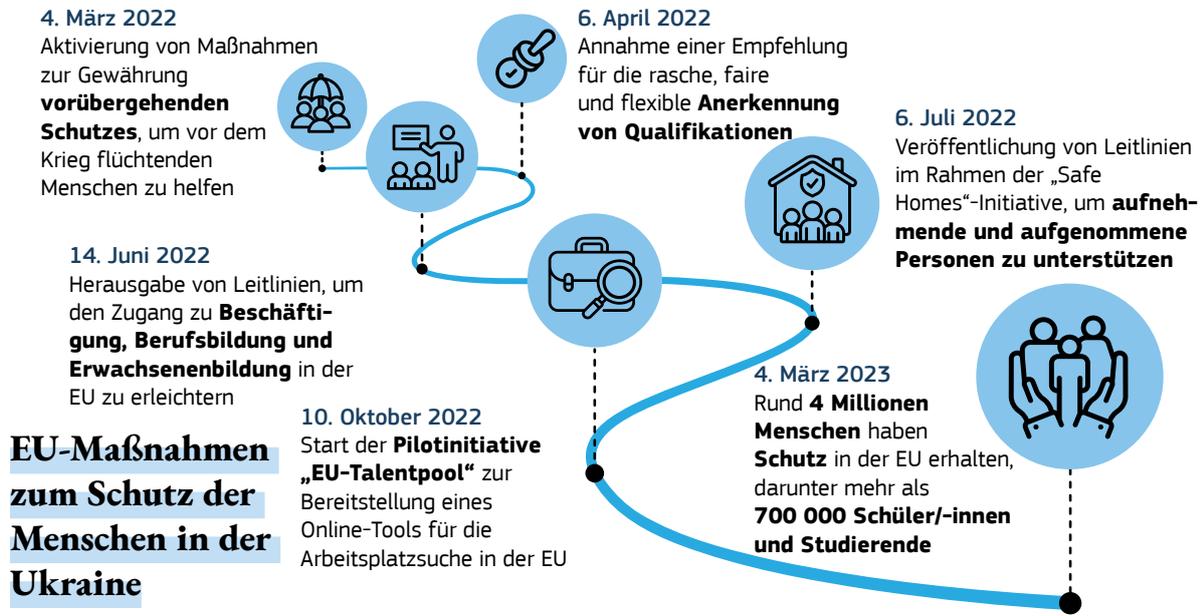
Ein von der Stadt Luxemburg gespendeter Bus verlässt das Logistikzentrum des Katastrophenschutzverfahrens der Union in Suceava (Rumänien), Juli 2023.

Um die Rückkehr ukrainischer Kinder zur Schule zu unterstützen, startete die EU im Dezember 2022 die Kampagne „Schulbusse für die Ukraine“. Daraufhin stellten die EU und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine mehr als 380 Busse zur Verfügung.

## Aufnahme von Geflüchteten

Der unprovokierte, ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war der Auslöser für die größte Vertreibung von Menschen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Um die Rechte der Menschen zu schützen, die aus der Ukraine in die EU geflüchtet sind, hat die EU rasch die Richtlinie über vorübergehenden Schutz angenommen. Dadurch erhielten bis Ende 2023 fast 4,2 Millionen

Menschen aus der Ukraine das Recht auf Aufenthalt, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit in der EU. Im Oktober wurde dieser vorübergehende Schutz bis März 2025 verlängert. Bei der Koordinierung der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine wurden die Mitgliedstaaten durch die Solidaritätsplattform unterstützt, die auch weiterhin bei der Umsetzung der Richtlinie zum Einsatz kommt.



Eine weitere wichtige Maßnahme, um die vor dem bewaffneten Konflikt fliehenden Menschen in der EU willkommen zu heißen, ist die Schaffung der Voraussetzungen für ihre rasche und wirksame Integration in den Arbeitsmarkt. Durch verschiedene im Jahr 2022 im Rahmen der Kohäsionspolitik angenommene Initiativen, etwa die Pakete für den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa und die flexible Unterstützung der Gebiete, wurden die Finanzierungsregeln für die Kohäsionspolitik so flexibel gestaltet, dass die Mitgliedstaaten diese Mittel für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verwenden konnten. Auch im Jahr 2023 konnten dank dieser Maßnahmen weitere Mittel für Programme zur sozialen Integration, für Gesundheitsversorgung und Nahrungsmittel sowie für grundlegende Hilfs- und Orientierungsangebote für den Arbeitsmarkt bereitgestellt werden. Der letztgenannte Bereich umfasste u. a. Sprachkurse, Schulungen, soziale Dienste und Kinderbetreuung. Menschen, die eine Arbeit haben, können ihr Leben neu aufbauen, ihre Kompetenzen weiterentwickeln und sich in ihre Aufnahmegemeinschaften einbringen und werden künftig den Wiederaufbau in der Ukraine unterstützen.

## Mittlerweile sind mehr als 1,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in der EU erwerbstätig.

Quelle: Erhebung des Europäischen Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen.

Die EU unterstützt die Integration der Ukrainerinnen und Ukrainer in den Arbeitsmarkt, indem sie die rasche Validierung von Kompetenzen und die Anerkennung beruflicher und akademischer Qualifikationen fördert. Im Rahmen der Pilotinitiative „EU-Talentpool“ stellte sie ein Online-Tool bereit, um den vor dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Menschen bei der Suche nach geeigneten Stellen zu helfen. Zugleich stellen auch die öffentlichen Arbeitsverwaltungen auf nationaler Ebene Kontakte zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgebern her. Im Juli verabschiedete das Europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen gemeinsame Leitlinien zur

weiteren Unterstützung der Integration in den Arbeitsmarkt.

Ferner setzte sich die EU dafür ein, dass aus der Ukraine geflüchtete Kinder Zugang zu hochwertiger Bildung erhalten. Hierfür mobilisierte sie mehrere Instrumente, hauptsächlich innerhalb des strategischen Rahmens des europäischen Bildungsraums, um etwa politische Leitlinien für Peer-Learning zu erarbeiten sowie Online-Plattformen und Finanzierungen bereitzustellen. Auch das Förderprogramm Erasmus+ wird genutzt, um Bildungsangebote für geflüchtete Schülerinnen, Schüler und Studierende bereitzustellen. Durch das Förderprogramm MSCA4Ukraine wird die Hochschulbildung unterstützt. Bis Ende 2023 konnten dank der im Rahmen dieser Initiative bereitgestellten Stipendien und Fördermittel 124 ukrainische Forscherinnen und Forscher ihre Arbeit in der EU und in mehreren am Programm Horizont Europa teilnehmenden Drittländern fortsetzen.

Darüber hinaus brachte die Kommission drei neue Initiativen auf den Weg, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im Bereich Forschung und Innovation zu verstärken: ein neues Horizont-Europa-Büro in Kyjiw, die neue Maßnahme des Europäischen Innovationsrats zur Unterstützung der Deep-Tech-Gemeinschaft in der Ukraine und einen neuen Gemeinschafts-Hub des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts.

Die EU ist sich auch über die Bedeutung kultureller Ausdrucksformen im Klaren, wenn es darum geht, Menschen bei der Bewältigung traumatischer Erlebnisse zu unterstützen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer von gegenseitigem Verständnis geprägten Gemeinschaft zu schaffen. Im Jahr 2022 wurde im Rahmen des EU-Programms Kreatives Europa eine Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht, um Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturorganisationen außerhalb der Ukraine zu unterstützen. Im Mai 2023 wurden die ausgewählten Projekte bekannt gegeben: Die Zusammenschlüsse ZMINA, Culture Helps und U-RE-HERIT werden Künstlerinnen und Künstlern aus der Ukraine zur Seite stehen und zum Wiederaufbau des ukrainischen Kulturerbes beitragen.

## Integration in den Binnenmarkt und andere Übereinkünfte

Im April 2023 trat die Ukraine als Teilnehmerstaat dem Katastrophenschutzverfahren der Union bei. Im August, noch vor dem formalen Abschluss des Beitrittsprozesses, stellte die Ukraine bereits 51 Einsatzkräfte und 19 Fahrzeuge zur Verfügung, um die Rettungsmaßnahmen nach den verheerenden Überschwemmungen in Slowenien zu unterstützen. Als Vollmitglied des Verfahrens ist die Ukraine nun in der Lage, sich an Hilfseinsätzen in anderen von Krisen betroffenen Ländern zu beteiligen und somit die gleiche Solidarität zu leisten, die ihr zuteilwurde. Damit wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration der Ukraine in die EU getan, und die östliche Nachbarschaft des EU-Katastrophenschutzverfahrens vergrößert sich.



↑  
 Von links nach rechts: Ihor Klymenko, Innenminister der Ukraine, Olha Stefanischna, Vizepremierministerin für die europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine, und Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, bei der Unterzeichnung eines Abkommens über die uneingeschränkte Mitgliedschaft der Ukraine im EU-Katastrophenschutzverfahren, Kyjiw (Ukraine), 20. April 2023.

Die Integration der Ukraine in den Binnenmarkt der EU wurde durch die Assoziierung an das Binnenmarktprogramm vorangetrieben. Das Assoziierungsabkommen wurde am 2. Februar 2023 in Kyjiw im Rahmen einer Zusammenkunft der Mitglieder der Europäischen Kommission mit der ukrainischen Regierung unterzeichnet. Das Abkommen erleichtert kleinen und mittleren Unternehmen aus der Ukraine die Beteiligung an spezifischen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, um Fördermittel zu erhalten, sowie die Teilnahme an Initiativen wie Erasmus für Jungunternehmer und dem Enterprise Europe Network.

Es wurden zwei spezifische Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit einem Gesamtbudget von 7,5 Mio. EUR veröffentlicht, um die Integration kleiner und mittlerer Unternehmen aus der Ukraine in den Binnenmarkt zu unterstützen. Darüber hinaus wurden rasche Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Abkommen betreffend die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte mit der Ukraine erzielt. Sobald dieses Abkommen in Kraft ist, wird es die wirtschaftliche Integration fördern und damit die ukrainische Volkswirtschaft und die ukrainischen Unternehmen bei ihrer Erholung unterstützen.



Erfahren Sie, wie die Initiative „Erasmus für Jungunternehmer“ ukrainische Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützt.



Erfahren Sie, wie die EU und das „Enterprise Europe Network“ die Ukraine unterstützen.



Die Ukraine profitiert auch von einer weiteren wichtigen Errungenschaft des Binnenmarkts: Im April 2022 verständigte sich die EU mit europäischen und ukrainischen Mobilfunkbetreibern auf ein erschwingliches bzw. kostenloses Roaming-Angebot zwischen den beiden Regionen. Die im Juli 2023 um ein weiteres Jahr verlängerte Vereinbarung hilft aus der Ukraine geflüchteten Personen dabei, über Grenzen hinweg mit Familie und Freunden in Kontakt zu bleiben, wobei die Betreiber die Verbindungskosten weiter senkten.



Zugleich arbeitet die Kommission daran, diese Roaming-Vereinbarung in das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine aufzunehmen. Damit würden letztlich für Menschen aus der Ukraine, die sich in der EU aufhalten, sowie für Reisende aus der EU, die in der Ukraine unterwegs sind, keine zusätzlichen Roamingkosten mehr anfallen. Wie schnell die Ukraine in den EU-Binnenmarkt für Roaming integriert wird, hängt von der Übernahme und Umsetzung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften in der Ukraine ab.

## Ernährungssicherheit

Russland verschlimmert die weltweite Ernährungssicherheitskrise, indem es die Getreideausfuhren über das Schwarze Meer absichtlich blockiert, gezielt Getreidesilos und landwirtschaftliche Infrastruktur in der Ukraine angreift und die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Düngemitteln beschränkt.



↑  
Entladung von ukrainischem Getreide von einem Schiff auf der Donau, Moldau, 12. Dezember 2022.

Im Jahr 2022 richteten die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Ukraine und Moldau Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine ein, damit das in der Ukraine blockierte Getreide in den Rest der Welt gelangen kann. Diese Alternativrouten, die Eisenbahnstrecken, Straßen und Wasserstraßen umfassen, ermöglichen sowohl Ausfuhren aus der Ukraine als auch lebenswichtige Einfuhren wie humanitäre Hilfe und Düngemittel.

### EU-Solidaritätskorridore: entscheidend für die weltweite Ernährungssicherheit

In den Jahren 2022 und 2023 ermöglichten die Solidaritätskorridore der Ukraine

- die Ausfuhr von mehr als 65 Mio. Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, darunter fast 61 Mio. Tonnen Getreide, Ölsaaten und verwandte Erzeugnisse, auch in die am stärksten von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Länder,
- die Ausfuhr von mehr als 51 Mio. Tonnen nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine, z. B. Erze, Eisen, Stahl und Holz,
- Einnahmen von rund 44 Mrd. EUR für ukrainische Landwirte und Unternehmen,
- die Einfuhr von über 43 Mio. Tonnen wesentlicher Güter (im Wert von 88 Mrd. EUR), z. B. Kraftstoffe.

Im Juni 2023 kündigte die EU an, 250 Mio. EUR in neun grenzüberschreitende Projekte zu investieren, um die Verbindungen zwischen der Ukraine, Moldau und den EU-Nachbarländern Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei zu verbessern. Die Projekte umfassen Studien und Bauvorhaben für Grenzübergangsstellen im Schienen- und Straßenverkehr, um die Infrastruktur zu erweitern und zu modernisieren, Parkflächen auszubauen und die Anlagen und Ausrüstungen für den Warenumschlag zu modernisieren.

Schließlich wurde 2023 eine Gemeinsame Koordinierungsplattform eingerichtet, um die Handelsströme zwischen der EU und der Ukraine zu verbessern. Nachdem die Schwarzmeer-Getreide-Initiative am 17. Juli endete und die Getreideausfuhren über die Schwarzmeerroute de facto zum Erliegen kamen, verstärkten sich die Aktivitäten der Plattform.

## Unterstützung der Mitgliedstaaten

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind über die Grenzen der Ukraine hinaus spürbar. Als Nachbarn der Ukraine sind die Mitgliedstaaten der EU, insbesondere ihre Energie- und Lebensmittelmärkte, ebenfalls betroffen. (Weitere Informationen zur Bewältigung der Energiekrise durch die EU siehe Kapitel 4.)

Im Jahr 2023 genehmigte die EU staatliche Beihilfen in Höhe von 487 Mrd. EUR, um die Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu unterstützen.

Ein Instrument, das die Mitgliedstaaten nutzen können, um die Auswirkungen des Krieges auf ihre Volkswirtschaften abzumildern, ist der Befristete Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels, der seit dem 9. März 2023 gilt.

Nach der Aussetzung der Kooperationsprogramme mit Russland und seinem Verbündeten Belarus übertrug die EU im Jahr 2023 zusätzliche Mittel in Höhe von 135 Mio. EUR, die ursprünglich für Projekte mit diesen beiden Ländern vorgesehen waren, auf die verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit der Ukraine und Moldau.

Während des Jahres stellte die EU zudem sicher, dass alle Regionen Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und Finnlands, die ursprünglich an Kooperationsprogrammen mit Russland und Belarus teilnehmen sollten, an anderen bestehenden Programmen für die interregionale Zusammenarbeit mitwirken konnten.

### Der Befristete Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels gibt den Mitgliedstaaten die Flexibilität, die sie benötigen, um



1 Unternehmen, die von der derzeitigen Krise oder den damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen betroffen sind, in begrenztem Umfang staatliche Beihilfen zu gewähren;



2 dafür zu sorgen, dass den Unternehmen weiterhin ausreichende Liquidität zur Verfügung steht;



3 Unternehmen für die Mehrkosten zu entschädigen, die ihnen aufgrund außergewöhnlich hoher Gas- und Strompreise entstehen.



Getreideernte in der Region Donezk (Ukraine), 4. August 2023.

## Unterstützung der Landwirtschaft in der EU

Angesichts der wichtigen Rolle, die Russland und die Ukraine für die weltweite Versorgung mit Getreide und Ölsaaten spielen, hat der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine zu großer Unsicherheit und Volatilität auf diesen Märkten geführt.

Da die üblichen Ausfuhrouten der Ukraine über die Schwarzmeerhäfen blockiert oder stark eingeschränkt waren, gelangten die Ausfuhren nicht mehr in gleichem Maße in die bisherigen Zielländer. Stattdessen waren Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine zunehmend auf den Märkten der an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten zu finden, was zu logistischen Engpässen führte.

Im Rahmen der Verordnung über autonome Handelsmaßnahmen für die Ukraine verabschiedete die EU 2023 zwei Unterstützungspakete und erließ ein vorübergehendes Verbot der Einfuhr von Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkernen aus der Ukraine nach Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und in die Slowakei. Dies ermöglichte es, logistische Engpässe abzubauen und den Anliegen der Landwirtschaft in den betroffenen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, während die EU gleichzeitig ihre wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine in Form von Nullzollsätzen für sämtliche Einfuhren aus der Ukraine fortführen konnte.

Insgesamt wurden mehr als 156,3 Mio. EUR aus der Agrarreserve der Gemeinsamen Agrarpolitik bereitgestellt, um die am stärksten betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe in den fünf an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten zu unterstützen. Diesen Mitgliedstaaten wurde auch die Möglichkeit eingeräumt, nationale Unterstützungsinstrumente in Form von Aufstockungen oder speziellen staatlichen Beihilfen zu nutzen, um einen zusätzlichen Ausgleich zu schaffen. Für die Landwirte in anderen Mitgliedstaaten mobilisierte die Kommission im Rahmen eines dritten Unterstützungspakets zusätzliche 330 Mio. EUR, um sie für die Einbußen durch die hohen Betriebsmittelpreise und spezifische Probleme infolge des russischen Angriffskriegs zu entschädigen. Der kürzlich eingerichtete Europäische Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit ermöglichte es, rasch Expertinnen und Experten zu mobilisieren und Interessenträger aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor frühzeitig auf Probleme und Engpässe aufmerksam zu machen. Die Ergebnisse der Gespräche zwischen diesen Interessenträgern flossen unmittelbar in die Maßnahmen der EU ein.

## Untersuchung und Verfolgung von Kriegsverbrechen

Seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine verstößt der russische Staat kontinuierlich gegen die internationalen Menschenrechtsnormen. Vielfach wurde über Kriegsverbrechen und Angriffe auf die Zivilbevölkerung berichtet. Bis Ende 2023 hatten die Ukraine und 16 EU-Mitgliedstaaten Ermittlungen zu den von Russland in der Ukraine begangenen völkerrechtlichen Verbrechen eingeleitet.

Sechs Tage nach Beginn des Krieges wurde mit Unterstützung durch die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) eine gemeinsame Ermittlungsgruppe eingerichtet, deren Ziel es ist, Beweismaterial zu sammeln sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen. Mittlerweile gehören der Gruppe die Ukraine, sechs Mitgliedstaaten, der Internationale Strafgerichtshof und die Agentur der

Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung an.

Da die Erhebung von Beweismaterial im Falle internationaler Verbrechen sehr komplex ist (beispielsweise müssen Zeugenaussagen von Menschen in unterschiedlichen Ländern dokumentiert werden), richtete Eurojust 2023 eine Datenbank zur Sicherung und Speicherung der Beweismittel ein (Datenbank für Beweismittel für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts). Eurojust wird die Arbeit mit dieser Datenbank fachlich begleiten: Die Agentur wird Beweismittel analysieren und den nationalen Justizbehörden praktische Orientierungshilfen für die Sicherung von Beweismitteln in anderen Ländern an die Hand geben, die für ihre eigenen Ermittlungen relevant sein könnten.



Eurojust beherbergt auch das neu eingerichtete Internationale Zentrum für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine. In dem im Juli 2023 eröffneten Zentrum sind unabhängige Staatsanwälte aus den Ländern, die auch der gemeinsamen Ermittlungsgruppe angehören, sowie sechs ukrainische Staatsanwälte tätig. Aufgabe des Zentrums ist es, die künftige strafrechtliche Verfolgung des russischen Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine vorzubereiten. Ein Verbrechen der Aggression liegt vor, wenn politische und militärische Führungspersonen unter Einsatz staatlicher Streitkräfte groß angelegte Angriffshandlungen planen, einleiten oder durchführen. Zum ersten Mal überhaupt wird ein solches Verbrechen untersucht, noch während es begangen wird.

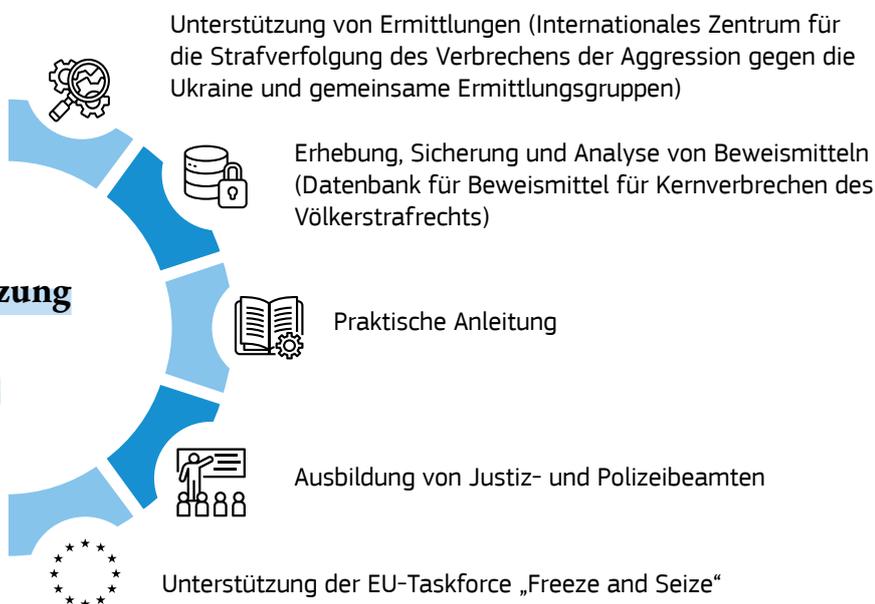
Durch die Zusammenarbeit vor Ort im Internationalen Zentrum können die Staatsanwaltschaften Beweismittel rasch austauschen und gemeinsame Ermittlungs- und Strafverfolgungsstrategien vereinbaren. Ein zentrales Instrument für ihre Arbeit wird die Datenbank für Beweismittel für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts sein, und die dort vom Internationalen Zentrum zusammengetragenen Beweismittel werden auch von anderen Gerichtsbarkeiten, einschließlich nationaler und internationaler Gerichte, verwendet werden können.

↑

Die Einrichtung des Internationalen Zentrums für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine, Den Haag (Niederlande), 3. Juli 2023. Hintergrund, von links nach rechts: Kenneth Polite, stellvertretender Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten für die Strafabteilung, Andriy Kostin, Generalstaatsanwalt der Ukraine, Dilan Yeşilgöz-Zegerius, Ministerin für Justiz und Sicherheit der Niederlande, Ladislav Hamran, Präsident von Eurojust, Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz, und Karim Asad Ahmad Khan, Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs.

Mit seiner Taskforce „Freeze and Seize“ stellt Eurojust zudem sicher, dass die Sanktionen der EU ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die Taskforce untersucht mögliche Verbindungen zwischen kriminellen Aktivitäten und russischen bzw. belarussischen Einzelpersonen und Unternehmen. Außerdem prüft sie, inwieweit strafrechtliche Maßnahmen, z. B. die Einziehung von Vermögenswerten, zum Wiederaufbau der Ukraine beitragen können.

## Eurojust-Unterstützung für die Justiz in der Ukraine



## Wiederaufbau der Ukraine

Die EU ist entschlossen, dafür zu sorgen, dass Russland für die in der Ukraine verursachten Schäden aufkommt. Daher prüft sie derzeit Optionen, um den Wiederaufbau der Ukraine – im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Völkerrecht – mithilfe der außerordentlichen Einnahmen zu finanzieren, die durch die Verwaltung der Reserven der russischen Zentralbank generiert werden, die derzeit aufgrund von Sanktionen in der EU eingefroren sind. Hierzu nahm die Kommission im Dezember Vorschläge zum Einfrieren unerwarteter Mehreinnahmen aus Vermögenswerten der russischen Zentralbank an.

Die EU stimmt sich bei der Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine auch mit ihren internationalen Partnern ab. Im Januar 2023 richteten die EU, die Ukraine und die G7-Partner die Multilaterale Geberkoordinierungsplattform ein. Die Plattform spielt eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung der Unterstützung der Ukraine; dies gilt sowohl für die Deckung des unmittelbaren Finanzierungsbedarfs des Landes als auch für die künftige wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau mithilfe verschiedener Finanzierungsquellen und etablierter Finanzinstrumente.

Im Rahmen des Besuchs des Kollegiums der Kommissionsmitglieder in der Ukraine im Februar kündigte die EU ein Hilfspaket für den Wiederaufbau im Umfang von 1 Mrd. EUR als Teil ihres Gesamtpakets zur Unterstützung des Landes an. Die Kommissionsmitglieder und die ukrainische Regierung erörterten auch, wie die EU der Ukraine

dabei helfen könnte, den Wiederaufbau ihrer Städte nachhaltig und inklusiv zu gestalten. Die Initiative Phoenix (Project for a Holistic Orientation towards Environmental New Infrastructure in Ukrainian Cities – Projekt für eine ganzheitliche Ausrichtung neuer umweltgerechter Infrastrukturen in ukrainischen Städten) wurde im März ins Leben gerufen. Durch Phoenix erhalten ukrainische Städte Zugang zu den Spitzentechnologien und dem Fachwissen des Neuen Europäischen Bauhauses. Zudem werden ukrainische Städte mit ähnlichen Städten in der EU vernetzt, um Know-how und bewährte Verfahren für den Aufbau klimaneutraler und energieeffizienterer Städte auszutauschen. Die Initiative wird aus Mitteln der Horizont-Europa-Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte“ und des LIFE-Programms finanziert. Unmittelbar werden mindestens 7 Mio. EUR mobilisiert.

Auf der Konferenz zum grünen Aufschwung der Ukraine, die vom 28. November bis zum 1. Dezember in Vilnius (Litauen) stattfand, bekräftigte die EU außerdem, dass sie die ukrainischen Kommunen dauerhaft unterstützen werde, gab Erläuterungen zur laufenden Umsetzung der Phoenix-Initiative und stellte deren erste Ergebnisse vor. Zugleich führte die Mission zur Kreislaufwirtschaft Unternehmen aus der EU sowie Interessenträger aus der Industrie, die in der Kreislaufwirtschaft aktiv sind, mit in der Ukraine ansässigen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern zusammen, um die unternehmerische Dimension des grünen Wiederaufbaus der Ukraine zu stärken.



Auf der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine, die im Juni in London stattfand, stellte die EU eine neue Fazilität vor, die bis zu 50 Mrd. EUR in Form von Finanzhilfen und Darlehen mobilisieren soll, um die Erholung und die Modernisierung der Ukraine im Zeitraum 2024 bis 2027 zu unterstützen.

Die EU machte damit deutlich, wie unerschütterlich sie angesichts des anhaltenden Angriffskriegs Russlands an der Seite der Ukraine steht, und bekräftigte ihr Engagement für den Weg der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft.

Zusätzlich unterzeichnete die EU auch Vereinbarungen, um private Investitionen im Umfang von mehr als 800 Mio. EUR für die Erholung und den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft zu mobilisieren.



Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Rede auf der Ukraine-Wiederaufbaukonferenz, London (Vereinigtes Königreich), 21. Juni 2023.



© AFP

## 2. Stärkung von Wirtschaft und Wettbewerbs- fähigkeit der EU

### Einleitung

Die Europäische Union konzentrierte sich 2023 weiterhin darauf, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ihre Wirtschaft grüner, digitaler, inklusiver und widerstandsfähiger zu machen. Mit dem 2023 vorgeschlagenen Industrieplan zum Grünen Deal soll die Wettbewerbsfähigkeit der Netto-Null-Technologien gesteigert und der Übergang zur Klimaneutralität schneller vorangetrieben werden. Außerdem legte die EU eine Strategie für wirtschaftliche Sicherheit in der EU vor und stellte wichtige Kennzahlen für die Stärkung ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit auf. Darüber hinaus modernisierte sie den Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen und unternahm Schritte zur Reform der Zollunion. Im Jahr 2023 wurde auch das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts begangen. Die EU führte



Mitarbeiter beaufsichtigen die Montage eines Elektrofahrzeugs in der Neapco Europe-Anlage in Düren (Deutschland), 22. August 2023.

im Laufe des Jahres ein einheitliches Patentsystem und weitere Erleichterungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen ein. Um sicherzugehen, dass die EU-Wirtschaft die Vorteile der Digitalisierung für sich nutzen kann, schlug die EU einen Rechtsrahmen für den digitalen Euro vor, der ergänzend zum Bargeld verwendet werden soll, und richtete eine Plattform für Zoll Daten ein. Darüber hinaus legte sie mehrere Gesetzesvorschläge zur Kapitalmarktunion vor, die Kleinanlegern bei Anlagen mehr Sicherheit geben werden. Außerdem führte sie Rechtsvorschriften gegen die wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen drittstaatlicher Subventionen auf die EU-Märkte ein und stärkte die Widerstandskraft der Banken im Falle wirtschaftlicher Schocks, indem sie die einschlägigen Rahmenvorschriften reformierte und ergänzte.

## Weitere Erholung und langfristige Resilienz

### Trends

Die EU-Wirtschaft wuchs 2023 weiter, wengleich die Dynamik aufgrund der gewaltigen wirtschaftlichen Schocks nachließ. Dank sinkender Energiepreise und des nachlassenden Inflationsdrucks bei Nahrungsmitteln und Industriegütern schwächte sich die Inflation im Jahresverlauf ab.

Die EU-Wirtschaft wird durch einen außergewöhnlich starken Arbeitsmarkt gestützt: Die Arbeitslosenquoten sanken auf nie da gewesene Tiefststände, die Beschäftigung wächst weiter, und die Löhne steigen. Die Umsetzung von Reformen und Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität bleibt von zentraler Bedeutung, um die EU-Wirtschaft auf Kurs zu halten.

Im weiteren Verlauf stellen der fortgesetzte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und darüber hinausreichende geopolitische Spannungen nach wie vor Risiken für die Wachstumsaussichten der EU-Wirtschaft dar.

### Der Erfolg der Aufbau- und Resilienzfazilität

Die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Herzstück des 800 Mrd. EUR schweren Aufbauplans NextGenerationEU, erwies sich 2023 weiterhin als wichtiger Motor der wirtschaftlichen Erholung. Das Instrument stärkte die wirtschaftliche und soziale Resilienz der Mitgliedstaaten und unterstützte REPowerEU, eine EU-Initiative, die die Mitgliedstaaten angesichts des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs gegen die Ukraine dabei unterstützt, schneller von fossilen Brennstoffen wegzukommen (weitere Informationen zur REPowerEU-Initiative siehe Kapitel 4).

Ihre leistungsorientierte Gestaltung macht die Aufbau- und Resilienzfazilität einzigartig. Um sie in Anspruch nehmen zu können, müssen die Mitgliedstaaten der Kommission Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen.

Diese enthalten die Reformen und Investitionen, die die Mitgliedstaaten bis Ende 2026 durchführen wollen und für die sie bis zu einer zuvor vereinbarten Höhe Fördermittel erhalten können. Die Kommission zahlt die Mittel an die Mitgliedstaaten aus, wenn sie die im jeweiligen Plan festgelegten Etappenziele und Zielwerte erfolgreich erreicht haben. Die in den Plänen enthaltenen Maßnahmen stellen darauf ab, die wichtigsten Herausforderungen der Mitgliedstaaten anzupacken und so zu den Zielen der EU beizutragen.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität fördert Reformen und Investitionen in sechs Politikbereichen: i) ökologischer Wandel, ii) digitaler Wandel, iii) intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum, iv) sozialer und territorialer Zusammenhalt, v) Gesundheit sowie wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, vi) Maßnahmen für die nächste Generation.

Über das Instrument für technische Unterstützung bietet die EU den Mitgliedstaaten auch Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne an. Bislang kam diese Unterstützung mehr als 400 Projekten zugute. Allgemeine Unterstützung bei den horizontalen Aspekten der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne wurde bzw. wird aktuell für 23 Mitgliedstaaten geleistet, insbesondere auch Unterstützung bei der Überarbeitung der Pläne, während die thematische Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität allen 27 Mitgliedstaaten zugutekommt.

**Eine Mehrheit der Bevölkerung in Europa (53 %) ist der Ansicht, dass NextGenerationEU eine wirksame Antwort auf aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen geben kann.**

Quelle: Standard-Eurobarometer-Umfrage 100, Dezember 2023.

## Bis Ende 2022 (letzte verfügbare Zahlen) konnten die Mitgliedstaaten im Zuge der Umsetzung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne dafür sorgen, dass



6,9 Millionen Menschen eine Aus- und Weiterbildung aufnehmen konnten;



1,4 Millionen Unternehmen mit Sachleistungen unterstützt wurden;

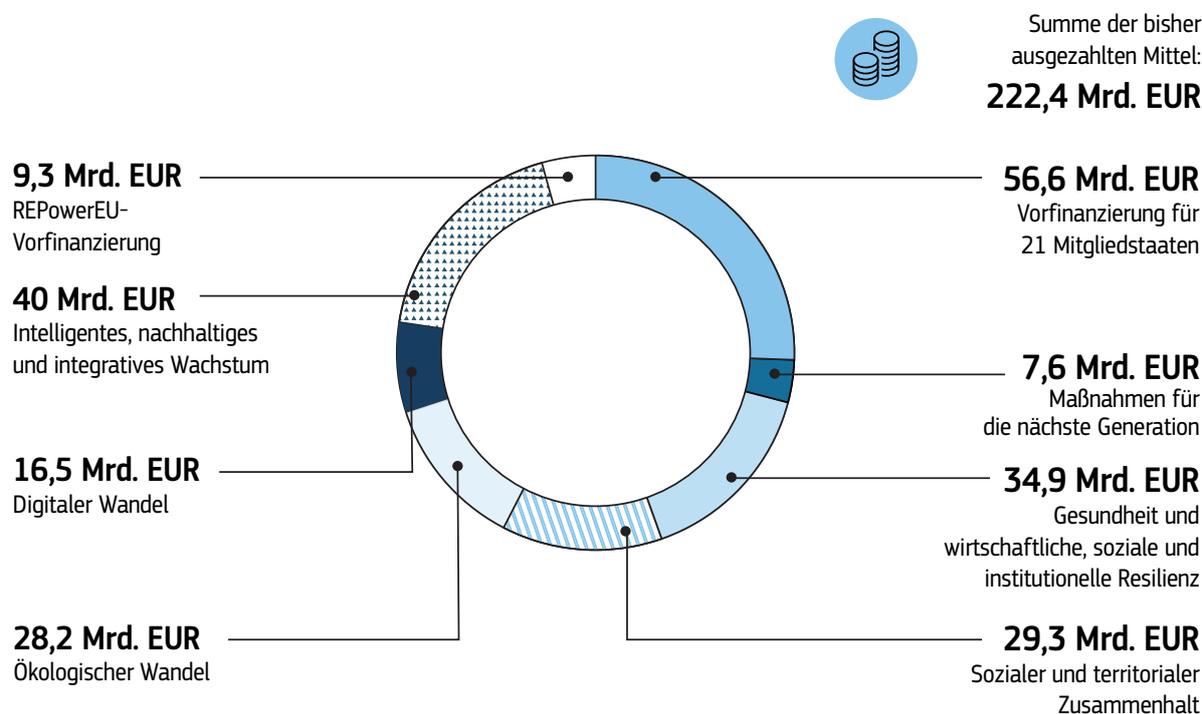


5,9 Millionen Menschen von Schutzmaßnahmen gegen klimabedingte Katastrophen profitierten;



22,1 Millionen Megawattstunden Primärenergie jährlich eingespart wurden.

## Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF): Aufteilung der Mittel auf die Ziele



## Projektbeispiele



### Ökologischer Wandel

In Frankreich wurden ARF-Mittel genutzt, um die Energieeffizienz von 20 000 Sozialwohnungen sowie von Studierendenwohnungen zu verbessern.



### Digitaler Wandel

Die ARF steigert die Cloud-Kapazität Italiens durch Investitionen in Rechenzentren für die digitale Wirtschaft.



### Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Spanien konnte mithilfe der ARF mehr als 60 kleine, mittlere und große Unternehmen bei Forschungs- und Innovationsvorhaben im Bereich der nachhaltigen Mobilität unterstützen.



### Sozialer und territorialer Zusammenhalt

Österreich nutzt ARF-Mittel, um Langzeitarbeitslosen den Zugang zu Berufsbildungs- und Qualifizierungsangeboten zu erleichtern.



### Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz

In Zypern unterstützt die ARF Reformen, um die Korruptionsbekämpfung zu verstärken, sowie den Aufbau einer unabhängigen Antikorruptionsbehörde.



### Maßnahmen für die nächste Generation

Dank ARF-Mitteln konnte Tschechien rund 74 000 digitale Geräte anschaffen, um Schülerinnen und Schüler beim Fernlernen zu unterstützen.

## Der EU-Haushalt: die EU für aktuelle und künftige Herausforderungen fit machen

Im Jahr 2023 spielten der langfristige EU-Haushalt (der mehrjährige Finanzrahmen) und NextGenerationEU für die wirtschaftliche Erholung Europas und bei der Bewältigung von Herausforderungen wie dem Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft, der hohen Inflation, Naturkatastrophen und humanitären Krisen eine zentrale Rolle. Damit der EU-Haushalt weiterhin den wichtigsten Prioritäten gerecht werden kann, hat die Kommission im Juni eine Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagen.

Im September wurde der EU-Haushaltsplan für das Jahr 2024 verabschiedet, der sich den drängenden Krisen im Nahen Osten, in Europa und in dessen Nachbarschaft zuwendet.

Für NextGenerationEU und zur Unterstützung der Ukraine mobilisierte die Kommission 2023 rund 116 Mrd. EUR an langfristigen Mitteln, insbesondere auch bis zu 12,5 Mrd. EUR an grünen Anleihen, womit die EU zu einem der führenden Emittenten grüner Anleihen wurde.



↑ Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, stellt den Vorschlag zur Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens vor, Brüssel (Belgien), 20. Juni 2023.

## Aufbau langfristiger Resilienz

Im Laufe des Jahres legte die Kommission Gesetzgebungsvorschläge vor, um die umfassendste Reform der EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 umzusetzen. Den Vorschlägen gingen intensive Überlegungen und umfassende

Konsultationen voraus. Die neuen Vorschriften sollen den Mitgliedstaaten die Durchführung wichtiger Reformen und Investitionen erleichtern und hierfür die richtigen Anreize setzen. Sie werden die wirtschaftspolitische Steuerung vereinfachen, die nationale Eigenverantwortung stärken, die mittelfristige Perspektive stärker in den Fokus rücken und die Durchsetzung der EU-Fiskalregeln in einem transparenten gemeinsamen EU-Rahmen verbessern.



↑ Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und EU-Kommissar für Handel (links), und Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft (rechts), auf einer Pressekonferenz zur Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU, Brüssel (Belgien), 26. April 2023.

### Beitritt Kroatiens zum Euro-Währungsgebiet

Am 1. Januar 2023 trat Kroatien dem Euro und dem Schengen-Raum bei.

Der Euro wird den Alltag der Menschen erleichtern und die kroatische Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, indem er die Reise- und Handelstätigkeit vereinfacht. Die Euro-Banknoten und -Münzen symbolisieren das Freiheitsversprechen der EU und die Verheißung neuer Möglichkeiten für alle Kroatinnen und Kroaten.

In einer Umfrage, die nach der vollständigen Ersetzung der Kuna durch den Euro in Kroatien durchgeführt wurde, gaben 61 % der Bürgerinnen und Bürger Kroatiens an, dass die Umstellung reibungslos und effizient verlaufen sei, wobei sich 88 % der Befragten gut über die einheitliche Währung informiert fühlten.

Der Euro genießt in der EU nach wie vor starken Rückhalt: 71 % der Menschen in der EU unterstützen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung. Im Euro-Währungsgebiet sind es 79 %.

Quellen: Eurobarometer-Blitzumfrage 518, Februar 2023; Standard-Eurobarometer 100, Dezember 2023



© Martin Münd/Europäische Zentralbank

## Zusammenhalt der Europäischen Union

2023 markierte das 30-jährige Bestehen des Kohäsionsfonds. In diesen 30 Jahren sind aus dem Kohäsionsfonds fast 179 Mrd. EUR in den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU geflossen. Die kohäsionspolitischen Mittel für den Zeitraum 2021-2027 dürften das Bruttoinlandsprodukt der EU um 0,5 % steigern und die Schaffung von 1,3 Millionen Arbeitsplätzen unterstützen. Zu den im Jahr 2023 abgeschlossenen oder eingeleiteten Großprojekten gehören die Restaurierung der Ausgrabungsstätte Pompeji, ein neues U-Bahn-System für Thessaloniki und eine verbesserte Abwasserinfrastruktur in Rumänien. Bis Jahresende konnten mit den kohäsionspolitischen Programmen für den Zeitraum 2014-2020 bedeutende Ergebnisse vor Ort erzielt werden, darunter die Unterstützung

von 4,5 Millionen Unternehmen, die Schaffung von mehr als 370 000 neuen Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Breitbandzugangs für mehr als 7,9 Millionen Haushalte und die Schaffung von mehr als 6 000 Megawatt an zusätzlichen Kapazitäten für die Erzeugung erneuerbarer Energien.

Diese Erfolge unterstreichen die entscheidende Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die die größte Bürgernähe aufweisen und eine Schlüsselrolle dabei spielen, die politischen Prioritäten zu verwirklichen und EU-Recht praktisch umzusetzen. In Anerkennung dessen zielt die 2023 ins Leben gerufene ComPAct-Initiative darauf ab, die öffentlichen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten zu stärken.



← Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen (ganz rechts), beim Besuch des Projekts „Greenhouses to Reduce CO<sub>2</sub> on Roofs“, das von der EU kofinanziert wird. Bettemburg (Luxemburg), 13. März 2023.

## Ein starker und widerstandsfähiger Binnenmarkt

### 30 Jahre Binnenmarkt

Im Jahr 2023 feierte die EU das 30-jährige Bestehen ihres Binnenmarkts, dessen Einführung am 1. Januar 1993 ein wichtiger Meilenstein für die europäische Integration war. Der Binnenmarkt ist mehr als ein bloßer Rechtsrahmen oder Markt. Er ist ein Raum der Freiheit, des Fortschritts, der Chancen, des Wachstums, des gemeinsamen Wohlstands, des Zusammenhalts und der Resilienz. Durch den Binnenmarkt wird die weltwirtschaftliche und geopolitische Position der EU erheblich gestärkt. Mit 15 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts ist er der größte integrierte Markt der Welt und hat sich zugleich seine starke Außenorientierung bewahrt.

Der Binnenmarkt spielt seit über 30 Jahren für die Wettbewerbsfähigkeit der EU eine zentrale Rolle und erleichtert nicht nur das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die unternehmerische Tätigkeit. Der Binnenmarkt hat das Bruttoinlandsprodukt der EU um 9 % gesteigert und so erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich gebracht. Diese werden durch die kohäsionspolitische Unterstützung noch verstärkt, die dafür sorgt, dass alle Regionen teilhaben und davon profitieren können. Auch für den ökologischen und digitalen Wandel spielt der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle. Als Quelle der regulatorischen, Finanzmarkt- und Lieferkettenintegration in der EU trägt er zu Skaleneffekten bei, die das Wachstum von Unternehmen erleichtern.

## Der Binnenmarkt im Überblick

**18 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts** entfallen auf den Binnenmarkt ...

... der für über **450 Millionen Menschen** ein **Angebot an Waren und Dienstleistungen** bereithält.

Quelle: „Jährlicher Binnenmarktbericht“ Januar 2023.

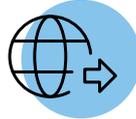
### In Zahlen:



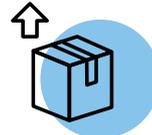
23 Millionen  
Unternehmen ...



... mit fast  
128 Millionen  
Beschäftigten



965 Mrd. EUR  
Intra-EU-  
Handel mit  
Dienstleistungen



3 428 Mrd. EUR  
Intra-EU-Handel  
mit Waren



8 163 Mrd. EUR  
Intra-EU-  
Investitionen

### Kannten Sie diese Fakten? (\*)



**47,5 %** der EU-  
Warenausfuhren in  
Nicht-EU-Länder  
wurden 2020 in Euro  
abgewickelt.



Über **60 %** der  
Unternehmen unter  
ausländischer Kontrolle  
in der EU werden von  
einem Unternehmen  
aus einem anderen  
EU-Mitgliedstaat  
kontrolliert.



Zwischen 2010 und  
2021 stieg in den  
Mitgliedstaaten  
die Anzahl der  
Beschäftigten, die die  
Staatsangehörigkeit  
eines anderen  
Mitgliedstaats besaßen,  
um **47,0 %**.



**2,4 %** der  
Studierenden in  
den Mitgliedstaaten  
kommen aus einem  
anderen Mitgliedstaat.

(\*) Die Daten beziehen sich auf die EU mit 27 Mitgliedstaaten und das letzte verfügbare Jahr.

Quelle: Eurostat.

Der Binnenmarkt ist für die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der EU von zentraler Bedeutung und hat sich bei den jüngsten Krisen wie der Pandemie oder dem russischen Angriff auf die Ukraine und der anschließenden Energiekrise als unabdingbar erwiesen. Darüber hinaus ist er ein wichtiges geopolitisches Werkzeug, das der EU inmitten geopolitischer Veränderungen und im Wettlauf um saubere Technologien zu mehr Einfluss verhilft. Trotz seiner Erfolge muss sich der Binnenmarkt mit Blick auf die neuen und sich verändernden geopolitischen Realitäten, den technologischen Fortschritt sowie den ökologischen und digitalen Wandel weiterentwickeln, auch damit die EU langfristig an Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität gewinnen kann.

## Ein stärkerer Binnenmarkt

Die EU verbessert die Rahmenbedingungen für Unternehmen kontinuierlich in allen Wirtschaftszweigen. Im September 2023 legte die Kommission einen Vorschlag gegen Zahlungsverzug durch Unternehmen und Behörden vor, der nicht nur den Cashflow kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Lieferketten beeinträchtigt. Dieser Vorschlag gehört zu einem umfassenderen Maßnahmenpaket der Kommission zur Entlastung von KMU, die vor wirtschaftlichen Herausforderungen stehen.

Die EU unterstützt auch Innovationen, indem sie es Unternehmen erleichtert, ihr geistiges Eigentum in der gesamten EU zu schützen. Die Einführung des einheitlichen Patentsystems im Juni war ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Binnenmarkts und zur Verbesserung des Patentschutzes in Europa. Dieses System bietet eine zentrale Anlaufstelle für die Eintragung und Durchsetzung von Patenten in Europa, was für Innovatoren weniger Kosten, weniger Bürokratie und weniger Verwaltungsaufwand bedeutet und insbesondere KMU zugutekommen wird.

Darüber hinaus wird ein neues Einheitliches Patentgericht sowohl für einheitliche Patente als auch für bestehende europäische Patente zuständig sein und den Unternehmen so eine wirksamere Durchsetzung ihrer Patentrechte ermöglichen. Ferner bietet der KMU-Fonds als gemeinsame Initiative der Kommission und des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum finanzielle Unterstützung in Form von Gutscheinen für KMU an, um ihnen die Verwaltung ihrer Schutzrechte, einschließlich Marken, Geschmacksmuster, Patente und Pflanzensorten, zu erleichtern.

## Wie funktioniert das einheitliche Patentsystem?

Die Erfinder melden ein europäisches Patent an.



Das Europäische Patentamt überprüft, ob die Erfindung neu ist, auf erfinderischer Tätigkeit beruht und gewerblich anwendbar ist.



Nach der Erteilung des europäischen Patents beantragt der Inhaber die Zuerkennung der einheitlichen Wirkung für das Patent.



Das Einheitspatent wird ohne zusätzliche Formalitäten wie Übersetzungen in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten wirksam:

**Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Finnland, Schweden.**



Zugleich kann der Inhaber das europäische Patent in nicht am einheitlichen System teilnehmenden Ländern, einschließlich Nicht-EU-Ländern, validieren lassen.

Ergänzend zum einheitlichen Patentsystem schlug die Kommission im April 2023 ein Patentpaket vor. Sobald dieses verabschiedet ist, werden die Unternehmen von einem neuen, ausgewogeneren Rahmen für standardessenzielle Patente profitieren und leichterem Zugang zu ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel sowie mehr Klarheit über die Möglichkeit von Zwangslizenzen in Krisenzeiten erhalten. Zudem gibt die im Jahresverlauf in Kraft getretene Verordnung über geografische Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse EU-Herstellern die Möglichkeit, handwerkliche und industrielle Erzeugnisse sowie Know-how aus ihrer Region besser zu schützen.

Auch mit der vorgeschlagenen Reform der EU-Rechtsvorschriften zum Geschmacksmusterschutz wird der Schutz von Innovation und

Geschmacksmustern in der EU gestärkt, verschlankt und modernisiert.

Schließlich unterstützt die EU grenzüberschreitende Unternehmen auch, indem sie Hindernisse für das Wirtschaftswachstum und für die unternehmerische Tätigkeit ausräumt.

### **Neue Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen könnten der Wirtschaft bis Ende 2029 ein Plus von 713 Mrd. EUR bescheren.**

Ein Beispiel sind die vorgeschlagenen neuen Vorschriften für den freien Verkehr von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten wie Kranen, Erntemaschinen und Gabelstaplern auf öffentlichen Straßen.

## **Die Verordnung über nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte wird letztlich die verschiedenen, in den Mitgliedstaaten noch bestehenden Regulierungssysteme mit folgenden Zielen ersetzen:**



Beseitigung von Marktzutrittschranken und Verringerung von Marktverzögerungen



Senkung der Compliance-Kosten, Erleichterung von Innovationen und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit



Erleichterter grenzüberschreitender Einsatz von Maschinen innerhalb der EU



Gewährleistung hoher und gleicher Standards für die Straßenverkehrssicherheit von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten in der gesamten EU

Um gemeinnützigen Organisationen die grenzüberschreitende Tätigkeit zu erleichtern, schlug die Kommission im September eine neue Rechtsform vor, den europäischen grenzübergreifenden Verein. Damit wird die Funktionsweise des Binnenmarkts verbessert, indem rechtliche und administrative Hürden für gemeinnützige Organisationen, die in mehreren Mitgliedstaaten tätig sind oder tätig werden wollen, aus dem Weg geschafft werden.

Schließlich legte die Kommission im Dezember einen geänderten Vorschlag für eine Verordnung zur Erleichterung grenzüberschreitender Lösungen vor. Damit soll den Mitgliedstaaten bei der Beseitigung von Hindernissen geholfen werden, die den 150 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in den Grenzregionen den Alltag erschweren. Die Beseitigung dieser Hindernisse wird das Funktionieren des Binnenmarkts erheblich verbessern und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU stärken.

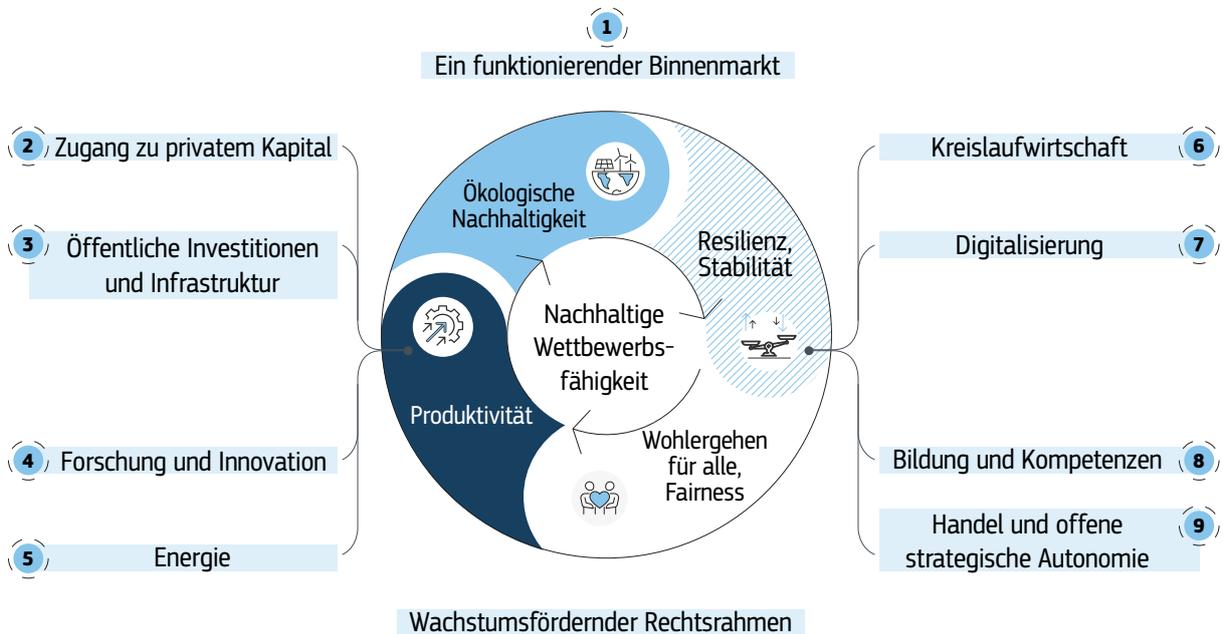
## Steigerung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit

Vor dem Hintergrund des starken weltweiten Wettbewerbs und neuer geopolitischer Herausforderungen hat die Kommission vorgeschlagen, neun zentrale Pfeiler der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU in den Fokus zu nehmen, namentlich einen funktionierenden Binnenmarkt, den Zugang zu privatem Kapital, öffentliche Investitionen und Infrastruktur, Forschung und Innovation, Energie, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Bildung und Kompetenzen sowie Handel und offene strategische Autonomie.

Außerdem sorgt die EU für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und einen florierenden Binnenmarkt, indem sie die Regeln für einen dauerhaft fairen Wettbewerb bei allen Mitgliedstaaten und

Unternehmen einheitlich anwendet. Die Entscheidungen der Kommission in den Bereichen Kartellrecht, Fusionskontrolle und staatliche Beihilfen gewährleisten einen ausgewogenen und effizienten Binnenmarkt, der für die Wirtschaft der EU unverzichtbar ist. Durch die Kontrolle staatlicher Beihilfen wird sichergestellt, dass staatliche Beihilfen mit den gemeinsamen Zielen in Einklang stehen und die Bedingungen für Unternehmen EU-weit gleich sind. Lebendiger privatwirtschaftlicher Wettbewerb beschert den Verbraucherinnen und Verbrauchern bessere Qualität und fairere Preise. Die Kommission hat bei jeder wettbewerbspolitischen Entscheidung die Interessen der Verbraucher und Unternehmen im Auge, während sie zugleich dafür sorgt, die Menschen in der EU vor skrupellosen Wirtschaftsakteuren zu schützen.

## Neun Pfeiler für die Wettbewerbsfähigkeit



Das Gesetz über digitale Märkte ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Wettbewerbspolitik der breiten Öffentlichkeit nutzt. Dieses Gesetz, das die EU-Wettbewerbsregeln nicht ersetzt, sondern ergänzt, ist eines der ersten weltweit, mit denen die Macht der großen Digitalunternehmen eingeschränkt wird, was wirtschaftliche und soziale Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt. (Mehr dazu in Kapitel 5.)



↑ VIDEO Die Verordnung über drittstaatliche Subventionen.

Die EU trägt nicht nur dafür Sorge, dass der Wettbewerb innerhalb der EU fair ist, sondern wacht auch darüber, dass die Unternehmen in der EU im internationalen Wettbewerb faire Erfolgchancen haben. Im Juli führte die EU die Verordnung über drittstaatliche Subventionen ein. Sie gibt der Kommission die Möglichkeit, finanzielle Zuwendungen von Nicht-EU-Staaten an in der EU tätige Unternehmen zu prüfen. Verschaffen diese Zuwendungen den Unternehmen einen unfairen Vorteil, kann die Kommission handeln, um die wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen zu beheben.

Entscheidend für die Wirksamkeit der EU-Wettbewerbsregeln ist deren Umsetzung. Hier einige Beispiele dafür, wie die EU die Vorschriften durchsetzt und so einen fairen Wettbewerb gewährleistet.



Im Jahr 2023 wurden 335 Fusionskontrollbeschlüsse getroffen.



Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Preise in der EU wurden im Laufe des Jahres staatliche Beihilfen in Höhe von 487 Mrd. EUR genehmigt.



Im Juni 2023 richtete die Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte an Google, in der sie ihre vorläufige Einschätzung darlegte, dass das Unternehmen seine eigenen Technologiedienste für Online-Werbeanzeigen zum Nachteil der Wettbewerber begünstigt.



↑  
Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, auf einer Pressekonferenz zum Gesetz zu kritischen Rohstoffen, zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeitsstrategie der EU und zu 30 Jahren Binnenmarkt, Brüssel (Belgien), 16. März 2023.

Kritische Rohstoffe sind für ein breites Spektrum strategischer Sektoren (Netto-Null-Technologien, Digitalbranche, Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung) unverzichtbar. Das Gesetz zu kritischen Rohstoffen hilft der EU auch, drohende Störungen besser im Auge zu halten und zu mindern, und macht die EU-Wirtschaft kreislaforientierter und nachhaltiger. Zusammen mit der Reform des Strommarktdesigns und der Netto-Null-Industrie-Verordnung, die beide im Rahmen des Industriepans zum Grünen Deal angekündigt wurden (siehe Kapitel 3 und 4), wird dieses Gesetz ein Regelungsumfeld begünstigen, das das Wachstum von Netto-Null-Technologien und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie fördert.

Die Netto-Null-Industrie-Verordnung dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft auch dadurch steigern, dass sie den regulatorischen Rahmen für die Wirtschaft verbessert. Dies wird die Unternehmen auf dem Weg zu grünen und digitalen Innovationen unterstützen. Im Zuge des Industriepfandes zum Grünen Deal wird sie einen leichter vorhersehbaren und vereinfachten Rechtsrahmen für die Förderung von Investitionen in die Fertigung von Produkten schaffen, die für die Klimaneutralitätsziele der EU unerlässlich sind.

Der Rechtsakt wird auch die industrielle Basis der EU im Bereich der Netto-Null-Technologien stärken und widerstandsfähiger machen, die für ein kosteneffizientes, verlässliches und nachhaltiges System sauberer Energie unverzichtbar sind. Darüber hinaus wird er die Schaffung und Herstellung von Netto-Null-Technologien beschleunigen und so dazu beitragen, die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland zu verringern und neue Abhängigkeiten zu vermeiden, durch die Schlüsseltechnologien und Komponenten, die für den ökologischen Wandel erforderlich sind, blockiert werden könnten (siehe Kapitel 4).

### Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch stärkere Beziehungen zwischen der EU und China

Die Beziehungen der EU zu China sind für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU von zentraler Bedeutung.

Da China immer selbstbewusster auftritt und generell eine härtere strategische Haltung einnimmt, ging die EU 2023 in ihren Beziehungen zu China dazu über, Risiken und Ungleichgewichte abzubauen, während sie sich zugleich weiterhin für eine stärkere regelbasierte internationale Ordnung einsetzt.

Der Abbau von Ungleichgewichten beinhaltet, dass die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit mit China bei globalen Herausforderungen fortgesetzt, zugleich aber auch Marktverzerrungen, die aus unverhältnismäßigen staatlichen Subventionen Chinas erwachsen, angegangen werden.

Abbau von Risiken bedeutet, dass kritische Abhängigkeiten verringert und spezifische Risiken angegangen werden, die aus der Strategie Chinas erwachsen, Innovationen, die aus gemeinsamen Forschungs- und Wissenschaftsprojekten sowie aus internationalen privaten Unternehmen hervorgehen, für die eigene militärische Entwicklung zu nutzen.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit ist ein weiterer Schlüsselfaktor für eine wettbewerbsfähigere EU. Im Juni brachten die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell die Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auf den Weg – ein Gesamtkonzept zur Stärkung der EU-Wirtschaft. Diese Strategie wird die Weiterentwicklung der industriellen Basis der EU fördern, die wesentlichen wirtschaftlichen Sicherheitsinteressen der EU schützen und die Zusammenarbeit mit einem möglichst breiten Spektrum von Nicht-EU-Ländern voranbringen, um auf internationaler Ebene gemeinsam auf wirtschaftliche Sicherheit hinzuwirken. Die Strategie ist von entscheidender Bedeutung, damit die EU wirtschaftliche Risiken richtig einschätzen und steuern, zugleich aber auch ihre Offenheit bewahren und ihr internationales Engagement fortführen kann.



↑ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hält eine Rede zu den Beziehungen zwischen der EU und China, Brüssel (Belgien), 30. März 2023. In ihrer Rede erläuterte die Präsidentin den strategischen Ansatz für ihren Besuch in China am 6. April 2023, beim G7-Gipfel in Hiroshima (Japan) vom 19. bis 21. Mai 2023 und beim Gipfeltreffen EU-China am 7. Dezember 2023 (siehe Kapitel 8).

# Finanzsysteme

## Die Kapitalmarktunion

Kapitalmärkte sind Finanzmärkte, auf denen Wertpapiere wie Aktien und Anleihen an- und verkauft werden. Sie geben Unternehmen, Staaten und anderen Stellen die Möglichkeit, sich bei einem breiten Spektrum von Anlegern Kapital zu beschaffen. Die Kapitalmarktunion ist die EU-Initiative zur Schaffung eines Binnenmarkts für Kapital, auf dem Kapital über Grenzen hinweg frei fließen kann und den Unternehmen in der EU, insbesondere auch den KMU, mehr Finanzierungsquellen offen stehen.

Wenn mehr investiert werden soll, müssen sich die Investoren geschützt fühlen und darauf vertrauen können, dass sich ihre Investitionen auszahlen. Deshalb besteht eines der Hauptziele des EU-Aktionsplans zur Kapitalmarktunion 2020 darin, die EU zu einem Ort zu machen, wo Menschen ihre

Ersparnisse in aller Sicherheit langfristig anlegen können.

Am 24. Mai 2023 verabschiedete die Kommission ein Maßnahmenpaket für Kleinanleger, das diesen mehr Rechte und Schutz garantieren soll. Kleinanleger sind nichtgewerbliche Einzelanleger, die im Rahmen ihrer Vermögensverwaltung und insbesondere auch zur Altersvorsorge in die Kapitalmärkte investieren. Die EU will sicherstellen, dass Kleinanleger gebührend geschützt und fair behandelt werden, damit sie die Chancen der Kapitalmarktunion ausschöpfen können, um ihr Vermögen zu mehren. Die Stärkung des Anlegervertrauens und die Verbesserung der Kapitalmarktunion können auch wesentlich dazu beitragen, private Finanzierungsmittel in die EU-Wirtschaft zu lenken und den ökologischen und digitalen Wandel zu finanzieren.

## Worin besteht das Problem?



Für Kleinanleger ist es schwer, sich relevante, vergleichbare und leicht verständliche Informationen zu beschaffen, um fundierte Anlageentscheidungen treffen zu können.



Das Risiko steigt, dass Kleinanleger durch soziale Medien und neue Vermarktungskanäle ungebührlich beeinflusst werden.



Bei Finanzberatungen werden die Interessen von Kleinanlegern nicht immer angemessen berücksichtigt.



Einige Anlageprodukte bieten Kleinanlegern kein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis.

## Folgen



Nur **17 %** des Vermögens der privaten Haushalte in der EU waren 2021 in Wertpapieren (wie Aktien oder Anleihen) angelegt, was deutlich unter dem Stand von US-Haushalten liegt. (Quelle: Eurostat.)



**40 %** höher als bei institutionellen Anlegern (z. B. Pensionsfonds) sind die Gebühren, die Kleinanleger zahlen. (Quelle: European Securities and Markets Authority costs and performance report, Januar 2023.)



**45 %** der Menschen in der EU vertrauen nicht darauf, dass die Anlageberatung, die sie von Finanzintermediären erhalten, in ihrem Interesse ist. (Quelle: Eurobarometer-Blitzumfrage 525, Juli 2023.)

Im Mai einigten sich das Parlament und der Rat außerdem auf einen Vorschlag zur Einrichtung eines zentralen Zugangsportals für alle öffentlichen finanziellen und nachhaltigkeitsbezogenen Informationen über EU-Unternehmen und EU-Anlageprodukte. Dieses Portal wird die Sichtbarkeit der Unternehmen bei den Investoren erhöhen und so zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen. Besonders wichtig ist dies für kleine Unternehmen auf kleinen Kapitalmärkten. Über das zentrale europäische Zugangportal kann auch leicht auf die von Unternehmen veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichte zugegriffen werden, wodurch die Ziele des europäischen Grünen Deals gefördert werden.

Darüber hinaus einigten sich das Parlament und der Rat am 29. Juni auf einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente. Die Überarbeitung wird sicherstellen, dass die richtigen Bedingungen geschaffen werden, damit Bereitsteller konsolidierter Datenticker einen konsolidierten Überblick über den Handel in der gesamten EU vermitteln können. Konsolidierte Datenticker tragen die Preise und Handelsvolumen von Finanzinstrumenten wie Aktien und Anleihen an Hunderten von Ausführungsplätzen in den Mitgliedstaaten in einem einzigen Datenstrom zusammen, der für alle gleichermaßen zugänglich ist. Alle Ausführungsplattformen wie Börsen und Handelsplattformen werden verpflichtet, ihre Handelsdaten direkt in den konsolidierten Datenticker einzuspeisen.

Am 19. Juli einigten sich das Parlament und der Rat auf einen Vorschlag zur Verbesserung des Rechtsrahmens für Investmentfonds. Mit der Überarbeitung werden die Vorschriften für die Auswahl und Nutzung von Instrumenten für das Liquiditätsmanagement dieser Fonds harmonisiert und an die internationalen Empfehlungen

zur Stärkung der Finanzstabilität angepasst. Außerdem wird damit ein gemeinsamer Rahmen für kreditgebende Fonds (d. h. Fonds, die Kredite an Unternehmen vergeben) abgesteckt und die Transparenz der Vorschriften für die Auslagerung von Aufgaben erhöht, um sicherzustellen, dass die Aufsichtsbehörden ermessen können, in welchem Umfang Fondsverwalter auf Fachwissen Dritter angewiesen sind.

Zusammengenommen werden die drei vorgenannten Vorschläge einen besseren Anlegerzugang zu Unternehmens- und Handelsdaten sicherstellen. Darüber hinaus werden die Maßnahmen langfristige Investitionen fördern und den grenzüberschreitenden Verkauf von Investmentfonds erleichtern und sicherer machen. Insgesamt werden die Vorschläge die Unternehmen und Anleger in der EU näher zusammenbringen, den Finanzierungszugang der Unternehmen verbessern, die Investitionsmöglichkeiten für Kleinanleger erweitern und die Kapitalmärkte in der EU noch enger zusammenwachsen lassen.

Im November aktualisierte die EU die Verordnung über Zentralverwahrer. Die Verordnung wurde ursprünglich eingeführt, um die Sicherheit und Effizienz der Abwicklung an den Finanzmärkten, d. h. die Vollendung von Wertpapiergeschäften durch Übertragung von Bargeld, Wertpapieren oder beidem, zu verbessern. Die überarbeiteten Rechtsvorschriften werden den Kapitalmärkten und dem Finanzsystem der EU Verbesserungen bringen, da sie die Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Vorschriften erhöhen und so die Befolgungskosten und den Bürokratieaufwand für Zentralverwahrer verringern, diesen ein breiteres Spektrum grenzüberschreitender Dienstleistungen ermöglichen und ihre grenzüberschreitende Beaufsichtigung verbessern.

## Was ist ein konsolidierter Datenticker?



Es handelt sich um ein System, das Transaktionsinformationen von EU-Handelsplattformen in Echtzeit oder möglichst echtzeitnah konsolidiert.



Es ermöglicht sowohl professionellen Anlegern als auch Kleinanlegern, den Preis und andere Informationen über ein Finanzinstrument (z. B. Volumen und Uhrzeit der Transaktionen) an einem Ort zu sehen.



Ohne konsolidierten Datenticker sind die Informationen über den Handel auf mehrere Ausführungsplattformen wie Börsen, andere Handelsplätze und Investmentbanken (auch als „systematische Internalisierer“ bezeichnet) verteilt.

**Zentralverwahrer sind spezialisierte Finanzinstitute, die Wertpapiere (wie Aktien und Anleihen) halten, verwalten und verwahren und eine effiziente Abwicklung von Wertpapiergeschäften ermöglichen. Sie bilden die Grundlage, damit moderne Finanzmärkte funktionieren können.**

Im Dezember wurde eine politische Einigung über die Vorschläge der Kommission zur Stärkung des Rechtsrahmens für Versicherungen erzielt. Mit der vereinbarten Aktualisierung wird die Solvabilität-II-Richtlinie modernisiert, indem bessere Anreize für Versicherungen und Rückversicherungen (d. h. Versicherer von Versicherungsunternehmen) gesetzt werden, im Einklang mit den Zielen der Kapitalmarktunion mehr in langfristiges Kapital zu investieren. Die Aktualisierung wird auch sicherstellen, dass diese Branche in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten stark bleibt und die Verbraucherinteressen schützt. Die neuen Vorschriften werden bestimmten Risiken, insbesondere auch jenen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, besser Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die Finanzkraft der Versicherer weniger von kurzfristigen Marktschwankungen abhängt. Außerdem wird eine neue Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von (Rück-)Versicherungsunternehmen eingeführt, mit der die Finanzstabilität gewahrt und der Schutz der Versicherungsnehmer und Steuerzahler bei Ausfall eines (Rück-)Versicherers sichergestellt werden soll. Diese Richtlinie schreibt vor, dass größere und systemrelevante Unternehmen präventive Sanierungspläne aufstellen müssen, um sicherzugehen, dass sie auf Krisen vorbereitet sind. Darüber hinaus sollen die nationalen Behörden die nötige Handhabe erhalten, um Probleme mit straukelnden (Rück-)Versicherern angehen zu können, insbesondere auch, indem sie diese in geordneter Weise vom Markt nehmen und zugleich so weit wie möglich den Fortbestand des Versicherungsschutzes sicherstellen.

Schließlich unterstützte die Kommission die Mitgliedstaaten 2023 bei der Stärkung ihrer nationalen Kapitalmärkte. Bislang haben 21 Mitgliedstaaten das Instrument für technische Unterstützung in diesem Bereich in Anspruch genommen. Die Reformen trugen dazu bei, regulatorische Investitionshemmnisse und Ineffizienzen des Marktes zu beseitigen. Ziel dieser Reformprojekte ist es, mehr Investitionsmöglichkeiten zu eröffnen, die Unternehmen für die Märkte sichtbar zu machen und KMU den Zugang zu Bankkrediten zu erleichtern.

## Digitales Finanzwesen

Am 28. Juni legte die Kommission zwei Vorschläge vor, die sicherstellen sollen, dass die Bürgerinnen und Bürger den von der Europäischen Zentralbank ausgegebenen Euro in der Form für Zahlungen nutzen können, die ihnen am meisten entgegenkommt.

Im ersten Vorschlag geht es darum, die Verwendung von Bargeld zu bewahren. Der Vorschlag soll sicherstellen, dass Bargeld weiterhin als Zahlungsmittel allgemein akzeptiert wird und für Menschen und Unternehmen im gesamten Euro-Währungsgebiet leicht zugänglich ist.

Der zweite Vorschlag steckt den Rechtsrahmen für einen künftigen digitalen Euro ab, den die Zentralbank als Ergänzung zu Bargeld ausgeben könnte. Nachdem die Bank die Einführung des digitalen Euro zwei Jahre lang geprüft hatte, beschloss sie im Oktober, in die Vorbereitungsphase überzugehen.

Auch wenn Bargeld weiterhin allgemein zugänglich sein und akzeptiert werden soll, entscheiden sich heute doch immer mehr Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen dafür, elektronisch zu bezahlen. Der digitale Euro soll zusätzlich zu den derzeitigen privaten Zahlungsoptionen eine weitere Alternative bieten. Er wäre eine Möglichkeit, digital mit einer Form von öffentlichem Geld zu bezahlen, das im Euro-Währungsgebiet (und möglicherweise auch darüber hinaus) allgemein akzeptiert, kostengünstig, sicher und krisenfest ist.

Die Zentralbank kann erst dann beschließen, den digitalen Euro auszugeben, wenn der Vorschlag für den digitalen Euro vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen wurde.



↑ Mairead McGuinness, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion, auf einer Pressekonferenz über den digitalen Euro und über Euro-Banknoten und Euro-Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel, Brüssel (Belgien), 28. Juni 2023.

## Vorteile des digitalen Euro für die Menschen

- ✓ Nutzung des digitalen Euro überall im Euro-Währungsgebiet (andere private digitale Zahlungslösungen bieten diese Option nicht immer).
- ✓ Einfachere Nutzung als bei bestehenden digitalen Zahlungslösungen.
- ✓ Zahlung ohne Internetzugang.
- ✓ Möglichkeit, auch ohne Bankkonto zu zahlen.
- ✓ Bei der Offline-Nutzung des digitalen Euro wäre die Privatsphäre der Nutzer genauso gut geschützt wie bei der Verwendung von Bargeld.
- ✓ Mehr Wahlmöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher.
- ✓ Gebührenfrei für Verbraucherinnen und Verbraucher.

## Ersetzt der digitale Euro das Bargeld?

Ganz und gar nicht.

Der digitale Euro würde das Bargeld lediglich ergänzen – und wäre eine Alternative zu den heute angebotenen privaten digitalen Lösungen.

## Was ist mit der Privatsphäre?

**Bei Online-Zahlungen hätte die Bank lediglich Zugriff auf die personenbezogenen Daten, die für die Ausführung von Zahlungen, die Verhinderung von Betrug und die Bekämpfung von Geldwäsche erforderlich sind.**

Dies ist auch bei Zahlungen mit anderen digitalen Zahlungsmitteln, z. B. mit einer Kreditkarte, der Fall.



**Bei Offline-Zahlungen ist der Schutz der Privatsphäre stärker als bei allen anderen digitalen Zahlungsmitteln – die Bank würde nur die gleichen Daten sehen wie beim Abheben von Geld von einem Geldautomaten.**

Niemand könnte bei Offline-Zahlungen sehen, wofür der digitale Euro verwendet wird.

**Die Europäische Zentralbank hätte keinen Zugriff auf personenbezogene Daten.**

## Offenes Finanzwesen und Zahlungsdienste

Mit der Zunahme elektronischer Zahlungen sind neue Dienstleister – etwa Unternehmen, die Open-Banking-Dienste anbieten – auf den Plan getreten. Doch auch die Betrugsmaschen werden immer raffinierter und bringen für die Verbraucherinnen und Verbraucher Risiken mit sich. Um auf diese Entwicklungen zu reagieren und sicherzustellen, dass dem EU-Finanzsektor die Vorteile des aktuellen digitalen Wandels zugutekommen, legte die Kommission am 28. Juni zwei Maßnahmenbündel vor.

Erstens schlug die Kommission vor, die aktuelle Zahlungsdiensterichtlinie (die sogenannte „PSD2“, die dann zur „PSD3“ werden soll) zu ändern und zu modernisieren, und legte zudem einen Vorschlag für eine Zahlungsdiensteverordnung vor. Diese Änderungen werden sicherstellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU weiterhin sichere elektronische Zahlungen und Transaktionen durchführen können. Ziel ist es, die Verbraucherrechte zu wahren und zugleich die Auswahl an Zahlungsdienstleistern auf dem Markt zu vergrößern.

### Mit dem Vorschlag für eine überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie und eine neue Zahlungsdiensteverordnung soll Folgendes erreicht werden:



Bereitstellung in großem Maßstab eines Dienstes für einen Namen-Konto-Abgleich vor der Bestätigung von Überweisungen



Unterstützung von Banken und anderen Zahlungsdienstleistern, durch einen intensiveren betrugsrelevanten Informationsaustausch gemeinsam gegen Betrug vorzugehen



Einführung eines Rechts für Opfer von Betrug, unter bestimmten Umständen eine Erstattung von ihrer Bank oder einem anderen Zahlungsdienstleister zu erhalten



Verpflichtung der Banken, die Kunden besser für Betrug zu sensibilisieren

Zweitens schlug die Kommission einen Rahmen für den Zugang zu Finanzdaten vor. Damit werden klare Rechte und Pflichten für den über Zahlungskonten hinausreichenden Austausch von Kundendaten im Finanzsektor festgelegt. In der Praxis wird dies zu innovativeren Finanzprodukten und -dienstleistungen führen und den Wettbewerb im Finanzsektor beleben.

Das Vorschlagspaket soll sicherstellen, dass sich der EU-Finanzsektor an den laufenden digitalen Wandel und die damit verbundenen Risiken und Chancen anpasst.

Am 7. November erzielten das Parlament und der Rat eine politische Einigung über den Vorschlag der Kommission, allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit einem Bankkonto in der EU Sofortzahlungen in Euro zu ermöglichen. Die neuen Regelungen, die die Verordnung über

den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum modernisieren, sollen sicherstellen, dass Sofortzahlungen in Euro kostengünstig, sicher und überall in der EU problemlos möglich sind. Sofortzahlungen sind für die Menschen im Alltag schnell und bequem, beispielsweise wenn sie in Notfällen sofort (in weniger als zehn Sekunden) Geld brauchen oder in sozialer Runde problemlos und schnell eine Rechnung teilen wollen. Außerdem verbessern sie das Cashflow-Management für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen, insbesondere auch KMU, ermöglichen Wohltätigkeits- und Nichtregierungsorganisationen schnellen Zugriff auf Gelder und geben den Banken einen Anreiz, innovative Finanzdienstleistungen und -produkte zu entwickeln.

## Der Zugang zu Finanzdaten hat folgende Vorteile:

### Für Kunden:



- mehr Transparenz und Kontrolle darüber, mit wem Daten ausgetauscht werden;
- Stärkung des Vertrauens in die Weitergabe von Daten;
- Auswahl an innovativeren und kostengünstigeren Finanzdienstleistungen.

### Für Datennutzer:



- Innovationsförderung durch größeren Zugang zu wichtigen Kundendatensätzen;
- Ermöglichung neuer Dienste und Einnahmequellen für Datennutzer.



#### VIDEO

Unternehmen können mithilfe der EU-Taxonomievorschriften ihre Umweltbilanz verbessern, und Investoren können anhand der EU-Standards für grüne Anleihen bestimmen, wie umweltfreundlich ihre Investitionen tatsächlich sind.

## Nachhaltiges Finanzwesen

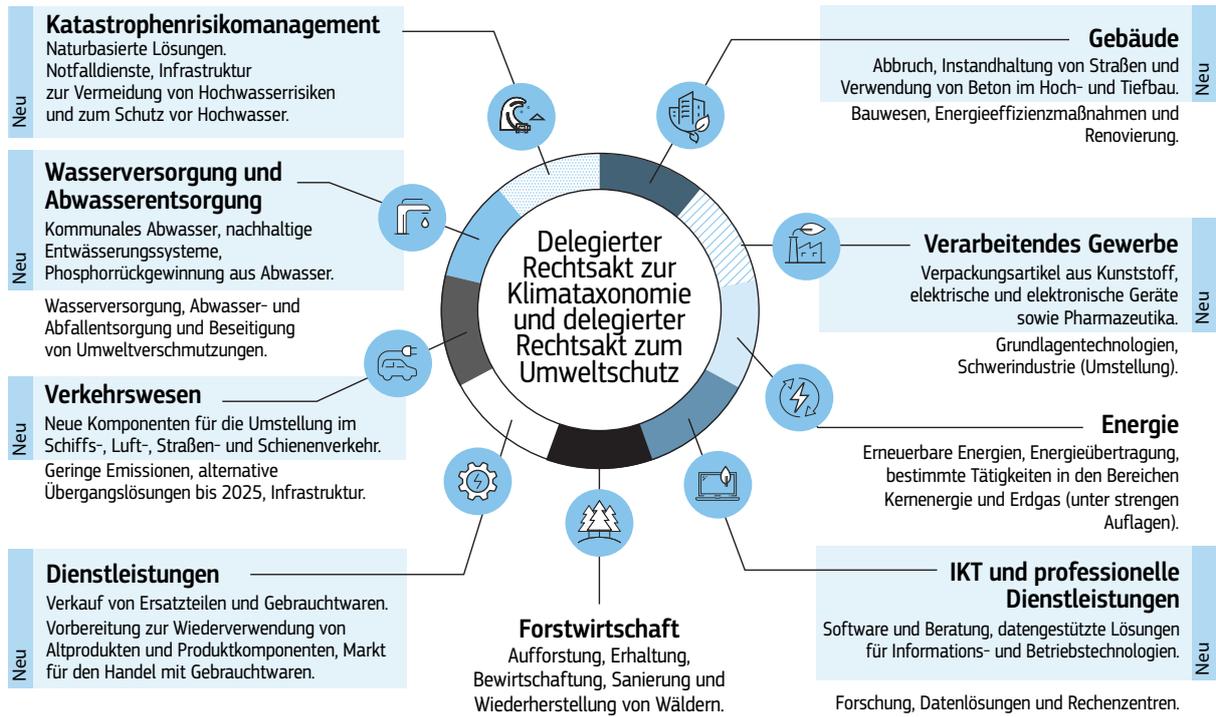
Hauptziel des EU-Rahmens für ein nachhaltiges Finanzwesen ist es, Investitionen in die Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele des europäischen Grünen Deals zu lenken. Die Umsetzung kommt voran, doch muss noch mehr getan werden, um die Regelungen praxistauglich und die Instrumente benutzerfreundlich zu gestalten.

Um den Rahmen effizienter und leichter umsetzbar zu machen, gibt die EU klare Definitionen dafür vor, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig gelten können und wie nachzuweisen ist, bis zu welchem Grad sie „grün“ sind. Dies ist unerlässlich, um Grünfärberei zu verhindern und sicherzustellen, dass die Mittel in jene Sektoren fließen, die für den ökologischen Wandel unverzichtbar sind.

Am 13. Juni legte die Kommission ein Paket zur Stärkung des EU-Rahmens für ein nachhaltiges Finanzwesen vor. Im Rahmen dieser Initiative werden Unternehmen und der Finanzsektor unterstützt, indem private Investitionen in Transformationsprojekte und -technologien gefördert und Finanzmittel in nachhaltige Investitionen gelenkt werden. Das Paket enthält neue Kriterien im Rahmen der EU-Taxonomie und weitet das Klassifizierungssystem mit den delegierten Rechtsakten zur EU-Umwelt- und Klimataxonomie auf weitere Wirtschaftstätigkeiten aus.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die wichtigsten Wirtschaftstätigkeiten, die neu als ökologisch nachhaltig anerkannt werden.

# EU-Taxonomie – Wirtschaftszweige und -tätigkeiten

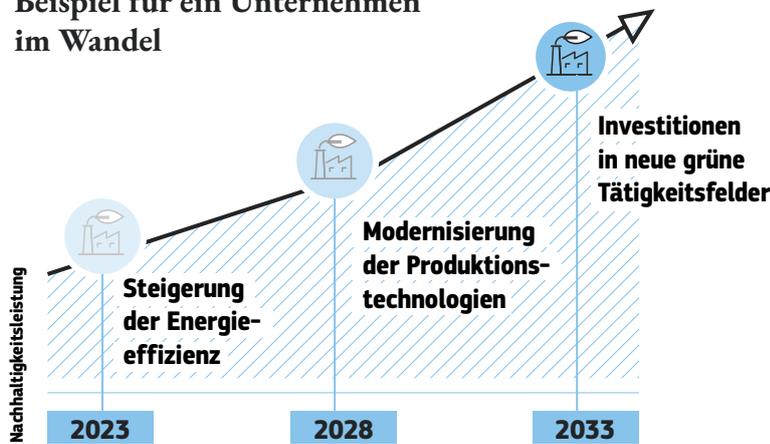


Das Paket enthält auch eine Empfehlung zur Finanzierung der Transformation mit Leitlinien und praktischen Beispielen für Unternehmen und den Finanzsektor. Diese veranschaulichen, wie Unternehmen die verschiedenen Instrumente, die

der Rahmen bietet, auf freiwilliger Basis nutzen können, um Investitionen in den ökologischen Wandel zu lenken und ihre aus dem Klimawandel und der Umweltzerstörung erwachsenden Risiken zu managen.

## Instrumente zur Finanzierung des ökologischen Wandels

### Beispiel für ein Unternehmen im Wandel



Zu den Instrumenten, die Unternehmen freiwillig für die Finanzierung der Umstellung auf Nachhaltigkeit nutzen können, gehören:

- EU-Taxonomie,
- EU-Referenzwerte für den Klimaschutz,
- EU-Standard für grüne Anleihen,
- wissenschaftlich fundierte Ziele,
- Umstellungspläne.

→ Anteil der grünen Tätigkeiten

Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings (sogenannte „ESG-Ratings“) spielen auf dem EU-Markt für nachhaltige Finanzen ebenfalls eine wichtige Rolle, da sie den Anlegern und Finanzinstituten beispielsweise Aufschluss darüber geben, wie sich die Anlagestrategien und das Risikomanagement mit Blick auf ESG-Faktoren

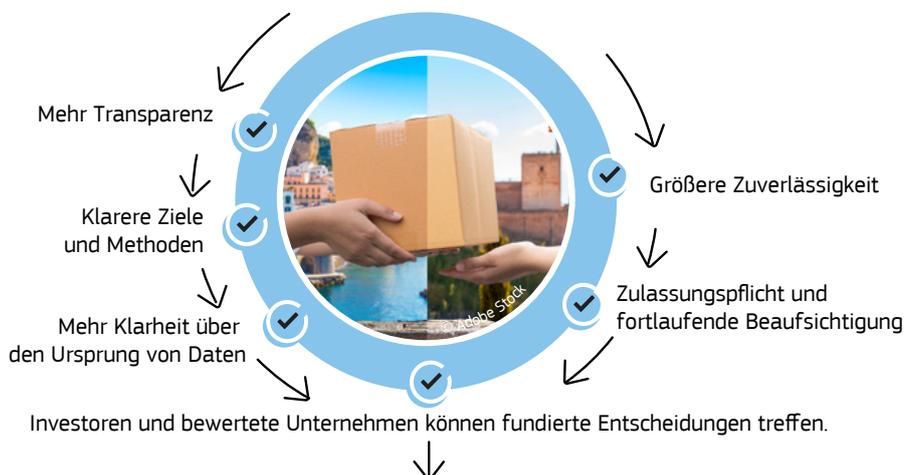
gestalten. Im Juni 2023 legte die Kommission einen Verordnungsvorschlag vor, der den ESG-Rating-Markt transparenter und damit verlässlicher machen soll. Neue organisatorische Grundsätze und klare Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten werden für mehr Integrität hinsichtlich der Tätigkeiten von ESG-Ratinganbietern sorgen.

## Ratings in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG) – die Änderungsvorschläge im Überblick

### Bisher



### Künftig



### Durch das bessere Funktionieren des Binnenmarkts

wird ein Beitrag zum europäischen Grünen Deal und zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen geleistet.

Um sicherzustellen, dass die Unternehmen Nachhaltigkeitsinformationen auf die gleiche Weise melden, hat die Kommission im Juli 2023 auch erste verbindliche europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung angenommen. Die Standards decken Umwelt-, soziale und Governance-Aspekte ab, insbesondere auch den Klimawandel, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte. Sie geben den Anlegern Aufschluss über die Nachhaltigkeitsauswirkungen der Unternehmen, in die sie investieren. Außerdem tragen sie den Gesprächen mit dem International Sustainability Standards Board und der Global Reporting Initiative Rechnung, um eine hohe Übereinstimmung zwischen den EU- und den globalen Standards zu gewährleisten und eine unnötige Doppelberichterstattung durch die Unternehmen zu vermeiden.

Beim europäischen Grünen Deal vom 11. Dezember 2019 wurde hervorgehoben, wie wichtig es ist, Finanzmittel und Kapital in grüne Investitionen zu lenken. Grüne Anleihen spielen eine immer wichtigere Rolle für die Finanzierung von Anlagegütern, die für den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft benötigt

werden. Am 28. Februar 2023 erzielten das Parlament und der Rat eine Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über europäische grüne Anleihen, mit der ein offizieller Standard für grüne Anleihen festgelegt werden sollte. Im Dezember trat die Verordnung in Kraft. Der Standard für grüne Anleihen enthält verschiedene Kriterien, die einen Rahmen für die Emission grüner Anleihen abstecken. Der europäische Standard für grüne Anleihen bietet die Gewähr, dass grüne Anleihen Projekte mit echtem Nutzen für die Umwelt finanzieren, und trägt so dazu bei, dass der Markt für grüne Anleihen integer und vertrauenswürdig bleibt. Die Emittenten europäischer grüner Anleihen müssen sicherstellen, dass mindestens 85 % des Mittelaufkommens aus der Anleihe für Wirtschaftstätigkeiten verwendet werden, die der Taxonomieverordnung entsprechen. Mit den neuen Rechtsvorschriften wird auch ein Rahmen für die Zulassung und Beaufsichtigung von Drittprüfern abgesteckt, der dazu beitragen wird, dass die Merkmale von Anleihen überprüft und Umweltaussagen somit vertrauenswürdiger werden.



←

PODCAST

EU-Finanz-Podcast: „Folge 9 – Der EU-Standard für grüne Anleihen“.

## Bankensektor

Nach der weltweiten Finanzkrise von 2007/2008 wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um Banken in der EU krisenfester zu machen. Dank dieser Arbeit haben die Finanzinstitute in der EU jüngere Krisen wie die COVID-19-Pandemie, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die US-Bankenkrise vom Frühjahr 2023 gut überstanden. Die Banken in der EU sind heutzutage gut mit Kapital ausgestattet, hochliquide und gut beaufsichtigt. Wie die 2023 durchgeführten Stresstests der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde zeigen, könnten sie auch in höchst ungünstigen Szenarien bestehen.

Um die Banken weiter zu stärken, nahm die Kommission am 18. April einen Vorschlag zur Reform des bestehenden Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung an. Dabei liegt der Fokus auf kleineren und mittleren Banken. Gerieten früher kleine und mittlere Banken

ins Wanken, wurde ihnen häufig außerhalb des bestehenden Abwicklungsrahmens geholfen. Mitunter bedeutete dies, dass dafür nicht die eigenen Gelder der betroffenen Bank oder andere branchenfinanzierte Rückfall-Fonds zum Schutz der Einleger (Einlagensicherungssysteme und Abwicklungsfonds) zum Einsatz kamen, sondern Mittel der öffentlichen Hand (und damit Steuergelder). Der reformierte Rahmen vereinfacht die Inanspruchnahme branchenfinanzierter Sicherheitsnetze, sodass die Einleger in Banken Krisen besser abgeschirmt werden können, beispielsweise indem ihre Konten von einer notleidenden auf eine gesunde Bank übertragen werden. Solche Sicherheitsnetze dürfen aber erst dann zum Einsatz kommen, wenn die eigenen Rücklagen betroffener Banken, die nach wie vor die erste Verteidigungslinie bilden, ausgeschöpft sind.

## Reform des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung

### Ziele



Wahrung der Finanzstabilität und Schutz von Steuergeldern



Verbesserung des Einlegerschutzes



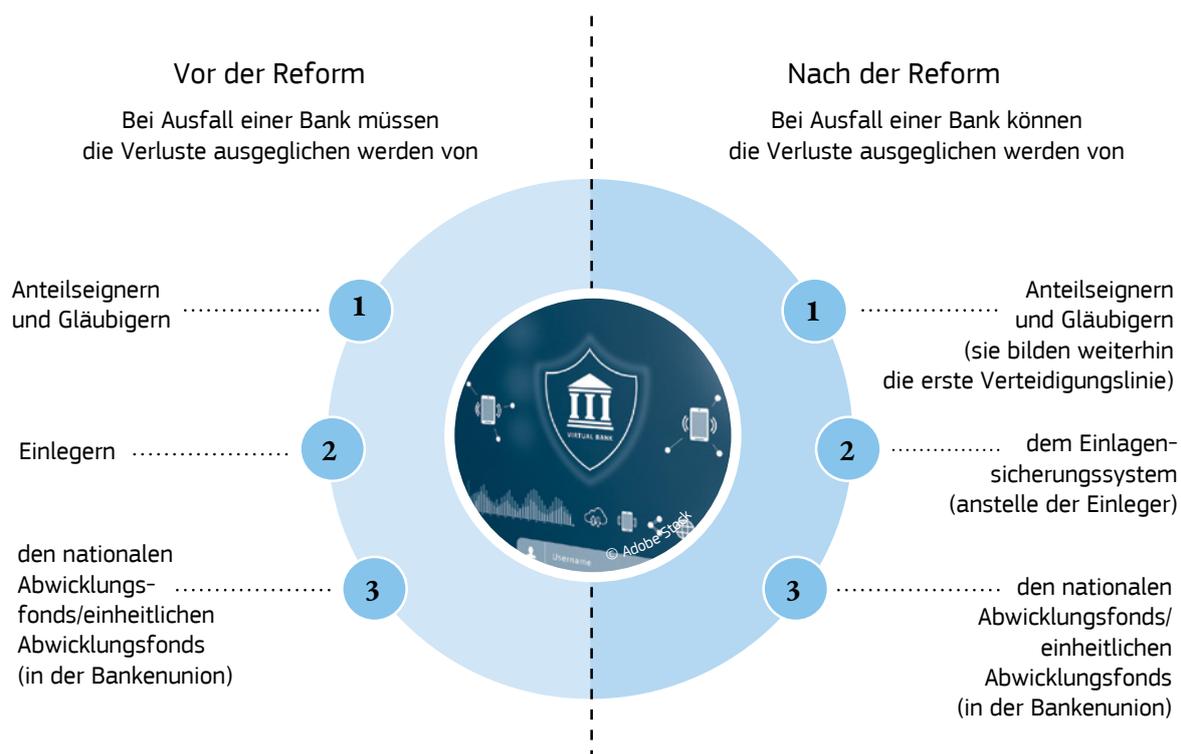
Abschirmen der Realwirtschaft vor den Auswirkungen eines Bankenausfalls

### Was wird getan?

Verbesserung der Systeme, die im Falle eines Bankenausfalls greifen, mit Schwerpunkt auf kleinen und mittelgroßen Banken

### Kleine und mittelgroße Banken

Geschäftsmodell mit hohem Einlagenanteil in der Bilanz



Ein weiterer wichtiger Durchbruch, der im Laufe des Jahres erzielt wurde, war die politische Einigung über den auch als „Bankenpaket“ bekannten Kommissionsvorschlag für eine Überarbeitung der EU-Bankenvorschriften (Eigenkapitalverordnung und Eigenkapitalrichtlinie). Mit diesem Paket werden die finalen internationalen Aufsichtsstandards für Banken (die „Basel-III-Standards“) umgesetzt, auf die sich die EU und ihre G20-Partner im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht verständigt haben.

Die erste Stufe der Basel-III-Reformen, in der es um eine höhere und bessere Eigenkapitalausstattung, eine geringere Verschuldung und strenge Liquiditätsanforderungen geht, ist bereits jetzt für alle EU-Banken in Kraft. Mit der Vervollständigung dieser Standards will die EU den Rechtsrahmen einfacher, vergleichbarer und risikosensitiver machen und so letztlich wieder Vertrauen in die risikobasierten Eigenkapitalanforderungen schaffen.

## Was enthält das Bankenpaket?



### Basel III: neue Vorschriften für interne Modelle

Es wird eine neue Obergrenze eingeführt, um sicherzustellen, dass Risiken nicht unterschätzt werden, wenn Banken eigene Berechnungsmodelle verwenden.



### Bessere Aufsicht

Die Aufsichtsbehörden werden über wirksamere Instrumente zur Beaufsichtigung von Banken in der EU verfügen, die auch bei komplexen Bankengruppen greifen. Für die Beaufsichtigung von Banken aus Drittländern in der EU werden Mindeststandards eingeführt.



### Nachhaltigkeit

Die Banken müssen in ihrer Geschäftstätigkeit Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken berücksichtigen.

## Faire, einfache und moderne Steuern und Zölle

### Reform der Zollunion

Im Mai schlug die Kommission als Reaktion auf die gestiegenen Handelsvolumen, das Wachstum des elektronischen Handels und die höheren EU-Standards die ehrgeizigste Reform der Zollunion seit ihrer Gründung im Jahr 1968 vor. Die digitale Fragmentierung des aktuellen Systems und die suboptimale Koordinierung zwischen den nationalen Behörden haben die Befolgungskosten für Unternehmer in die Höhe getrieben und Betrug Tür und Tor geöffnet.

Die Reform beinhaltet die Einrichtung einer EU-Zollbehörde, die über eine neue Zolldatenplattform wachen wird. Dies wird zu einem stärker zentralisierten und digitalisierten Ansatz für den Zoll führen, der die Befolgungskosten für die Unternehmen senken, Ressourcen bei den nationalen Behörden freisetzen und eine effizientere, stärkere und betrugssicherere Zollunion hervorbringen dürfte.



↑  
Das DP World Containerterminal in  
Constanța (Rumänien), 10. Mai 2023.

## Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug

Neue Meldepflichten und Anforderungen für den Informationsaustausch, die im Einklang mit dem „Crypto-Asset Reporting Framework“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgestellt wurden, werden es den Mitgliedstaaten erleichtern, gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug mit Kryptowerten und E-Geld vorzugehen. Die 2023 erzielte Einigung verpflichtet alle in der EU ansässigen Krypto-Dienstleister, Transaktionen von in der EU ansässigen Kunden zu melden, sodass Steuerbetrug und Steuervermeidung leichter aufgedeckt werden können.

Im Rahmen des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion von 2020 und des Aktionsplans für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der EU-Aufbaustrategie hat die Kommission vorgeschlagen, die Verfahren der Quellenbesteuerung für Anleger, Finanzintermediäre und Steuerverwaltungen zu verschlanken. Ziel ist es, Doppelbesteuerung und einen Missbrauch von Erstattungs- oder Entlastungsregelungen zu verhindern. Außerdem sollen die Antragsverfahren für Quellensteuererleichterungen harmonisiert werden, um die Kosten für alle Beteiligten zu senken.

Darüber hinaus schlug die Kommission eine Richtlinie über die Verrechnungspreisgestaltung vor, die den Befolgungsaufwand verringern, die Rechtssicherheit in Steuersachen erhöhen und Streitigkeiten über die Verrechnungspreisgestaltung abwenden soll. Auf diese Weise soll sowohl Doppelbesteuerung als auch eine doppelte Nichtbesteuerung verhindert werden.

## Eine gerechtere, einfachere und modernere Besteuerung

Die Einhaltung von Steuervorschriften kostet die Unternehmen viel Geld, weil sie sich in 27 verschiedenen Steuersystemen mit jeweils eigenen Vorschriften zurechtfinden müssen. Dies hält die Unternehmen nicht nur von grenzüberschreitenden Investitionen in der EU ab, sondern bedeutet auch einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen in anderen Teilen der Welt.

Deshalb nahm die Kommission im September einen Vorschlag für einen neuen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung in Europa an. Hiermit soll ein einheitliches Regelwerk für die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmensgruppen eingeführt werden. Dadurch werden große Unternehmen, die in mehreren Mitgliedstaaten tätig sind, bis zu 65 % an Befolgungskosten einsparen können. Darüber hinaus wird das Verfahren für die nationalen Steuerbehörden vereinfacht, die die fälligen Steuern dann leichter berechnen können.

Der Vorschlag stellt in erster Linie auf EU-weit tätige große Unternehmensgruppen ab, doch hat die EU auch Maßnahmen ergriffen, um die Steuervorschriften für Kleinunternehmen und KMU zu vereinfachen. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie über die hauptsitzbasierte Besteuerung soll ein vereinfachter Rahmen für KMU eingeführt werden, die über Betriebsstätten in anderen Mitgliedstaaten tätig sind. Diese Unternehmen erhalten die Möglichkeit, alles über eine einzige Steuerverwaltung (oder Hauptverwaltung) abwickeln zu können, anstatt mit den Finanzämtern aller Mitgliedstaaten, in denen sie tätig sind, in Kontakt treten zu müssen. Dadurch soll eine Expansion über Grenzen hinweg gefördert werden.



# 3. Für ein klimaneutrales und wohlhabendes Europa

## Einleitung

Mit dem europäischen Grünen Deal begegnet die Europäische Union der dreifachen Bedrohung durch die Klima-, Umwelt- und Biodiversitätskrise. Die EU hat ihre Klimaziele darin noch höhergesteckt und sich verpflichtet, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Durch den europäischen Grünen Deal wird die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Im Jahr 2023 hat die EU einen wichtigen Meilenstein auf ihrem Weg hin zur Klimaneutralität erreicht. Die entscheidenden Gesetze für das mittelfristige Ziel, die Nettotreibhausgasemissionen

bis 2030 um mindestens 55 % zu senken, wurden Mitte Oktober angenommen. Extremwetter hat erneut die raue Wirklichkeit des Klimawandels in der gesamten EU und in der Welt vor Augen geführt und gezeigt, dass beständige Anstrengungen notwendig sind, um die Emissionen schnellstmöglich zu senken. Bei der COP 28 hat die EU eine Führungsrolle dabei übernommen, um einerseits ein globales Abkommen für den schnelleren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu erzielen und andererseits die Verpflichtung zu vereinbaren, bis zum Jahr 2030 die globalen Kapazitäten an erneuerbaren Energien zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln.

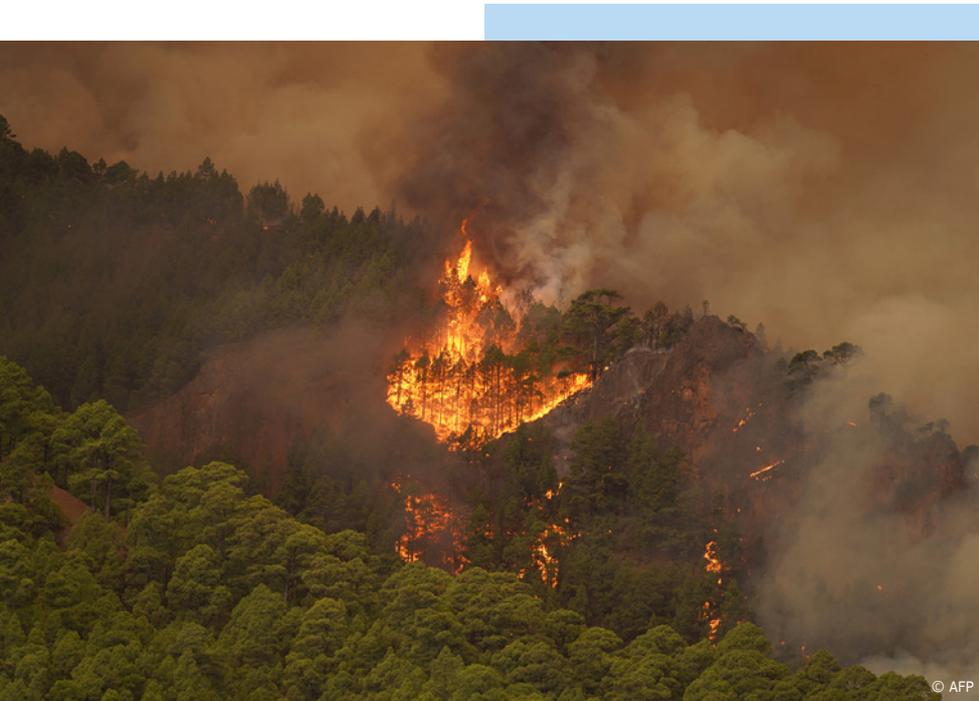
## Die Realität ist: Der Planet kocht

Extremwetterereignisse haben auch 2023 in Europa und weltweit durch Störungen und Verwüstungen eindrücklich vor Augen geführt, welche große und ständige Gefahr für Gesellschaften vom Klimawandel ausgeht, und somit auch die Notwendigkeit, rasch Maßnahmen zum Schutz des Planeten zu ergreifen.

Durch Trockenheit und Dürre waren Waldbrände über eine längere Zeit hinweg akut und noch gefährlicher, wobei bereits im März große Waldbrände in Spanien ausbrachen und beispiellose Feuer im Juli und August Teile Griechenlands, Spaniens und Portugals verwüsteten. Der Waldbrand in der Region Evros im Nordosten Griechenlands war der bisher größte in der Geschichte der EU. Nach Informationen des Europäischen Waldbrandinformationssystems waren schon bis zum 22. Juli über 181 000 Hektar Land in der gesamten EU zu Asche geworden, was den Mittelwert aus den Jahren 2003 bis 2022 (128 225 Hektar) um über 40 % übersteigt.

Die EU hat auf das steigende Waldbrandrisiko reagiert und im Jahr 2023 die Kapazitäten für Antizipation und Prognose gestärkt, die rescEU-Brandbekämpfungsflotte ausgebaut und Hunderte von Feuerwehrleuten vor Ort eingesetzt, die dann sofort Hilfe leisten konnten. Außerdem hat sie in ihrem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen ein Waldbrandunterstützungsteam eingerichtet.

Waldbrände sind auf der ganzen Welt ein Problem. Die EU beteiligte sich an der Bekämpfung der verheerendsten Waldbrände in Kanada seit zehn Jahren (denen 4 Millionen Hektar zum Opfer fielen, was der Fläche der Niederlande entspricht), indem die EU-Mitgliedstaaten die Unterstützung von rund 300 Feuerwehrleuten für Kanada durch das Katastrophenschutzverfahren der Union anboten (siehe Kapitel 8).



2023 wurden in sieben Monaten und zwei Jahreszeiten Rekordtemperaturen erreicht, womit es zum wärmsten Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen wurde. Der Copernicus-Dienst zur Überwachung des Klimawandels der EU gibt an, dass an fast 50 % der Tage im Jahr 2023 die Temperatur mehr als 1,5 °C über dem Mittelwert aus vorindustrieller Zeit (1850-1900) lag.

↑  
Waldbrände in den  
Gemeinden Candelaria und  
Arafo, Teneriffa (Spanien),  
16. August 2023.

© AFP

Starkregen verursachte Überschwemmungen mit Todesopfern in Teilen der EU, darunter in Kroatien, Italien, Österreich und Slowenien.

→  
Ein Luftbild der von Überschwemmungen und Erdbeben betroffenen Gebiete in Emilia-Romagna (Italien), 25. Mai 2023.



Als Folge der beispiellosen Überschwemmungen und Waldbrände wurden 2023 Mittel aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union für die Sanierung nach Katastrophenfällen und den Wiederaufbau abgerufen und dafür alle verfügbaren Ressourcen zur Unterstützung mobilisiert.

Außerhalb Europas stellt der Klimawandel auch eine ernste Bedrohung für die ärmsten Länder der Welt dar und verschärft bereits bestehende Krisen, wodurch größere Anstrengungen notwendig werden, um die steigenden Anforderungen an humanitäre Hilfe zu erfüllen (siehe Kapitel 8). Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zufolge ist der Anteil der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die extremem Klima ausgesetzt sind, in den letzten zwei Jahrzehnten von 76 % auf 98 % gestiegen.

Am 15. Juli hat die EU den jährlichen Tag für die Opfer der globalen Klimakrise eingeführt, um der Opfer in Europa und weltweit zu gedenken. Mit dieser Veranstaltung soll das Bewusstsein dafür gesteigert werden, was die Menschen konkret tun können, um den Schaden durch Klimawandel zu begrenzen und sich besser auf Klimakatastrophen einzustellen.

## Auf dem Weg zur Klimaneutralität

Im März wurde der Bericht des VN-Weltklimarats veröffentlicht, in dem Wissenschaftler erneut eindringlich Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise anmahnten. Im Bericht wird bekräftigt, dass sich die Welt aufgrund von menschlicher Aktivität schnell aufheizt und Extremwetter und Katastrophen weltweit Leben und Existenzgrundlagen gefährden. Die Wissenschaft lässt keinen Raum für Zweifel: Die einzige Möglichkeit, die Erderwärmung aufzuhalten und die Folgen des Klimawandels abzuschwächen, besteht darin, die Treibhausgasemissionen auf null zu reduzieren. Es gilt also, eine Balance zwischen den Treibhausgasemissionen zu finden, die in die Atmosphäre freigesetzt werden, und jenen, die daraus entfernt werden.

Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen ist der Eckpfeiler des europäischen Grünen Deals. Dieses Ziel ist im Europäischen Klimagesetz verankert, ebenso wie die rechtsverbindliche Verpflichtung, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

**Die bestehenden Gesetze zu Klima und Energie haben bereits einen Rückgang der Treibhausgasemissionen der EU um 32,5 % im Vergleich zu 1990 bewirkt, wobei die Wirtschaft der EU im gleichen Zeitraum um 60 % gewachsen ist.**

Um dieses Ziel zu erreichen, stellte die Europäische Kommission im Jahr 2021 das Paket „Fit für 55“ mit Vorschlägen für Gesetze vor. Im Jahr 2022 gestaltete sie einige der Vorschläge im Rahmen des Plans „REPowerEU“ noch ambitionierter (insbesondere jene zu Energieeffizienz und erneuerbarer Energie), damit die EU weniger abhängig von Einfuhren russischer fossiler Brennstoffe wird (siehe Kapitel 4). Ende 2023 waren die wichtigsten Gesetze vorhanden, um das Ziel der Nettoerduktion um 55 % bis 2030 zu erreichen (siehe unten). Sie beinhalten rechtsverbindliche Ziele für alle Wirtschaftszweige, ein Ziel zur Förderung natürlicher Kohlenstoffsinken und ein modernisiertes Emissionshandelssystem der EU.

**Mehr als 9 von 10 EU-Bürgerinnen und -Bürgern halten den Klimawandel für ein ernstes Problem.**



Der Klimawandel ist für

- 77 %** ein **sehr** ernstes Problem;
- 16 %** ein **ziemlich** ernstes Problem;
- 7 %** **kein** ernstes Problem.

Das bestehende System wurde 2023 verstärkt und sein Anwendungsbereich auf die Emissionen aus dem Seeverkehr ausgeweitet. Getrennt davon wurde ein neues Emissionshandelssystem erstellt, um die Bepreisung von Kohlenstoff auf neue Wirtschaftszweige auszudehnen, insbesondere auf Kraftstoffe für Gebäude und den Straßenverkehr. Mit dem neuen System werden ein Preis für Verschmutzung festgelegt, Investitionen für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft generiert und zudem Menschen sowie kleine Unternehmen unterstützt, um alle dabei mitzunehmen.

**Mit dem letzten Gesetzespaket sollen die Nettotreibhausgasemissionen der EU bis 2030 um 57 % im Vergleich zu 1990 gesenkt werden.**

Mit einem neuen System für die Einfuhr von Waren aus Ländern außerhalb der EU wird gewährleistet, dass in den jeweiligen Wirtschaftszweigen ein CO<sub>2</sub>-Preis festgelegt wird. Durch die neuen Gesetze werden außerdem die Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aktualisiert, und sie beinhalten Vorschriften zum Ausbau der Ladeinfrastruktur und zur Verwendung alternativer Kraftstoffe im Straßenverkehr, in der Schifffahrt und der Luftfahrt.

Im Jahr 2023 mussten die Mitgliedstaaten die aktualisierten Entwürfe ihrer nationalen Energie- und Klimapläne vorlegen, in denen sie darlegen, wie sie die Energie- und Klimaziele der EU für 2030 erreichen wollen. Die Kommission hat die Pläne im Dezember bewertet und Empfehlungen abgegeben.



↑  
VIDEO Die Plattform für einen gerechten Übergang.



### Alle mitnehmen

Für einen fairen und inklusiven Übergang zu einer grünen Wirtschaft werden im Laufe dieses Jahrzehnts 55 Mrd. EUR an Investitionen mobilisiert werden, um jene zu unterstützen, die in den EU-Regionen leben, die mit den größten Herausforderungen beim Wechsel zu einer klimaneutralen Wirtschaft konfrontiert sind.

Die EU arbeitet mit nationalen, regionalen und lokalen Interessenträgern zusammen, um regionale Wirtschaften breiter aufzustellen und Menschen in die Lage zu versetzen, in der neuen Wirtschaft erfolgreich zu sein (siehe auch Kapitel 6).

## Fit für 55 – angenommene Rechtsvorschriften



Reform des EU-Emissionshandelssystems



Neues EU-Emissionshandelssystem für Gebäude und Kraftstoffe für den Straßenverkehr



Klima-Sozialfonds



Lastenteilungsverordnung



Verordnung über Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft



Normen für Kohlendioxidemissionen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge



CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem



Erneuerbare-Energien-Richtlinie



Energieeffizienz-Richtlinie



Verordnung über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe



„ReFuelEU Aviation“-Verordnung



„FuelEU Maritime“-Verordnung

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU wird in hohem Maße davon abhängen, ob sie die sauberen Technologien entwickeln und herstellen kann, die für den erfolgreichen Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft notwendig sind. Damit Netto-Null-Technologien in der EU wettbewerbsfähiger werden und der schnelle Übergang zur Klimaneutralität gelingt, hat die Kommission den Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter im Februar 2023 vorgestellt. Mit dem Plan soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem die Kapazitäten der EU für die Herstellung von Netto-Null-Technologien und -Produkten besser ausgebaut werden können (siehe Kapitel 4).

Innovative Netto-Null-Technologien fördert die EU auch mit dem Innovationsfonds, der durch das Emissionshandelssystem finanziert wird. So sollen Lösungen auf den Markt gebracht werden, um die europäische Industrie zu dekarbonisieren, den Übergang zur Klimaneutralität zu unterstützen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Einige Mitgliedstaaten erhöhen ebenfalls die Produktionskapazität für innovative Technologien mittels ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Die Kommission hat eine Reihe von Energiewende-Dialogen gestartet, um jeden Wirtschaftszweig dabei zu begleiten, das jeweilige Geschäftsmodell für die Dekarbonisierung der Industrie anzupassen. Den Auftakt machten im Jahr 2023 Dialoge zu Wasserstoff und energieintensiven Industrien (siehe Kapitel 4).

## Hin zu einer Kreislaufwirtschaft

Im Laufe des Jahres machte die EU weitere Fortschritte hin zu einer Kreislaufwirtschaft, bei der nachhaltige Produkte zur Norm und weniger Rohstoffe verbraucht werden sollen, für weniger Abfall und mehr nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze.

Jedes Jahr werden in der EU über 5 Millionen Tonnen Kleidung weggeworfen (mehr als 11 kg pro Person), doch werden nur 22 % dieses Abfalls getrennt für die Wiederverwendung oder -verwertung gesammelt. Der Rest wird oft verbrannt oder in Deponien gebracht. In den Vorschlägen für neue Vorschriften für Textilien werden die Hersteller für die Lebenszyklen ihrer Produkte verantwortlich gemacht, insbesondere im Hinblick auf die Abfallbewirtschaftung, wodurch ein nachhaltiger Umgang mit Textilabfällen in der ganzen EU gefördert wird. Durch eine größere Verfügbarkeit gebrauchter und wiederverwerteter Textilien sollen lokal Arbeitsplätze geschaffen und soll es Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU und darüber hinaus ermöglicht werden, Geld zu sparen; gleichzeitig werden die Auswirkungen der Textilproduktion auf die natürlichen Ressourcen abgemildert. Die Kampagne ReSet the Trend wurde im Jahr 2023 gestartet, um ein Bewusstsein für nachhaltige Mode zu schaffen.

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat enorme wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen. Die Kommission hat im Juli einen neuen Vorschlag vorgelegt, in dem von den Mitgliedstaaten erwartet wird, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren: Bis 2030 sollen bei der Verarbeitung und Herstellung 10 %, im Einzelhandel und Verbrauch zusammen 30 % (pro Kopf) eingespart werden. Mit diesen neuen Zielen wird die Ernährungssicherheit erhöht, die Treibhausgasemissionen werden gesenkt, und gleichzeitig sparen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher Kosten ein.



### Lebensmittelabfälle

Jährlich fallen in der EU **58,4 Millionen Tonnen** Lebensmittelabfälle (131 kg pro Person pro Jahr) an. (Quelle: Eurostat, 2023.)

Rund **10 %** aller Lebensmittel in Einzelhandel, Gastronomie und Privathaushalten landen im Müll.

Für **mehr als die Hälfte** (54 %) der Lebensmittelverschwendung sind die **Privathaushalte** verantwortlich.

Der **zweitgrößte** Anteil (21 %) entfällt auf die Bereiche Herstellung und Verarbeitung.

Um diese Anstrengungen zu begleiten, hat die Kommission einen überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft angenommen, mit dem sich der Fortschritt beim Übergang zur Kreislaufwirtschaft in der EU besser verfolgen lässt sowie auch dessen Beitrag zu Nachhaltigkeit weltweit und zur Resilienz der EU. Dieser Rahmen beinhaltet neue Indikatoren wie den Materialfußabdruck und die Ressourcenproduktivität, mit denen gemessen wird, inwiefern die Zielvorgaben für die Abfallvermeidung erreicht sind.

Jedes Jahr kommen in der EU fast 6 Millionen Fahrzeuge an das Ende ihrer Lebensdauer. Eine

unsachgemäße Entsorgung führt zu Wertverlusten und Umweltverschmutzung. Es wird erwartet, dass mit den Vorschlägen für neue Vorschriften, die alle Aspekte eines Fahrzeugs vom Entwurf über das Bereitstellen zum Verkauf bis zur endgültigen Entsorgung umfassen, bis zum Jahr 2035 Nettoeinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. EUR generiert werden. Mit diesen neuen Vorschriften wird es möglich sein, bedeutende Mengen an CO<sub>2</sub> einzusparen, die Abhängigkeit von Rohstoffen zu senken, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und höhere Einnahmen in der Abfallwirtschaft und der Recyclingindustrie zu erzeugen.

Durch neue Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft in der Automobilindustrie könnten bis zum Jahr 2035 bis zu 4 Millionen Autos mehr wiederverwertet und 22 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.



→  
Virginijus Sinkevičius, EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei (rechts), besucht ein Unternehmen in Belgien, das Vorreiter im Bereich der Kreislaufwirtschaft ist, Juli 2023.

Eine politische Einigung wurde zum Vorschlag der Kommission über neue Vorschriften für die Verbringung von Abfällen erzielt, mit dem gewährleistet wird, dass die EU mehr Verantwortung für ihre Abfälle übernimmt. Die Ausfuhr von Kunststoffabfällen aus der EU in Länder, die nicht Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind, wird verboten. Diese Einigung wird dazu beitragen, die Verschmutzung durch Abfälle zu reduzieren und die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Die Umweltauswirkungen von Produkten während ihres gesamten Lebenszyklus sind erheblich, von der Gewinnung von Rohstoffen über die Herstellung, den Transport, die Nutzung bis zum Ende der Lebensdauer. Im Dezember wurde eine Einigung zu dem Vorschlag erzielt, nachhaltige Produkte zur Norm in der EU zu machen. Die neue Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte baut auf den bestehenden Ökodesign-Vorschriften auf, die seit fast 20 Jahren dazu beitragen, die Energieeffizienz von Produkten in der EU zu verbessern. Mit dem neuen Rechtsakt wird der bestehende Rahmen in doppelter Hinsicht erweitert: Erstens soll der Rahmen ein möglichst breites Spektrum von Produkten

abdecken, und zweitens soll der Geltungsbereich der Anforderungen, die Produkte erfüllen müssen, bei Bedarf ausgeweitet werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu stärken ist wichtig, um die Ziele des europäischen Grünen Deals für einen nachhaltigen Konsum zu erreichen. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union fanden im September zu einer Einigung zum Vorschlag über neue Vorschriften, die gewährleisten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher besser über die Haltbarkeit und Reparierbarkeit der Waren, die sie kaufen, informiert sind und gegen unlautere Geschäftspraktiken geschützt werden. Außerdem werden nun irreführende Angaben zu Produkten in Bezug auf die Kompensation von Emissionen verboten. Die Kommission legte auch einen Vorschlag für besseren Zugang zu Reparaturdienstleistungen und Informationen darüber vor. Im Rahmen der gesetzlichen Garantie wird dabei die Reparatur dem Ersatz vorgezogen, und Hersteller werden verpflichtet, Waren zu reparieren, die bereits jetzt oder in Zukunft spezifischen Anforderungen an die Reparierbarkeit (Ökodesign) nach EU-Recht unterliegen.

## Nachhaltigkeit wählen

Ergänzend zu den Maßnahmen, die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken sollen, hat die Kommission neue Vorschriften zur Bekämpfung von „Grünfärberei“ vorgeschlagen, bei der Produkte oder Verfahren als umweltfreundlicher dargestellt werden, als sie wirklich sind. Gesichert glaubwürdige und vertrauenswürdige Etiketten und Angaben zur Umweltfreundlichkeit werden Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, fundiertere Kaufentscheidungen zu treffen. Außerdem werden dadurch Unternehmen, die ihre Produkte und Tätigkeiten nachhaltiger gestalten, wettbewerbsfähiger.

Neue Vorschriften wurden ausgearbeitet, um Verbraucherinnen und Verbrauchern fundierte und umweltfreundliche Entscheidungen beim Kauf von Mobiltelefonen und Tablets zu erleichtern. Durch die neuen Ökodesign-Vorschriften werden Geräte dieser Art haltbarer und leichter zu reparieren, wiederzuverwenden und wiederzuverwerten. Die neue Energieverbrauchskennzeichnung auf Smartphones und Tablets zeigt deren Effizienz und Haltbarkeit an, und eine Bewertung gibt Aufschluss darüber, wie leicht das Gerät zu reparieren ist, sodass Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltige Kaufentscheidungen treffen können. Diese Vorschriften gelten ab dem 20. Juni 2025.



## Fortschritte beim Null-Schadstoff-Aktionsplan

### Wasser

Mit der Aufnahme der überarbeiteten Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht im Jahr 2023 kamen neue Vorschriften in der gesamten EU zur Anwendung. Diese Vorschriften werden einige der weltweit strengsten Trinkwasserstandards gewährleisten.

Als Reaktion darauf, dass in vielen Teilen der EU inzwischen weniger Regen fällt, gelten seit Juni neue Anforderungen für die sichere Wiederverwendung von aufbereitetem Abwasser in der landwirtschaftlichen Bewässerung.



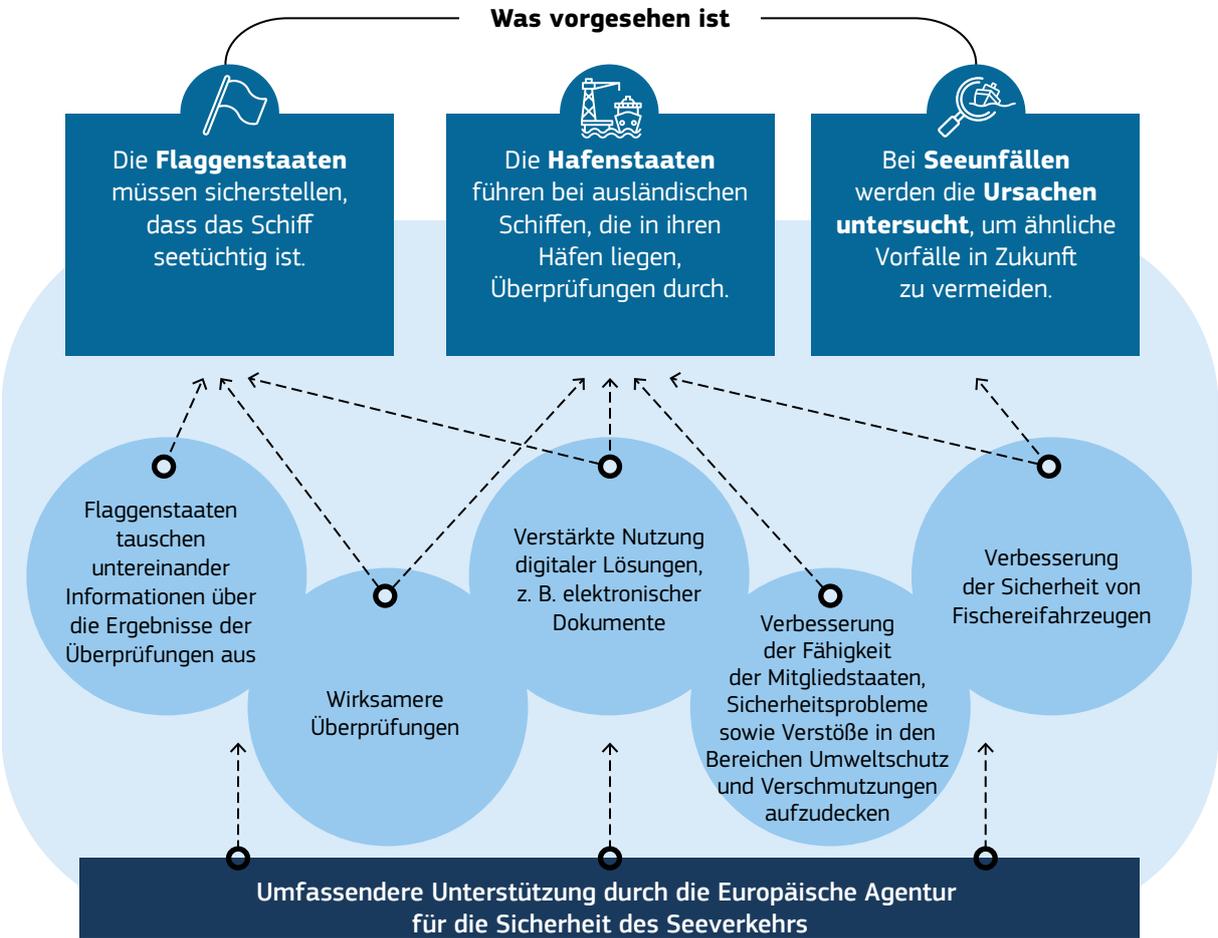
Im Februar 2023 wurde ein EU-Bericht veröffentlicht, in dem eine der größten Umweltkatastrophen in jüngster Zeit in Europa analysiert wird. Diese führte zu einem Fischsterben in der Größenordnung von rund 360 Tonnen Fisch in der Oder. Als wahrscheinliche Ursache wird in dem Bericht eine starke Algenpest genannt, und es werden Empfehlungen vorgeschlagen, die dazu beitragen sollen, eine solche Katastrophe in Zukunft zu verhindern.

Obwohl der Seeverkehr in den EU-Gewässern sehr sicher ist und nur wenige Todesfälle und keine größeren Ölunfälle in jüngster Zeit zu beklagen sind, werden noch immer jedes Jahr mehr als 2 000 Unfälle und Vorfälle auf See gemeldet. Im Juni legte die Kommission fünf Vorschläge für Gesetze zur Modernisierung der EU-Vorschriften und zur Verhinderung der Wasserverschmutzung durch Schiffe vor. Die Vorschläge zielen auch darauf ab, illegale Einleitungen in europäische Meere zu verhindern, um die Umweltauswirkungen des Seeverkehrs zu verringern und das Ökosystem der Meere zu erhalten.



### Verbesserung der Sicherheit des Seeverkehrs

Die strengen EU-Sicherheitsstandards sind wirksam, doch neue Herausforderungen und Technologien erfordern neue Ansätze.





## Chemikalien

Gemäß einem Vorschlag der Kommission zum Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger und der Umwelt vor giftigem Quecksilber wird die Verwendung von Dentalamalgam vollständig verboten. Hierfür werden in der EU jährlich etwa 40 Tonnen Quecksilber verwendet. Der Vorschlag sieht auch ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr bestimmter quecksilberhaltiger Produkte wie Lampen vor.



## Lärm

Lärm stellt nach Luftverschmutzung die zweitgrößte umweltbedingte Gesundheitsgefahr in Europa dar. In einem Bericht über die Umsetzung der Richtlinie über Umgebungslärm wird dargelegt, wie der Lärm weiter verringert werden kann, um das Reduktionsziel von 30 % bis 2030 zu erreichen.



## Industrieemissionen

Die Richtlinie über Industrieemissionen enthält Bestimmungen für unionsweit rund 52 000 größere Industrieanlagen und Nutztierhaltungsbetriebe. Danach müssen diese über eine Genehmigung auf der Grundlage der besten verfügbaren Techniken verfügen. Im Jahr 2023 wurde eine neue Reihe von Bewertungen von besten verfügbaren Techniken in Bezug auf Schlachthanlagen und Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenerzeugnisse und essbarer Schlachtnebenprodukte durchgeführt. Rund 800 Schlachthöfe in der EU müssen zur Verringerung ihrer Umweltauswirkungen diese neuen Normen einhalten.



## Mikroplastik

Die Kommission hat einen weiteren wichtigen Schritt zum Schutz der Umwelt unternommen, indem sie Maßnahmen zur Beschränkung von Mikroplastik, das Produkten absichtlich zugesetzt wird, erlassen hat. Durch die neuen Vorschriften gelangt künftig annähernd (oder fast) eine halbe Million Tonnen Mikroplastik weniger in die Umwelt.



Überprüfen Sie die Umweltqualität an Ihrem Wohnort:  
<https://discomap.eea.europa.eu/atlas/?page=Check-your-place>

Überprüfen Sie die Qualität Ihrer Umgebungsluft (auch als App für Mobilgeräte verfügbar):  
<https://www.eea.europa.eu/themes/air/air-quality-index>

## Biologische Vielfalt

Die Natur ist für die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung. Die zunehmende Zerstörung der Umwelt erhöht die Wahrscheinlichkeit und Schwere von Ereignissen wie Überschwemmungen und Waldbränden; dies zeigt aber auch deutlich, dass die Natur und die biologische Vielfalt Europas der beste Schutz vor Naturkatastrophen sind.

Im November wurde eine vorläufige politische Einigung über die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur erzielt, mit der ein Prozess für die kontinuierliche und nachhaltige Erholung der Natur in Gang gesetzt wurde. Die Mitgliedstaaten werden bis zum Jahr 2030 Wiederherstellungsmaßnahmen ergreifen, die mindestens 20 % der Landgebiete und 20 % der Meeresgebiete der EU abdecken. Bis 2050 sollen solche Maßnahmen für alle Ökosysteme, die wiederhergestellt werden müssen, eingeführt werden.

### Boden

Gesunde Böden sind unabdingbar, wenn es darum geht, Ernährungssicherheit zu gewährleisten, Klimaneutralität zu erreichen und die Wüstenbildung und Bodenverschlechterung aufzuhalten.

Doch über 60 % der europäischen Böden sind geschädigt. Mit dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Bodenüberwachung sollen die Weichen gestellt werden, um die Böden bis 2050 in einen gesunden Zustand zu versetzen. Dazu sollen Daten zur Bodengesundheit erhoben und Landwirten und anderen Bodenbewirtschaftern zur Verfügung gestellt werden. Durch diesen neuen Rechtsakt wird auch die nachhaltige Bodenbewirtschaftung zur Norm gemacht. Die Kommission hat auch Leitlinien zu EU-Finanzierungsmöglichkeiten für

gesunde Böden für Interessenträger veröffentlicht. Das Manifest der Mission „Ein Boden-Deal für Europa“ wurde im April vorgestellt und bringt regionale und lokale politische Entscheidungsträger, Interessenträger sowie Bürgerinnen und Bürger in einer lebendigen Gemeinschaft zusammen, die sich für die Bodengesundheit einsetzt. Über 2 100 Einzelpersonen und 350 Organisationen unterzeichneten die freiwillige Initiative bis Ende des Jahres. Die Unterzeichner erkennen an, dass Maßnahmen im Bereich der Bodengesundheit erforderlich sind, und sie beteiligen sich an Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung des Bodens.

### Bestäuberarten

Da derzeit jede dritte Bienen-, Schmetterlings- und Schwebfliegenart in der EU verschwindet, legte die Kommission 2023 eine neue Initiative vor, in der Maßnahmen dargelegt werden, die von der EU und den Mitgliedstaaten zu ergreifen sind, um den Rückgang der Bestäuber bis 2030 umzukehren. Bürgerinnen und Bürger fordern zunehmend ein entschlossenes Handeln gegen den Verlust von Bestäubern, zuletzt mit der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“. Die EU senkte auch die Rückstandshöchstgehalte für zwei Neonicotinoid-Pestizide in Lebensmitteln auf den niedrigsten Wert, der mit den neuesten Technologien gemessen werden kann. Die Verwendung von Clothianidin und Thiamethoxam im Freien ist in der EU bereits verboten. Die neuen Werte gelten für Lebens- und Futtermittel, die in der EU hergestellt oder in die EU eingeführt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass Lebensmittel, die auf dem Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden, nicht zum Rückgang der Bestäuber führen, unabhängig davon, wo sie hergestellt werden.

## Bodengesundheit wirkt sich unmittelbar auf die Ernährungssicherheit in der EU aus



**95 %** unserer Lebensmittel werden direkt oder indirekt auf Böden erzeugt.



Die Bodenerosion schlägt in Europa allein durch landwirtschaftliche Produktivitätseinbußen mit **1,25 Mrd. EUR** pro Jahr zu Buche.



**83 %** der Böden in der EU enthalten Pestizidrückstände.



Über **23 %** der landwirtschaftlichen Nutzflächen leiden unter Verdichtung, die die Produktivität verringert.



## Wälder

Wälder sind wichtige Elemente im Kampf gegen den Klimawandel und gegen den Verlust der biologischen Vielfalt. Inwieweit Flächen und insbesondere der Landnutzungssektor zum Klimaschutz beitragen können, hängt weitgehend davon ab, wie diese Flächen genutzt und bewirtschaftet werden. Die sogenannte CO<sub>2</sub>-Entnahme im Landnutzungssektor der EU ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen, und auch die Landsenkenfunktion ist rückläufig. Im Jahr 2023 hat die EU ihre Rechtsvorschriften über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft aktualisiert, um die CO<sub>2</sub>-Entnahme und die nachhaltige Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Flächen zu fördern.

Im November legte die Kommission einen Vorschlag für ein Gesetz über Waldmonitoring vor, mit dem eine umfassende Wissensbasis geschaffen werden soll, die es den Mitgliedstaaten, Waldbesitzern und Waldbewirtschaftern ermöglicht, besser auf den wachsenden Druck auf Wälder zu reagieren, der durch den Klimawandel noch verschärft wird. Der Überwachungsrahmen soll nicht nur dafür sorgen, dass die Wälder widerstandsfähiger gegen grenzüberschreitende Bedrohungen (Schädlinge, Dürren und Waldbrände) werden, sondern auch Waldbesitzern und Waldbewirtschaftern helfen, von Ökosystem-Zahlungsregelungen wie dem EU-Zertifizierungssystem für CO<sub>2</sub>-Entnahme zu profitieren.



Die wegweisende EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten – ein wichtiger Baustein bei der Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt – trat im Juni in Kraft. Marktteilnehmer und Händler haben 18 Monate Zeit, um die neuen Vorschriften umzusetzen. Durch ihre Anwendung wird sichergestellt, dass einige Schlüsselgüter, die aus der EU ausgeführt oder in der EU in Verkehr gebracht werden, nicht länger in der Europäischen Union selbst oder in anderen Teilen der Welt zur Entwaldung und Waldschädigung beitragen. Auf der Liste dieser Güter stehen zum Beispiel Palmöl, Kaffee, Soja und Schokolade. Die neuen Vorschriften werden auch dazu beitragen, die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zu sichern, darunter indigene Völker und lokale Gemeinschaften auf der ganzen Welt, die stark von Waldökosystemen abhängig sind.

## Nachhaltige Lebensmittelsysteme

Mit der Genehmigung aller 28 Strategiepläne durch die Kommission begann die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) am 1. Januar 2023. EU-Mittel in Höhe von insgesamt 264 Mrd. EUR sollen die europäischen Landwirte beim Übergang zu einem nachhaltigen und resilienten Agrarsektor unterstützen und dazu beitragen, die Vitalität und Vielfalt der ländlichen Gebiete zwischen 2023 und 2027 zu erhalten. Im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals werden fast 98 Mrd. EUR für Klima, Wasser, Boden, Luft, biologische Vielfalt und Tierschutz bereitgestellt.

Die neue GAP wird dabei helfen, die EU-Ziele der Verringerung des Einsatzes von chemischen Pestiziden und des damit verbundenen Risikos zu erreichen, und erheblich die gezielte Unterstützung des ökologischen Landbaus verstärken. Sie wird auch Anreize für Landbewirtschaftler schaffen, Kohlenstoff im Boden und in Biomasse zu speichern und die Treibhausgasemissionen auf 35 % der landwirtschaftlichen Fläche der EU durch geeignete

Bewirtschaftungsmethoden zu verringern, wobei das Verfahren der Fruchtfolge bei schätzungsweise 85 % der im Rahmen der GAP geförderten Ackerflächen angewendet werden dürfte.

In einer Zeit wachsender Besorgnis über die Lebensmittelversorgung setzte die Kommission ihre Arbeiten zur Erfassung der Einflussfaktoren der Ernährungssicherheit fort. Ein neuer Vorschlag, der den sicheren Einsatz neuer genomischer Verfahren ermöglicht, wird zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen und zur Ernährungssicherheit beitragen. Mit diesen Verfahren können klima- und schädlingsresistente und ertragreiche Pflanzensorten gewonnen werden, wodurch der Bedarf an chemischen Pestiziden und die Abhängigkeit der EU von Agrareinfuhren verringert wird. Die Kommission hat einen neuen EU-Rechtsakt über die Erzeugung und das Inverkehrbringen von pflanzlichem und forstlichem Vermehrungsgut vorgeschlagen, um die Vielfalt und Qualität von Saatgut, Stecklingen und anderem Pflanzenmaterial zu erhöhen.

Die GAP ist nicht nur ein Instrument zur Unterstützung von Erholungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen nach einer Krise, sondern ermöglicht es Landwirten auch, die Auswirkungen des Klimawandels und anderer Herausforderungen zu antizipieren und sich daran anzupassen. Die EU prüft, wie die Landwirte in der EU am besten unterstützt werden können und wie die EU-Agrarpolitik an ihre Bedürfnisse angepasst werden kann. Zu diesem Zweck wird im Januar 2024 der strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU eingeleitet.

→

Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft (rechts im Vordergrund), besucht von Überschwemmungen in Thessalien (Griechenland) betroffene Gemeinden, Oktober 2023.



## Tierschutz

Die EU setzt sich seit über 40 Jahren dafür ein, den Tierschutz zu stärken, das Leben der Tiere schrittweise zu verbessern und Tierschutzstandards zu erlassen, die zu den strengsten weltweit zählen. In diesem Sinne wurde 2023 ein Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden EU-Vorschriften für Tiertransporte eingebracht, wodurch das Wohlergehen der 1,6 Milliarden Tiere, die jedes Jahr innerhalb und aus der EU transportiert werden, verbessert wird. Der Vorschlag konzentriert sich auf spezifische Ziele, darunter die Verkürzung der Transportzeiten, die Erhöhung des Mindestraumangebots und die Verbesserung der Bedingungen für aus der EU ausgeführte Tiere. Die Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften ist nach wie vor eine Priorität, und die regelmäßigen Prüfungen und Kontrollen wurden 2023 in verschiedenen Bereichen fortgesetzt.

Zusätzlich werden erstmalig mit den Vorschriften über das Wohlergehen und die Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen einheitliche EU-Standards für die Zucht und die Haltung von Hunden und Katzen in Zuchtbetrieben, Tierhandlungen und Tierheimen

festgelegt. Zugleich wird die Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen durch ihre obligatorische Identifizierung und die Registrierung in nationalen Datenbanken verbessert. Das Ziel ist es, den illegalen Handel einzudämmen und die Tierschutzbedingungen in solchen Betrieben besser zu kontrollieren.

Die Kommission hat im Verlaufe des Jahres auf die Europäische Bürgerinitiative „Fur Free Europe“ (Pelzfreies Europa), die mit mehr als 1,5 Millionen Unterstützern in der gesamten EU die zehnte erfolgreiche Bürgerinitiative ist, reagiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden keine weiteren Rechtsvorschriften vorgeschlagen, jedoch plant die Kommission eine Reihe von Maßnahmen, um die Ziele der Initiative zu erreichen; so soll die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit beauftragt werden, bis März 2025 ein wissenschaftliches Gutachten zum Wohlergehen von Pelztieren zu erstellen.

Weitere Maßnahmen zum Tierschutz, z. B. die Folgemaßnahmen zur Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ für eine Abschaffung der Käfighaltung, werden derzeit vorbereitet.

## Wie wichtig ist den Menschen in der EU das Tierwohl?

### Notwendigkeit, das Tierwohl besser zu schützen



**84 %** sind der Ansicht, dass das Wohl von Nutztieren besser geschützt werden sollte.



**74 %** sind der Ansicht, dass das Wohl von Haustieren besser geschützt werden sollte.

### Wohl von Nutztieren



**91 %** halten dies für wichtig.

**8 %** halten dies nicht für wichtig.

Quelle: Eurobarometer-Sonderumfrage 533, Oktober 2023.

Abbildungen: © Adobe Stock.



Das Tierwohl ist für die Menschen in der EU wichtig, wie die Ergebnisse einer im Oktober veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zeigen.

## Nachhaltige Fischerei und Ozeane

Der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt gefährden die Nachhaltigkeit der Fischerei- und Aquakulturressourcen. Ein im Februar vorgelegtes Maßnahmenpaket enthält Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen durch die Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik und einen neuen Meeresaktionsplan. Die Maßnahmen bieten Möglichkeiten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Fischerei und Aquakultur, unter anderem durch die Unterstützung der dringend benötigten Energiewende (siehe Kapitel 4). Das Paket trägt dazu bei, der Verpflichtung der EU nachzukommen, mindestens 30 % ihrer Meere zu schützen (wobei 10 % streng geschützt sind). Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden schrittweise durchgeführt, um die Anpassung des Wirtschaftszweigs zu ermöglichen.

Neue Vorschriften, die 2023 vom Parlament und vom Rat angenommen wurden, sollen dazu beitragen, Überfischung zu verhindern und ein wirksames und harmonisiertes Fischereikontrollsystem zu schaffen, bei dem moderne Technologien in vollem Umfang genutzt werden. Dazu gehören auch der Einsatz elektronischer Fernüberwachung und Videoüberwachung an Bord von Fischereifahrzeugen sowie die obligatorische Verwendung digitaler Instrumente bei der Bescheinigung der Fänge und der Rückverfolgbarkeit, um Einfuhren aus illegaler Fischerei zu verhindern.

Die Kommission begrüßte die Europäische Bürgerinitiative „Stop Finning – Stop the Trade“ (Abtrennen von Flossen und Handel damit stoppen), in der sie aufgefordert wurde, dazu beizutragen,

den internationalen Handel mit abgetrennten Haifischflossen zu beenden und mit einem Verbot des Handels auf dem EU-Markt zu beginnen. Die Kommission wird prüfen, ob Rechtsvorschriften erforderlich sind. Sie wird auch die Durchsetzung der Rückverfolgbarkeitsmaßnahmen der EU verbessern und mit internationalen Partnern zusammenarbeiten, um Haie weltweit zu schützen und nachhaltig zu bewirtschaften.

Nach mehr als zehn Jahren multilateraler Verhandlungen wurde im Juni das Hochseeabkommen angenommen. Dieses Abkommen ist eine historische Errungenschaft bei den Bemühungen, die Ozeane zu schützen, die Umweltzerstörung zu verringern, den Klimawandel zu bekämpfen und den Verlust an biologischer Vielfalt auf hoher See zu verhindern. Das Abkommen war für die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Priorität, und sie nahmen eine führende Rolle in den Verhandlungen auf globaler Ebene ein. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von 60 Parteien ratifiziert worden ist.

Die EU hat das Übereinkommen der Welthandelsorganisation über Fischereisubventionen im Namen ihrer Mitgliedstaaten förmlich angenommen. Das Übereinkommen ist von entscheidender Bedeutung, damit bei Fischereisubventionen das zentrale Ziel der Nachhaltigkeit gewahrt bleibt und die Ozeane und Fischbestände, von denen die Lebensgrundlagen der Küstenbevölkerung weltweit abhängen, nicht geschädigt werden. Es tritt in Kraft, sobald zwei Drittel der 164 Mitglieder der Organisation ihre nationalen Ratifizierungsverfahren abgeschlossen haben.



## Nachhaltige Mobilität

Die EU investiert von 2021 bis 2027 im Rahmen der Fazilität Connecting Europe in ein breites Spektrum von Verkehrsprojekten, um die grenzüberschreitende Infrastruktur zu verbessern und neue Technologien zu fördern. Zu den Projekten, die 2023 von der EU gefördert wurden, gehören wichtige grenzüberschreitende Schienenverbindungen, insbesondere der Brenner-Basistunnel (Verbindung zwischen Italien und Österreich), Rail Baltica (Verbindung zwischen den drei baltischen Staaten und Polen mit dem Rest Europas) und der grenzüberschreitende Abschnitt zwischen Deutschland und den Niederlanden (Emmerich-Oberhausen). Mit 6,2 Mrd. EUR werden Projekte für ein effizienteres, umweltfreundlicheres und intelligenteres Eisenbahn-, Binnenschiffs-, Straßen- und Seeverkehrsnetz unterstützt, wobei die meisten auf nachhaltige Verkehrsträger ausgerichtet sind. Um die grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen in ganz Europa zu verbessern, kündigte die EU im Jahr 2023 Unterstützung für zehn EU-Pilotprojekte an, mit denen neue Schienenverkehrsdienste eingeführt oder bestehende verbessert werden, sodass diese schneller, häufiger angeboten und erschwinglicher werden.



↑  
Adina Vălean, EU-Kommissarin für Verkehr (rechts), bei den Aktionstagen zur Mobilität in der Stadt 2023 in Sevilla (Spanien), 4. Oktober 2023.



## Luftverkehr

Im Oktober verabschiedete die EU die Verordnung „ReFuelEU Aviation“, um die Verwendung nachhaltiger Flugkraftstoffe zu fördern. Die neuen Vorschriften verpflichten Flugkraftstoffanbieter, ab 2025 dem Kerosin steigende Mengen nachhaltiger Kraftstoffe beizumischen. Verglichen mit einem Szenario des Nichtstuns, dürften sich damit die jährlichen Kohlendioxidemissionen von Luftfahrzeugen bis 2050 um etwa zwei Drittel senken lassen, was dem Klima und der Luftqualität zugutekommt.

Die 2022 ins Leben gerufene Allianz für emissionsfreie Luftfahrt bereitet sich auf die Inbetriebnahme von wasserstoffbetriebenen und elektrischen Luftfahrzeugen vor. Fast 300 Sachverständige aus den 141 Mitgliedsorganisationen der Allianz befassen sich mit Fragen, die für die Einführung dieser Luftfahrzeuge von grundlegender Bedeutung sind. In dem von der Allianz veröffentlichten Fortschrittsbericht wird dafür plädiert, in den kommenden Jahren einen geeigneten Rechtsrahmen zu schaffen.



## Seeverkehr

Mit der neuen Verordnung „FuelEU Maritime“, die im Juli von der EU verabschiedet wurde, wird die Verwendung umweltfreundlicherer Kraftstoffe und Energie im Seeverkehr gefördert, indem sichergestellt wird, dass die Treibhausgasintensität der in der Branche verwendeten Kraftstoffe im Laufe der Zeit schrittweise abnimmt, und zwar um 2 % im Jahr 2025 und um bis zu 80 % bis 2050.

Die EU begrüßte die im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation erzielte Einigung auf das Ziel, die Emissionen von Schiffen bis etwa 2050 auf null zu senken. Sie begrüßte ferner die indikativen Kontrollpunkte: mindestens 20 % (möglichst 30 %) im Jahr 2030 und mindestens 70 % (möglichst 80 %) im Jahr 2040 (gegenüber dem Stand von 2008).

Darüber hinaus investierte die EU über 540 Mio. EUR in die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes. Dies wird zu etwa 14 000 Ladepunkten und 81 Wasserstofftankstellen sowie zur Elektrifizierung von Häfen und Flughäfen führen.

Die EU schlug ferner vor, ihre Richtlinie über den kombinierten Verkehr zu überarbeiten, um den Güterverkehr nachhaltiger zu gestalten, indem die Wettbewerbsfähigkeit bei der Nutzung von zwei oder mehr Verkehrsträgern verbessert wird.

Die Kommission hat eine Überarbeitung der Normen für Kohlendioxidemissionen von schweren Nutzfahrzeugen wie Lastkraftwagen, Stadtbussen und Fernbussen vorgelegt. Diese sind in der EU für mehr als 25 % der Treibhausgasemissionen des Straßenverkehrs und für mehr als 6 % der Gesamtemissionen verantwortlich. Um die schnellere Einführung emissionsfreier Busse in Städten zu fördern, hat die Kommission vorgeschlagen, dass alle neuen Stadtbusse ab 2030 emissionsfrei sein sollen.

**Verringerung des Kohlendioxidausstoßes schwerer Nutzfahrzeuge**

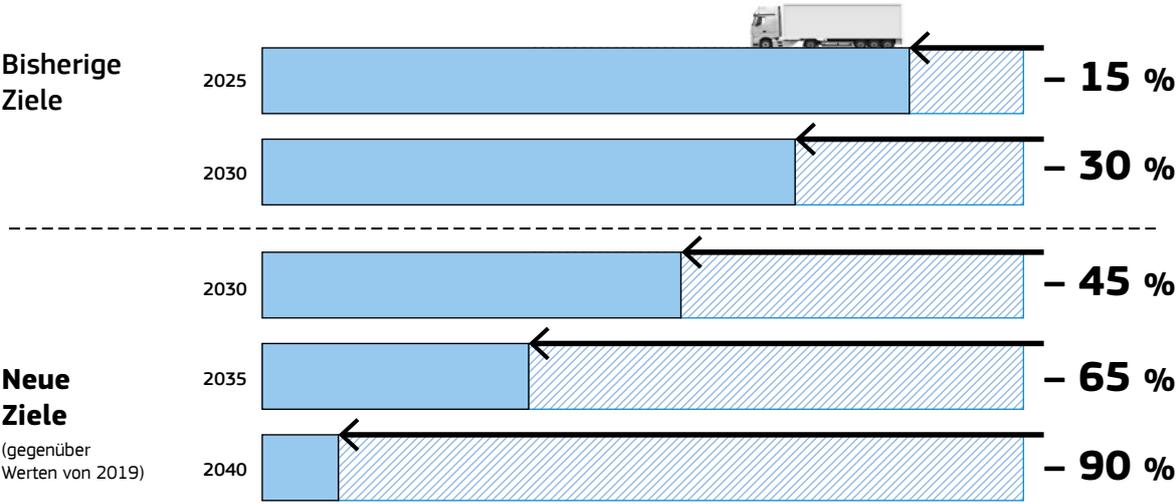


Abbildung: © Adobe Stock.

## Globales Handeln für den Planeten

Mit der VN-Klimakonferenz 2023 (COP 28) in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) wurde die erste weltweite Bestandsaufnahme im Rahmen des Übereinkommens von Paris abgeschlossen, um die Fortschritte der Länder seit der Annahme des globalen Klimaschutzübereinkommens zu bewerten.



↑ VIDEO Die Ergebnisse der COP 28.

Der EU ist es mit Partnern aus der ganzen Welt gelungen, die 2015 in Paris eingegangene Verpflichtung zur Begrenzung des weltweiten durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf 1,5 °C weiterzuverfolgen. In Anerkennung der Tatsache, dass die Welt derzeit nicht auf dem richtigen Weg ist, dieses Ziel zu erreichen, einigten sich die Parteien auf einen Weg, um wieder auf Kurs zu kommen.

Alle Parteien kamen überein, den Übergang weg von fossilen Brennstoffen zu vollziehen und in diesem für das Klima kritischen Jahrzehnt rasch Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts des besonderen Schwerpunkts

der Gespräche auf dem Energiesektor einigten sich die Länder darauf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Emissionen bis 2030 um 43 % zu senken und die Welt im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen auf den Weg zu bringen, bis zum Jahr 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.

Die EU leitete auf der Konferenz eine globale Initiative zur Verdreifachung der weltweiten Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien und zur Verdoppelung der Energieeffizienzverbesserungen bis zum Jahr 2030: Während der Gespräche wurde die Globale Verpflichtung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ins Leben gerufen. Mit Unterstützung des Vorsitzes der COP 28 und von rund 130 Ländern wurde die Verpflichtung von der ganzen Welt im Abschlussdokument der Konferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten („UAE Consensus“) gebilligt.

Die EU kündigte an, im Rahmen der Global-Gateway-Strategie in den nächsten zwei Jahren 2,3 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt in die Unterstützung der Energiewende in den Partnerstaaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik und weltweit zu investieren (siehe Kapitel 8).

Im Rahmen der von der EU und den USA 2021 ins Leben gerufenen Globalen Verpflichtung zur Verringerung der Methanemissionen („Global Methane Pledge“) arbeiten inzwischen mehr als 150 Länder gemeinsam daran, die globalen Methanemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 30 % gegenüber dem Stand von 2020 zu senken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben auf der COP 28 eine finanzielle Unterstützung von 175 Mio. EUR für den „Methane Finance Sprint“ angekündigt, um die Verringerung der Methanemissionen voranzutreiben.

→ Wopke Hoekstra, EU-Kommissar für Klimapolitik, auf der COP 28 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate), 8. Dezember 2023.





Maroš Šefčovič, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für den europäischen Grünen Deal, für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, nimmt an der Tagung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Rahmen der COP 28 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) teil, 4. Dezember 2023.

Die globale Bestandsaufnahme befasste sich auch mit den Mitteln zur Umsetzung des notwendigen Übergangs, wobei sich die Parteien auf die endgültigen Schritte zur Festlegung des neuen gemeinsamen quantifizierten Ziels für die Finanzierung des Klimaschutzes auf der Konferenz im nächsten Jahr einigten. Auf der Konferenz wurde auch ein Rahmen für das globale Ziel für die Anpassung vereinbart, mit dem die Widerstandsfähigkeit der Welt gegenüber dem Klimawandel gestärkt werden soll.

Die EU hat zur operativen Umsetzung des neuen Fonds für Klimaschäden und -verluste beigetragen, mit dem Entwicklungsländer unterstützt werden sollen, die besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels sind. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben mehr als 400 Mio. EUR zum Fonds beigetragen – mehr als zwei Drittel der ursprünglichen Finanzierungszusagen.

Um die menschlichen Auswirkungen der Klimakrise unter Bedingungen von Unsicherheit und Konflikten anzugehen, beteiligt sich die EU an zwei neuen Leitinitiativen, die der Vorsitz der COP 28 ins Leben gerufen hat: „Getting Ahead of Disasters: A charter on finance for managing risks“ (Katastrophenvorsorge: eine Charta zur Finanzierung von Risikomanagement) und die „Declaration on Climate, Relief, Recovery and Peace“ (Erklärung zu Klima, Hilfe, Wiederaufbau und Frieden). Die Charta enthält Grundsätze, um eine bessere Nutzung der Finanzmittel für das Risikomanagement und den Schutz der Menschen in den am meisten gefährdeten Ländern sicherzustellen; in der Erklärung wird dringende finanzielle Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Klimaresilienz in diesen Ländern gefordert.

Im März fand mit der VN-Wasserkonferenz der erste Gipfel dieser Art seit fast 50 Jahren statt; hier bekräftigte die EU ihr starkes Engagement für eine weltweit resiliente und sichere Wasserversorgung. Die EU-Delegation stellte 33 freiwillige Verpflichtungen zur Aktionsagenda für Wasser vor, einer Plattform, mit der Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung mit Bezug zu Wasser schneller erreicht werden sollen.

Zu Anfang des Jahres riefen die EU und 26 Partnerländer das Bündnis von Handelsministern zum Thema Klima ins Leben, das erste globale Forum auf Ministerebene, das sich mit den Themen Handel, Klima und nachhaltige Entwicklung befasst. Das Bündnis zielt darauf ab, Handelsmaßnahmen zu fördern, die den Klimawandel auf lokaler und globaler Ebene angehen.

Die EU hat im April eine Grüne Allianz mit Norwegen ins Leben gerufen und im November eine weitere mit Kanada, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima, Umwelt, Energie und saubere Industrie zu vertiefen. Die EU und Südkorea haben im Mai ebenfalls eine Grüne Partnerschaft gegründet, um die Zusammenarbeit zu stärken und bewährte Verfahren zum Klima- und Umweltschutz, zu einer sauberen und fairen Energiewende und zu anderen Bereichen des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft auszutauschen.

## Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die erste freiwillige Überprüfung der EU zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zeigt, dass sie fest entschlossen ist, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, die alle VN-Mitgliedstaaten 2015 angenommen haben.

Die EU hat die nachhaltige Entwicklung zu einem festen Bestandteil ihres Handelns gemacht und ist bemüht, die Agenda 2030 sowohl in der EU selbst als auch weltweit voranzubringen, indem sie Partnerländer bei ihren Umsetzungsbemühungen unterstützt.

Die Ziele dafür hat die EU in ihrer Politik, ihren Haushalten und in ihrer langfristigen Planung verankert. Mit dem europäischen Grünen Deal wird ein ressortübergreifender Ansatz verfolgt, hin zu einer nachhaltigeren Zukunft mit mehr Wohlstand für alle.



© AFP

# 4. Erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa

## Einleitung

Nachdem die Europäische Union mit einer der schlimmsten weltweiten Energiekrisen seit Jahrzehnten konfrontiert war, ergriff sie 2023 drastische Maßnahmen, um Energie zu sparen, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und die Energiewende zu beschleunigen. Die weltweit auftretenden Klima-, Umwelt- und Biodiversitätskrisen haben deutlich gemacht, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Im Laufe des Jahres setzte die EU ihre Abkehr von fossilen Brennstoffen aus Russland fort, um ihre Wirtschaft zu schützen und sie durch eine gesteigerte Erzeugung von erneuerbarer Energie und mehr Energieeffizienzmaßnahmen

nachhaltiger zu gestalten. Um Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor Energiepreisschocks zu schützen, hat sie eine umfassende Reform ihres Strommarkts eingeleitet. Darüber hinaus hat die EU neue Initiativen auf den Weg gebracht, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und industrielle Kapazitäten für saubere Technologien aufzubauen. Diese Initiativen zielen darauf ab, den Zugang zu kritischen Rohstoffen sicherzustellen und strategische Abhängigkeiten bei kritischen Technologien und Wertschöpfungsketten zu verringern, wodurch die wirtschaftliche Sicherheit und technologische Souveränität der EU verbessert werden sollen.

## Energieversorgungssicherheit

### Schrittweise Abkehr von fossilen Brennstoffen aus Russland

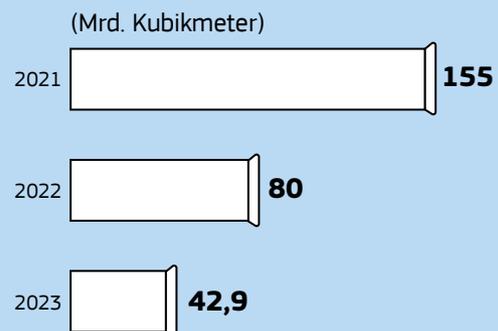
Um sicherzustellen, dass die Menschen in der Europäischen Union Zugang zu erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger Energie haben, hat die EU im Mai 2022 den [REPowerEU-Plan](#) auf den Weg gebracht. Dessen Ziel ist es, die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland erheblich zu verringern, indem mehr heimische saubere Energie erzeugt, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieversorgung der EU diversifiziert wird. In den ersten zwölf Monaten nach seiner Lancierung hat die EU [erhebliche Fortschritte bei der Verwirklichung dieser drei Ziele](#) gemacht.

Ende 2023 beliefen sich die gesamten Einfuhren von russischem Gas in die EU auf lediglich 42,9 Milliarden Kubikmeter (gegenüber 80 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2022 und mehr als 150 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2021). Während des gesamten Jahres waren Norwegen und Nordafrika erneut die Hauptlieferanten von Pipelinegas in die EU, die Vereinigten Staaten hingegen der Hauptlieferant von Flüssigerdgas.

Zusätzlich zu REPowerEU gibt es weitere Instrumente, mit denen die EU-Mitgliedstaaten bei der Diversifizierung ihrer Gasversorgung unterstützt werden. Eines davon ist der gemeinsame Gasbeschaffungsmechanismus „[AggregateEU](#)“, der Gasunternehmen und Unternehmen, die Gas verbrauchen, die Möglichkeit bietet, sich zusammenschließen, um ihre Nachfrage zu bündeln, die Nutzung der Infrastruktur zu koordinieren, mit internationalen Partnern zu verhandeln und gemeinsame Gas- und Wasserstoffkäufe vorzubereiten.



### Gaseinfuhren aus Russland



Eine weitere 2022 eingeführte EU-Maßnahme zur Lösung von Fragen der Versorgungssicherheit ist die [Verordnung über die Gasspeicherung](#), nach der die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, bis zum 1. November ihre Speicheranlagen zu 90 % zu füllen, um für den Winter ausreichende Gasvorräte zu gewährleisten. Diese Maßnahme trug dazu bei, dass sich die Vorräte vor dem Winter 2022/2023 auf 95 % der Kapazität beliefen. Aufgrund der gegenüber 2022 deutlich niedrigeren – und weniger volatilen – Preise waren die Speicher im Jahr 2023 besonders rasch gefüllt und das [90%-Ziel am 18. August](#) erreicht; Anfang Dezember lagen die Füllstände noch bei über 95 %.



↑ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (4. von links), und Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO (5. von links), bei einem Besuch einer Bohrinsel zur Erdgasgewinnung des norwegischen Unternehmens Equinor vor der Westküste Norwegens, 17. März 2023.



←

Ein Tankschiff zur Beförderung von flüssigem Naturgas (LNG) an einem Schiffsterminal. Das Schiff wurde kürzlich in Deutschland eingesetzt, um Gas unabhängig von den Nord Stream-Gasleitungen einzuführen, Brunsbüttel (Deutschland), September 2023. LNG ist Erdgas, das gekühlt wird und so von Gas in Flüssigkeit umgewandelt wird, was ein Sechshundertstel des ursprünglichen Volumens ausmacht. Durch diese erhebliche Verringerung kann es sicher und effizient an Bord von LNG-Tankschiffen transportiert werden.

Darüber hinaus haben mehrere neue Energieinfrastrukturprojekte, die in den letzten zwei Jahren abgeschlossen wurden, der EU geholfen, alternative Gasversorgungsquellen zu sichern. Beispiele hierfür sind die Erdgasfernleitung „Baltic Pipe“ und die Verbindungsleitung zwischen Griechenland und Bulgarien sowie die in mehreren Mitgliedstaaten neu errichteten Terminals für Flüssigerdgas.

Im November unternahm die Kommission einen weiteren Schritt, um das Energiesystem der EU zukunftsfähig zu machen, indem sie die erste Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse veröffentlichte, die voll und ganz im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal steht. Die Liste soll Anfang 2024

förmlich angenommen werden. Die alle zwei Jahre veröffentlichte Liste enthält Projekte zur besseren Verbindung der Energiesysteme der Mitgliedstaaten untereinander. Diese Projekte kommen für beschleunigte Genehmigungsverfahren und Fördermittel infrage. Es handelt sich um die erste Liste im Rahmen der überarbeiteten Verordnung über das transeuropäische Energienetz, wonach Projekte für fossile Brennstoffe ausgeschlossen sind, aber Projekte aus dem Bereich Wasserstoff und Elektrolyseure aufgenommen werden können. Sie umfasst auch Projekte, die das Energiesystem der EU mit dem Vereinigten Königreich, dem Westbalkan und nordafrikanischen Ländern verbinden.

## Zugang zu erschwinglicher Energie

Seit dem Sommer 2021 sind die Energiepreise sprunghaft gestiegen, was die Verbraucherinnen und Verbraucher stark trifft und viele von ihnen dem Risiko von Energiearmut aussetzt. Um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor künftigen Preisschocks zu schützen, lag das Hauptaugenmerk der EU 2023 auf der Einführung von Vorschriften zur Reform des Energiemarkts. Diese langfristigen Maßnahmen ergänzen die im Jahr 2022 ergriffenen Notfallmaßnahmen wie den Marktmechanismus zur Begrenzung übermäßig hoher Gaspreise und den zusätzlichen Beitrag, der bestimmten Energieunternehmen auferlegt wird, die übermäßige Gewinne erzielen.

Obwohl die EU über einen gut integrierten Energiebinnenmarkt verfügt, der den Verbraucherinnen und Verbrauchern seit über 20 Jahren zugutekommt, hat die Energiekrise gezeigt, dass weitere Verbesserungen erforderlich sind. Aus diesem Grund schlug die Kommission im März 2023 die Überarbeitung der Vorschriften für die Gestaltung des EU-Strommarkts vor. Diese Reform wird den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Rechte und Optionen einräumen und sie gleichzeitig besser schützen, da die Energierechnungen vom kurzfristigen Strommarktpreis abgekoppelt werden und der Energiemarkt der EU widerstandsfähiger wird. Ende des Jahres erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform.

## Der neu gestaltete EU-Strommarkt stärkt und schützt die Verbraucher

Die Verbraucher haben nun Anspruch auf

- Festpreisverträge mit langfristiger Preisbindung;
- Mehrfachverträge;
- die Weitergabe der von ihnen erzeugten erneuerbaren Energie an ihre Nachbarn.

- Er schützt schutzbedürftige Kunden vor dem Ausschluss von der Versorgung.
- Er schützt vor künftigen Marktmanipulationen und unsicherer Energieversorgung.
- Er verpflichtet die Energieversorger, Preisspitzen zu vermeiden und sich vor der Gefahr eines Ausfalls zu schützen.



Dank der Bemühungen der EU um eine Diversifizierung ihrer Energieversorgung und ihrer Energielieferanten konnten auch die Energiepreise – und ihre Volatilität – im Vergleich zu den im Jahr 2022 beobachteten Spitzenwerten gesenkt werden. Die EU-Energieplattform (und insbesondere der in diesem Kapitel bereits erwähnte Mechanismus „AggregateEU“) hat es ermöglicht, die Nachfrage zu bündeln und Energie gemeinsam zu beschaffen. Dies schlägt sich auch in niedrigeren Verbraucherpreisen in der EU nieder.

Zudem hat die Kommission einen Mechanismus zur Korrektur von Preisspitzen auf dem Gasmarkt eingeführt, in dessen Rahmen ein neuer Referenzpreis für Flüssigerdgas (LNG) festgelegt wird. Dies war als Alternative zu dem früheren Ansatz erforderlich, bei dem der von der niederländischen Title Transfer Facility zugrunde gelegte Gaspreis als Näherungswert

diente. Dieser Preis erwies sich jedoch nicht mehr als zuverlässig, da er die neuen Marktbedingungen nicht widerspiegelte. Die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden veröffentlicht nun regelmäßig einen Richtwert, der deutlich weniger volatil ist als der Preis der Title Transfer Facility.

Darüber hinaus hat die EU es den Mitgliedstaaten ermöglicht, schutzbedürftige Familien sowie kleine und mittlere Unternehmen durch besondere Maßnahmen – sogenannte SAFE-Maßnahmen („Supporting Affordable Energy“) – direkt zu unterstützen. Diese Maßnahmen ermöglichen es den Mitgliedstaaten, im Rahmen der Kohäsionspolitik nicht ausgegebene EU-Mittel aus ihrer Mittelzuweisung für den Zeitraum 2014-2020 für die unmittelbare Unterstützung von Risikogruppen, die höheren Energiekosten ausgesetzt sind, zu verwenden.

## Effiziente Energienutzung

Fast drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen entfallen auf den Energiesektor – die Heizung von Wohngebäuden, die industrielle Stromversorgung und den Verkehr. Die Senkung des Energieverbrauchs trägt daher entscheidend zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Wie im europäischen Grünen Deal dargelegt (siehe Kapitel 3), möchte die EU ihre Emissionen bis 2030 (gegenüber 1990) um mindestens 55 % senken.



© Adobe Stock

Im Winter 2022/2023 ging der Gasverbrauch in der EU dank der milden Witterung und der gemeinsamen Anstrengungen der EU, ihrer Mitgliedstaaten sowie der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen um 18 % (oder 53 Mrd. m<sup>3</sup>) zurück. Um ein Gleichgewicht zwischen Energieangebot und -nachfrage aufrechtzuerhalten, bedarf es jedoch weiterhin freiwilliger Energieeinsparmaßnahmen. Die Geltungsdauer der (ursprünglich im Juli 2022 vereinbarten) Dringlichkeitsverordnung zur Senkung des Gasverbrauchs wurde daher verlängert. Ziel ist es, den Verbrauch zwischen April 2023 und März 2024 um weitere 60 Mrd. m<sup>3</sup> zu senken. Weitere Notfallvorschriften aus dem Jahr 2022 über den Marktkorrekturmechanismus, Solidaritätsvorschriften und die Genehmigung von Projekten werden ebenfalls länger gelten, um weiteren Problemen vorzubeugen.

## Mit der neuen Energieeffizienzrichtlinie wurden **ehrgeizigere langfristige Ziele für den Energieverbrauch festgelegt**



Neu ist das Ziel, den Energieverbrauch bis 2030 gegenüber dem prognostizierten Energieverbrauch um 11,7 % zu senken (das ursprüngliche Ziel, das 2021 vorgeschlagen wurde, lag bei 9 %).



Beim jährlichen Endenergieverbrauch, bei dem sich die Einsparung 2023 auf 0,8 % belief, müssen die Mitgliedstaaten 2024 eine Einsparung von 1,3 % erzielen; bis 2028 wird dieser Wert dann auf 1,9 % steigen.

Auch die Senkung des Energieverbrauchs von Gebäuden bietet beträchtliche Möglichkeiten zu Energieeinsparungen. Die im Dezember erzielte politische Einigung zur überarbeiteten Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden erleichtert es dem Gebäudesektor, seinen Energieverbrauch zu senken und Gebäude umweltfreundlicher zu gestalten. Die überarbeitete Richtlinie enthält eine Reihe von Maßnahmen, die die EU-Mitgliedstaaten dabei unterstützen, die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Gebäude mit der geringsten Energieeffizienz.

Energieeinsparungen werden nicht nur durch einen geringeren und effizienteren Energieverbrauch erzielt, sondern auch durch die Gestaltung von Alltagsprodukten und -geräten durch die Hersteller. Nach den neuen EU-Ökodesign-Vorschriften sollen elektrische Geräte im Bereitschaftszustand weniger Energie verbrauchen,

wobei die Hersteller zwei Jahre Zeit haben, um die Eigenschaften ihrer Produkte in diesem Bereich zu verbessern. Zu den Produkten, die den neuen oder überarbeiteten und strengeren Vorschriften unterliegen, zählen Wäschetrockner, Einzelraumheizgeräte, Mobiltelefone, Tablets und Industrieventilatoren. Diese Änderungen spiegeln sich auch im EU-Energielabel wider, das bei den Verbrauchern in der EU nach wie vor weithin anerkannt ist und genutzt wird.

Die EU will nachhaltige Produkte zur Norm machen. Ende des Jahres haben das Parlament und der Rat eine Einigung über die Initiative für nachhaltige Produkte erzielt, die im März 2022 vorgeschlagen wurde und die Abkehr vom traditionellen Verbrauchsmodell „take – make – dispose“ („nehmen, herstellen und wegwerfen“) einleiten soll. Die Initiative fördert langlebige Produkte, um Abfall zu verringern und Ressourcen zu erhalten.



Nach Schätzungen der Kommission ist die Senkung des Stromverbrauchs von Produkten im Bereitschaftszustand mit Einsparungen von 1,36 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr verbunden. Diese Einsparungen werden sich auch in den Geldbörsen der Verbraucherinnen und Verbraucher bemerkbar machen: Die Gesamteinsparungen werden für sie bis 2030 voraussichtlich 530 Mio. EUR jährlich betragen.

## Beschleunigung der Erzeugung grüner Energie

Die Umstellung auf saubere erneuerbare Energien ist für die Verwirklichung eines klimaneutralen Europas im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal von entscheidender Bedeutung. Der REPowerEU-Plan, der bei diesem Übergang eine zentrale Rolle spielt, konzentriert sich auf die Erzeugung grüner Energie, die schrittweise Abkehr von fossilen Brennstoffen aus Russland und die Förderung von Energieeinsparungen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität und der Industrieplan für den Grünen Deal sind für die Unterstützung von REPowerEU von entscheidender Bedeutung, da sie den Übergang zu erneuerbaren Energien und das übergeordnete Ziel eines klimaneutralen Europas finanziell und strategisch unterstützen.

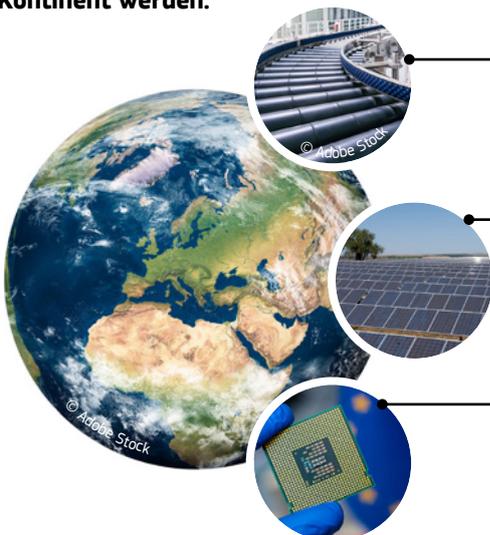
Die Aufbau- und Resilienzfazilität spielt eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von Projekten und Infrastrukturen im Bereich der grünen Energie, mit denen der Übergang zu erneuerbaren Energien beschleunigt werden soll, da etwa 42 % ihrer Mittel für den ökologischen Wandel bestimmt sind. (Weitere Informationen über die Fazilität finden sich in Kapitel 2.) Die Mitgliedstaaten nehmen derzeit Änderungen an ihren Aufbau- und Resilienzplänen vor, um ein eigenes REPowerEU-Kapitel aufzunehmen, in dem sie darlegen, wie sie die REPowerEU-Ziele mit ihren Aufbauplänen umsetzen wollen. Bislang haben 23 Mitgliedstaaten ihre REPowerEU-Kapitel vorgelegt, und den geänderten Plänen zufolge werden 61,87 Mrd. EUR für

erneuerbare Energien und Energienetze bereitgestellt, 35,51 Mrd. EUR davon speziell für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität bietet den Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit, wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse in Bereichen wie Wasserstoff und Batterien zu finanzieren.

Neben der Unterstützung von Investitionen in ausgereifte und innovative Technologien für erneuerbare Energien aus der Fazilität wurde 2023 eine Reihe umfassenderer Initiativen eingeleitet, um die strukturellen Herausforderungen des EU-Sektors für saubere Energie zu bewältigen. Eine dieser Initiativen, der Industrieplan für den Grünen Deal, zielt darauf ab, auf der Grundlage des Binnenmarkts die Wettbewerbsfähigkeit von Netto-Null-Technologien in der EU zu stärken (und damit den Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen). Die EU hat ihre Vorschriften vereinfacht, um die Beschaffung der für saubere Technologien benötigten Rohstoffe und die Finanzierung von Technologien für umweltfreundliche Energie zu erleichtern. Zudem unterstützt sie die Weiterbildung und Umschulung von Arbeitskräften für den Bereich der sauberen Technologien und setzt sich für eine Verbesserung des offenen Handels ein, um den Zugang zu Rohstoffen zu gewährleisten und so grüne Technologien zu fördern. Städte und Gemeinden profitieren so von den hochwertigen Arbeitsplätzen, die die Industrie im Bereich der sauberen Technologien bietet, und die Bürgerinnen und Bürger haben Vorteile durch eine sauberere Umwelt und eine nachhaltigere Marktwirtschaft.

### Der europäische Grüne Deal

**Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.**



#### Der Industrieplan für den Grünen Deal

Aufbau der industriellen Kapazitäten für saubere Technologien, auf die sich der Grüne Deal stützt

#### REPowerEU

Reaktion auf Störungen auf dem Energiemarkt mithilfe erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger Energie für Europa

#### Die Aufbau- und Resilienzfazilität

Erholung von der Pandemie und Vorbereitung auf den ökologischen und digitalen Wandel

## Der Industrieplan zum Grünen Deal beruht auf vier einander ergänzenden Säulen



Ein berechenbares und vereinfachtes Regelungsumfeld



Schnellerer Zugang zu Finanzmitteln



Bessere Kompetenzen



Offener Handel für resiliente Lieferketten

Im Rahmen des Industriepans zum Grünen Deal – speziell im Zusammenhang mit der Vereinfachung des Regelungsumfelds für saubere Technologien – legte die Kommission im März 2023 zudem Vorschläge für eine Verordnung zu kritischen Rohstoffen und eine Netto-Null-Industrie-Verordnung vor. Diese beiden Rechtsakte ergänzen einander und sollen dafür sorgen, dass Netto-Null-Fertigungskapazitäten in der EU aufgebaut werden und dass die EU über die Rohstoffe verfügt, die für die Herstellung sauberer Technologien erforderlich sind.

Da die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen weltweit hoch ist und sich das geopolitische Umfeld rasch verändert und schwieriger wird, muss die sichere und nachhaltige Versorgung der EU mit diesen Rohstoffen unbedingt sichergestellt werden. Das ist auch für die Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung, insbesondere in Bereichen wie den grünen und digitalen Technologien sowie in der Verteidigungs- sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie.

Mit der Verordnung zu kritischen Rohstoffen, der das Parlament und der Rat im November förmlich zugestimmt haben, werden die Kapazitäten für kritische Rohstoffe entlang der gesamten Lieferkette innerhalb der EU ausgebaut. In der Verordnung werden klare Ziele für den Ausbau der Abbau-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten bis 2030 festgelegt. Darüber hinaus wird die EU ihre Einfuhrquellen diversifizieren, um zu vermeiden, dass ihr Verbrauch zu mehr als 65 % von einem einzigen Lieferanten abhängt. Zu dieser Strategie gehört auch der Aufbau internationaler Partnerschaften, der von der Global-Gateway-Initiative unterstützt wird.

Die Netto-Null-Industrie-Verordnung wird den Bereich der Fertigung von Netto-Null-Technologien in der EU krisenfester und wettbewerbsfähiger und das Energiesystem sicherer und nachhaltiger machen. Sie wird die Bedingungen für Netto-Null-Projekte in der EU verbessern und Anreize für Investitionen setzen. Mit der Verordnung wird das ehrgeizige Ziel verfolgt, dass 2030 die strategischen Kapazitäten der EU für die Fertigung von Netto-Null-Technologien 40 % des Bedarfs in der EU decken oder übersteigen. Dadurch könnten auch erheblich schnellere Fortschritte bei der Verwirklichung der Klima- und Energieziele der Europäischen Union für 2030 und beim Übergang zur

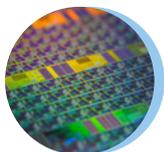
## Kritische Rohstoffe

Kritische Rohstoffe stehen am Anfang vieler industrieller Lieferketten, und die Nachfrage nach ihnen steigt weltweit.



Seltene Erden sind ein unverzichtbarer Bestandteil von Dauermagneten, die in Motoren von Windkraftanlagen verbaut werden.

Lithium, Kobalt und Nickel werden in der Batterieherstellung eingesetzt.



Silizium wird für Halbleiter benötigt.

Klimaneutralität insgesamt erzielt werden. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gestärkt, es werden hochwertige Arbeitsplätze entstehen, und die EU wird der angestrebten Energieunabhängigkeit näherkommen.

Das Ziel der EU, die Nutzung – vor allem in Europa erzeugter – erneuerbarer Energien zu beschleunigen, spiegelt sich auch in ihrer Energiepolitik wider. Einer der größten Meilensteine im Jahr 2023 war die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, mit der die Nutzung erneuerbarer Energien beschleunigt werden soll. Nunmehr soll der Anteil der erneuerbaren Energien in der EU bis 2030 mindestens 42,5 % – idealerweise 45 % – betragen, während der Zielwert 2018 noch bei 32 % lag. Mit der überarbeiteten Richtlinie sollen bestehende Engpässe und Effizienzmängel behoben werden, indem neue Maßnahmen für erneuerbaren Wasserstoff und für erneuerbare Energien im Verkehrssektor und in der Industrie eingeführt werden. Außerdem werden technische Fragen wie Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergie geklärt und vorläufige Vorschriften zur Verkürzung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Vorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien dauerhaft festgelegt.

## Erneuerbare Energien

Nach der Annahme der EU-Strategie für Solarenergie und dem Start der Biomethan-Industriepartnerschaft im Jahr 2022 widmete sich die EU 2023 verstärkt dem erneuerbaren Wasserstoff und der Windkraft.

Beim Thema Wasserstoff und in Bezug auf die Einführung dieser neuen Technologie galt es zunächst, zu bestimmen, was als erneuerbarer Wasserstoff gilt. Die Definition wurde in delegierten Rechtsakten zu Wasserstoff festgelegt; dort wird auch ausgeführt, dass für die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff mehr Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden muss. Solche EU-weiten Standards sind entscheidend für das Wachstum in diesem Sektor.

→ Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energie (links), und Pascal De Buck, geschäftsführender Direktor und Geschäftsführer von Fluxys (rechts), bei einer Ortsbesichtigung während des Baus einer Wasserstoff-Gasleitung, Lokeren (Belgien), 7. Juli 2023.

Im Dezember wurde mit der politischen Einigung über das Paket zu CO<sub>2</sub>-armem Gas und Wasserstoff ein weiteres wichtiges Zwischenziel erreicht. Mit dieser Initiative soll die Nutzung erneuerbarer und CO<sub>2</sub>-armer Gase gefördert werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Aufbau eines Marktes für erneuerbaren Wasserstoff liegt.

Im März veröffentlichte die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff, die 2020 gegründet wurde, um die groß angelegte Einführung von Technologien für sauberen Wasserstoff bis 2030 zu unterstützen, eine Roadmap für die Normung von Wasserstofftechnologien. Diese Roadmap enthält einen umfassenden Überblick über die von den Mitgliedern der Allianz ermittelten Normungslücken, Herausforderungen und Erfordernisse. Die Allianz hat außerdem ein Lernbuch über Wasserstoffkorridore veröffentlicht, das einen aktuellen Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Infrastrukturprojekte in der gesamten EU gibt, die für den Aufbau einer europäischen Grundstruktur für CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff erforderlich sind. Bei dieser Initiative geht es darum, mit bestehenden und neuen Gasleitungen ein Wasserstoffnetz für den gesamten Kontinent aufzubauen.

In Bezug auf die Erzeugung erneuerbaren Wasserstoffs bekräftigte die Europäische Partnerschaft für Elektrolyseure 2022 ihr Bekanntnis zu der gemeinsamen Erklärung, der zufolge die Produktionskapazitäten für Elektrolyseure in der EU bis 2025 um das Zehnfache erhöht werden sollen.

Die Kommission hat auch vorgeschlagen, eine gesamteuropäische Wasserstofffazilität, die Europäische Wasserstoffbank, aufzubauen. Die Wasserstoffbank wird für Investitionssicherheit und Geschäftschancen im Bereich der europäischen und weltweiten Erzeugung erneuerbaren Wasserstoffs sorgen. Dafür sollen zwei Finanzierungsmechanismen (einer zur Förderung der Wasserstofferzeugung in der EU, der andere für internationale Einfuhren in die EU) eingeführt, die Nachfrage und der Infrastrukturbedarf bewertet und



→ Frans Timmermans, damaliger Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für den europäischen Grünen Deal, bei seiner Rede auf dem Welt-Wasserstoffgipfel 2023, Rotterdam (Niederlande), 11. Mai 2023.



verschiedene Finanzierungsquellen koordiniert werden, um Investitionen in dem Bereich zu erleichtern.

Die Kommission hat im März mit den europäischen Interessenträgern eine gemeinsame Erklärung über die Förderung von Forschungsvorhaben und Innovationen im Bereich des erneuerbaren Wasserstoffs unterzeichnet; damit soll der Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff beschleunigt und die Energiewende vorangebracht werden.

Darüber hinaus hat die EU Maßnahmen ergriffen, um den Ausbau der Windkraft und Innovationen zu beschleunigen. Während die Wasserstoffherzeugung noch in den Kinderschuhen steckt, hat der Windkraftsektor der EU bereits Erfolge zu vermelden. Hier bewegen sich die Energiegestehungskosten auf demselben Niveau oder sogar unter dem der fossilen Brennstoffe, und von Januar bis August 2023 entfielen durchschnittlich 17,2 % des in der EU verbrauchten Stroms auf die Windenergie. Allerdings gibt es noch einige Probleme. Dazu zählen Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren, der Fachkräftemangel und die Tatsache, dass in einzelstaatlichen Ausschreibungen niedrige Kosten den Vorzug vor Nachhaltigkeitsaspekten erhalten. Darüber hinaus fehlt es in den Mitgliedstaaten an klaren Plänen für den Ausbau der Windkraft, wodurch den Herstellern angesichts des globalen Wettbewerbs

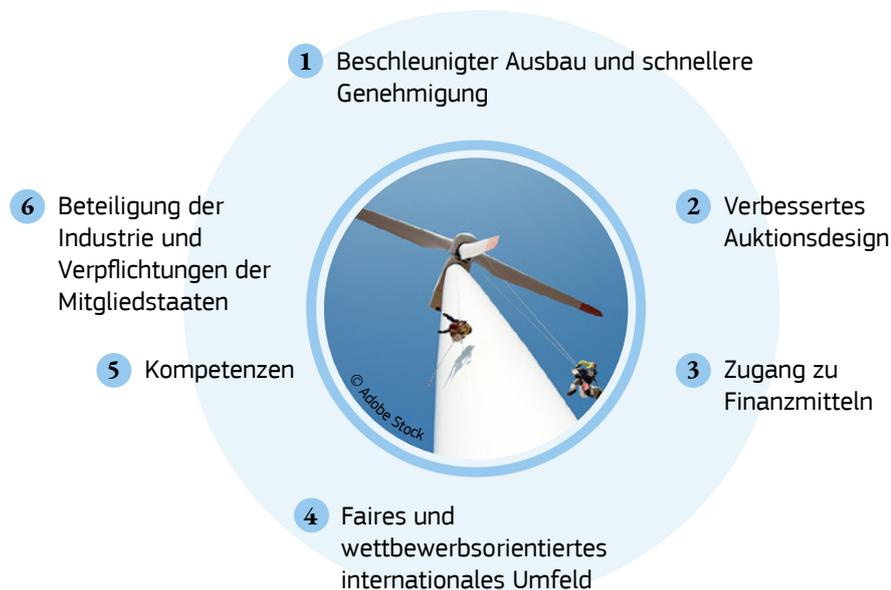
und rasch steigender Rohstoffkosten die Projektplanung erschwert wird.

Einige Probleme in diesem Sektor möchte die Kommission mit dem im Oktober vorgelegten Europäischen Windkraft-Aktionsplan lösen.

Der Aktionsplan umfasst den Start der Initiative „AccelerES“, die zur Digitalisierung der Genehmigungsverfahren beitragen soll und ein spezielles Online-Tool zur Unterstützung der Genehmigungsverfahren bereitstellen wird. Zudem soll der Plan die Windkraftindustrie in der EU wettbewerbsfähiger machen, indem die Hersteller aus der EU leichter Zugang zu ausländischen Märkten erhalten und vor Handelsverzerrungen (z. B. unfairer Subventionierung von Windkraftprodukten, die in die EU eingeführt werden) geschützt werden; auch soll die Normung im Bereich der Windkraftanlagen vorangebracht werden, um mehr Interoperabilität, Qualität und Nachhaltigkeit sicherzustellen.

Und schließlich legten 21 Mitgliedstaaten Ende 2023 Windkrafterkklärungen vor, in denen sie ihre Windkraftprojekte und das Volumen ihres Windenergieausbaus für die nahe Zukunft (2024–2026) angeben. Das bedeutet mehr Sicherheit sowohl für Hersteller als auch für Investoren und wird dazu führen, dass mehr Windkraftprojekte angestoßen werden.

**Der europäische Aktionsplan für Windkraft umfasst sechs themenspezifische Hauptteile und wird dazu beitragen, dass die Windkraftkapazität, die im Jahr 2022 bei 204 Gigawatt lag, weiter wächst und im Jahr 2030 das angestrebte Ziel von 500 Gigawatt erreicht**





Eine batteriebetriebene Anlage zur Energiespeicherung (gebaut vom Unternehmen Energy Cells) mit insgesamt 200 Megawatt und einer Kapazität von 200 Megawattstunden, Vilnius (Litauen), 25. Juli 2023. Dieses Projekt wurde mit 87,6 Mio. EUR aus der Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert. Damit kann Litauen sich aus dem von Russland kontrollierten Stromnetz abschalten und gleichzeitig die Synchronisierung mit dem kontinentaleuropäischen Stromnetz unterstützen.

## Unterstützung der Energiewende

Der Umstieg auf erneuerbare Energien bedeutet auch, Wege zu finden, die Energie zu gewinnen und für Zeiten zu speichern, in denen beispielsweise kein Wind weht und die Sonne nicht scheint.

Eine solche Speichermöglichkeit bieten Batterien. Seit 2017 sorgt die Europäische Batterie-Allianz, die von der EU zur Unterstützung des europäischen Batterie-Ökosystems ins Leben gerufen wurde, maßgeblich für Fortschritte in diesem Bereich. Auf der siebten Tagung auf hoher Ebene im März 2023 wurde betont, dass unbedingt genügend Fachkräfte für die Batterieindustrie ausgebildet werden müssen.

Bei der Energiewende gilt es auch zu bedenken, dass der Übergang gerecht gestaltet und den Arbeitskräften in den betroffenen Wirtschaftszweigen ermöglicht werden muss, sich weiterzubilden. Vor diesem Hintergrund hat

die Europäische Union 2023 zum Jahr der Kompetenzen ausgerufen (siehe Kapitel 6).

2023 hat die Kommission nicht nur durch Initiativen wie den Windkraft-Aktionsplan etwas gegen bestimmte Qualifikationsdefizite unternommen, sondern sich auch für eine groß angelegte Kompetenzpartnerschaft für energieintensive Industrien und eine groß angelegte Kompetenzpartnerschaft für erneuerbare Energie eingesetzt. Mithilfe dieser Partnerschaften sollen den Arbeitskräften in diesen Branchen die passenden Kompetenzen vermittelt werden, damit sie mit der Energiewende in der EU Schritt halten können und mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zurechtkommen. Ziel der Partnerschaften ist es, Qualifikationslücken zu ermitteln und geeignete Lehrpläne und Ausbildungsprogramme zu entwickeln, um diese Lücken zu schließen.

### Die Energiewende im Fischerei- und Aquakultursektor

Im Februar 2023 legte die Kommission eine Mitteilung über die Energiewende im Fischerei- und Aquakultursektor der EU vor. Mit dieser Initiative soll der Übergang zu saubereren Energiequellen in dem Sektor unterstützt werden; dadurch würde sich die derzeitige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern, die nicht nur ökologisch untragbar ist, sondern auch ein hohes Risiko durch Energiepreissteigerungen mit sich bringt. (Näheres dazu siehe Kapitel 3.)



Ein umweltfreundliches Design eines dänischen Fischereifahrzeugs mit Kraftstoffeinsparungen von mindestens 25 % pro Kilogramm Fischerzeugnis. Innovationen wie diese werden gemeinsam mit den von der EU geschaffenen Strukturen die Energiewende in diesem Sektor beschleunigen.

Die Partnerschaften ergänzen auch bestehende Initiativen wie die Akademie der Europäischen Batterie-Allianz, die mit der Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung von Arbeitskräften dazu beitragen soll, dass die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften entlang der rasant wachsenden europäischen Batterie-Wertschöpfungskette gedeckt werden kann. Derzeit konzipiert und startet die Akademie in Zusammenarbeit mit Bildungsanbietern in den Mitgliedstaaten modernste Schulungen.

Auch mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung und der Verordnung zu kritischen Rohstoffen wurden wichtige Initiativen zur Qualifizierungsförderung in der EU gestartet. Gemäß der Netto-Null-Industrie-Verordnung werden „Net-Zero-Industry“-Akademien eingerichtet, um die Herstellung von Netto-Null-Technologien zu unterstützen. Parallel dazu wird gemäß der Verordnung zu kritischen Rohstoffen eine Rohstoffakademie gegründet, die sich schwerpunktmäßig dem Aufbau von Qualifikationen widmet, die für die Arbeitskräfte entlang der Lieferkette für kritische Rohstoffe wichtig sind.

Darüber hinaus wurden 2023 die Energiewende-Dialoge gestartet. Beim ersten Dialog mit dem Schwerpunkt auf Wasserstoff kamen Vertreter der gesamten

Wasserstoff-Wertschöpfungskette zusammen, um Ideen und Erfahrungen dazu auszutauschen, wie die industrielle Dimension des europäischen Grünen Deals gestärkt werden kann. Am zweiten Dialog nahmen Vertreter der energieintensiven Industriezweige teil.

Und nicht zuletzt stellt die EU den Mitgliedstaaten über das Instrument für technische Unterstützung praktische Ratschläge und maßgeschneiderte Leitlinien zur Verfügung, um ihnen den Umstieg auf erneuerbare Energien zu erleichtern. 2023 wurden 17 Mitgliedstaaten über dieses Instrument dabei unterstützt, die für die schrittweise Abkehr von fossilen Brennstoffen aus Russland erforderlichen Reformen und Investitionen zu ermitteln. Zu den Bereichen der technischen Unterstützung gehörten schnellere Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energie, Energieeffizienz und Gebäuderenovierung, die Erzeugung von Wasserstoff und Biomethan, die Diversifizierung der Gasversorgung und die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrie. Diese Unterstützung wird den ökologischen Wandel begünstigen und zur Senkung der Energiepreise beitragen – und damit Menschen und Unternehmen gleichermaßen zugutekommen.



© AFP

# 5. Ein Europa für das digitale Zeitalter

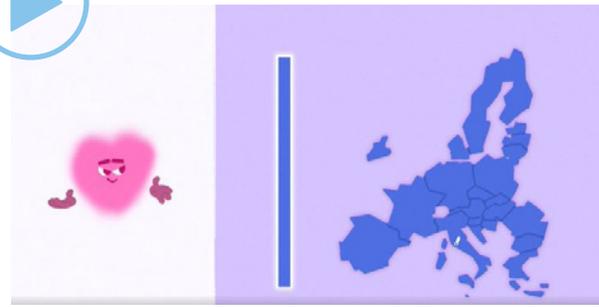
↑

Der humanoide Roboter NAO wird in einer inklusiven Kindertagesstätte eingeführt, um die Kinder im Alltag zu begleiten, Karlsruhe (Deutschland), 7. Juni 2023.

## Einführung

Die EU verfolgt eine auf den Menschen ausgerichtete und nachhaltige Vision für eine digitale Gesellschaft, die die Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen stärkt und als Katalysator für Klimaschutzmaßnahmen wirkt. Die digitale Gesellschaft und die digitalen Technologien bringen neue Freiheiten und Rechte mit sich, ebenso wie neue Möglichkeiten, über physische Gemeinschaften und geografische Orte hinaus zu lernen, sich unterhalten zu lassen, zu arbeiten, Neues zu erkunden und Ziele zu verwirklichen.

Allerdings bestehen noch viele Herausforderungen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel, und die EU geht diese Herausforderungen mithilfe eines umfassenden Rahmens – der „Digitalen Dekade“ – an. Im Jahr 2023 intensivierte die EU ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit und des Datenschutzes, zur Bereitstellung von Leitlinien für künstliche Intelligenz (KI), zur Eindämmung unlauterer Praktiken im digitalen Raum und zum Schutz der Rechte der Nutzer digitaler Dienste, unter besonderer Berücksichtigung der Schutzbedürftigsten – unserer Kinder. Weitere Prioritäten waren Maßnahmen zur Verbesserung der Konnektivität, der Mobilität, der Bildung und der justiziellen Zusammenarbeit.



↑  
VIDEO Es war einmal in Europa: das digitale Zeitalter.

## Fortschritte in der digitalen Dekade

Mit der digitalen Dekade soll dafür gesorgt werden, dass alle Aspekte der Technik und Innovation im Dienste der Menschen stehen. Von der Förderung digitaler Kompetenzen und der Modernisierung der Infrastruktur über die Integration von KI in Geschäftspraktiken bis hin zur Verbesserung öffentlicher Dienste mithilfe digitaler Instrumente setzt sich die EU für einen ganzheitlichen Wandel ein. Im September 2023 wurden im ersten Bericht über die digitale Dekade die Fortschritte der EU im digitalen Bereich betrachtet. Er enthielt Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten zur Verwirklichung der Ziele der digitalen Dekade. Der Bericht enthielt auch den jährlichen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft und eine Analyse der Umsetzung von Mehrländerprojekten im digitalen Bereich, also Großprojekten, die kein Mitgliedstaat allein hätte durchführen können.

Darüber hinaus wurde darin untersucht, wie die Mitgliedstaaten die Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen umgesetzt haben, die das Engagement der EU für einen sicheren und nachhaltigen digitalen Wandel widerspiegelt, bei

dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Der Bericht zeigte auch das Potenzial und den Erfolg ihrer gemeinsamen Anstrengungen auf. Ein wichtiger Punkt war die dringende Notwendigkeit, Investitionen in digitale Technik, Kompetenzen und Infrastrukturen anzukurbeln.

### Programm Digitales Europa

Die Europäische Kommission hat mit der Annahme des Arbeitsprogramms zum Programm Digitales Europa für den Zeitraum 2023–2024 ihr Engagement für eine Führungsrolle im digitalen Bereich bekräftigt. Das Arbeitsprogramm sieht strategische Investitionen vor, die entscheidend dazu beitragen werden, die Ziele der digitalen Dekade zu verwirklichen. Bei diesem Programm geht es nicht nur um finanzielle Zusagen, sondern um die technologische Unabhängigkeit der EU, die mit dem europäischen Grünen Deal Hand in Hand geht. Die EU setzt damit einen Kurs für eine digitale Zukunft, von dem alle – Einzelpersonen, Unternehmen und staatliche Stellen – profitieren können.

## Programm „Digitales Europa“: Mittel für 2023–2024

**1,358 Mrd. EUR insgesamt**

**375 Mio. EUR**

**Arbeitsprogramm für Cybersicherheit**

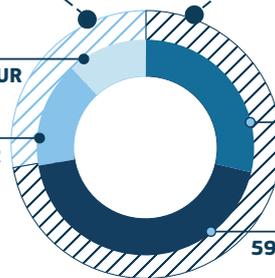
Umsetzung durch das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit

Für Folgendes:

- nationale Koordinierungszentren;
- Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften wie der NIS-2-Richtlinie, des Cybersicherheitsgesetzes und der Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme;
- Resilienz der EU gegenüber Cyberangriffen;
- Cybersicherheitsnotfallmechanismus – Vorbereitung auf Cybervorfälle und gegenseitige Hilfeleistung bei Cybervorfällen.

**161 Mio. EUR**  
für 2023

**214 Mio. EUR**  
für 2024



**983 Mio. EUR**

**Hauptarbeitsprogramm**

Für Folgendes:

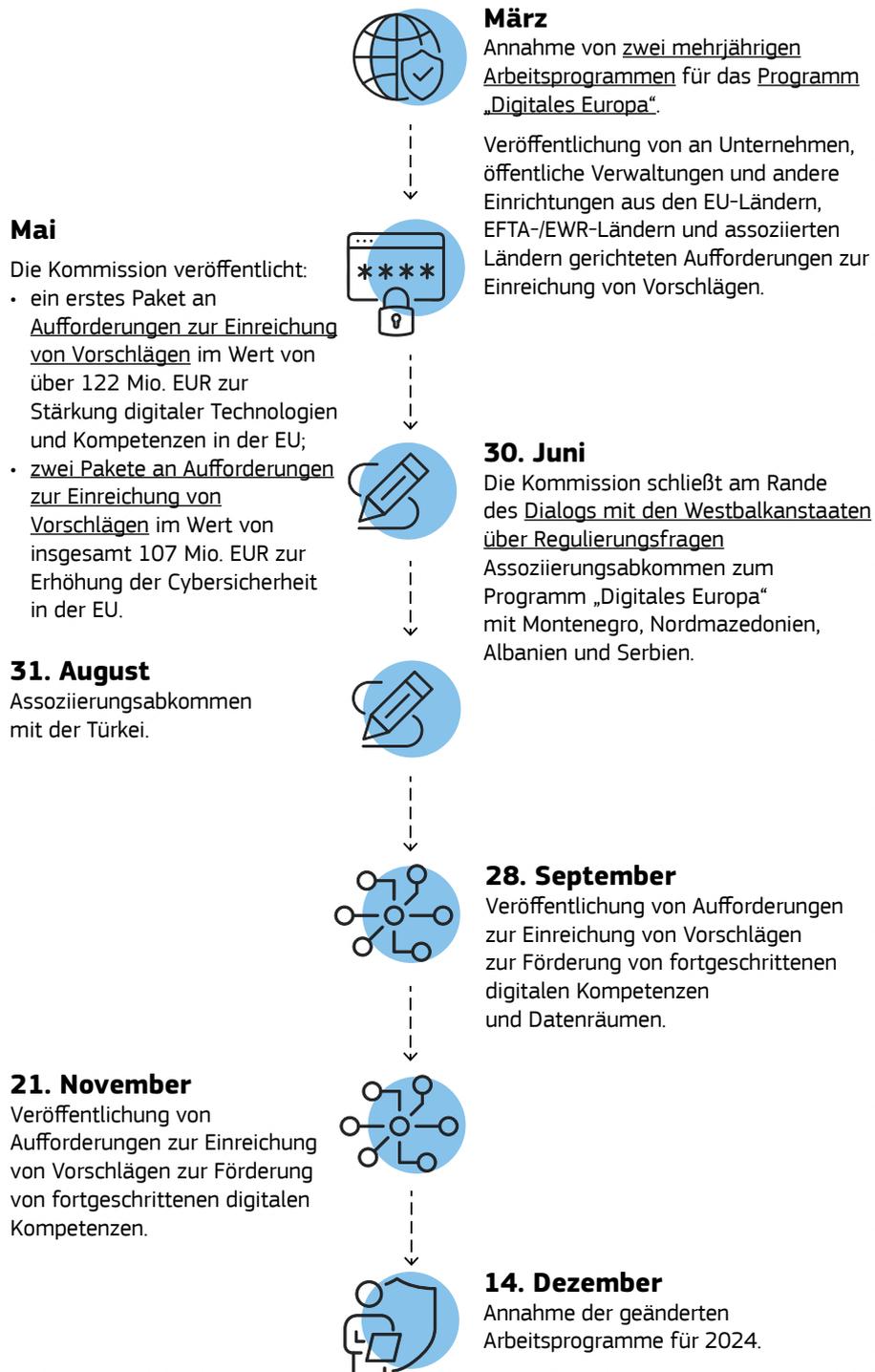
- Projekte, die digitale Technologien wie Daten, künstliche Intelligenz, Cloud-Computing und fortgeschrittene digitale Kompetenzen nutzen;
- Mehrländerprojekte;
- Zusatzmaßnahmen in wichtigen digitalpolitischen Bereichen (Hochleistungsrechenntechnik, Europäische Digitale Identität, digitale Zwillinge, virtuelle Realität).

Merklich positive Auswirkungen sind insbesondere für Innovationssysteme, offene Standards, kleine und mittlere Unternehmen, Städte, öffentliche Dienste sowie die breite Öffentlichkeit zu erwarten.

**392 Mio. EUR**  
für 2023

**591 Mio. EUR**  
für 2024

## Programm „Digitales Europa“: Erfolge 2023



# Digitalisierung in der Industrie

## Konnektivität

Die Steuerung des digitalen Wandels erfordert sowohl rasche Anpassungen als auch eine bessere Konnektivität. Im Februar 2023 legte die Kommission einen Plan vor, um alle Ecken der EU an Gigabit-Netze anzubinden. Das vorgeschlagene Gigabit-Infrastrukturgesetz zielt darauf ab, die für den Ausbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität erforderliche Zeit zu verkürzen und dessen Kosten zu senken. Um die nationalen Behörden dabei zu unterstützen, werden in dem Entwurf der Gigabit-Empfehlung die Bedingungen dargelegt, unter denen Betreiber Zugang zu den Netzen von Wettbewerbern bekommen können. Darüber hinaus leitete die Kommission gleichzeitig eine Konsultation ein, um Meinungen über die Zukunft des Sektors der elektronischen Kommunikation und seiner Infrastruktur einzuholen.

## Künstliche Intelligenz und Supercomputer

Von Chatbots bis hin zu maßgeschneiderten Online-Empfehlungen – die Menschen in der EU machen KI zu einem festen Bestandteil ihres täglichen Lebens. Angesichts der weitverbreiteten Nutzung ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein Rahmen geschaffen wird, um Missbrauch zu verhindern und die Privatsphäre der Menschen zu schützen.

Die EU strebt eine Führungsrolle im Bereich einer KI an, der die Menschen vertrauen können. Sie möchte die Forschungs- und Industriekapazitäten verbessern und gleichzeitig sicherstellen, dass die Technologie sicher bleibt und dass die Rechte der Menschen geschützt werden.

Im Dezember kamen das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union in ihren Verhandlungen über das bahnbrechende KI-Gesetz zu einer politischen Einigung. Mit dem ersten umfassenden Rechtsrahmen der Welt für KI wird ihr Wachstum in der EU zum Nutzen aller gefördert und den mit der Technologie verbundenen Risiken begegnet. Es schafft klare Anforderungen und Verpflichtungen für KI-Entwickler, -Betreiber und -Nutzer für ihre sichere Verwendung in der EU, stellt sicher, dass KI die Grundrechte des Einzelnen

→ Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter und EU-Kommissarin für Wettbewerb (5. von rechts), auf der Tagung der Minister für Digitales und Technologie der G7, Takasaki (Japan), 30. April 2023.

in der EU achtet, und verbietet Praktiken wie soziale Belohnungs- und Bestrafungssysteme. Die Vorschriften zielen auch darauf ab, Innovationen durch die Einrichtung von Reallaboren zu fördern, d. h. durch besondere Rahmenbedingungen, in denen Unternehmen, insbesondere Start-ups, neue Produkte und Dienste in einem realen Umfeld ohne die üblichen regulatorischen Zwänge testen können.

Um internationale Normen für vertrauenswürdige KI festzulegen, arbeitet die Kommission mit gleich gesinnten Partnern wie der G7 zusammen, unter anderem im Rahmen des Hiroshima-KI-Prozesses. Die Kommission begrüßte die Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs der G7 über internationale Leitprinzipien für KI und einen freiwilligen Verhaltenskodex für KI-Entwickler, zu denen sie auch ihren Beitrag geleistet hatte.

Im Jahr 2023 unternahm die EU weitere Schritte, um in ihren Mitgliedstaaten ein Supercomputernetz von Weltrang aufzubauen. Das Gemeinsame Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen – eine Rechts- und Fördereinrichtung, die EU-Unternehmen zur Entwicklung von Supercomputern zusammenbringt – wählte einen Anbieter für den Kauf, die Lieferung, Installation und Wartung von Jupiter, dem ersten europäischen Supercomputer auf Exa-Niveau (ein Computer, der mehr als eine Trillion Berechnungen pro Sekunde ausführen kann), aus. Darüber hinaus unterzeichnete das gemeinsame Unternehmen im Juni Hosting-Vereinbarungen mit sechs Standorten in der gesamten EU (in Tschechien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien und Polen) über die Unterbringung und den Betrieb von Quantencomputern.

Die EU hat ihr Supercomputernetz von Weltrang genutzt, um generative KI „Made in Europe“ auf der Weltbühne zum Thema zu machen. Dieser Schritt wird Start-ups in der gesamten EU dabei helfen, ihre KI-Modelle schneller zu trainieren.



## Supercomputer in der EU

### 2023 eingeführte EU-Supercomputer

**Juni**

Es wird bekannt gegeben, dass das Jules-Verne-Konsortium in Frankreich den zweiten Exascale-Supercomputer der EU hosten und betreiben wird.

Die Linköping-Universität in Schweden wird als Standort und Betreiber für Arrhenius ausgewählt.

**September**

Deucalion wird in Guimarães (Portugal) offiziell in Betrieb genommen.

Erwartet wird, dass der Supercomputer Fortschritte in den Bereichen Energiespartechnologie, Wettervorhersage und Meeresforschung ermöglicht und zur Entwicklung neuer Arzneimittel sowie klimafreundlicher Energietechnologien beiträgt.

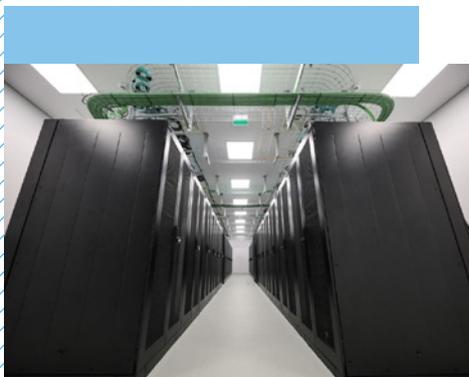
**Oktober**

Der Auftrag für Jupiter, den ersten Exascale-Supercomputer der EU, wird vergeben.

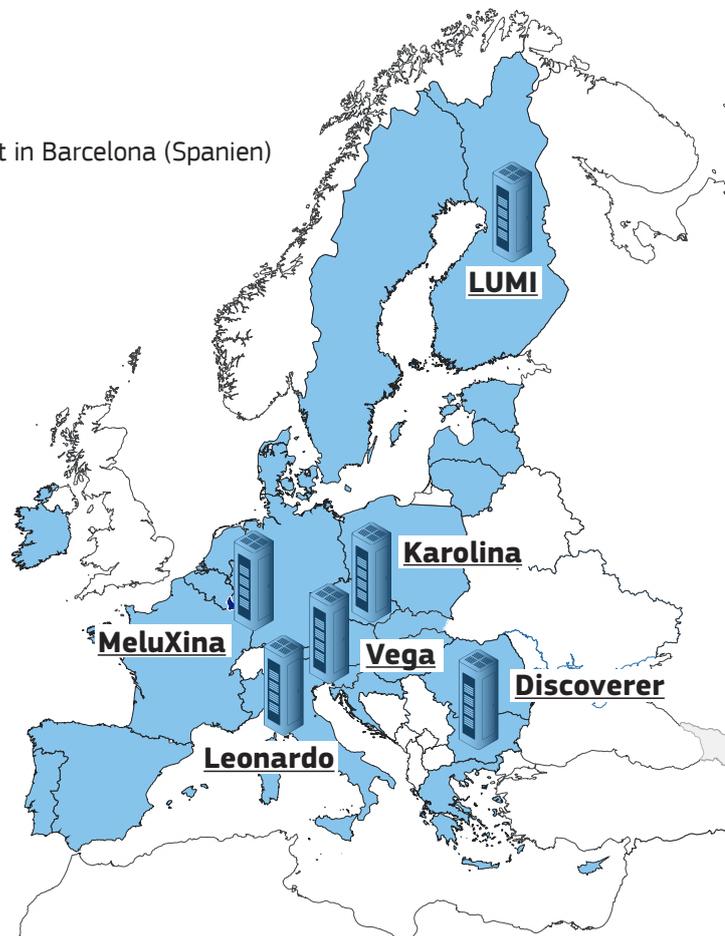
**Dezember**

MareNostrum 5 geht in Barcelona (Spanien) in Betrieb.

**Bereits im Einsatz befindliche EU-Supercomputer**



↑ Der Deucalion-Supercomputer der portugiesischen Stiftung für Wissenschaft und Technologie der Universität Minho in Guimarães (Portugal), 6. September 2023.



## Halbleiter

Halbleiter – gemeinhin als „Chips“ bezeichnet – sind Herz und Hirn der Elektronik von heute. Das europäische Chip-Gesetz, das am 21. September in Kraft trat, ist ein mutiger Schritt zur Stärkung des europäischen Halbleitersektors. Außerdem steuert die

EU damit in Richtung technologischer Souveränität bei Halbleitertechnologien und -anwendungen. Sein ehrgeiziges Ziel besteht darin, dass die EU ihren weltweiten Marktanteil bei Halbleitern bis 2030 auf 20 % verdoppelt.

### Das europäische Chip-Gesetz

#### Drei Säulen



Unterstützung von Entwicklung und Innovation im Bereich fortgeschrittener Chip-Technologien durch das Gemeinsame Unternehmen für Chips.



Förderung umfangreicher Investitionen zur Herstellung von Chips in der EU und zur Gewährleistung der Lieferstabilität.



Beobachtung von Marktentwicklungen und frühzeitige Erkennung künftiger Krisen durch einen Koordinierungsmechanismus zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten.

#### Erfolge 2023



Im November 2023 veröffentlichte das Gemeinsame Unternehmen für Chips seine ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Produktionsanlagen im Pilotbetrieb. Im Rahmen der ersten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen stellt die EU 1,67 Mrd. EUR bereit, die durch die Mitgliedstaaten und private Mittel auf insgesamt rund 3,3 Mrd. EUR aufgestockt werden sollen. Durch das Gemeinsame Unternehmen wird das Halbleiter-Ökosystem der EU gestärkt und Europas technologische Führungsrolle ausgebaut. Ziel ist es, die Lücke zwischen Labor und Fertigung zu schließen. Das bedeutet, Forschungsergebnisse und Prototypen aus Labors in skalierbare Prozesse für die industrielle Fertigung zu übersetzen.



Seit der Vorlage des Gesetzes Anfang 2022 wurden in der EU Industrieinvestitionen von mehr als 100 Mrd. EUR angekündigt.



Für die frühzeitige Erkennung potenzieller Risiken in der Halbleiter-Lieferkette wurde im Mai 2023 das Halbleiter-Warnsystem eingeführt.

## Europäische Datenstrategie

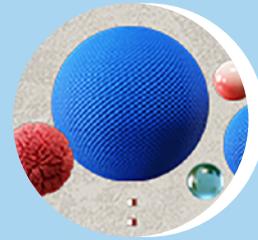
Daten sind der Antrieb des digitalen Wandels, der Innovation und des Wachstums. Bestimmte Daten des öffentlichen Sektors wie Wetter- oder Luftqualitätsdaten, die für die Gesellschaft, die Umwelt und die Wirtschaft von Nutzen sind, sollten frei zugänglich sein. Im Januar 2023 veröffentlichte die Kommission [eine Liste hochwertiger Datensätze](#), die kostenlos in maschinenlesbaren Formaten zur Verfügung stehen müssen.

Der [Daten-Governance-Rechtsakt](#), der seit September 2023 gilt, wird das Potenzial öffentlicher Daten erschließen und das Vertrauen in die freiwillige Datenweitergabe fördern. Er wird die Weiterverwendung geschützter Daten im öffentlichen Besitz regeln und [gemeinsame Logos](#) zur Identifizierung von Vermittlern und datenaltruistischen Organisationen in der EU einführen. Der Rechtsakt soll ferner mit Unterstützung des Europäischen Dateninnovationsrates technische Hindernisse beseitigen. Die Kommission legte im Laufe des Jahres Pläne für einen [europäischen Tourismusdatenraum](#) und einen [europäischen Datenraum für das öffentliche Auftragswesen](#) vor. Außerdem wurden Rahmenbedingungen sowohl für eine europäische Plattform für die Zusammenarbeit der Akteure im Tourismus als auch für eine innovative Gemeinschaftsplattform für öffentliche Auftraggeber zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern festgelegt.

Im November [erließ](#) die EU eine neue Verordnung über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung (Datenverordnung), die ab 2025 Anwendung finden wird. Ziel ist es, die Datenwirtschaft in der EU anzukurbeln, den Zugang zu Industriedaten zu verbessern und einen zuverlässigen EU-Cloud-Markt zu fördern. Die Datenverordnung wird mehr Kontrolle über Daten bieten sowie Innovationen und die weitere Erstellung von Daten fördern.

## Unterstützung der Unternehmen

Jedes Unternehmen muss – unabhängig von seiner Größe – den digitalen Wandel vollziehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die [europäischen digitalen Innovationszentren](#) bieten den Unternehmen, die bei ihrem digitalen Wandel Hilfe benötigen, Antworten und Unterstützung.



## Was ist ein Europäisches Digitales Innovationszentrum (EDIH)?

EDIH sind zentrale Anlaufstellen in den Mitgliedstaaten, die Unternehmen und öffentliche Einrichtungen dabei unterstützen, digitale Herausforderungen zu bewältigen und wettbewerbsfähiger zu werden.

In ganz Europa wurden mehr als **150 EDIH** eingerichtet

Dabei erfolgt eine Kofinanzierung in Höhe von **314 Mio. EUR** aus dem Programm „**Digitales Europa**“

## Wen unterstützen EDIH?

EDIH helfen kleinen und mittleren Unternehmen, Midcap-Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen bei der Bewältigung digitaler Herausforderungen. Ihr Auftrag steht im Einklang mit dem Ziel der digitalen Dekade Europas, sicherzustellen, dass mehr als 90 % der kleinen und mittleren Unternehmen bis 2030 zumindest eine grundlegende digitale Intensität erreichen.

## Wie können EDIH helfen?

EDIH bieten eine große Palette von Dienstleistungen an, von technischem Know-how über berufliche Weiterbildung bis hin zu Finanzberatung.

## Digitalisierung des Gesellschaftsrechts

Auch die moderne Wirtschaft erfordert einen präziseren Rechtsrahmen. Mit der Weiterentwicklung von Online-Instrumenten für Unternehmensgründungen und grenzüberschreitende Tätigkeiten werden Geschäftstätigkeiten in der EU einfacher. Der jüngste diesbezügliche Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, den Einsatz digitaler Instrumente und Verfahren im EU-Gesellschaftsrecht auszuweiten. Der Grundsatz der einmaligen Erfassung soll den Verwaltungsaufwand verringern, da Unternehmen, die in der EU expandieren, keine Informationen mehrfach einreichen müssen. Darüber hinaus stellt das System zur Verknüpfung von Unternehmensregistern sicher, dass Unternehmensdaten in der gesamten EU sowohl vertrauenswürdig sind als auch leicht zugänglich bleiben.

## Bekämpfung der Online-Piraterie

Die Weitergabe urheberrechtlich geschützter Inhalte ohne Erlaubnis schadet kreativen Unternehmen und beeinträchtigt die Innovation und das Wirtschaftswachstum. Da es wichtig ist, Online-Piraterie zu stoppen, insbesondere bei Live-Veranstaltungen wie Sportwettkämpfen und Konzerten, legte die Kommission im Mai 2023 Empfehlungen für Maßnahmen vor. Damit fordert sie die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Übertragungen zu ergreifen und so die Sport- und Kreativwirtschaft in der EU zu unterstützen.

## Digitalisierung in Verkehr und Mobilität

Ebenso, wie Regeln für digitale Geschäftstätigkeiten das Wirtschaftswachstum fördern, stellt der digitale Verkehr ein nachhaltiges, effizientes und weitreichendes Wachstum sicher. Die EU hat daher neue Vorschriften

→ Arbeiten an der Strecke Wörth–Germersheim–Speyer in Deutschland im Rahmen des Sofortprogramms zur Unterstützung der Digitalisierung des Schienennetzes, 21. Juli 2023.

erlassen, um intelligente Verkehrssysteme zu fördern. Diese Überarbeitung der geltenden Richtlinie bringt eine Optimierung der multimodalen Reiseplanung, bewirkt eine Straffung des Verkehrsmanagements und fördert ein umweltfreundliches Reisen. Ferner wurde im November ein Vorschlag für einen einheitlichen europäischen Mobilitätsdatenraum angenommen, um die gemeinsame Nutzung und Bündelung von Daten zu vereinfachen.

Die EU hat auch daran gearbeitet, die Straßen sicherer zu machen. Ein großer Schritt auf diesem Weg war im Jahr 2023 der Vorschlag zur Modernisierung der Führerscheinvorschriften. Der Vorschlag sieht die Einführung eines digitalen Führerscheins vor, der in der gesamten EU gültig ist. Er wird auch die grenzüberschreitende Durchsetzung der Verkehrsregeln erleichtern. Diese Änderungen sind wichtig für die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und die Verwirklichung des EU-Ziels „Vision Null“: null Verkehrstote bis 2050.

Die rasche Expansion des kommerziellen Drohnenmarkts in der EU hat eine Welle neuer Vorschriften für die Sicherheit und Funktionsfähigkeit von Drohnen ausgelöst. 2023 traten neue EU-Vorschriften in Kraft, mit denen ein spezieller Luftraum für Drohnen geschaffen wurde, der als U-Space bezeichnet wird, um den Drohnenverkehr sicher zu machen und es den Betreibern zu ermöglichen, ein breiteres Dienstespektrum anzubieten. Von Paketlieferungen über Hilfe in Notfällen und von Such- und Rettungseinsätzen bis hin zur Überwachung von Infrastruktur – die Vision der europäischen Drohnenstrategie 2.0 wird nach und nach zum Tragen kommen.



## Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger

### Cybersicherheit und Resilienz

Die neuen Vorschriften zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Cybersicherheitsniveaus in allen Mitgliedstaaten traten mit der sogenannten NIS-2-Richtlinie im Januar 2023 in Kraft. Im Vergleich zu den früheren Cybersicherheitsvorschriften von 2016 erfassen die neuen Vorschriften noch mehrere weitere Sektoren wie Telekommunikationsanbieter, Postdienste, öffentliche Verwaltungen und das Gesundheitswesen. Unternehmen, die in diesen Sektoren tätig sind, unterliegen nun strengeren Pflichten in Bezug auf das Risikomanagement und die Meldung von Vorfällen.

Am 30. November einigten sich das Parlament und der Rat auf das Cyberresilienzgesetz, mit dem die Vorschriften für sicherere Hardware- und Softwareprodukte verbessert und erweitert werden sollen. Dabei handelt es sich um die erste Rechtsvorschrift dieser Art weltweit. Sie werden das Cybersicherheitsniveau für alle digitalen Produkte in der EU erhöhen und so den Verbrauchern und Unternehmen nützen. Das Gesetz wird für alle Arten von Produkten gelten, von Babymonitoren bis hin zu Routern, wobei die Sicherheitsvorschriften je nach Risikograd des Produkts abgestuft sind.

Im April schlug die Kommission auch das EU-Cybersolidaritätsgesetz vor, um die Länder beim gemeinsamen Vorgehen gegen Online-Bedrohungen zu unterstützen.



→ Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz (2. von links), nimmt an der Konferenz „5. Jahrestag der DSGVO: Noch ein Maßstab in der digitalen Landschaft der EU?“ in Brüssel (Belgien) teil, 23. Mai 2023.

### Datenschutz

In der heutigen vernetzten Welt fließen die Daten weltweit auf Knopfdruck. Der Datenschutz stärkt das Vertrauen der Menschen. Das bedeutet, dass für alle, die mit personenbezogenen Daten umgehen, dieselben Regeln gelten sollten. Dies wird durch den Kommissionsvorschlag vom Juli für eine neue Verordnung mit Verfahrensvorschriften zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) unterstrichen. Die vorgeschlagene Verordnung soll die Durchsetzung der DSGVO in all jenen Fällen verbessern, in denen sich Personen in mehr als einem Mitgliedstaat aufhalten. Die Absicht dahinter ist klar: eine schnellere Lösung von Problemen, d. h. schnellere Rechtsbehelfe für die Menschen und mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen.

Dank weltweit steigender Datenschutzstandards floriert die internationale Zusammenarbeit. Sichtbare Ergebnisse sind beispielsweise die Herausgabe des EU-ASEAN-Leitfadens für Datentransferklauseln im Mai, der von der Kommission im Juli gebilligte Datenschutzrahmen EU-USA und die erfolgreiche Überarbeitung des Datenverkehrsabkommens mit Japan.



← VIDEO Cybersicherheit in der EU: Die EU bemüht sich verstärkt um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen und der Infrastruktur vor Cyberangriffen und finanziert Forschungsvorhaben, um ihre Cybersicherheit zu verbessern.



## Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte

Um die Grundrechte besser zu schützen und unlautere Praktiken im digitalen Raum einzudämmen, werden in der EU seit 2023 zwei neue Rechtsvorschriften angewandt: das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte.

Das Gesetz über digitale Dienste stellt sicher, dass Online-Plattformen und Suchmaschinen für schädliche Inhalte zur Rechenschaft gezogen werden. Es soll Kinder im Internet schützen und Klarheit darüber schaffen, wie Algorithmen funktionieren. Außerdem verbietet es gezielte Werbung auf der Grundlage von Kategorien wie ethnischer Zugehörigkeit, politischer Ansichten und sexueller Orientierung.

Bis zum 17. Februar mussten diese Plattformen ihre Nutzerzahlen in der EU melden. Die größten unter ihnen – nämlich die sogenannten sehr großen Online-Plattformen und -Suchmaschinen – hatten bis Ende August Zeit, um ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz nachzukommen. Seitdem erhebt die EU Informationen von den großen Plattformen, um zu prüfen, ob sie bestimmte Teile des Gesetzes über digitale Dienste einhalten, insbesondere in Bezug auf den Schutz von Kindern und die Entfernung schädlicher Inhalte. Um die Anwendung des Gesetzes über digitale Dienste zu unterstützen, wurde das Europäische Zentrum für die Transparenz der Algorithmen eingerichtet, das die Algorithmen dieser Unternehmen überwachen soll.

Auch die Mitgliedstaaten werden dazu angehalten, zügig gegen terroristische Inhalte und Hetze im Internet vorzugehen, um die Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu beschleunigen. Außerdem hat die Kommission Verwaltungsvereinbarungen mit mehreren nationalen Medienregulierungsbehörden unterzeichnet, die nun bei der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste wegweisend sind. Ihre Rolle bei der Überwachung des Medienbetriebs und der Einhaltung der Rundfunkstandards geht über eine bloße Beaufsichtigung hinaus. Sie sorgen dafür, dass digitale Plattformen nicht nur passive Hosting-Dienstleister sind, sondern aktiv an der Moderation und dem Management von Online-Inhalten mitwirken, die illegal sind oder ein systematisches gesellschaftliches Risiko darstellen.

Das mit dem Gesetz über digitale Dienste verbundene Gesetz über digitale Märkte enthält klare Verpflichtungen, damit die marktbeherrschenden Unternehmen im digitalen Sektor, die sogenannten „Torwächter“ („Gatekeeper“), faire Wettbewerbsbedingungen im digitalen Markt wahren. Anfang September wurden sechs Torwächter benannt, die nun bis März 2024 sämtliche Vorschriften vollständig einhalten müssen.

Die Unterzeichner des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation von 2022, zu denen alle großen Online-Plattformen gehören, haben zudem das neue Transparenz-Zentrum eröffnet und ihre ersten Grundlagenberichte darüber vorgelegt, wie sie den Verpflichtungen des Verhaltenskodex in der Praxis nachkommen.



←

VIDEO Dank dem Gesetz über digitale Dienste muss personalisierte Werbung transparenter werden und wird eingeschränkt. Beispielsweise wird Werbung verboten, wenn sie auf sensiblen Daten (wie Sexualität, Religion oder ethnischer Herkunft) beruht oder auf Kinder abzielt.

→

Eine Teilnehmende des Europäischen Bürgerforums zum Thema „Virtuelle Welten“ setzt eine lebensrettende Technik unter Verwendung eines Virtual-Reality-Tools ein, Brüssel (Belgien), April 2023.



## Virtuelle Welten

Einer Untersuchung der EU zufolge sind 98 % der Fachkräfte der Ansicht, dass die erweiterte Realität in den nächsten fünf Jahren eine wichtige Rolle in ihrem Wirtschaftszweig spielen wird. Angesichts dessen ist die EU sehr daran interessiert, sowohl die Vorteile als auch die Risiken solcher Technologien besser zu verstehen und dabei stets die Rechte des Einzelnen im Auge zu behalten. Um hierzu echte Rückmeldungen zu

erhalten, veranstaltete die Kommission von Februar bis April 2023 ein Europäisches Bürgerforum, in dem Beiträge zu virtuellen Welten in der EU gesammelt wurden (siehe Kapitel 9).

Dieses kollektive Feedback floss dann in die neue Strategie für das Web 4.0 und virtuelle Welten ein, die im Juli angenommen wurde und darauf abzielt, eine digitale Landschaft in der EU zu schaffen, die transparent ist, sicher ist und allen offensteht – ob Menschen, Unternehmen oder Behörden.

## Welche Möglichkeiten eröffnen virtuelle Welten?



### Gesundheit

Studierende und Fachkräfte können den Umgang mit Notfallsituationen üben und chirurgische Eingriffe simulieren, was das Risiko von Komplikationen bei Eingriffen verringert und präzisere Diagnosen ermöglicht.



### Ökologischer Wandel

Mit 3D-Modellen können die Auswirkungen der Erderwärmung simuliert werden und so mehr Erkenntnisse über deren Ursachen und mögliche Eindämmungsmaßnahmen gewonnen werden.

Kürzere Rüstzeiten und weniger Verschwendung von Energie, Materialien und Ressourcen werden zum ökologischen Wandel in der gesamten Industrie beitragen.



### Industrie

Bis 2025 werden die Lieferzeiten für Fahrzeuge durch virtuelle Welten in der Industrie um 60 % verkürzt und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Fahrzeugherstellung um 50 % verringert werden.



### Kunst und Design

Von Mode bis hin zu kulturellem Erbe, von Musik über bildende Künste bis hin zu Design werden virtuelle Welten neue kreative Wege eröffnen. Sie werden den Nutzerinnen und Nutzern das Gefühl vermitteln, wirklich in einem Museum, bei einem Konzert, im Theater oder bei einer immersiven Ballettaufführung zu sein.



### Bildung

Ein stärker erfahrungsorientierter Lernprozess kann Schülerinnen und Schülern helfen, schneller zu lernen und die Welt besser zu verstehen.

## Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Wenn EU-Bürger innerhalb der EU umziehen, nehmen sie ihre Sozialversicherungsrechte mit – auch in Bezug auf Gesundheitsversorgung und Rente. Am 6. September schlug die Kommission einen Digitalplan vor, damit diese Vorteile auch grenzüberschreitend leichter und schneller in Anspruch genommen werden können. Ein besserer Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und gestraffte Verfahren für die Abwicklung von Leistungsansprüchen werden

nicht nur den Menschen, die im Ausland wohnen, arbeiten und reisen, das Leben erleichtern, sondern bieten auch Vorteile für Unternehmen, die in anderen Mitgliedstaaten geschäftlich tätig sind, und für nationale Verwaltungen, die Fragen der sozialen Sicherheit grenzüberschreitend koordinieren.

Dank der EUid-Brieftasche könnte bald jeder Einwohner der EU eine sichere Mobil-App haben, die es ihm ermöglicht, seine Identität sowohl online als auch offline nachzuweisen und persönliche Dokumente wie Führerschein, Personalausweis und Bildungsabschlüsse zu speichern.

## Zentrale Initiativen für mehr soziale Sicherheit durch digitalen Wandel

### Schnellere Einführung des EESSI

Ziel ist es, dass in allen teilnehmenden europäischen Ländern das System für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI) bis Ende 2024 betriebsbereit ist, sodass der Austausch zwischen den nationalen Sozialversicherungsträgern nicht länger papiergestützt, sondern digital erfolgt.

### Umfassende Beteiligung an Pilotaktivitäten zum europäischen Sozialversicherungsausweis

Mit dem europäischen Sozialversicherungsausweis (Esspass) soll es leichter werden, diesen Nachweis grenzübergreifend auszustellen und Sozialversicherungsdokumente der Bürgerinnen und Bürger grenzübergreifend zu überprüfen.



### Online-Verfahren zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Ziel ist es, das Leben und Arbeiten im Ausland weiter zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass die Menschen rasch Zugang zu gesetzlichen Leistungen erhalten. Die Mitgliedstaaten können sich auf die Verordnung über das einheitliche digitale Zugangstor stützen, die eine Online-Verfügbarkeit bestimmter Verwaltungsverfahren bis 12. Dezember 2023 vorsieht.

### Einführung der EUid-Brieftasche

Die EUid-Brieftasche ist ein digitales Instrument für EU-Bürgerinnen und -Bürger, durch das sie künftig ihre Identität online nachweisen und Zugang zu Dienstleistungen in allen Mitgliedstaaten erhalten können.

Im November erzielten das Parlament und der Rat eine politische Einigung über die Kernelemente des Rechtsrahmens für die europäische digitale Identität. Als Teil dieses Rahmens wird die Brieftasche den Nutzern die volle Kontrolle über ihre Daten geben, und zwar über ein staatlich garantiertes System und nicht über ein System, das von einer der großen privaten Plattformen angeboten wird.

Überdies hat die EU ihre Vorschriften über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Rechtsfragen aktualisiert. Die vorherigen Vorschriften regelten zwar die justizielle Zusammenarbeit, nicht aber die Kommunikation auf digitalem Wege. Jetzt müssen sich die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten an ein dezentrales IT-System anschließen, um einen sicheren Datenaustausch zu ermöglichen. Dieses System wird mit e-CODEX interoperabel sein, dem speziell für den Justizsektor entwickelten Kommunikationssystem, das von der Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verwaltet wird.

Darüber hinaus gibt es nun einen europäischen elektronischen Zugangspunkt, über den Menschen und Unternehmen auf digitalem Wege mit den nationalen Justizbehörden interagieren können.

In Gerichtsverhandlungen sind nun Videoanrufe möglich, und es gibt neue Regeln für die Verwendung elektronischer Signaturen und Siegel, für die Rechtswirkung elektronischer Dokumente und die elektronische Bezahlung von Gerichtsgebühren in Zivilverfahren.

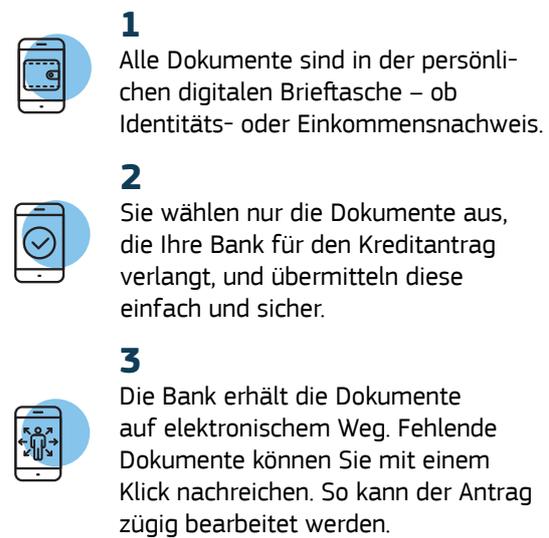
Auch die Zukunft der Gesundheitsversorgung wird digital sein, und der 2022 vorgeschlagene europäische Gesundheitsdatenraum könnte bei diesem Wandel bald eine wichtige Rolle spielen. Im Dezember legten das Parlament und der Rat ihre Standpunkte in Bezug auf die Schaffung dieses Raums fest, der den Bürgerinnen und Bürgern der EU den Zugang zu ihren Gesundheitsdaten und die Kontrolle darüber erleichtern soll, auch wenn sie sich in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten. Angehörige der Gesundheitsberufe werden so in der Lage sein, eine wirksame Versorgung auf der Grundlage einer vollständigen Krankengeschichte zu gewährleisten. Darüber hinaus wird der Gesundheitsdatenraum als eine Schlüsselkomponente angesehen, wenn es darum geht, die sichere Nutzung von Gesundheitsdaten für wichtige Forschungsarbeiten und die Entwicklung gesundheitspolitischer Maßnahmen zu ermöglichen.

## Europäische Digitale Identität: Beantragung eines Bankkredits

### Ohne Europäische Digitale Identität



### Mit Europäischer Digitaler Identität

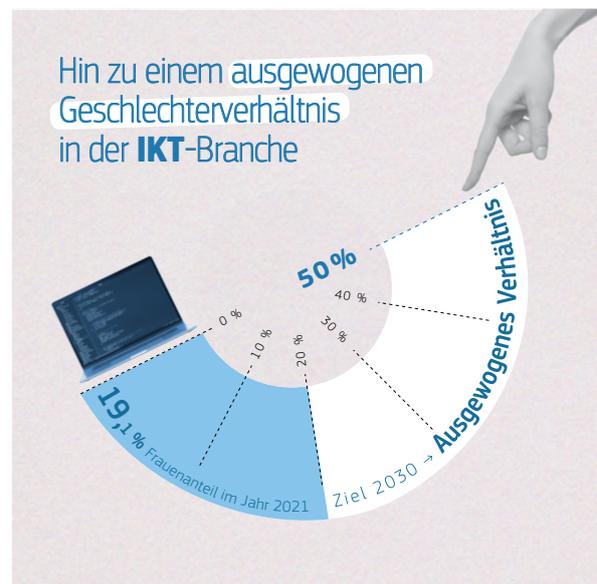


Die Europäische Digitale Identität vereinfacht und verkürzt den Prozess.

## Digitale Kompetenzen

Digitale Kompetenzen sind wichtig, damit die Menschen im Arbeitsmarkt bestehen und an der Gesellschaft insgesamt teilhaben können und damit die soziale Inklusion verwirklicht werden kann. Im Jahr 2023, dem Europäischen Jahr der Kompetenzen, unterstützte die EU weiterhin ihre Mitgliedstaaten und den Sektor der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Bereitstellung hochwertiger, inklusiver und barrierefrei zugänglicher digitaler Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um die digitalen Kompetenzen der in der EU lebenden Menschen weiter zu verbessern. Im Laufe des Jahres ergriff die EU zahlreiche Initiativen, um die bestehenden Qualifikationslücken zu schließen.

Geleitet von dem Ziel der digitalen Dekade, bis 2030 20 Millionen IKT-Fachkräfte in einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis zu haben, wurden im Rahmen des Programms Digitales Europa neue Masterprogramme und kürzere Ausbildungslehrgänge zum Erwerb fortgeschrittener digitaler Kompetenzen aufgebaut. Diese Angebote sind seit 2023 über die Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze zugänglich, die mit 22 nationalen Koalitionen für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze noch weiter gewachsen ist.



## Ausgangslage



In Zukunft werden für **90 %** der Arbeitsplätze digitale Kompetenzen benötigt.



Mehr als **ein Drittel** der Arbeitskräfte in der EU verfügt nicht über die digitalen Kompetenzen, die für die meisten Arbeitsplätze in allen Sektoren – von Unternehmen über Verkehr bis hin zur Landwirtschaft – benötigt werden.



Nur **54 %** der Menschen in der EU zwischen 16 und 74 Jahren können grundlegende digitale Aufgaben bewältigen.



Mehr als **70 %** der Unternehmen geben an, dass es ihnen an Personal mit geeigneten digitalen Kompetenzen fehlt und dadurch Investitionen behindert werden.



In der EU besteht ein kritischer Mangel an digitalen Qualifikationen, auch in den Bereichen Cybersicherheit und Datenanalyse. Dieser Mangel dürfte sich mit dem prognostizierten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 265 Millionen im Jahr 2022 auf **258 Millionen** im Jahr 2030 noch weiter verstärken.



Es gibt **9,4 Millionen** Spezialisten für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) (4,6 % aller Beschäftigten in der EU). Unter den derzeitigen Bedingungen wird die Zahl der IKT-Fachkräfte in der EU 2030 bei knapp zwölf Millionen liegen und damit um rund acht Millionen hinter dem für 2030 angestrebten Ziel (mindestens 20 Millionen beschäftigte IKT-Fachkräfte) zurückbleiben.

## Wie reagiert die EU darauf?

**Sie leistet finanzielle Unterstützung für die Entwicklung digitaler Kompetenzen:**

**2 Mrd. EUR**  
Programme im Rahmen  
des Europäischen  
Sozialfonds Plus

**29 Mrd.  
EUR (\*)**  
Aufbau- und  
Resilienzpläne  
(\*) Geschätzte Ausgaben  
für die ursprünglichen Aufbau-  
und Resilienzpläne.

**580 Mio. EUR**  
„Digitales Europa“

## EU-Initiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen

### 1. Initiative „Talente im Bereich technologieintensive Innovation“ (im Rahmen der neuen europäischen Innovationsagenda)

Im ersten Jahr der Initiative konnte das Europäische Innovations- und Technologieinstitut erhebliche Fortschritte im Hinblick auf das Ziel verzeichnen, bis 2025 eine Million Menschen im Bereich der technologieintensiven Innovation zu qualifizieren.



Das Institut veröffentlichte eine spezifische Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und arbeitete mit anderen Initiativen, wie der „Girls Go Circular“-Initiative, zusammen.



Der erste Preis für die Ausbildung von Talenten im Bereich technologieintensive Innovation wurde ausgelobt, um Einrichtungen auszuzeichnen, die bei der Bewältigung von Herausforderungen im Bereich der technologieintensiven Ausbildung Außergewöhnliches leisten.



Mehrere Universitäten und Unternehmen sagten zu, mehr als 650 000 Menschen auszubilden.



Im Januar 2023 rief das Institut seine neue Online-Plattform – EIT-Campus – ins Leben, über die mehr als 2 500 Kurse in Unternehmertum und Kompetenzentwicklung zur Verfügung stehen.

Abbildungen: © Getty Images.

### 2. Europäisches Zertifikat für digitale Kompetenzen

#### September 2022

Durchführung einer Machbarkeitsstudie, um Einblicke in die bestehenden Zertifizierungssysteme für digitale Kompetenzen zu gewinnen.

----->

#### April 2023

Start eines Pilotprojekts mit fünf EU-Mitgliedstaaten (Spanien, Frankreich, Österreich, Rumänien und Finnland), um verschiedene Bausteine eines europäischen Zertifikats zu testen.

----->

#### Dezember 2023

Abschlussveranstaltung mit Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Studie und des Pilotprojekts.

### 3. Europäische Preise für digitale Kompetenzen

Durch die Europäischen Preise für digitale Kompetenzen wird der Austausch von Erfahrungen darüber gefördert, wie die Lücke bei digitalen Kompetenzen geschlossen werden kann.

2023 wurden Initiativen in fünf Kategorien gefördert: Jugend, Frauen, Inklusion, digitale Weiterbildung am Arbeitsplatz und digitale Kompetenzen für die Bildung.

Aus 330 Bewerbern wurden sieben Gewinner ausgewählt.

### 4. Akademie für Cyberkompetenzen

In den letzten Jahren haben Cyberbedrohungen in der EU dramatisch zugenommen. Die Akademie wird die Kapazitäten der EU im Bereich der Cybersicherheit stärken und die Zahl der entsprechend qualifizierten Fachkräfte erhöhen.

## Weltraum

Weltraumtechnik spielt im Lebensalltag der Menschen in der EU eine wichtige Rolle, z. B. wenn sie ihre Mobiltelefone oder Kfz-Navigationssysteme benutzen, Satellitenfernsehen schauen oder an einem Geldautomaten Geld abheben. Satelliten liefern auch wichtige Daten im Katastrophenfall und verbessern die Koordinierung der Notfallmaßnahmen.

Im Jahr 2023 wurden neue Dienste eingeführt, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Satellitenkonstellationen Copernicus und Galileo zu stärken. So bietet das aufgerüstete Satellitensystem Galileo nun eine noch höhere Ortungsgenauigkeit (bis zu 20 cm).



Um den gegenwärtigen Datenbedarf zu decken und die Innovation zu fördern, hat die Kommission mit dem dynamischen Beschaffungssystem für Copernicus eine neue Beschaffungspolitik für den Weltraumsektor eingeführt. Dadurch können sich kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups leichter am Markt für Weltraumdaten beteiligen.

←  
VIDEO Copernicus Data Space Ecosystem, eine neue öffentliche Verbreitungsplattform für Erdbeobachtungsdaten und infrastruktur.



Im März beschloss die EU den Aufbau von IRIS<sup>2</sup> (Infrastruktur für Resilienz, Interkonnektivität und Sicherheit durch Satelliten), ihrer dritten großen Satellitenkonstellation. Mit einem Beitrag von 2,4 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt soll das Programm eine sichere staatliche Kommunikation gewährleisten, Militär- und Verteidigungsmaßnahmen unterstützen und kommerzielle Breitbanddienste, insbesondere in abgelegenen Gebieten, ausbauen helfen.

Ebenso wichtig sind Investitionen in die Forschung und Innovation, insbesondere im Rahmen von EU-Finanzierungsprogrammen wie Horizont Europa, damit sich Europa bei der Weltraumtechnik an vorderster Front behaupten kann. Dieses Bestreben wird auch durch das In-Orbit-Demonstrations-

und -Validierungsprogramm verdeutlicht. Wie der Name besagt, ermöglicht es Raumfahrtunternehmen, neue Weltraumtechnik direkt in der Erdumlaufbahn zu erproben. Dies verschafft beispielsweise europäischen Forschungszentren wertvolle Einblicke und trägt dazu bei, Satellitenstarts für Unternehmen voranzubringen.

Angesichts der Notwendigkeit, mehr Investitionen anzuziehen, hat die Kommission außerdem Anfang 2023 mit Helios die allererste Weltraum-Aktienbörse ins Leben gerufen. Die Börse vermittelt ein klares Bild von der finanziellen Leistungsfähigkeit europäischer Weltraumunternehmen. Dies verschafft ihnen mehr Aufmerksamkeit und erleichtert es den Menschen, in sie zu investieren.

Mit der Erweiterung der europäischen Weltrauminfrastruktur werden auch Schutzmaßnahmen immer wichtiger. Dafür setzt sich die Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm in Zusammenarbeit mit 15 Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Partnerschaft zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum ein. Diese Partnerschaft verfügt über ein komplexes System von Sensoren zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum. Sie arbeitet für mehr als 190 registrierte Organisationen und schützt über 400 Satelliten vor der Gefahr einer Kollision mit Weltraummüll und mit anderen noch in Betrieb befindlichen Satelliten.

Weltraumtechnik hat eine große Bedeutung für den Umweltschutz, und das EU-Projekt „Destination Earth“ ist ein hervorragendes Beispiel für diese Schnittstelle. Sein Ziel ist die Schaffung eines umfassenden digitalen Modells der Erde, um

bessere Wetter- und Katastrophenvorhersagen zu ermöglichen. In der zweiten Phase des Projekts, die im Dezember bestätigt wurde, sollen die bestehenden digitalen Modelle erweitert, die Datenverwendung verbessert und fortgeschrittene KI-Technologien einbezogen werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt der europäischen Weltraumpolitik war im Jahr 2023 die Sicherheit im Weltraum. In dieser Hinsicht legten die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell eine Gemeinsame Mitteilung über eine europäische Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung vor. Sie enthält Maßnahmen für ein gemeinsames Verständnis der Bedrohungen im Weltraum und ebnet den Weg für einen Legislativvorschlag für ein EU-Weltraumgesetz im Jahr 2024 (siehe Kapitel 8).

## Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum Zahlen und Fakten 2023

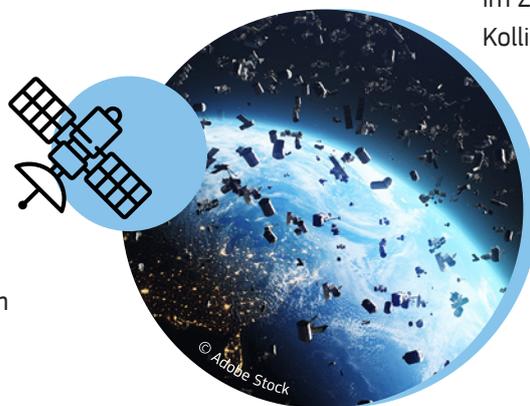
Bis Ende 2023 wurden über 15 600 Beinahe-Zusammenstöße in drei verschiedenen Umlaufbahnen festgestellt.

**434**

überwachte Satelliten

**196**

registrierte Organisationen  
aus 24 Mitgliedstaaten



**1 000**

Ereignisse von hohem Interesse  
im Zusammenhang mit der  
Kollisionsvermeidung

**127**

Ereignisse im Zusammenhang  
mit der Wiedereintrittsanalyse

**6**

Ereignisse im Zusammenhang  
mit der Fragmentierungsanalyse

**± 445 000**

Messungen pro Tag



# 6. Verwirklichung eines fairen und sozialen Europas



Beschäftigte des Verkehrssektors demonstrieren auf der COP 28 für einen gerechten Übergang in der Straßenverkehrsindustrie, Dubai (Vereinigte Arabische Emirate), 9. Dezember 2023.

## Einleitung

Im Jahr 2023 hat die EU ihre Bemühungen weiter intensiviert, die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie sowie den ökologischen und den digitalen Wandel sozial gerecht und fair zu gestalten. Von den Hunderten von Veranstaltungen und Aktivitäten, die im Laufe des Europäischen Jahres der Kompetenzen stattfanden, gingen starke Impulse für eine umfassendere Beteiligung am lebenslangen Lernen, die Entwicklung von

Kompetenzen und die Anwerbung von Talenten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU aus. Die EU hat auch ihre wegweisenden Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter verstärkt, unter anderem durch die Annahme von Maßnahmen zur Gewährleistung des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit und durch den Beitritt zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

## Eine faire Wirtschaft für den grünen und den digitalen Wandel

Mit ihren zentralen Grundsätzen von Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, fairen Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und sozialer Inklusion dient die europäische Säule sozialer Rechte der EU als Wegweiser, um Europas Gesellschaften gerechter und widerstandsfähiger zu machen. Ziel ist, dass alle Menschen gleiche Chancen im Leben haben und die gleichen sozialen Rechte genießen können. Dies umfasst hochwertige allgemeine und berufliche Bildung während des gesamten Lebens, gerechte Löhne und Leistungen, ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld, Kinderbetreuung, Ruhegehälter sowie bezahlbare und hochwertige Gesundheitsversorgung.

2023 war der Aktionsplan zur Umsetzung der Säule bereits im dritten Jahr in Kraft. Fast alle seiner 75 Maßnahmen sind inzwischen umgesetzt oder vorgestellt worden. 2025 ist eine Überprüfung des Aktionsplans vorgesehen.

Der 2023 vorgelegte gemeinsame Beschäftigungsbericht war der erste mit aktuellen Informationen über die Fortschritte bei der Verwirklichung der für 2030 festgelegten Ziele der EU und der Mitgliedstaaten in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialschutz. Die EU ist bei ihrem Kernziel von einer 78%igen Beschäftigungsquote bis 2030 auf einem guten Weg, jedoch sind noch erhebliche Fortschritte erforderlich, um die Ziele in den Bereichen Erwachsenenbildung und Armutsbekämpfung zu erreichen.

Bis 2030 sollen  
mindestens  
**78 %**  
der 20- bis  
64-Jährigen  
erwerbstätig sein

Bis 2030 sollen  
mindestens  
**60 %**  
aller Erwachsenen  
jedes Jahr an  
einer Fortbildung  
teilnehmen

Bis 2030  
soll die Anzahl  
der von Armut oder  
sozialer Ausgrenzung  
bedrohten Menschen  
um mindestens  
**15 Millionen**  
sinken

## Stärkung des sozialen Dialogs und der Sozialwirtschaft

Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Rahmen des sozialen Dialogs tragen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bei und spielen auch eine wichtige Rolle bei der Anpassung an sich verändernde wirtschaftliche und soziale Bedingungen. Allerdings sind die Sozialpartner in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten in sehr unterschiedlichem Maße eingebunden, und neuere Beschäftigungsformen sowie bestimmte Gruppen, etwa junge Menschen, können sich seltener auf eine Vertretung stützen.

Um den Mitgliedstaaten beim Ausbau des sozialen Dialogs zu helfen, hat die EU eine Empfehlung mit konkreten Maßnahmen für eine stärkere Einbeziehung der Sozialpartner angenommen; zu den Maßnahmen zählen beispielsweise die Förderung von Tarifverhandlungen sowie die Anhörung der Sozialpartner bei der Gestaltung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Sozialpartner wurden auch zur Stärkung der Rechte der Europäischen Betriebsräte konsultiert. Diese sind ein wichtiges Instrument für die Einbeziehung der Arbeitskräfte in Entscheidungen, die von in mehreren Mitgliedstaaten tätigen Unternehmen getroffen werden und sich auf die Beschäftigungs- oder Arbeitsbedingungen auswirken können.

## Die Sozialwirtschaft in Zahlen

In der Sozialwirtschaft werden der Mensch sowie soziale und ökologische Anliegen über Profite gestellt. Sozialwirtschaftliche Organisationen sind in zahlreichen Sektoren tätig, von Sozial- und Pflegedienstleistungen bis hin zu Wohnraum, Erholung und erschwinglicher Energie. Dazu gehören Genossenschaften, Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, gemeinnützige Vereine, Stiftungen und Sozialunternehmen.



Sozialwirtschaftliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und fördern faire Arbeitsbedingungen, indem sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Entscheidungsfindung und Leitung einbeziehen. Sie schaffen zudem Chancen für unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen und junge Menschen und tragen dazu bei, den ökologischen und den digitalen Wandel fair und inklusiv zu gestalten. Um die Weiterentwicklung dieses wichtigen Sektors zu unterstützen, hat die EU im November Maßnahmen zur Schaffung eines Umfelds gebilligt, in dem sozialwirtschaftliche Organisationen gedeihen und wachsen können. Eine neue zentrale Anlaufstelle für

die Sozialwirtschaft bietet Informationen über EU-Finanzierungen, Schulungsmöglichkeiten und aktuelle Entwicklungen in den Mitgliedstaaten.

Gegenwärtig sehen sich gemeinnützige Vereine, die in mehreren Mitgliedstaaten tätig sind, mit unterschiedlichen Vorschriften konfrontiert, was zu Verwaltungsaufwand und Kosten führt. Um diese Hindernisse zu beseitigen, hat die Europäische Kommission eine neue nationale Rechtsform eines Vereins ohne Erwerbszweck vorgeschlagen, die speziell für grenzüberschreitende Tätigkeiten konzipiert ist und die die Inanspruchnahme der Binnenmarktfreiheiten ermöglicht.



© Adobe Stock

Der Fonds für einen gerechten Übergang und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. Darüber hinaus wird der neu geschaffene Klima-Sozialfonds finanziell schwächere Haushalte, Kleinunternehmen sowie Nutzerinnen und Nutzer von Verkehrsmitteln in der EU unterstützen, die möglicherweise von Energie- und Mobilitätsarmut betroffen sind. Von den Fondsmitteln in Höhe von insgesamt 86,7 Mrd. EUR werden rund 65 Mrd. EUR aus Einnahmen aus dem neuen EU-Emissionshandelssystem stammen, das den Gebäude- und Verkehrssektor abdeckt. Der Fonds wird für den Zeitraum von 2026 bis 2032 aufgelegt. (Siehe auch Kapitel 4.)



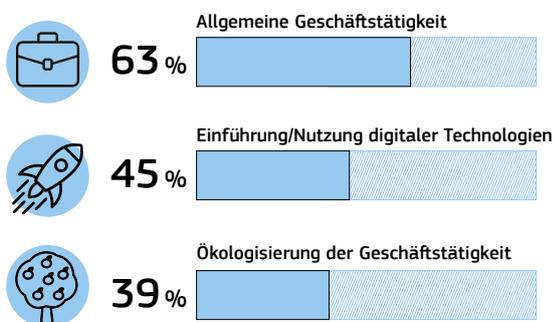
## Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Kompetenzen

Während der ökologische und der digitale Wandel neue Chancen für die Menschen und die europäische Wirtschaft eröffnen, berichten viele EU-Unternehmen über Schwierigkeiten, einschlägig qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Um auf die notwendige Umschulung und Weiterbildung der europäischen Arbeitskräfte hinzuwirken und Menschen mit den richtigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt in der

EU zu gewinnen, wurde 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen ausgerufen.

Die Dringlichkeit einer solchen Initiative wurde durch die Ergebnisse einer im Frühjahr unter kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführten Umfrage hervorgehoben, die nahelegte, dass die Fähigkeit der EU zur Erreichung ihrer Ziele eingeschränkt sein könnte.

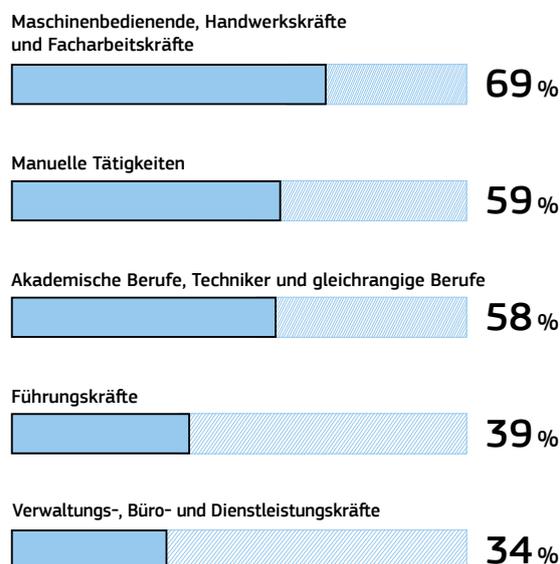
### Hierbei beeinträchtigt der Fachkräftemangel KMU:



Initiativen wie der Kompetenzpakt befassen sich bereits mit Herausforderungen und Engpässen bei der Kompetenzentwicklung und leisten hier – ganz im Sinne des Jahres der Kompetenzen – einen wichtigen Beitrag. Bislang haben mehr als 2 Millionen Menschen von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen profitiert, und mehr als 1 500 Organisationen haben sich der Charta des Kompetenzpakts angeschlossen, darunter 20 groß angelegte Partnerschaften. Die Mitglieder des Pakts haben außerdem mehr als 15 000 Schulungsprogramme entwickelt oder aktualisiert

### Fachkräftemangel nach Berufsgruppen

#### Prozentsatz der KMU mit Fachkräftemangel im Bereich:



und knapp 160 Mio. EUR in Kompetenzinitiativen investiert.

Nach dem Vorbild der 2022 ins Leben gerufenen Europäischen Batterieakademie schlägt die Kommission die Einrichtung von Akademien für eine klimaneutrale Industrie vor, um die Arbeitskräfte mit den für den ökologischen Wandel erforderlichen Kompetenzen auszustatten. Die Akademien, die sich jeweils auf eine klimaneutrale Technik konzentrieren, werden Industrie, Sozialpartner und Anbieter von allgemeiner und beruflicher Bildung zusammenbringen.



↓  
VIDEO Das Europäische Jahr der Kompetenzen.



An der Veranstaltung „Making Skills Count“ nahmen rund 300 Personen in Brüssel und mehr als 1 000 online teil. Auf der Europäischen Woche der Berufsbildung vom 23. bis 27. Oktober wurde die Bedeutung der beruflichen Aus- und Weiterbildung als Reaktion auf wirtschaftliche, klimatische und soziale Herausforderungen hervorgehoben. Bis Ende des Jahres waren mehr als 900 Veranstaltungen auf nationaler und lokaler Ebene organisiert worden.

### Europäisches Jahr der Kompetenzen

Das Europäische Jahr der Kompetenzen soll allen die Bedeutung der beruflichen Bildung vergegenwärtigen und zum Handeln auffordern.

Die EU arbeitet mit den Mitgliedstaaten, Sozialpartnern, Arbeitsverwaltungen, Industrie- und Handelskammern, Bildungsanbietern, Arbeitskräften und Unternehmen zusammen, um die Kompetenzentwicklung voranzutreiben.



Im Rahmen der Initiative Neues Europäisches Bauhaus wurde die NEB-Akademie für Kompetenzen für ein nachhaltiges Bauen ins Leben gerufen – eine der Leitinitiativen des Europäischen Jahres der Kompetenzen. Sie wird Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bauwesen beschleunigen und den Übergang zu einer nachhaltigen Bioökonomie unterstützen. In der Bioökonomie werden erneuerbare biologische Ressourcen, etwa aus der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, für die Erzeugung von Lebensmitteln, Materialien und Energie genutzt. Die Ermittlung von Wissenslücken bei der Nutzung biobasierter Materialien und digitaler Technologien wird – neben der Verstärkung der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen – zu den vorrangigen Schwerpunktbereichen der Akademie gehören.

Als wichtigen Beitrag zum Jahr der Kompetenzen konsultierte die Kommission die Sozialpartner zu einer Initiative, die den Europäischen

Qualitätsrahmen für Praktika aktualisieren und stärken soll. Der Rahmen zielt darauf ab, die Qualität von Praktika zu verbessern – insbesondere in Bezug auf Lern-/Ausbildungsinhalte und Arbeitsbedingungen – und so den Übergang von Ausbildung, Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit in eine Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Außerdem soll den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Kompetenzen zu verbessern und Berufserfahrung zu sammeln.

Die EU-weite Plattform für Innovationstalent, die im März ins Leben gerufen wurde, wird Unternehmen, einschließlich Start-up-Unternehmen, dabei helfen, außerhalb der EU die Talente zu finden, die sie benötigen. Diese Plattform erhöht die Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte durch internationale Personalanwerbung und eine bessere Abstimmung zwischen in der EU ansässigen Arbeitgebern und qualifizierten Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern, die legal in die EU einreisen und dort arbeiten wollen.



← Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte (Vordergrund, 2. von rechts), beim Besuch des Zentrums für berufliche Fortbildung von Santarém und des Zentrums für berufliche Fortbildung in der Metallurgie und Metallmechanik, Lissabon (Portugal), 17. Februar 2023.

In den kommenden Jahren wird die Bevölkerung der EU weiter abnehmen. Wird der demografische Wandel nicht angegangen, wird sich der Arbeitskräftemangel weiter verschärfen und der Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöht, wie im [Demografiebericht 2023](#) hervorgehoben wurde. Auf eine Aufforderung des Europäischen Rates vom Juni hin legte die Kommission ein [Instrumentarium an Maßnahmen](#) vor, die die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des demografischen Wandels unterstützen sollen. Ziel ist es, alle Generationen in die Lage zu versetzen, ihre persönlichen Ziele und ihr volles Potenzial – auf dem Arbeitsmarkt wie in der Gesellschaft – zu verwirklichen.

Die Förderung von Talenten ist besonders wichtig in Regionen, in denen ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung und ein geringer Anteil von Menschen mit postsekundärer Bildung zu verzeichnen

ist, sowie in Regionen, die von der Abwanderung junger Menschen betroffen sind. Der [Mechanismus zur Talentförderung](#) wurde im Januar 2023 als Teil der EU-Strategie zur [Talententwicklung in den Regionen Europas](#) ins Leben gerufen. Mit diesem Mechanismus werden EU-Regionen, die von einem rasanten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betroffen sind, dabei unterstützt, Arbeitskräfte, Qualifikationen und Kompetenzen zu entwickeln, zu binden und/oder zu gewinnen, damit sie die Auswirkungen des demografischen Übergangs bewältigen können. Im November wurde die [Talenterschließungsplattform](#) ins Leben gerufen, auf der politische Entscheidungsträger aus den Regionen und Mitgliedstaaten mit den entsprechenden Entscheidungsträgern auf EU-Ebene zusammengebracht werden.

## Ein Instrumentarium zur Bewältigung des demografischen Wandels



### Eltern

Erleichterung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und der Umsetzung von Familienplanung.



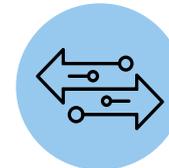
### Jugendliche

Schaffung von Möglichkeiten für junge Menschen, ihr Potenzial in einem hochwertigen Lernumfeld zu entfalten, und Erleichterung des Übergangs ins Berufsleben.



### Ältere Menschen

Förderung eines gesunden und aktiven Alterns und Befähigung der Menschen, die Kontrolle über ihr Leben zu behalten und weiterhin einen Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten.



### Migration

Anwerbung und Integration von Fachkräften aus Drittländern.

Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands und des Wohlergehens in allen Regionen durch Maßnahmen, die auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Die Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU befindet sich in vollem Gange. Über 2 000 Organisationen und Behörden auf EU-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene wirken nun gemeinsam darauf hin, die Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen zu intensivieren und die Nachhaltigkeit und Vitalität ländlicher Gebiete zu stärken. 2023 wurde die Koordinierungsgruppe für den Pakt für den ländlichen Raum eingerichtet und die Gemeinschaftsplattform des Pakts für den ländlichen Raum ins Leben gerufen, auf der Ressourcen für ländliche Gemeinschaften, die von Abwanderung, Alterung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind, bereitgestellt werden. Die EU hat zudem politische Leitlinien für die weitere Förderung von Wohlstand, Widerstandsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt in ländlichen Gebieten und Gemeinschaften vorgelegt.

Im November legte die Kommission Maßnahmen vor, die den hiesigen Arbeitsmarkt für Talente von außerhalb der EU attraktiver machen und die Mobilität innerhalb der EU erleichtern sollen. Eine

der Kerninitiativen ist der Vorschlag zur Einrichtung eines EU-Talentpools. Dabei handelt es sich um die erste EU-weite Stellenvermittlungsplattform, die darauf abzielt, die internationale Personalanwerbung für Mangelberufe auf allen Qualifikationsebenen zu erleichtern. Eine Reihe von Empfehlungen, die diese Initiative begleiten, wird die Anerkennung von außerhalb der EU erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen vereinfachen und beschleunigen. Über den EU-Talentpool erhalten Arbeitgeber und Arbeitsuchende klare und transparente Online-Informationen und Leitlinien zu Einwanderungs- und Anerkennungsverfahren, damit sie die komplexen Einstellungsrichtlinien befolgen können. Dadurch wird die internationale Personalanwerbung für alle Beteiligten einfacher, schneller und effektiver. Der EU-Talentpool wird auch zur Umsetzung von Fachkräftepartnerschaften beitragen, indem er teilnehmenden Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern ein wirksames Stellenvermittlungsinstrument bietet.

## Unterstützung der Arbeitskräfte

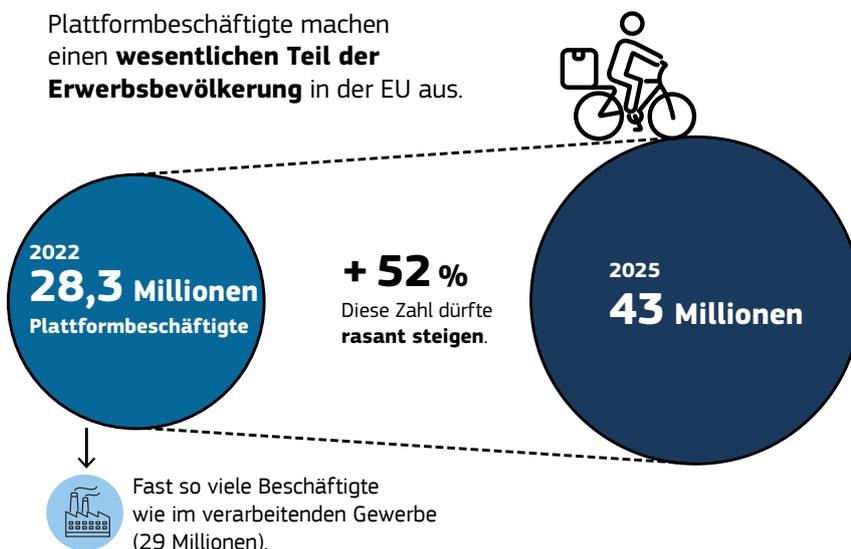
### Verbesserung der Bedingungen für Plattformbeschäftigte

Das Europäische Parlament und der Rat erzielten Fortschritte in ihren Verhandlungen über die vorgeschlagene Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Plattformarbeit. Mit dem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass den über digitale Arbeitsplattformen tätigen Personen der rechtmäßige Beschäftigungsstatus gewährt wird, der ihrer tatsächlichen Arbeit entspricht, und dass sie die Arbeitnehmerrechte und Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, die ihnen zustehen.

Mit der Richtlinie werden auch neue Vorschriften für den Einsatz automatisierter Systeme zur Überwachung und Entscheidungsfindung auf digitalen Arbeitsplattformen festgelegt. Dies führt zu mehr Transparenz und Zurechenbarkeit beim algorithmischen Management und gibt den Menschen die Möglichkeit, sich über Entscheidungen, die ihre Arbeitsbedingungen betreffen, zu informieren und diese anzufechten.

### Wie viele Plattformbeschäftigte gibt es?

Plattformbeschäftigte machen einen **wesentlichen Teil der Erwerbsbevölkerung** in der EU aus.

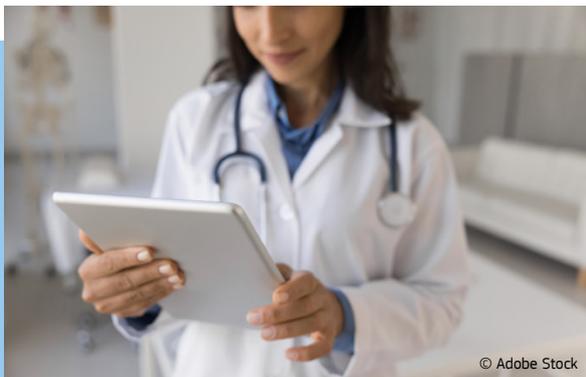


## Peer-Learning in öffentlichen Verwaltungen

Im Jahr 2023 nahmen etwa 100 Beamtinnen und Beamte aus 17 Mitgliedstaaten an einem neuen Austauschprojekt teil, um die nächste Generation politischer Entscheidungsträger in der EU vorzubereiten. Das Programm Zusammenarbeit und Austausch in der öffentlichen Verwaltung ermöglicht es den Teilnehmenden, von den Arbeitsmethoden und -kulturen anderer öffentlicher Verwaltungen in der EU zu lernen. Es wird aus dem Instrument für technische Unterstützung finanziert, dem EU-Programm, das den Mitgliedstaaten maßgeschneidertes technisches Fachwissen zur Verfügung stellt, um sie bei der Gestaltung und Durchführung von Reformen zu unterstützen.

## Digitale Kompetenzen für Angehörige der Gesundheitsberufe

Im Laufe des Jahres erhielten Estland, Spanien, Italien und Rumänien Mittel aus dem Instrument für technische Unterstützung, um Projekte mit dem Ziel durchzuführen, die digitalen Kompetenzen der Gesundheitsfachkräfte zu stärken und künftig eine kontinuierliche Weiterbildung zu gewährleisten. Im Rahmen der Projekte werden Gesundheitsbehörden auf nationaler und regionaler Ebene bei der Entwicklung von Plänen für digitale Kompetenzen und operativen Leitlinien unterstützt, um die Annahme und Verwendung elektronischer Patientenakten zu erleichtern.



## Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Im November einigten sich das Parlament und der Rat vorläufig darauf, die Expositionsgrenzwerte für Blei auf ein Fünftel des derzeitigen Grenzwerts zu senken. Blei kann die Sexualfunktion und die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und die Entwicklung eines Fötus oder der Nachkommen exponierter Frauen beeinträchtigen. Parlament und Rat befürworteten auch die erstmalige Einführung von Expositionsgrenzwerten für Diisocyanate, d. h. Chemikalien, die Atemwegserkrankungen wie Asthma verursachen können. Diese Änderungen, die auf einen Kommissionsvorschlag auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zurückgehen, werden von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Arbeitskräfte beim Übergang zur Klimaneutralität sein. Es ist davon auszugehen, dass sowohl Blei als auch Diisocyanate etwa bei der Herstellung von Batterien, in Verfahren zum Bau leichter Elektrofahrzeuge, in Windturbinen oder als Isoliermaterial bei Gebäuderenovierungen zum Einsatz kommen.

Im Hinblick auf eine deutliche Herabsenkung des Arbeitsplatzgrenzwerts für Asbest hat die EU einschlägige Rechtsvorschriften geändert. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem besseren Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Asbest, einem hochgefährlichen und krebserregenden Stoff, der in vielen Gebäuden noch vorhanden ist. Die betreffenden Maßnahmen sind Teil eines umfassenden EU-Konzepts zum besseren Schutz von Mensch und Umwelt vor Asbest sowie für eine asbestfreie Zukunft.

## Digitale Koordinierung der sozialen Sicherheit verspricht Erleichterungen für alle Akteure

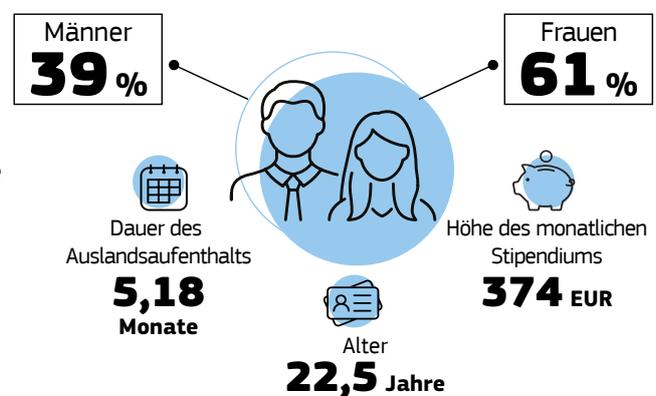
Die Kommission hat praktische Schritte zur weiteren Digitalisierung der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Europa vorgeschlagen. Durch einen umfassenden Einsatz digitaler Instrumente wird der Informationsaustausch zwischen den nationalen Trägern der sozialen Sicherheit verbessert, und die grenzüberschreitende Anerkennung und Gewährung relevanter Leistungen wird beschleunigt. Für in der EU ansässige Personen wird es so einfacher, im Ausland zu leben, zu arbeiten und zu reisen. Unternehmen können leichter in andere Mitgliedstaaten expandieren, und die Behörden können die soziale Sicherheit besser grenzüberschreitend koordinieren (siehe Kapitel 5).

## Allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen

### Erasmus+

Erasmus+, das Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, ist mit seinen bis dato fast 14 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines der Aushängeschilder der EU. Die Kommission stockte die Mittelausstattung des Programms für 2023 auf insgesamt 4,43 Mrd. EUR auf – damit war das Jahresbudget des Programms so hoch wie noch nie. Auf diese Weise konnten insbesondere die Erasmus+-Prioritäten Inklusion, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe sowie der grüne und digitale Wandel in der EU und weltweit verstärkt gefördert werden. Das überarbeitete Erasmus+-Arbeitsprogramm umfasste außerdem 100 Mio. EUR zur Unterstützung von Lernenden und Bildungspersonal, die vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine betroffen waren. Auch das Budget für die internationale Dimension von Erasmus+ wurde um 31 Mio. EUR erhöht, um im Rahmen von internationalen Kooperationsprojekten verstärkt Mobilitätsprojekte umzusetzen und den Kapazitätsaufbau im Hochschulwesen voranzubringen. Außerdem wurde 2023 die Schaffung einer offenen digitalen Bildungsumgebung unterstützt, um Studierende von ukrainischen Hochschulen sowie aus der Ukraine geflohene und innerhalb der Ukraine vertriebene Studierende zu unterstützen.

### Erasmus+-Studierende: Durchschnittsprofil im Jahr 2023



### Europäischer Bildungsraum

Der europäische Bildungsraum soll die Mitgliedstaaten beim gemeinsamen Aufbau inklusiverer, widerstandsfähigerer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützen. Das Ziel ist, den Zugang zu hochwertiger allgemeiner und beruflicher Bildung zu verbessern, Lernende in die Lage zu versetzen, problemlos zwischen den Bildungssystemen in verschiedenen Ländern zu wechseln, und zur Schaffung einer Kultur des lebenslangen Lernens beizutragen. Der Rat würdigte in seiner Halbzeitbilanz zum Aufbau des europäischen Bildungsraums die erzielten Fortschritte und unterstrich, dass die Mitgliedstaaten, die Kommission und die breitere Gemeinschaft der Interessenträger weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um den Bildungsraum bis 2025 zu verwirklichen.



Iliana Ivanova, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend (rechts), auf der Veranstaltung zur Halbzeitbewertung des europäischen Bildungsraums, Brüssel (Belgien), 10. Oktober 2023. Die hochrangige Veranstaltung befasste sich mit den Fortschritten bei der Verwirklichung des europäischen Bildungsraums und den anstehenden Herausforderungen.

Im Rahmen eines Bürgerforums zur Lernmobilität (siehe auch Kapitel 9) wurden 21 konkrete Empfehlungen ausgearbeitet, um allen Menschen in der EU bessere Möglichkeiten zum Lernen im Ausland zu bieten. Die Kommission hat diese Empfehlungen bei der Ausarbeitung ihres Vorschlags für eine Empfehlung des Rates berücksichtigt; darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Lernmobilität innerhalb der EU zu einem festen Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungsgänge zu machen.

## Digitale Bildung

Digitale Kompetenzen sind für die Teilhabe an der Gesellschaft, die Beschäftigungschancen und die soziale Inklusion von grundlegender Bedeutung. Die EU will die Art und Weise, wie Menschen online lernen, verbessern und sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger über die digitalen Kompetenzen verfügen, die sie heute und für die Zukunft benötigen.

Mit diesem Ziel vor Augen verabschiedete der Rat der EU im November zwei Empfehlungen, die den Mitgliedstaaten als Leitlinien für die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die Überwindung der digitalen Kluft dienen sollen. Die Empfehlungen sind Teil des aus 13 Aktionen bestehenden Aktionsplans für digitale Bildung 2021-2027, dessen Umsetzung parallel weiterläuft. So wurde beispielsweise im Juni eine praxisorientierte Gemeinschaft ins Leben gerufen, die die Europäische Plattform zum Austausch von Hochschulhalten und Bildungsdaten unterstützen soll, die wiederum Teil der Plattform für digitale Bildung (Digital Education Hub) ist. Zudem startete die Kommission ein Pilotprojekt, um die Entwicklung eines europäischen Zertifikats für digitale Kompetenzen zu prüfen, das die Bescheinigung digitaler Kompetenzen und ihre grenzübergreifende Anerkennung durch Arbeitgeber

und Bildungsanbieter erleichtern würde. (Weitere Informationen über digitale Kompetenzen siehe Kapitel 5.)

## Inklusivere Bildungssysteme

Das Instrument für technische Unterstützung hilft Spanien, Italien und Portugal dabei, ihre Bildungssysteme für benachteiligte Schülerinnen und Schüler inklusiver zu gestalten, und zwar im Rahmen eines länderübergreifenden Projekts zur Bekämpfung regionaler Unterschiede. In Irland und Finnland werden die Mittel des Instruments dafür eingesetzt, Fahrpläne für die Weiterbildung von Lehrkräften zu entwickeln und hochwertige, inklusive Bildung zu fördern, und in Rumänien wird die Einrichtung eines Systems finanziert, um die Zahl früher Schulabgänger zu verringern.



↑ VIDEO Young Inventors Prize: Barrierefreies Programmieren für Kinder mit Sehbehinderungen.



## Förderung des Lesens und der Literatur

Im März fand der allererste Tag der europäischen Autorinnen und Autoren statt – eine neue Initiative im Rahmen des Programms Kreatives Europa. Die mehr als 1 000 Veranstaltungen des Tages zielten darauf ab, der jüngeren Generation das Lesen von Büchern wieder näherzubringen und die Menschen für die kulturelle und sprachliche Vielfalt der europäischen Literatur zu begeistern.



## Förderung der Forschung

Um die Kommission dabei zu unterstützen, den europäischen Grünen Deal zu verwirklichen, Europa für das digitale Zeitalter zu rüsten und Europas Plan gegen den Krebs umzusetzen, wurden fünf sogenannte EU-Missionen eingerichtet. Diese auf Forschung und Innovation ausgerichteten Instrumente werden primär durch das Programm Horizont Europa finanziert. Für jede Mission wurden ehrgeizige, praxisorientierte und messbare Ziele definiert, um greifbare Ergebnisse für alle Menschen in der EU zu erhalten. Eine Fortschrittsbewertung hat gezeigt, dass die Missionen auf einem guten Weg sind, um die ehrgeizigen Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen.

Um eine spürbare, dauerhafte Wirkung zu erzielen, mobilisieren die Missionen ein breites Spektrum an öffentlichen und privaten Akteuren: EU-Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, Forschungseinrichtungen, Landwirte sowie Investoren und assoziierte Partner aus Drittländern. Zugleich werden die Bürgerinnen und Bürger direkt angesprochen, um die Akzeptanz für neue Lösungen und Ansätze zu steigern. Im Jahr 2023 begann die Vorbereitungsphase für eine sechste Mission zum Neuen Europäischen Bauhaus. Diese innovationsorientierte Initiative wird darauf ausgerichtet sein, Stadtviertel in ganz Europa zum Besseren zu verändern und sie bis 2035 zu schönen, nachhaltigen und inklusiven Orten umzugestalten.

Der im Rahmen des Programms „Horizont Europa“ eingerichtete Europäische Forschungsrat trägt durch seine renommierten Förderprogramme dazu bei, die Grenzen des Wissens in allen wissenschaftlichen und akademischen Bereichen neu auszuloten. Im Jahr 2023 gewährte der Forschungsrat Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 2 Mrd. EUR für Projekte, die sich durch wissenschaftliche Exzellenz auszeichnen.



↑  
Ferenc Krausz (links) und Anne L'Huillier (rechts).



↑  
VIDEO EU-Mission zur Krebsbekämpfung – Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Krebsüberlebender.

Die Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen sind das wichtigste Finanzierungsprogramm der EU für die Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden sowie für Postdoc-Programme. Im Jahr 2023 wurden im Rahmen des Programms fast 3 000 Projekte und 4 400 Organisationen gefördert, die 2021 und 2022 für eine Finanzierung ausgewählt worden waren. Insgesamt stehen mehr als 1,6 Mrd. EUR zur Verfügung, um über 15 000 Doktorandinnen und Doktoranden innerhalb und außerhalb des Wissenschaftsbetriebs zu unterstützen.



↑  
Mariya Gabriel, damalige EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, auf einer Veranstaltung zum Thema „REPowerEU – neue Energie dank Wasserstoffältern“, Brüssel (Belgien), 1. März 2023. Die Kommission und die europäische Wasserstoffindustrie, die Wissenschaftsgemeinschaft und die Regionen der EU setzen sich gemeinsam dafür ein, gemeinsame Maßnahmen zur Erforschung, Entwicklung und Nutzung von Wasserstoffältern zu beschleunigen.

Der Nobelpreis für Physik ging 2023 an zwei aus EU-Mitteln geförderte Forschende. Ferenc Krausz und Anne L'Huillier erhielten für ihre Forschungsvorhaben Finanzhilfen des Europäischen Forschungsrates in Höhe von fast 9,5 Mio. EUR. Zudem wurden sie aus anderen Forschungsprogrammen der EU, etwa den Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen, unterstützt. Sie erhielten den Preis gemeinsam mit dem in den USA forschenden Physiker Pierre Agostini für ihre Forschung zu experimentellen Methoden zur Erzeugung von Attosekunden-Lichtimpulsen für die Untersuchung der Elektronendynamik in Materie.

Im Juli legte die Kommission ein Vorschlagspaket vor, das den Entwurf einer Empfehlung des Rates zur Schaffung eines neuen europäischen Rahmens für Forschungslaufbahnen, eine neue Charta für Forschende und einen europäischen Kompetenzrahmen für Forschende umfasste. Hauptziel dieser Initiativen ist es, Forscherinnen und Forscher dazu zu ermutigen, in Europa zu bleiben, Europa zu einem begehrten Ziel für Forschende aus Drittländern zu machen und Forschungslaufbahnen als attraktive berufliche Option für Studierende und Hochschulabsolventen zu bewerben.

## Verstärkung der Maßnahmen für eine Union der Gleichheit

### Gleichstellung der Geschlechter

Obwohl das Recht auf gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit eines der Grundprinzipien der EU ist, verdienen Frauen in der EU im Durchschnitt 13 % weniger als Männer. Dieses Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist zwar auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, doch die Lohndiskriminierung spielt hier eine wesentliche Rolle. Um die Anwendung des Rechts auf gleiches Entgelt zu untermauern und zum Abbau des Lohngefälles beizutragen, wurden neue Vorschriften zur Lohntransparenz erlassen. Durch die Richtlinie zur Lohntransparenz erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht, Auskunft über die durchschnittlichen Entgelthöhen für die Gruppe von Arbeitnehmern zu erhalten, die gleiche oder gleichwertige Arbeit wie sie selbst verrichten, sodass sie geschlechtsspezifische Lohndiskriminierungen leichter erkennen und dagegen vorgehen können.

Die Richtlinie gibt den Arbeitskräften auch die Möglichkeit, ihr Recht auf gleiches Entgelt durchzusetzen, wenn sie der Ansicht sind, dass sie diskriminiert werden. So stellt die

Am Internationalen Frauentag (8. März) wurden die ersten Gewinner des EU-Preises für Spitzenreiter der Gleichstellung bekannt gegeben. Mit diesem neuen Preis werden Hochschul- und Forschungseinrichtungen ausgezeichnet, die die Gleichstellung der Geschlechter in Forschung und Innovation voranbringen. Der Preis ging an drei akademische Einrichtungen aus Irland und eine aus Schweden.

Richtlinie beispielsweise sicher, dass sich Opfer von Lohndiskriminierung vor Gericht durch einschlägige Verbände und Einrichtungen wie Gleichstellungsstellen vertreten lassen können. Außerdem verbessern sich durch die Richtlinie die Entschädigungen für die Opfer, und die Strafen im Falle von Verletzungen der Rechte von Arbeitskräften werden verschärft. Die neuen Vorschriften müssen bis zum 7. Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden.

Auch im Rahmen ihres Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ unterstützte die Kommission weitere Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder. Es wurden 13 Projekte ausgewählt, die insgesamt fast 30 Mio. EUR Fördermittel erhielten. Bei sieben der ausgewählten Vorschläge stehen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt im Zentrum, bei fünf geht es um Gewalt gegen Kinder, und bei einem stehen sowohl Erwachsene als auch Kinder im Fokus.



Der Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Juni 2023 war ein wichtiger Meilenstein. Damit demonstriert die EU ihre Entschlossenheit, die Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt in allen 27 Mitgliedstaaten zu verstärken und alle Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu unterstützen. Das Übereinkommen trat in der Europäischen Union am 1. Oktober 2023 in Kraft.

↑

Von links nach rechts: Věra Jourová, für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Paulina Brandberg, schwedische Ministerin für Gleichstellung und stellvertretende Ministerin für Beschäftigung, und Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik, nehmen im Namen des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union an der Veranstaltung anlässlich des Beitritts der EU zum Übereinkommen von Istanbul teil, Brüssel (Belgien), 19. Juni 2023.



↑  
VIDEO Bekämpfung von  
Geschlechterstereotypen.

Geschlechterklischees sind eine der Hauptursachen für geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Die im März gestartete Kampagne „#EndGenderStereotypes“ soll den Menschen vor Augen führen, dass Geschlechterklischees sowohl Männer als auch Frauen betreffen und dass sie sich auf alle Lebensbereiche auswirken, beispielsweise auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, die Berufswahl und die Aufstiegschancen im Arbeitsleben. Ziel ist es, das Bewusstsein für solche Klischees im Alltag zu schärfen und die Menschen dazu zu ermutigen, diskriminierende Praktiken zu hinterfragen und dagegen vorzugehen.

## Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025

Im *Fortschrittsbericht 2023 über die Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025* werden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen sowie queeren Personen vorgestellt. Der Bericht zeigt, dass die meisten der im Rahmen der Strategie vorgesehenen Maßnahmen mittlerweile laufen oder bereits abgeschlossen sind. Das Papier soll als Diskussionsgrundlage dienen, um festzustellen, was für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen bis 2025 noch zu tun ist.

Die Kommission hat die Mittel aufgestockt, die im Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ für die Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und die

Förderung ihrer Gleichstellung vorgesehen sind. So stehen im Zeitraum 2023-2024 3 Mio. EUR speziell für Projekte zugunsten der LGBTIQ-Gemeinschaft zur Verfügung.

Im Rahmen der *EU-Strategie für die Rechte von Opfern 2020-2025* startete die Kommission 2023 die Kampagne „Keep Your Eyes Open“, um das Bewusstsein für die Rechte von Opfern von Straftaten, einschließlich Hassverbrechen gegen LGBTIQ-Personen, zu schärfen. Freunde und Familien sollen auf diese Weise ermutigt werden, den Opfern beizustehen und sie zu unterstützen. Letztlich geht es darum, sicherzustellen, dass sich die Opfer über ihre Rechte im Klaren sind und sich in der Lage sehen, diese Rechte in Anspruch zu nehmen, um Gerechtigkeit zu erlangen.

→  
Tausende vereinigt gegen Diskriminierung auf dem jährlichen Marsch für Gleichstellung in Krakau (Polen), 20. Mai 2023.



## Förderung von Inklusion und Vielfalt

### Gewinner des Preises „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ 2023

Im Kontext ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierungen vergibt die Kommission jedes Jahr den Preis „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“. Im Jahr 2023 wurden Städte aus sieben verschiedenen Mitgliedstaaten für ihre Bemühungen um gerechtere Gesellschaften ausgezeichnet, in denen Vielfalt und Inklusion in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Fähigkeiten und Alter gefördert werden.



**Stadtrat  
von  
Terrassa**  
Spanien



**Region  
Brüssel-  
Hauptstadt**  
Belgien



**Stadt  
Helsinki**  
Finnland



**Stadtrat  
von  
La Zarza**  
Spanien



**Stadt  
Labin**  
Kroatien



**Gemeinde  
Fundão**  
Portugal



**Stadt  
Danzig**  
Polen



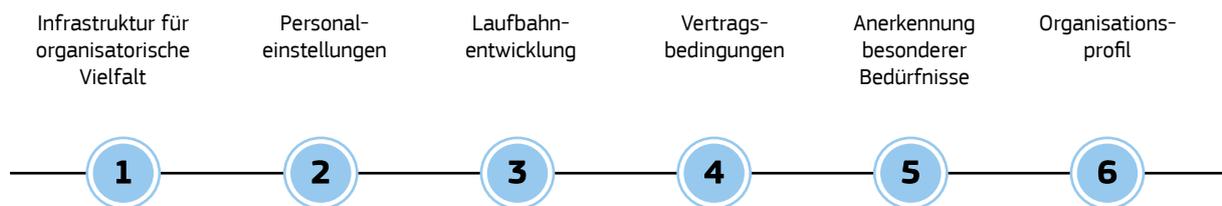
**Katalonien**  
Spanien



**Stadt  
Reggio Emilia**  
Italien

## Wie sieht es mit der Vielfalt bei Ihrem Arbeitgeber/ in Ihrer Organisation aus?

Mithilfe des Selbstbewertungsinstrumentes zur Vielfalt der EU, das im Mai im Zuge des Europäischen Monats der Vielfalt bereitgestellt wurde, können Arbeitgeber im öffentlichen und privaten Sektor und große wie auch kleine Organisationen in sechs Kategorien ermitteln, wie gut sie bezüglich der Vielfalt abschneiden.



Die Roma sind die größte ethnische Minderheit in Europa. Viele Roma werden nach wie vor diskriminiert und sozial ausgegrenzt. Im Januar legte die Kommission eine Bestandsaufnahme der nationalen Roma-Strategien vor, in der sie diese Strategien anhand der Zusagen der Mitgliedstaaten bewertet und aufzeigt, in welchen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht oder größere Anstrengungen notwendig sind. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, die Finanzierungsinstrumente der EU bestmöglich zu nutzen und ihre nationalen Rahmen zu überarbeiten, um sie besser mit der Empfehlung des Rates zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma in Einklang zu bringen.

Ende 2023 kam es in Europa zu einer alarmierenden Zunahme von Hetze und Hasskriminalität, insbesondere gegen jüdische und muslimische Gemeinschaften. Im Dezember veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geint gegen Hass steht“, in der die Maßnahmen der EU zu dieser Problematik zusammengefasst werden. Die Mitteilung greift laufende Initiativen wie die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens auf und dient als Aufruf an alle Europäerinnen und Europäer, gegen Hass und für Toleranz und Respekt einzutreten (siehe auch Kapitel 7).

## Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030

Eine Union der Gleichheit kann nur erreicht werden, wenn Menschen mit Behinderungen ihre Rechte wahrnehmen und wie alle anderen uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben und der Volkswirtschaft teilhaben können.

Um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen überall in der EU Zugang zu Ermäßigungen und anderen Vergünstigungen erhalten und sich ungehindert in verschiedenen Mitgliedstaaten bewegen können, hat die Kommission Folgendes vorgeschlagen:

- einen neuen Europäischen Behindertenausweis und
- einen verbesserten Europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen.



Der vorgeschlagene Europäische Behindertenausweis soll in allen Mitgliedstaaten als anerkannter Nachweis einer Behinderung gelten. Auf diese Weise erhalten Personen aus anderen Mitgliedstaaten, die über einen solchen Ausweis verfügen, Zugang zu den gleichen Sonderkonditionen und Vorzugsbehandlungen (z. B. freier Eintritt, Ermäßigungen, vorrangiger Zugang) wie diejenigen, die in dem besuchten Mitgliedstaat ansässig sind. Dies gilt beispielsweise für öffentliche Verkehrsmittel, kulturelle Veranstaltungen, Museen, Sportzentren usw. Der Ausweis soll die bestehenden nationalen Behindertenausweise ergänzen. Um die öffentliche Konsultation zum neuen Ausweis barrierefrei zu

machen, wurde die Umfrage in verschiedenen alternativen Formaten bereitgestellt. Auf diese Weise konnten über 2 500 Menschen mit Behinderung Beiträge zu dieser Initiative vorlegen.

Der vorgeschlagene neue Parkausweis soll dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen aus anderen Mitgliedstaaten die gleichen Parkrechte in Anspruch nehmen können wie diejenigen, die in dem betreffenden Mitgliedstaat ansässig sind. Er soll die bisherigen nationalen Parkausweise ersetzen.

Derzeit verhandeln das Parlament und der Rat über die Initiative.

## Verbraucherschutz

Im Jahr 2023 hat die Kommission in Zusammenarbeit mit den für die Durchsetzung des EU-Verbraucherschutzrechts zuständigen Behörden (im Rahmen des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz) weitere bedeutende Fortschritte beim Schutz vor unlauteren Praktiken erzielt. Im Reisesektor befasste sich das Netz mit Annullierungen von Flügen und trug maßgeblich dazu bei, dass Reisende bei solchen Annullierungen fairer behandelt werden. Eine weitere bedeutende Entwicklung bestand darin, dass sich Google im Dialog mit dem Netzwerk dazu verpflichtete, den Verbraucherinnen und Verbrauchern klarere und genauere Informationen zur Verfügung zu stellen, um die EU-Vorschriften einzuhalten.

Im Bereich Produktsicherheit sollen modernisierte Regeln sicherstellen, dass in der EU nur sichere Produkte angeboten werden – unabhängig von der Herkunft der Produkte sowie davon, ob sie im klassischen Einzelhandel oder von Online-Anbietern verkauft werden. In den neuen Vorschriften wurden wichtige gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigt, etwa die zunehmende Digitalisierung, neue technologische Entwicklungen und die globalisierten Lieferketten. Die Vorschriften sind

im Juni in Kraft getreten und werden ab dem 13. Dezember 2024 in allen Mitgliedstaaten gelten.

Im November traten neue Vorschriften zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern in Kraft, die einen Kredit beantragen (z. B. zur Anschaffung eines Autos). Die neuen Bestimmungen sollen sicherstellen, dass alle wesentlichen Informationen klar und verständlich dargestellt werden und auf digitalen Geräten gut zu erfassen sind.

Darüber hinaus traten im Dezember modernisierte Vorschriften für Finanzdienstleistungsverträge in Kraft, die im Fernabsatz (z. B. online oder per Post) geschlossen werden. Darin ist klar geregelt, welche Informationen den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Abschluss eines Vertrags zur Verfügung gestellt werden müssen. Außerdem muss auf der Website des Verkäufers künftig eine leicht auffindbare Widerruf-Schaltfläche vorhanden sein, über die ein Vertrag unkompliziert widerrufen werden kann. Die neuen Vorschriften, die ab Mitte 2026 gelten werden, sehen außerdem vor, dass den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit angeboten werden muss, sich an eine echte Person zu wenden, wenn ein Chatbot keine zufriedenstellende Lösung bietet.



### Mehrere große Reisebüros verpflichteten sich dazu,



die Verbraucherinnen und Verbraucher im Falle annullierter Flüge besser über ihre Rechte aufzuklären,



die Erstattung des Ticketpreises zu beschleunigen, sodass die Wartezeit maximal 14 Tage beträgt (höchstens sieben Tage für die Erstattung durch die Fluggesellschaft an den Reisenden oder an den Vermittler, über den das Ticket gebucht wurde, und gegebenenfalls weitere sieben Tage für die Weitergabe der Erstattung vom Vermittler an den Reisenden),



transparente Kontaktinformationen bereitzustellen,



über die spezifischen Vorteile zu informieren, die mit den verschiedenen Dienstleistungspaketen der Reisebüros verbunden sind,



die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Auswirkungen aufzuklären, die bestimmte Dienstleistungen im Falle einer Flugunterbrechung auf die Verbraucherrechte haben.



# 7. Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Grundfreiheiten

## Einführung

Im Jahr 2023 wurde der globale Gesundheitsnotstand durch die Coronavirus-Krise endgültig aufgehoben, und die letzten Grundlagen der Europäischen Gesundheitsunion wurden geschaffen. Künftig werden alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union besser auf die gemeinsame Bewältigung einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit vorbereitet sein und besser in der Lage sein, die körperliche und geistige Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die EU hat als Reaktion auf gemeinsame Herausforderung der Migration Rechtsvorschriften, darunter die politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über das Migrations- und Asylpaket, sowie

operative Maßnahmen angenommen und umfassende Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern verstärkt. Im Jahr 2023 wurde Kroatien neuestes Mitglied des Schengen-Raums und kann fortan in vollem Umfang davon profitieren, Teil des größten Raums der Freizügigkeit der Welt zu sein. Der Rat der Europäischen Union nahm den wegweisenden Beschluss an, Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum aufzunehmen; zuerst werden ab Ende März 2024 die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen aufgehoben. Die EU hat ferner umfassende Maßnahmen ergriffen, um ihre Bürgerinnen und Bürger sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen vor Bedrohungen zu schützen.

## Schutz der Bürgerinnen und Bürger

Die Terroranschläge in einer Schule in Frankreich und auf den Straßen Brüssels im Oktober 2023 führen uns eindringlich vor Augen, wie dringend unsere Sicherheitsarchitektur weiter angepasst und gestärkt werden muss. Im Laufe des Jahres wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus, des Menschenhandels, des Drogenhandels und der Korruption vereinbart.

Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten ferner nachdrücklich auf, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die vollständige Einhaltung der Verordnung über die Verbreitung terroristischer Online-Inhalte sicherzustellen, die Diensteanbieter verpflichtet, terroristische Inhalte innerhalb einer Stunde nach Eingang einer Anordnung der Behörden der Mitgliedstaaten zu entfernen. Im Oktober wurde eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt, um die Reaktion der Mitgliedstaaten auf die Verbreitung und Verstärkung illegaler Inhalte – wie terroristischer Inhalte oder rechtswidriger Hetze – besser zu koordinieren, bevor diese zu einer ernststen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit werden können. (Weitere Einzelheiten sind Kapitel 5 zu entnehmen.)

Die EU ist entschlossen, Maßnahmen gegen alle Formen von Hetze zu intensivieren. Nach einer alarmierenden Zunahme von Hetze und Hasskriminalität insbesondere gegen jüdische und muslimische Gemeinschaften hat die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell alle Europäerinnen und Europäer aufgerufen, gegen Hass einzutreten und sich für Toleranz und Respekt einzusetzen. Mit der gemeinsamen Mitteilung verstärkt die EU ihre Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen wie Sicherheit, Digitales, Bildung, Kultur und Sport. Dies schließt die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Schutz von Stätten der Religionsausübung ein und die Benennung von Beauftragten, die das Potenzial der EU-Politik zur Bekämpfung von Hass maximieren sollen.

→

Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres, beantwortet im Hafen von Antwerpen (Belgien) Pressefragen zu den immer größeren Kokainmengen, die im Hafen beschlagnahmt werden. 7. Februar 2023.

Die Kommission forderte den Rat ferner nachdrücklich auf, die derzeit in den Verträgen enthaltene Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität zu erweitern, wie im Jahr 2021 vorgeschlagen, und bekräftigte, wie wichtig es ist, die Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens für den Zeitraum 2021-2030 zu intensivieren.

Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen in der EU verlassen sich darauf, dass kritische Infrastrukturen wesentliche Dienste erbringen. In einer zunehmend komplexen Sicherheits- und geopolitischen Lage ergreift die EU Maßnahmen, um Schwachstellen zu verringern und die Widerstandsfähigkeit in diesem Bereich zu erhöhen. Die Kommission hat eine Liste wesentlicher Dienste im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen angenommen, die von den Mitgliedstaaten zu bewerten ist. Die Kommission hat ferner einen Konzeptentwurf für kritische Infrastrukturen vorgeschlagen, um die EU-weite Koordinierung bei der Reaktion auf erhebliche grenzüberschreitende Sicherheitsvorfälle zu stärken.

Im Rahmen eines Pakets von Maßnahmen, das im Dezember zum 30. Jahrestag der Unionsbürgerschaft angenommen wurde, schlug die Kommission vor, die Vorschriften zu ändern, um Unionsbürgerinnen und -bürger im Ausland in Krisenzeiten zu schützen und sie zu unterstützen. Die überarbeitete Richtlinie über konsularischen Schutz zielt darauf ab, einen besseren und einfacheren Schutz für Bürger bei Reisen in Drittstaaten zu gewährleisten, wenn das Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht in dem Land, in dem sie sich befinden, über ein Konsulat oder eine Botschaft verfügt.



## Verstärkte Bekämpfung des Drogenhandels

Wie an der beispiellosen Zunahme der in Europa verfügbaren illegalen Drogen und dem Rekordniveau bei der Beschlagnahmung von Drogen in der EU erkennbar ist, ist der Drogenhandel für Kriminelle äußerst lukrativ. Die Auswirkungen krimineller Netze

und ihrer illegalen Aktivitäten sind in Gemeinschaften und Volkswirtschaften spürbar und erfordern eine gemeinsame, koordinierte Reaktion von Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und privaten Akteuren in Schlüsselsektoren.



Die geschätzten **Gewinne**, die durch illegale Aktivitäten im Rahmen **der organisierten Kriminalität**, einschließlich des Drogenhandels, erzielt werden, belaufen sich auf rund **139 Mrd. EUR** pro Jahr, was 1 % des Bruttoinlandsprodukts der EU entspricht.



**50 %** aller Tötungsdelikte in Europa stehen in direktem **Zusammenhang mit dem Drogenhandel**.



**70 %** aller Drogen in der EU werden **in Häfen** beschlagnahmt.



**40 %** der in der EU tätigen kriminellen Netze sind am **Drogenhandel** beteiligt.



Der europäische Kokainmarkt ist zwischen 2011 und 2021 **um 416 %** gewachsen.



2021 **starben** in der EU **6 200 Menschen** an einer Überdosis.

Quelle: Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der Europäischen Union, 2021.

Um die Bemühungen der EU bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels zu verstärken, hat die Kommission im Oktober einen Fahrplan mit 17 gezielten Maßnahmen in vier Schwerpunktbereichen vorgelegt.

Die Maßnahmen bauen auf der laufenden Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität 2021-2025 und der EU-Drogenstrategie auf.

## Neuer EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität

1

Stärkung der Kapazitäten von Häfen, gegen Drogenhandel und kriminelle Unterwanderung vorzugehen.

2

Zerschlagung von kriminellen Netzen mit hohem Risiko durch besser koordinierte Ermittlungen und Nutzung der Ausschreibungen im Schengener Informationssystem.

3

Maßnahmen zur Verhinderung organisierter Kriminalität durch den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten.

4

Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, unter anderem in Westafrika, Lateinamerika und der Karibik.

Darüber hinaus stärkt die EU das Mandat der wichtigsten Akteure bei der Bekämpfung des Drogenhandels, beispielsweise durch Einrichtung der neuen EU-Drogenagentur im Jahr 2024. Die Agentur wird ein europäisches Drogenwarnsystem entwickeln, um nationale Behörden rasch über neue gefährliche Stoffe auf dem Markt zu informieren. Die EU hat auch Mittel für die Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen aufgestockt, wodurch konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten. Darüber hinaus investiert sie weiterhin in innovative Lösungen für Strafverfolgungsbehörden, um sie dabei zu unterstützen, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten, wobei gleichzeitig der Schutz der Bürgerinnen und Bürger heute und in Zukunft wirksam gewahrt bleibt.

Korruption stellt eine Gefahr für die Sicherheit dar, da sie organisierte Kriminalität, Terrorismus und andere Formen der Kriminalität, einschließlich Geldwäsche und Drogenhandel, ermöglicht und fördert. Im Jahr 2023 hat die Kommission neue

Rechtsvorschriften zur Korruptionsbekämpfung vorgeschlagen und richtete ein europäisches Netz zur Korruptionsbekämpfung ein. Darüber hinaus werden die vom Europäischen Parlament und vom Rat im Juni vereinbarten neuen Vorschriften für den Zugang zu Finanzinformationen den Strafverfolgungsbehörden einen schnellen Zugang zu Informationen über die Konten, auf denen Kriminelle und Terroristen ihre Gelder oder Vermögenswerte halten oder verstecken, ermöglichen.

Im selben Monat hat die EU neue Vorschriften erlassen, um die Beschaffung von Beweismitteln, die Strafverfolgungs- und Justizbehörden für die Ermittlung und Verfolgung von Straftätern benötigen, für diese Behörden zu erleichtern und zu beschleunigen. Somit kann eine Justizbehörde in einem Mitgliedstaat elektronische Beweismittel von einem Diensteanbieter (z. B. Telekommunikations- oder Social-Media-Unternehmen) oder seinem gesetzlichen Vertreter in einem anderen Mitgliedstaat erhalten.



Bei **85 %** der strafrechtlichen Ermittlungen spielen digitale Daten eine Rolle.



In **über 50 %** aller strafrechtlichen Ermittlungen wird ein grenzüberschreitendes Ersuchen gestellt, um elektronische Beweismittel zu erhalten.



Die durchschnittliche Dauer für die Erlangung elektronischer Beweismittel betrug **10 Monate** bei Rechtshilfeverfahren und **120 Tage** für Europäische Ermittlungsanordnungen.

Mit den neuen Vorschriften (die ab 2026 in Kraft treten) wird die für die Einholung elektronischer Beweismittel erforderliche Zeit auf gerade einmal zehn Tage und in dringenden Fällen auf weniger als acht Stunden verkürzt.

## Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik

Mit dem neuen Migrations- und Asylpaket soll die Migration auf lange Sicht gesteuert und normalisiert werden, um in der EU ankommenden Menschen Klarheit und menschenwürdige Bedingungen zu bieten. Damit soll außerdem ein gemeinsamer EU-weiter Ansatz für Migration und Asyl festgelegt werden, der auf Solidarität, Verantwortung und Achtung der Menschenrechte aufbaut.

Im Dezember erzielten das Parlament und der Rat eine Einigung über fünf wesentliche Vorschläge des Pakets. Sobald diese Vorschläge förmlich angenommen sind, wird der Pakt in Kraft treten und einen Rechtsrahmen bieten, der ein Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten für ein wirksames und faires Konzept für die Steuerung der Migration schafft.

### Neues Migrations- und Asylpaket: 2023 vereinbarte zentrale Vorschläge



#### Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement

Mit dieser Verordnung wird ein neuer Solidaritätsmechanismus geschaffen, um das derzeitige System, bei dem einige wenige Mitgliedstaaten für die überwiegende Mehrheit der Asylanträge zuständig sind, ausgewogener zu gestalten. Zudem werden eindeutige Regelungen über die Zuständigkeit für Asylanträge festgelegt.



#### Asylverfahrensverordnung

In dieser Verordnung ist das gemeinsame Verfahren geregelt, das für die Mitgliedstaaten gilt, wenn Menschen internationalen Schutz suchen. Dadurch sollen die Asyl-, Rückführungs- und Grenzverfahren schneller und wirksamer gestaltet werden.



#### Krisenverordnung

Durch diese Verordnung soll sichergestellt werden, dass die EU in Zukunft auf Krisensituationen, einschließlich der Instrumentalisierung von Migranten, vorbereitet ist.



#### Eurodac-Verordnung

Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank, in der genauere und vollständigere Daten gesammelt werden.



#### Screening-Verordnung

Mit dieser Verordnung werden einheitliche Vorschriften für die Identifizierung von Drittstaatsangehörigen nach ihrer Ankunft im Schengen-Raum geschaffen, wodurch die Sicherheit im Schengen-Raum erhöht wird.

Parallel dazu wurden operative Maßnahmen aufgestockt, um Mitgliedstaaten entlang der wichtigsten Migrationsrouten nach Europa zu unterstützen. Im Jahr 2023 legte die Kommission Aktionspläne für die östliche Mittelmeerroute, die westliche Mittelmeerroute und die Atlantikroute mit praktischen Maßnahmen für die betreffenden Herkunfts- und Transitländer vor. Diese ergänzen die 2022 vorgelegten Aktionspläne für die Westbalkanroute und die zentrale Mittelmeerroute. Die von der EU, den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern ergriffenen Maßnahmen haben zu einem Rückgang der irregulären Einreisen beigetragen.

**Für den Zeitraum 2021-2027 hat die Kommission den Mitgliedstaaten und den assoziierten Schengen-Ländern 11,5 Mrd. EUR für Programme zur Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen Migration, Grenzmanagement und Sicherheit bereitgestellt.**

Die Europäische Kontaktgruppe für Suche und Rettung wurde wieder ins Leben gerufen, um eine engere Koordinierung und bewährte Verfahren, insbesondere zwischen den Flaggenmitgliedstaaten, zu fördern. Darüber hinaus haben sich 19 Mitgliedstaaten und die vier assoziierten Schengen-Länder (Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) zur Umsetzung des freiwilligen Solidaritätsmechanismus verpflichtet, der die am stärksten mit Migrationsherausforderungen konfrontierten Mitgliedstaaten unterstützen soll. Ferner hat die EU die Migrationslage im Rahmen des Vorsorge- und Krisenmanagementmechanismus der EU für Migration weiterhin beobachtet, um die gemeinsame Reaktion zu stärken.

Nachdem im September die Zahl der Neuankömmlinge aus Nordafrika auf der italienischen Insel Lampedusa angestiegen war, legte die EU einen Zehn-Punkte-Plan mit praktischen Maßnahmen zur Verringerung der irregulären Migration und zur unmittelbaren Unterstützung der italienischen Behörden vor.



↑ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (3. von links), Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin Italiens (vorne, 3. von rechts), und Matteo Piantedosi, italienischer Innenminister (vorne, 2. von rechts), während ihres Besuchs im Migrations-Hotspot auf der Insel Lampedusa (Italien), 17. September 2023.

## Vorgehen gegen irreguläre Migration

### Bekämpfung der Schleuserkriminalität

Die Bekämpfung und Verhinderung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel sind zwei Prioritäten der EU und für ein umfassendes Vorgehen gegen irreguläre Migration von entscheidender Bedeutung. Schleusernetzwerke wissen, wie sie rechtliche Schlupflöcher nutzen können, und werben mit neuen Methoden für ihre Dienste, u. a. in den sozialen Medien und mit mobilen Anwendungen. Diese sogenannte „digitale Schleusung“ stellt die Strafverfolgungs- und Justizbehörden vor neue Herausforderungen. Schleuserkriminalität und Menschenhandel sind oft miteinander verknüpft: Schleusernetze beuten Migrantinnen und Migranten entlang der Routen aus, oder sie schleusen sie nach Europa, damit sie dort ausgebeutet werden.

Operative Taskforces, unterstützt von der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung sowie gemeinsamen Ermittlungsgruppen im Rahmen der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, gehen verstärkt gegen Schleusernetze vor. Beispielsweise wurde im Rahmen der Folgemaßnahmen Italiens zum Zehn-Punkte-Plan für Lampedusa eine operative Taskforce eingerichtet. Auch die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung leistet einen Beitrag zur Bekämpfung krimineller Organisationen.

Im Einklang mit dem EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025) wurde eine operative Partnerschaft mit Tunesien zur

Bekämpfung der Schleuserkriminalität ins Leben gerufen, die auf den 2022 mit Marokko, Niger und den Ländern des Westbalkans geschlossenen Partnerschaften aufbaut.

Schleusernetzwerke nutzen zunehmend auch gewerbliche Verkehrsmittel, vor allem Flugzeuge, um Menschen leichter in die EU zu schleusen. Um dem einen Riegel vorzuschieben, hat die Kommission im Juni ein Instrumentarium mit Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten angenommen, das u. a. eine Sensibilisierung von Verkehrsunternehmen vorsieht.

Im November legte die Kommission einen Vorschlag zur Aktualisierung des 20 Jahre alten EU-Rechtsrahmens zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität vor. Dazu zählt auch ein Vorschlag zur Festlegung von Mindestvorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU, der strengere Strafen für Schleuser umfasst. Die neuen Vorschriften würden die Rolle der EU-Agenturen, insbesondere der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung, stärken und durch eine engere Zusammenarbeit mit Partnerländern dazu beitragen, das Problem auf globaler Ebene anzugehen. Darüber hinaus hat die EU einen Aufruf zu einer Globalen Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität lanciert.



**90 %** der irregulären Migranten gelangen mithilfe von Schleusern in die EU.



2022 meldete Europol **15 000** Schleuser.



An den EU-Außengrenzen wurden 2022 rund **331 000** irreguläre Einreisen verzeichnet.

## Neue Herausforderungen

Zu einem effizienten Migrationsmanagement gehört auch eine abgestimmte Visumpolitik. Die EU unterhält mit mehr als 60 Ländern Vereinbarungen für visumfreies Reisen. Sie bringen nicht nur erhebliche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, sondern auch für die Mitgliedstaaten und Partnerländer. Visumfreies Reisen bringt aber auch Herausforderungen in den Bereichen Migration und Sicherheit mit sich. Beispielsweise kann eine unzureichende Angleichung der Visabestimmungen an die EU-Visumpolitik dazu führen, dass ein von der Visumpflicht befreites Land zu einem Transitzentrum für irreguläre Einreisen in die EU wird. Darüber hinaus bergen Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren, die von der Visumpflicht befreite Drittstaaten praktizieren, Sicherheitsrisiken.

Die Kommission hat daher eine Überarbeitung des derzeitigen Visa-Aussetzungsmechanismus vorgeschlagen. Mit dem Vorschlag werden neue Gründe für die Aussetzung der Regelungen für visumfreies Reisen, flexiblere Schwellenwerte für die Auslösung des Mechanismus und neue Bestimmungen zur Stärkung der Überwachungs- und Berichterstattungspflichten eingeführt.

Im Oktober legte die Kommission dem Parlament ferner den sechsten Bericht im Rahmen des Visa-Aussetzungsmechanismus vor. Darin werden die Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans und der Östlichen Partnerschaft, die Visumfreiheit genießen, skizziert. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die karibischen und pazifischen Staaten, die Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren anwenden.

## Stärkung des Grenzmanagements

Die erste Strategie für europäisches Grenzmanagement wurde im März vorgestellt. Sie bietet einen koordinierten Rahmen für die nationalen Behörden sowie für die mehr als 120 000 Beschäftigten der nationalen Grenzbehörden und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, die beim Schutz der EU-Grenzen zusammenarbeiten. Die gemeinsame Vision ist das Ergebnis umfassender

Konsultationen zwischen den Organen. Die Strategie, die auf Forschungsergebnissen und Innovationen der EU im Bereich des Grenzmanagements aufbaut, verringert auch die Abhängigkeit von kritischen Technologien aus Nicht-EU-Ländern.

Die Kommission hat weitere Schritte unternommen, um ein gemeinsames EU-Rückkehrmanagementsystem zur Rückführung irregulärer Migranten aufzubauen und diesbezüglich u. a. eine Empfehlung zur gegenseitigen Anerkennung von Rückkehrentscheidungen und zur Beschleunigung von Rückführungen angenommen. Der Rückkehrkoordinator der EU hat mit Unterstützung von Vertretern der Mitgliedstaaten und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache die operative Strategie für die Arbeit des hochrangigen Netzes für Rückkehrfragen ausgearbeitet und mit ihrer Umsetzung begonnen. Die Kommission arbeitet mit den Mitgliedstaaten bereits bei gezielten Rückkehraktionen zusammen. Den Mitgliedstaaten zufolge war bei den Rückkehrentscheidungen, die zwischen Januar und September 2023 gegen Drittstaatsangehörige ergingen, ein Anstieg von 9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

## Sichere und legale Wege nach Europa

Überall in der EU besteht weiterhin ein Arbeits- und Fachkräftemangel – in verschiedenen Wirtschaftszweigen und auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus. Die Bemühungen der EU, Engpässe zu beheben, setzen zunächst in Europa an, wo das Potenzial heimischer Arbeitskräfte in der EU ausgeschöpft wird. Um dieser Herausforderung und den Auswirkungen des demografischen Wandels umfassend zu begegnen, muss die EU aber noch mehr tun, um qualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt anzuwerben.

Die Umsetzung des im April 2022 angenommenen Pakets zu Kompetenzen und Talenten trägt dazu bei, den EU-Arbeitsmarkt für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver zu gestalten. Zu den Maßnahmen gehörten Legislativvorschläge, um die Antragsverfahren für Drittstaatsangehörige, die in der EU arbeiten möchten,



zu vereinfachen und die Rechte der Betroffenen zu stärken. Die Verhandlungen kommen gut voran: Im Dezember 2023 erzielten das Parlament und der Rat eine politische Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über eine kombinierte Erlaubnis. Eine Einigung über die Aktualisierung der Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt wird vor Ende des Mandats der derzeitigen Kommission erwartet.

Im November legte die Kommission ein Paket zur Fachkräftemobilität mit zusätzlichen Maßnahmen zur Anwerbung von Fachkräften vor. Insbesondere wurde die Einrichtung eines EU-Talentpools vorgeschlagen:

Mit dieser ersten EU-weiten Plattform sollen Drittstaatsangehörige, die in die EU kommen und dort arbeiten möchten, gezielt an Arbeitgeber in den Mitgliedstaaten vermittelt werden. Das Paket umfasst auch Maßnahmen zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen und zur Erleichterung der Lernmobilität. Darüber hinaus entwickelt die EU Fachkräftepartnerschaften mit wichtigen Partnerländern, um eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in den Bereichen Fachkräftemobilität und Kompetenzentwicklung aufzubauen. (Siehe auch Kapitel 5.)

## Der Schengen-Raum

Im Zuge der ersten Erweiterung des Schengen-Raums seit über zehn Jahren ist Kroatien am 1. Januar 2023 als 27. Land dem Raum ohne Binnengrenzkontrollen beigetreten. Neben 23 EU-Mitgliedstaaten sind auch Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz Schengen-Mitglieder. Im Dezember nahm der Rat einstimmig den wegweisenden Beschluss an, Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum aufzunehmen. Ab Ende März 2024 werden zunächst die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen aufgehoben. Der Beitritt der beiden Länder wird Reisen, Handel und Tourismus fördern und den Binnenmarkt weiter festigen. Die Beratungen über einen weiteren Beschluss zur Aufhebung der Kontrollen an den Landgrenzen werden 2024 fortgesetzt. Wie im Schengen-Statusbericht 2023 dargelegt, wird ein erweiterter Schengen-Raum die EU stärker machen.

Das erneuerte Schengener Informationssystem wurde 2023 in Betrieb genommen. Es bietet den Mitgliedstaaten zusätzliche Möglichkeiten zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs im Schengen-Raum. Zypern trat dem Schengener Informationssystem im Juli bei, nachdem die zyprischen Behörden im Rahmen intensiver Vorbereitungen sichergestellt hatten, dass sie Daten aus dem System verarbeiten können.

Derzeit sind die Visumverfahren für den Schengen-Raum nach wie vor sehr papierlastig und daher sowohl für Reisende als auch für die Mitgliedstaaten mit hohen Kosten verbunden. 2023 nahm die EU neue Vorschriften zur Digitalisierung von Visumverfahren an – ein zentrales Element der im Juni 2021 von der Kommission vorgestellten Schengen-Strategie.



**80 %** der Menschen in der EU halten es für wichtig, die Grenzsicherheit zu verbessern.



**77 %** wünschen sich schnellere Verfahren an den Grenzen.



**68 %** befürworten digitale Reisedokumente, und **72 %** sind der Meinung, dass die freiwillige Nutzung digitaler Reisezertifikate die Reisverfahren beschleunigen wird.

Quelle: Eurobarometer-Sonderumfrage 536, September 2023.

## Schutz der Passagierrechte

Im Juni traten neue EU-Vorschriften für den Schutz von Bahnreisenden in Kraft. Sie gewährleisten einen besseren Schutz für Fahrgäste, deren Reise unterbrochen wird. Zudem müssen Eisenbahnunternehmen dafür sorgen, dass Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität problemlos reisen können. Die Verpflichtung der Eisenbahnunternehmen, Verkehrs- und Reisedaten in Echtzeit bereitzustellen, wird auch für wettbewerbsfähigere Fahrkartenangebote sorgen.

Darüber hinaus schlug die Kommission vor, die bestehenden Passagierrechte in Bezug auf alle Verkehrsträger weiter zu stärken. Der Vorschlag konzentriert sich auf die bessere Durchsetzung von Passagierrechten (allgemeine Durchsetzung sowie individuelle Rechtsbehelfe), die Stärkung der Rechte von Passagieren, die verschiedene Arten von Verkehrsmitteln nutzen, und die Erstattung von Flugtickets, die über Vermittler erworben wurden.

## Bessere Gesundheit

### Europas Plan gegen den Krebs

Europas Plan gegen den Krebs ist die bislang umfassendste Initiative der EU zur Bekämpfung von Krebs – der häufigsten Todesursache bei Menschen unter 65 Jahren in der EU. Zur Unterstützung der einschlägigen Maßnahmen sind 4 Mrd. EUR vorgesehen.

Seit der Einführung des Plans im Jahr 2021 hat die EU bereits mehrere Leitinitiativen auf den Weg gebracht: von einem neuen Wissenszentrum für Krebs und dem allerersten europäischen Register der Ungleichheiten bei der Krebsbekämpfung über die Einrichtung eines EU-Netzwerks junger Krebsüberlebender bis hin zu neuen Maßnahmen zur Früherkennung – ein Beitrag, mit dem die EU für Krebspatientinnen und -patienten und ihre Familien neue Realitäten schaffen möchte.

Im Jahr 2023 hat die EU weitere Ergebnisse erzielt: Mit der im Januar gestarteten Europäischen Initiative über bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin sollen der Zugang zu und die Nutzung von medizinischen



↑  
VIDEO Am Weltkrebstag geben Mitglieder der Europäischen Kommission einen kleinen Einblick in ihr Privatleben, um für das Thema Krebs zu sensibilisieren.

Bildern und digitalen Technologien (wie künstlicher Intelligenz) erleichtert werden, um Krebs besser zu erkennen und zu bekämpfen. Im September wurde mit dem Start der Plattform „Cancer Image Europe“ das erste große Etappenziel der Initiative erreicht. Die Datenbank verknüpft 36 Bilddatensätze von neun Krebsarten (Brust-, Dickdarm-, Enddarm-, Lungen-, Prostata-, Leberkrebs, diffuses intrinsisches Ponsgliom, Neuroblastom und Glioblastom) und umfasst mehr als 200 000 Bildreihen von rund 20 000 Personen.

## Die Europäische Initiative über bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin wird



die jüngsten bei **Systemen der künstlichen Intelligenz** erzielten Fortschritte und Erfolge nutzen, um medizinisches Fachpersonal bei der **Erkennung und Diagnose von Krebserkrankungen** zu unterstützen;



die Erprobung und Entwicklung **innovativer computergestützter Lösungen** fördern, um im Einklang mit den Zielen von Europas Plan gegen den Krebs **bei der Bildgebung und der personalisierten Patientenversorgung eine größere Genauigkeit und Zuverlässigkeit** zu erreichen;



aufzeigen, wie medizinische Bilder zugänglich gemacht, genutzt und gebündelt werden können und gleichzeitig **ein hohes Maß an Ethik, Vertrauen, Sicherheit und Schutz personenbezogener Daten** unter uneingeschränkter Einhaltung der Werte und Vorschriften der EU gewährleistet wird.

Aus den ersten Länderprofilen Krebs für die Mitgliedstaaten, Island und Norwegen geht hervor, dass sie erhebliche Gelder für die Krebsversorgung aufwenden (fast 170 Mrd. EUR im Jahr 2018). Lungenkrebs ist nach wie vor die Krebsart, die bei

Weitem am häufigsten zum Tod führt. Auch weist die Sterblichkeitsrate bei Krebserkrankungen nach wie vor hohe Unterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Staaten auf.



Krebs ist mit **26 %** aller Todesfälle die zweithäufigste Todesursache in der EU.



Bei Männern ist die Krebssterblichkeit in der EU fast **75 %** höher.



Unter den Menschen aus einkommensschwachen Gruppen sind im Vergleich zu Gruppen mit höherem Einkommen **50 %** mehr Menschen, die täglich rauchen.

Die Inanspruchnahme von Untersuchungen zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs unterscheidet sich je nach Bildungsniveau fast um den Faktor zwei.



2018 gaben die Mitgliedstaaten, Island und Norwegen fast **170 Mrd. EUR** für Krebsbehandlungen aus.

Durch COVID-19 ist die Krebsvorsorge in den meisten Mitgliedstaaten 2020 im Vergleich zu 2019 zurückgegangen.

Die Kommission hat eine Reihe von Dialogen mit jungen Krebsüberlebenden eingeleitet, um ihre Bedürfnisse besser zu verstehen und gemeinsam mit ihnen Initiativen zu entwickeln, die dazu beitragen werden, diesen Bedürfnissen besser gerecht zu werden.

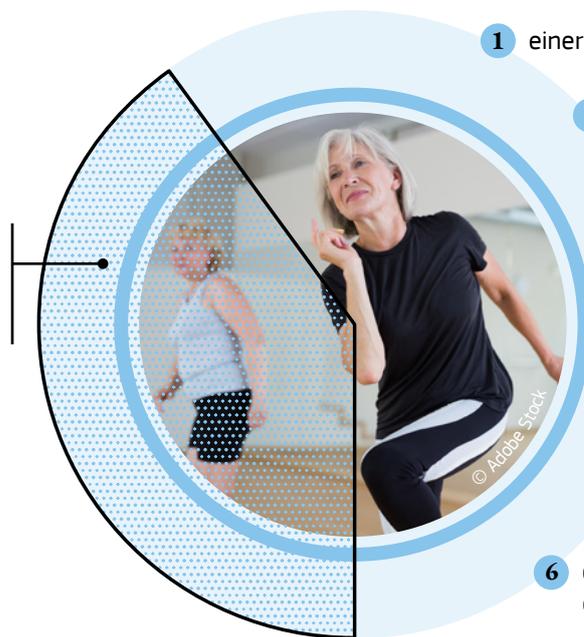
Im April wurde mit der Ausarbeitung des ersten Verhaltenskodex auf EU-Ebene für einen fairen Zugang Krebsüberlebender zu Finanzdienstleistungen begonnen. Damit soll dem Recht auf Vergessenwerden Geltung verschafft und gegen Diskriminierung vorgegangen werden, damit Menschen mit Krebsvorerkrankungen beim Zugang zu Finanzprodukten wie Hypotheken oder Lebensversicherungen fair behandelt werden.

## Nicht weniger als 78 % der in den Mitgliedstaaten anerkannten berufsbedingten Krebserkrankungen stehen im Zusammenhang mit Asbest.

(Informationen über EU-Maßnahmen zur Verringerung der Asbestexposition am Arbeitsplatz siehe Kapitel 6.)

## Die EU arbeitet an

40 % der Krebsfälle wären vermeidbar.



- 1 einer raucherfreien Generation;
- 2 einer Verringerung von schädlichem Alkoholkonsum;
- 3 einer Verringerung der Umweltverschmutzung;
- 4 einer Verminderung der Exposition gegenüber krebserzeugenden Stoffen und der Strahlenbelastung;
- 5 mehr Wissen und Kompetenzen im Bereich der Gesundheit;
- 6 der Förderung eines gesünderen Lebensstils.



← Margaritis Schinas, für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständiger Vizepräsident der Europäischen Kommission, bei der Eröffnung des Nicola-David-Pinedo-Gebäudes des zyprischen Krebsforschungsinstituts, Nikosia (Zypern), 22. Mai 2023.

## Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und COVID-19

Nach mehr als drei Jahren gab die Weltgesundheitsorganisation am 5. Mai 2023 bekannt, dass COVID-19 nicht länger einen internationalen Gesundheitsnotstand darstellt. Entschlossenes Handeln und Zusammenarbeit auf globaler Ebene, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten sowie erhebliche Investitionen in Wissenschaft und Innovation haben die EU in die Lage versetzt, diese beispiellose Krise zu überwinden.

Auch wenn sich die Einstufung der Pandemie geändert hat, ist COVID-19 nicht verschwunden, und die EU bleibt wachsam. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten beobachtet die Entwicklung der Lage aufmerksam. Im Herbst veröffentlichte es aktuelle Informationen über die zunehmende Übertragung von COVID-19 in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum sowie Leitlinien zu Impf- und Kommunikationskampagnen für die Mitgliedstaaten. Im Oktober haben das Zentrum und die Weltgesundheitsorganisation ein neues Instrument eingeführt, um die kumulierten Auswirkungen von Atemwegserkrankungen zu beobachten und Anzeichen für eine Zirkulation neuer Atemwegsviren früher zu erkennen und bekannt zu machen.

Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie hat die Kommission die Europäische Gesundheitsunion ins Leben gerufen, um die Gesundheit aller Menschen in der EU zu verbessern und zu schützen. Aufbauend auf den Lehren aus der Pandemie, festigt der neue Rahmen die EU-Architektur zur Prävention schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge und die Reaktion darauf. Er erweitert mittels neuer Mandate die Rolle zweier wichtiger EU-Agenturen, des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten und die Europäische Arzneimittel-Agentur.

Die Kommissionsbehörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) spielt eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die EU über die Arzneimittel und die Ausrüstung verfügt, die sie benötigt, um ihre Bürgerinnen und Bürger in Notfällen zu schützen. Die Kommission hat im Namen der Mitgliedstaaten im Mai eine Einigung mit BioNTech-Pfizer erzielt, um die Impfstofflieferungen besser an den Bedarf der Mitgliedstaaten anzupassen und die Verfügbarkeit angepasster COVID-19-Impfstoffe zu gewährleisten, falls neue Varianten auftreten. Außerdem wurde durch einen Rahmenvertrag mit führenden Impfstoffherstellern das FAB-Netz der EU eingerichtet, um die Aufrechterhaltung der Kapazitäten zur Impfstoffproduktion im Falle künftiger Gesundheitsnotlagen zu sichern. Das 2023 ins Leben gerufene HERA-Invest-Programm wird Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der dringendsten grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren unterstützen. Die HERA fördert auch in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten den Wissensaustausch und die Kompetenzen in den Bereichen Gesundheitsvorsorge und -reaktion, insbesondere in Schlüsselbereichen wie Bevorratung und Beschaffung.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Pandemievorsorge Europas und die Einführung EU-weiter klinischer Prüfungen werden fortgesetzt, um einen zeitnahen Zugang zu neuartigen Behandlungen und Impfstoffen zu ermöglichen. Die EU unterstützt den von der Weltbank eingerichteten Pandemiefonds erheblich. Der Fonds unterstützt die Prävention und Vorsorge gegen Pandemien und ihre Bekämpfung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wobei die EU, ihre Mitgliedstaaten und Finanzinstitute gemeinsam als Team Europa fungieren und wichtige Beiträge leisten.



←  
Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2. von rechts), bei einem Besuch der Biovac-Anlage und des Zentrums für den Transfer von mRNA-Technologien in Kapstadt (Südafrika), 28. Januar 2023.



### Das digitale COVID-Zertifikat der EU – eine Erfolgsgeschichte

Die Pandemie hat gezeigt, wie die Digitalisierung das Gesundheitswesen verändern und eine bessere Gesundheitsversorgung möglich machen kann.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU war ein entscheidendes Element der Reaktion auf die Pandemie und hat den freien Personenverkehr innerhalb der EU während der Krise erheblich erleichtert. Es wurde rasch zur weltweiten Norm, da sich fast 80 Länder dem System angeschlossen haben und mehr als 2,3 Milliarden Zertifikate ausgestellt wurden. Die Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU lief am 30. Juni 2023 ab.

Aufbauend auf seinem Erfolg, hat die Weltgesundheitsorganisation am 1. Juli 2023 das auf derselben Technologie beruhende Globale Netz für digitale Gesundheitszertifizierung ins Leben gerufen. Das System wird die globale Gesundheitsarchitektur stärken und dazu beitragen, die Menschen weltweit vor anhaltenden und künftigen Gesundheitsgefahren, einschließlich Pandemien, zu schützen.

## Überarbeitung des EU-Arzneimittelrechts

Mit der vorgeschlagenen Reform des EU-Arzneimittelrechts – der größten und weitreichendsten seit 20 Jahren – soll dieser wichtige Sektor besser an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

Mit der im April vorgelegten Reform werden mehrere grundlegende Herausforderungen angegangen. Beispielsweise erreichen Arzneimittel die Patienten immer noch nicht schnell genug und sind in den Mitgliedstaaten nicht immer gleichermaßen erhältlich. Hohe Preise für innovative Behandlungen und Engpässe bei Arzneimitteln sind auch für Patienten und Gesundheitsdienstleister ein erhebliches Problem.

Ein zentrales Ziel der Reform ist die Schaffung eines Binnenmarkts für Arzneimittel, damit alle Patienten in der gesamten EU rechtzeitig und gleichberechtigt Zugang zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln haben. Die Reform soll auch Innovationen in der Arzneimittelentwicklung unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch ein zukunftssicheres, krisenfestes und vereinfachtes

Arzneimittelwesen stärken. So sollen neue und bessere Behandlungen schneller verfügbar werden, sodass Patienten früher in den Genuss jener Versorgung gelangen würden, die sie benötigen.

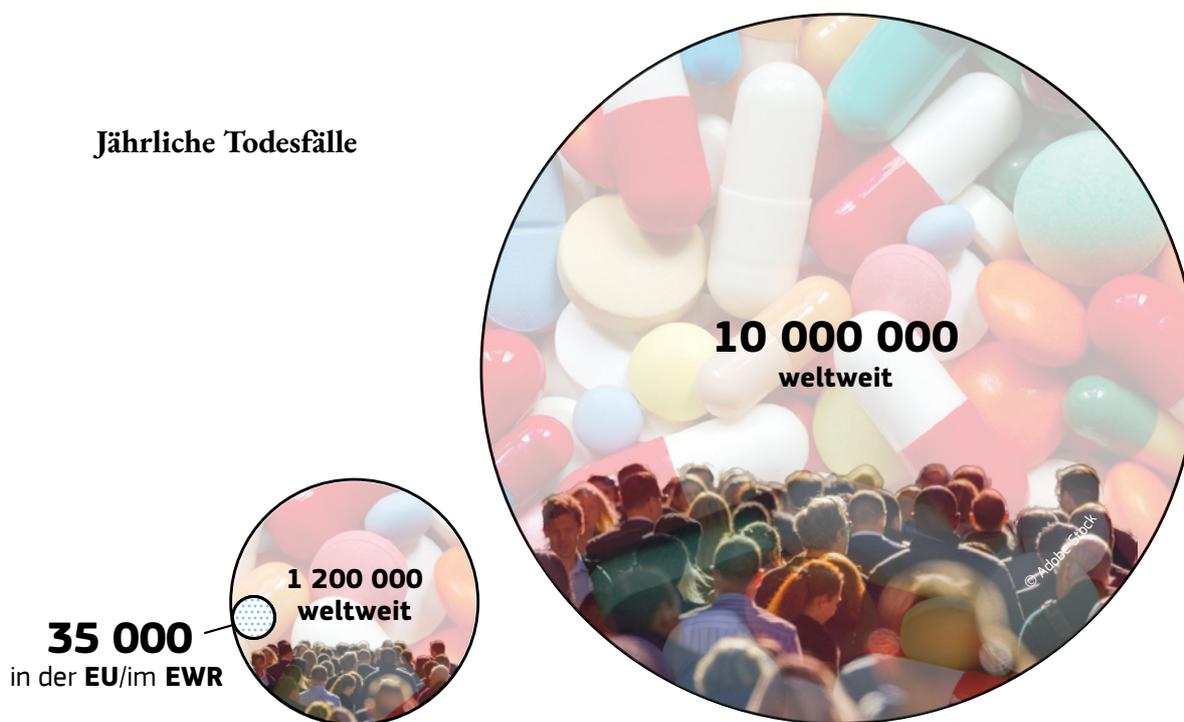
Die Reform umfasst eine Reihe von Maßnahmen, um das Problem von Arzneimittelengpässen langfristig und außerhalb von Notlagen anzugehen. Im Rahmen dieses Ziels legte die Kommission im Oktober eine Reihe von Maßnahmen mit besonderem Schwerpunkt auf den kritischsten Arzneimitteln vor, bei denen die Versorgungssicherheit in der EU jederzeit gewährleistet werden muss. Außerdem wurde ein freiwilliger Solidaritätsmechanismus der EU für Arzneimittel ins Leben gerufen, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Arzneimittel aus ihren verfügbaren Beständen im Falle kritischer Engpässe in andere EU-Länder umzuverteilen. Im Rahmen der Reform werden eine Reihe neuer Vorschriften und Anreize für Pharmaunternehmen sowie vereinfachte Regulierungsverfahren und eine höhere Gewichtung von Umwelterwägungen bei der Arzneimittelproduktion vorgeschlagen.

Die antimikrobielle Resistenz gilt als eine der drei größten Gesundheitsgefahren in der EU. Von antimikrobieller Resistenz spricht man, wenn Bakterien gegen Arzneimittel immun werden, die zur Bekämpfung von Infektionen verwendet werden. Die Reform umfasst Maßnahmen zur umsichtigen Verwendung einschlägiger Arzneien und einen

neuen Anreiz für bahnbrechende antimikrobielle Wirkstoffe. Als Teil des EU-Instrumentariums zur antimikrobiellen Resistenz nahm der Rat rasch eine von der Kommission vorgeschlagene Empfehlung mit Zielvorgaben für die EU und die Mitgliedstaaten für die Verwendung antimikrobieller Wirkstoffe an.

## Antimikrobielle Resistenz

### Jährliche Todesfälle



**Aktuelle Situation** → Projektion für **2050**, wenn nichts unternommen wird

### Ziel für 2030

Verringerung des Antibiotika-Einsatzes



## Förderung der seelischen Gesundheit

Die EU hat beispiellose Krisen durchgemacht, die die Fähigkeit der Menschen, mit wachsenden Herausforderungen unter sich rasch wandelnden Bedingungen umzugehen, stark beeinträchtigt haben. Um hier Abhilfe zu schaffen, legte die Kommission im Juni ein ganzheitliches Konzept in Sachen psychischer Gesundheit vor, das unter anderem darauf abzielt, schutzbedürftigen Gruppen,

insbesondere jungen Menschen, zu helfen und die Stigmatisierung und Diskriminierung von psychisch Erkrankten zu durchbrechen. Dieses Konzept ist ein wichtiger erster Schritt, um die geistige Gesundheit auf eine Stufe mit der körperlichen zu stellen. Mit dem neuen Konzept werden 20 Leitinitiativen eingeführt, flankiert von Mitteln in Höhe von 1,2 Mrd. EUR aus verschiedenen Finanzierungsprogrammen, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, Menschen und ihre geistige Gesundheit an die erste Stelle zu setzen.

## Querschnittsmaßnahmen zur Bewältigung von Problemen im Bereich der psychischen Gesundheit



Europäischer Kodex für psychische Gesundheit



Initiative „Healthier Together“ für nichtübertragbare Krankheiten



Europäische Initiative zur Depressions- und Suizidprävention



Sicherere digitale Räume für Kinder und Jugendliche



Ordnungsgemäße Anwendung der EU-Vorschriften zu Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz



Kampagne der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Anlässlich des Welttags der seelischen Gesundheit am 10. Oktober 2023 veranstaltete die Kommission in Brüssel eine hochrangige Konferenz. An der Veranstaltung nahmen Hunderte von Menschen teil, darunter Vertreter der EU-Organe, nationaler Regierungen, internationaler Organisationen und anderer Interessenträger.

→ Mathilde, Königin der Belgier, hält auf der Konferenz zum Welttag für psychische Gesundheit eine Rede, Brüssel (Belgien), 10. Oktober 2023.



### Freisetzung des Potenzials der finanziellen Unterstützung durch die EU im Gesundheitswesen

Das Instrument der Kommission für technische Unterstützung hilft Belgien, Österreich und Slowenien, die verfügbaren EU-Finanzierungsprogramme bestmöglich zur Entwicklung ihres Gesundheitswesens zu nutzen. Über das Gesundheitszentrum können diese Mitgliedstaaten die besten Finanzierungsmöglichkeiten ausloten, um wichtige Reformen zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Langfristig wird dies auch den Landes- und den Regionalregierungen dabei helfen, die Investitionen der Wirtschaft im Gesundheitswesen zu unterstützen. Angesichts seiner vielversprechenden Ergebnisse kann dieses Projekt auf die EU-Ebene ausgeweitet werden.

## Die EU-Strategie für globale Gesundheit

Die führende Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass sie über das Konzept „Team Europa“ einen wichtigen Beitrag zu weltweiten gesundheitspolitischen Zielen leisten kann. Dabei werden Ressourcen der EU, ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Finanzinstitute gebündelt, um eine größere Wirkung vor Ort zu erzielen.

Im November 2022 stellte die Kommission eine Strategie für globale Gesundheit vor, quasi die außenpolitische Dimension der Gesundheitsunion und eine wichtige Komponente ihres Global-Gateway-

Projekts (siehe Kapitel 8). Damit wurde das Bekenntnis zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (insbesondere Ziel Nr. 3 „Gesundheit und Wohlergehen“) und zum europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik, in dem gemeinsame Ziele und Grundsätze für die Entwicklung festgelegt sind, bekräftigt.

Im November 2023 wurde eine von Frankreich koordinierte gemeinsame Aktion eingeleitet, an der 22 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Ukraine beteiligt waren und in der alle globalen Gesundheitsstrategien erfasst wurden. Dies wird dazu beitragen, die Maßnahmen zu koordinieren und Überschneidungen zu vermeiden.



Von links nach rechts: Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank, Bill Gates, ehemaliger Geschäftsführer von Microsoft, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, und Catherine Russell, Exekutivdirektorin von Unicef, bei der Begründung einer neuen Partnerschaft zur Ausrottung der Kinderlähmung, zur Unterstützung der Verbreitung anderer Impfungen für Kinder und zur Stärkung der Gesundheitssysteme, damit diese besser auf neue Gesundheitsrisiken reagieren können, Brüssel (Belgien), 11. Oktober 2023.



© WFP 2024

# 8. Förderung der europäischen Interessen und Werte in der Welt

## Einleitung

Die Europäische Union ist entschlossen, globale Herausforderungen anzugehen, ihre Interessen und Werte zu fördern und sich auf internationaler Ebene für Demokratie, Menschenrechte und Multilateralismus einzusetzen. Dieses Engagement erstreckt sich auf mehrere wichtige Bereiche, darunter die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Nachbarschaftspolitik, internationale Partnerschaften, Handel, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz.

Die EU hat 2023 die enge Zusammenarbeit mit globalen Partnern fortgesetzt, um vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen, insbesondere aufgrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine und des Krieges zwischen Israel und der

↑

Die EU unterstützt mit ihrer humanitären Hilfe das Welternährungsprogramm dabei, 1,3 Millionen Menschen im Gazastreifen mit Notfallnahrungsmittelrationen zu versorgen, die Vertriebene in Schutz- und Notunterkünften erhalten. Deir El Balah, Gazastreifen, Januar 2024.

Hamas, Stabilität zu gewährleisten. Im Mittelpunkt standen für sie weiterhin wichtige Beziehungen zu Nachbarregionen, die sich zu demokratischen Werten und wirtschaftlicher Entwicklung bekennen, sowie der Aufbau von Partnerschaften, um die gemeinsamen Werte und eine nachhaltige Entwicklung zu stärken.

Die EU konnte durch eine wirksame Katastrophenvorsorge innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen weiterhin Leben schützen, Katastrophen vorbeugen und bei Krisen rasch handeln. Diese anhaltenden Bemühungen bestätigen das entschlossene Eintreten der EU für die Förderung von Frieden, Stabilität und Resilienz in der Welt.

## Die Krise im Nahen Osten

Die brutalen und willkürlichen Terroranschläge der Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 haben zu einer drastischen Verschlechterung der humanitären Lage der Palästinenser im Gazastreifen geführt und die Gefahr einer Eskalation in der Region erhöht.

Die EU betonte, dass es für Terror keine Rechtfertigung gibt, und hat die Hamas aufs Schärfste für die Terroranschläge verurteilt sowie die Freilassung aller Geiseln ohne Vorbedingungen gefordert. Die EU erkennt das völkerrechtliche Recht Israels auf Selbstverteidigung an, hat aber

bekräftigt, wie wichtig es ist, dabei im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stets den Schutz aller Zivilisten zu gewährleisten.

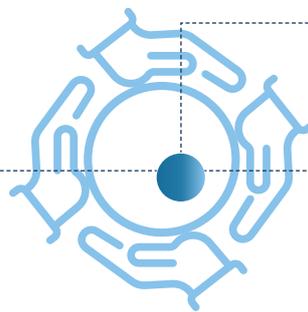
Die EU ist zutiefst besorgt über die sich verschlechternde humanitäre Lage im Gazastreifen und hat zu einem kontinuierlichen, raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe und zur Unterstützung der Notleidenden durch alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich durch Einrichtung humanitärer Korridore und durch Pausen zur Deckung des humanitären Bedarfs, aufgerufen.

### Humanitäre Hilfe der EU 2023 für die Palästinensergebiete

Fast

**1,1 Mrd. EUR**  
seit 2000

**1 310 Tonnen**  
lebenswichtiger Hilfsgüter



**33**

Flüge im Rahmen  
der humanitären  
Luftbrücke der EU

**103 Mio. EUR**  
für humanitäre Hilfe

Die EU ist der größte Geber humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung. Seit dem Jahr 2000 hat sie insgesamt mehr als 1 Mrd. EUR zur Deckung ihres Grundbedarfs bereitgestellt. Seit Oktober hat die EU ihre Soforthilfe für die palästinensische Bevölkerung vervierfacht und arbeitet mit zahlreichen humanitären Partnern vor Ort zusammen.

Die EU arbeitet kontinuierlich mit regionalen und internationalen Partnern zusammen, um eine regionale Eskalation des Konflikts, einschließlich einer Verschlechterung der Lage im Westjordanland, zu verhindern. Sie setzt sich weiterhin für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung und der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates ein.



Wasserversorgung im Rahmen der Aktion gegen Hunger im Gazastreifen zur Deckung des nötigsten Bedarfs der vom anhaltenden Konflikt betroffenen Menschen, Deir Al Balah, 14. November 2023.

## Sicherheit und Verteidigung: Fortschritte beim Strategischen Kompass

Die EU ist bestrebt, die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu gewährleisten und dazu beizutragen, die Welt zu einem friedlicheren Ort zu machen. Der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung ist ein Plan zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung der EU bis 2030. Er deckt alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab und stützt sich auf vier Säulen: „Handeln“, „Investieren“, „Zusammenarbeit mit Partnern“ und „Sichern“.

### Zusammenarbeit mit der NATO („Zusammenarbeit mit Partnern“, „Handeln“)

Die heutigen Sicherheits Herausforderungen sind grundsätzlich länderübergreifender Art und können von keinem Land allein bewältigt werden. Ein gemeinsamer und strategischer Ansatz ist von entscheidender Bedeutung. Im Mittelpunkt dieser globalen Strategie steht die langjährige Partnerschaft der EU mit der NATO als wesentlicher Bestandteil der Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen der EU.



↑  
Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, bei der Unterzeichnung der Dritten Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, Brüssel (Belgien), 10. Januar 2023.

In der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO wurde als nachdrückliche politische Botschaft der transatlantischen Einheit betont, dass ein starker europäischer Ansatz für Verteidigung erforderlich ist, der der globalen Sicherheit dient und mit der NATO vereinbar ist. Die Unterzeichner haben sich zudem klar dazu verpflichtet, diese Zusammenarbeit zu vertiefen.

Im Jahr 2023 hat sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO in beispielloser Weise weiter vertieft und in allen Bereichen greifbare Ergebnisse erzielt, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der Resilienz lag. Die EU-NATO-Taskforce für die Resilienz kritischer Infrastrukturen wurde im Januar ins Leben gerufen und legte spezifische Empfehlungen für die weitere Zusammenarbeit vor.

→  
Von links nach rechts: Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission für ein stärkeres Europa in der Welt, auf einem europäischen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zur Erörterung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und der EU-Hilfe für das Land, Brüssel (Belgien), 29. Juni 2023.



Für die EU und die NATO war der Angriffskrieg Russlands Anlass zur Bekräftigung ihrer gemeinsamen Werte. Gemeinsam stehen sie in unerschütterlicher Solidarität an der Seite der Ukraine und koordinieren die jeweiligen zur Unterstützung bereitgestellten Mittel. Die Europäische Friedensfazilität (siehe Kapitel 1) ist zu einem festen Bestandteil der EU-Unterstützung für Partner weltweit geworden.

Im Laufe des Jahres intensivierte die EU auch ihre Zusammenarbeit mit anderen bilateralen, regionalen und multilateralen Partnern wie den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Afrikanischen Union, dem Verband südostasiatischer Nationen und vielen anderen. An dem ersten Schuman-Forum für Sicherheit und Verteidigung nahmen EU-Partner und internationale Partner teil, um sich mit gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu befassen.

## Aufbau von Verteidigungsfähigkeiten („Investieren“)

2023 wurden zwei Schlüsselinitiativen zur Stärkung der Verteidigung und der Industrie der EU verabschiedet. Die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion, für deren Umsetzung ein Budget von 500 Mio. EUR zur Verfügung steht, zielt darauf ab, die Munitions- und Raketenproduktion in der EU zu steigern. Ergänzend dazu bietet das mit 300 Mio. EUR ausgestattete Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung erstmals Anreize für die EU-Mitgliedstaaten, besonders kritische Verteidigungsgüter der EU-Verteidigungsindustrie gemeinsam zu erwerben.

## Europäischer Verteidigungsfonds

### Jahresbudget 2023 nach Maßnahmenbereichen

#### 1,2 Mrd. EUR

Nicht themenbezogene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für innovative, zukunftsorientierte Verteidigungslösungen  
72 Mio. EUR

Informationsüberlegenheit  
99 Mio. EUR

Sensoren  
69 Mio. EUR

Cyber  
60 Mio. EUR

Weltraum  
125 Mio. EUR

Unterwasserkriegsführung  
90 Mio. EUR

Luft- und Raketenabwehr  
123 Mio. EUR

Luftkampf  
63 Mio. EUR

Seegefechte  
154,4 Mio. EUR

Medizinische Notfallbewältigung und Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen  
40 Mio. EUR

Energie und Umwelt  
25 Mio. EUR

Bodenkampf  
47 Mio. EUR

Schutz der eigenen Kräfte und Mobilität  
45 Mio. EUR

Sonstige Maßnahmen  
30,3 Mio. EUR

Werkstoffe und Komponenten  
50 Mio. EUR

Disruptive Technologien  
41 Mio. EUR

Digitaler Wandel  
45 Mio. EUR

Der Europäische Verteidigungsfonds ist ein wichtiges Finanzierungsinstrument für Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verteidigungsbereich der EU. Seit 2021 wurden über 3 Mrd. EUR für 60 Kooperationsprojekte in den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Allein im Jahr 2023 flossen aus dem Fonds 1,2 Mrd. EUR in entscheidende Bereiche der Verteidigung wie die Weltraumlageerfassung, die Abwehr von Hyperschallflugkörpern und die Einrichtung einer Europäischen Patrouillenkorvette. Der Europäische Verteidigungsfonds unterstützt Innovationen über das EU-Innovationsprogramm im Verteidigungsbereich mit einer Finanzausstattung von 2 Mrd. EUR, das kleinere Akteure und insbesondere Innovatoren unterstützen soll.

Aus der für militärische Mobilität vorgesehenen Mittelausstattung im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ wurden 2023 616 Mio. EUR zur Unterstützung des Transports von Truppen und Ausrüstung über das transeuropäische Verkehrsnetz bereitgestellt. Damit sollen Investitionen in Infrastrukturen gefördert werden, die sowohl für zivile als auch für Verteidigungszwecke genutzt werden können.

## Neue Sicherheitsstrategien („Sichern“)

Die jüngsten Krisen und zunehmenden Spannungen haben Schwachstellen bei der Sicherheit der EU offengelegt. Daher leitete die Kommission im Oktober eine umfassende Konsultation ein, um Informationen im Hinblick auf die künftige Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie einzuholen.

Die Erderwärmung ist ebenfalls ein wachsendes Problem für die Militäroperationen der EU. Sie führt zu einem entscheidenden Wandel in der EU-Verteidigungspolitik, bei dem nun der Klimawandel ganz oben auf der Sicherheitsagenda steht.

Darüber hinaus hat die EU 2023 ihre erste Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung verabschiedet. Sie befasst sich unter anderem mit dem Schutz der Weltraumressourcen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Weiterhin ist für 2024 die Einführung des EU-Weltraumgesetzes vorgesehen, das die Widerstandsfähigkeit und Stärke der EU im Weltraum fördern soll.

Über 80 % des weltweiten Handels finden auf dem Seeweg statt, und etwa zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorräte stammen aus dem Meer oder werden auf dem Seeweg transportiert. Für die Übertragung fast aller Datenströme, einschließlich Internetdaten, werden Unterseekabel genutzt. Wohlstand und Sicherheit der EU hängen also von sicheren und geschützten Ozeanen ab. Aus diesem Grund haben die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst im März eine aktualisierte Strategie der EU für maritime Sicherheit und einen entsprechenden Aktionsplan angenommen. Auf der Grundlage dieser Dokumente billigte der Rat im Oktober die überarbeitete Strategie und den Aktionsplan der EU für maritime Sicherheit. Die Strategie steht im Einklang mit dem Strategischen Kompass und wird zur Erreichung seiner Ziele beitragen.



→  
VIDEO „Weckruf“:  
Wie kann die wichtige  
Meeresinfrastruktur  
der EU vor neuen  
Bedrohungen geschützt  
werden?



## EU-Strategie für maritime Sicherheit

### Wichtigste Ziele



Schutz der Interessen der EU auf See – Menschen, Wirtschaft, Infrastruktur und Grenzen



Schutz unserer natürlichen Ressourcen und der Meeresumwelt



Wahrung des Völkerrechts, insbesondere des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen



Schnelle und wirksame Reaktion auf wachsende Bedrohungen (z. B. Cyberbedrohungen und hybride Bedrohungen)



Gewährleistung einschlägiger Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Abwehr von Bedrohungen (z. B. Cyberkompetenzen)

## Nachbarschaftspolitik und Beitrittsverhandlungen

### Westbalkan und Türkei

Die EU setzt sich weiterhin für die Integration des Westbalkans in die Union ein. Mit dem Erweiterungspaket 2023 wurde eine detaillierte Bewertung des Sachstands und der Fortschritte, die die einzelnen Partner auf ihrem Weg in die EU erzielt haben, vorgelegt. Dabei ging es hauptsächlich um die notwendigen grundlegenden Reformen, einschließlich in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Verwaltung, Funktionieren demokratischer Institutionen und wirtschaftliche Kriterien.

Im Laufe des Jahres haben Nordmazedonien und Albanien beim Screening-Prozess – der erste Schritt für Beitrittsverhandlungen – gute Fortschritte erzielt. Mit der Empfehlung der Kommission

und dem Beschluss des Europäischen Rates, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina aufzunehmen, sobald es die Kriterien für die Mitgliedschaft erfüllt, werden die Fortschritte, die das Land seit der Zuerkennung des Kandidatenstatus im Jahr 2022 verzeichnet hat, anerkannt. Die Beitrittsgespräche Montenegros und Serbiens mit der EU wurden fortgesetzt, unterstützt durch kontinuierliche Dialoge mit der Kommission auf politischer und technischer Ebene. Im April billigte das Europäische Parlament offiziell die Visaliberalisierung für das Kosovo (diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos), die am 1. Januar 2024 in Kraft trat.

→

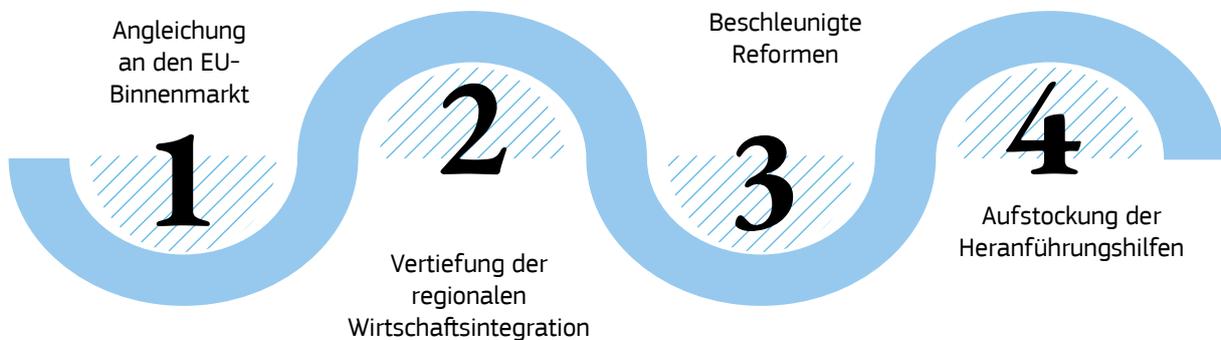
Am 6. Oktober 2023 nahm Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, am Gipfeltreffen der Außenminister im Rahmen des Berlin-Prozesses in Tirana (Albanien) teil.



Im Jahr 2023 setzte die EU die Umsetzung des mit 30 Mrd. EUR ausgestatteten Wirtschafts- und Investitionsplans fort, um die langfristige Erholung von der COVID-19-Pandemie, den ökologischen und den digitalen Wandel sowie die regionale Zusammenarbeit und Konvergenz mit der EU zu unterstützen. Zudem hat die EU 450 Mio. EUR aus ihrem Energiehilfepaket mit einem Umfang von 1 Mrd. EUR ausgezahlt, um den Westbalkan bei der Bewältigung von Energiekrisen und

der Verbesserung der Energieversorgungssicherheit zu unterstützen. Darüber hinaus sieht der neue Wachstumsplan der Kommission für den Westbalkan vor, dass der Region bereits vor dem offiziellen Beitritt von Ländern einige Vorteile der EU-Mitgliedschaft gewährt werden. Der Schwerpunkt des Plans liegt auf Wirtschaftswachstum und sozioökonomischer Konvergenz.

## Die vier Säulen des Wachstumsplans für den Westbalkan



Auf dem Gipfeltreffen 2023 im Rahmen des Berlin-Prozesses bekräftigten die Führungsspitzen des Westbalkans ihr Engagement für eine stärkere Integration ihrer regionalen Volkswirtschaften durch einen Gemeinsamen Regionalen Markt als ersten Schritt auf dem Weg in die EU. Sie begrüßten die Pläne für die Förderung des Wirtschaftswachstums, einschließlich Infrastrukturinvestitionen und der Expansion des regionalen Marktes. Auf dem Gipfel wurden auch Fortschritte im Bereich Bildung wie der neue Campus des Europakollegs in Tirana und Umweltinitiativen wie die Grüne Agenda herausgestellt. Außerdem wurde die Bedeutung der regionalen Sicherheit hervorgehoben, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und von Bedrohungen der Cybersicherheit zu stärken.

Auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan am 13. Dezember in Brüssel (Belgien) standen im Mittelpunkt der Gespräche die Heranführung der Partner im Westbalkan an die EU und ihre weitere schrittweise Integration, die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und die Stärkung der regionalen Sicherheit und Resilienz im Westbalkan.

Im Mai fanden in der Türkei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Im November wurde ein Bericht über die derzeitigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei angenommen, in dem Wege aufgezeigt werden, wie die Zusammenarbeit verbessert werden kann. Die EU unterstützt weiterhin Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei, indem sie Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung und im Zusammenhang mit dem Grenzschutz fördert.

## Georgien, Moldau und Ukraine

Bei dem diesjährigen Erweiterungspaket von historischer Tragweite wurde zum ersten Mal bewertet, inwieweit diese drei Länder in der Lage sind, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im vergangenen Jahr haben Georgien, Moldau und die Ukraine alle drei ihr Engagement für den Beitritt zur EU unter Beweis gestellt. Voraussetzung für ihren Beitritt sind gezielte Reformen der Justizsysteme, ein hartes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität und laufende Bemühungen zur Verbesserung der politischen Landschaft, vorrangig durch die Begrenzung des Einflusses von Oligarchen und den Schutz der Menschenrechte. In der Empfehlung der Kommission – und in dem historischen Beschluss des Europäischen Rates –, Beitrittsverhandlungen mit Moldau und der Ukraine aufzunehmen und Georgien den Status eines Kandidatenlandes zuzuerkennen, wurden deren erhebliche Anstrengungen bei der Angleichung an die EU-Standards anerkannt.

## Östliche Partnerschaft

Die Agenda der Östlichen Partnerschaft für die Zeit nach 2020 konzentriert sich auf die Stärkung von

Resilienz, Aufbau und Reformen und wird parallel zu den EU-Beitrittsvorbereitungen Georgiens, Moldaus und der Ukraine umgesetzt.

Der mit 17 Mrd. EUR ausgestattete Wirtschafts- und Investitionsplan der Östlichen Partnerschaft, der auch mit der Global-Gateway-Strategie verknüpft ist (siehe unten), ist das wichtigste Instrument der EU zur Stärkung der Resilienz in der Region. Bis Ende 2023 wurden wie geplant Investitionen in Höhe von 8,6 Mrd. EUR mobilisiert, davon 5 Mrd. EUR für länderspezifische Vorzeigeprojekte.

Die EU, ihre Mitgliedstaaten und ihre Partner werden ihre Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda der Östlichen Partnerschaft für Aufbau, Resilienz und Reformen intensivieren. Dies schließt auch die Bewältigung der Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die gesamte Region ein. Die Zusammenarbeit wird sich auf mehrere Bereiche wie Konnektivität, Verkehr, Energie und den ökologischen und den digitalen Wandel sowie Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit konzentrieren. Obwohl die EU nicht mit dem Lukaschenka-Regime zusammenarbeitet, hat sie die belarussische Bevölkerung weiterhin direkt unterstützt und hierfür zwischen 2020 und 2023 100 Mio. EUR bereitgestellt.



Die EU setzte 2023 ihre Bemühungen um einen dauerhaften Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan fort und erhöhte ihre humanitäre Hilfe für die Region, die sich damit seit der Eskalation des Konflikts im Jahr 2020 bis Ende 2023 auf mehr als 25,8 Mio. EUR belief.

↑  
Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission für ein stärkeres Europa in der Welt (Mitte vorne), bei der Tagung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan am Sitz der Vereinten Nationen in New York (Vereinigte Staaten), 21. September 2023.

## Südliche Nachbarschaft

In der südlichen Nachbarschaft haben die Agenda für die regionale Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und ihre Finanzstrategie, der mit 30 Mrd. EUR ausgestattete Wirtschafts- und Investitionsplan, gute Fortschritte in Bereichen wie wirtschaftliche Entwicklung, Governance, digitaler Wandel, Energie- und Klimaresilienz sowie Migration ermöglicht.

Die im Juli unterzeichnete Vereinbarung zwischen der EU und Tunesien befasst sich mit gemeinsamen Herausforderungen und künftigen Chancen in den Bereichen Wirtschaft und Handel, ökologischer

Wandel und Energiewende, direkte Kontakte zwischen den Menschen sowie Migration und Mobilität.

Die EU unterstützte weiterhin Menschen, die von Krisen in Libanon, Libyen, Syrien und Palästina (diese Bezeichnung ist nicht als Anerkennung eines Staates Palästina auszulegen und lässt die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage unberührt) betroffen sind. Auf der Brüsseler Syrien-Konferenz im Juni hat die EU Finanzhilfen in Höhe von 3,8 Mrd. EUR für Syrien und seine Nachbarländer zugesagt.

## Finanzielle Unterstützung für die südliche Nachbarschaft

**3,8 Mrd. EUR**

an EU-Finanzhilfen für die südliche Nachbarschaft im Zeitraum 2021-2023

**660 Mio. EUR**

an Zuschüssen aus unterschiedlichen Quellen (nicht rückzahlbare Gelder) gebunden

**Durch EU-Finanzhilfen zusammen mit Zuschüssen aus unterschiedlichen Quellen und Garantien für unabhängige finanzpolitische Partnerinstitutionen werden Investitionen in Höhe von 23,8 Mrd. EUR mobilisiert.**

## Leuchtturmprojekte der EU 2023 für den Westbalkan und die Nachbarschaft

Die Projekte werden im Rahmen der mit den Ländern vereinbarten Wirtschafts- und Investitionspläne durchgeführt.

### Regionale Projekte – Westbalkan

Der Transbalkan-Stromkorridor ist eine 400-Kilovolt-Verbindungsleitung, die die Stromübertragungsnetze von Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien mit denen Kroatiens, Italiens, Ungarns und Rumäniens verbindet.

### Regionale Projekte – Südliche Nachbarschaft – Medusa-Kabel

Mithilfe des Untersee-Glasfaserkabels Medusa im Mittelmeer werden nordafrikanische Länder an europäische Länder angebunden, um die Internetgeschwindigkeiten an nordafrikanischen Universitäten zu erhöhen.

### Regionale Projekte – Osteuropa

Durch das Unterseekabel zur digitalen Anbindung im Schwarzmeerraum wird der digitale Wandel gefördert und die digitale Resilienz der Region gestärkt.



#### Nordmazedonien

Über den Eisenbahnkorridor VIII wird eine Verbindung von Nordmazedonien bis zur bulgarischen Grenze geschaffen.



#### Georgien

Über das Unterseestromkabel zur Anbindung im Schwarzmeerraum wird grüne Energie aus dem Südkaukasus in die EU exportiert.



#### Marokko

- Das Straßenbahnnetz im Ballungsraum Rabat-Salé-Témara wird ausgebaut (37 km zusätzlich).
- Es gibt eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das P2X-Wasserstoffkraftwerk.



#### Tunesien

Einrichtung von ELMED, der ersten Hochspannungs-Unterseekabelverbindung zwischen Italien und Tunesien.



#### Israel

Das Unterseestromkabel „EuroAsia Interconnector“ schafft eine Verbindung zwischen Griechenland, Zypern und Israel.



#### Ägypten

- GREGY, eine Hochspannungs-Kabelverbindung im östlichen Mittelmeer zwischen Europa und Afrika, konkret zwischen Ägypten und Griechenland.
- Modernisierung des Kontrollzentrums im Raum Alexandria.
- Herstellung von Methanol für eine umweltfreundliche Schifffahrt.



#### Jordanien

- Akaba-Amman-Projekt für die Wasserentsalzung und den Wassertransport.
- Sanierung und Modernisierung der Kläranlage As-Salt; Bau einer Biogasanlage.

## Internationale Partnerschaften und Global Gateway

Im Jahr 2023 hat die EU erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung der Global-Gateway-Strategie gemacht – ihrem Beitrag zur Schließung der weltweiten Investitionslücke und zur Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels weltweit. Fast 90 neue Vorzeigeprojekte wurden in diesem Jahr in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, Asien

und im Pazifikraum, im westlichen Balkan sowie in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU durchgeführt. Diese Projekte deckten eine Vielzahl von Bereichen ab, darunter strategische Transportwege, erneuerbare Energien, Seekabel, kritische Rohstoffe, Ausbildung von Lehrkräften und Impfstoffproduktion.



Am 25. und 26. Oktober kamen auf dem ersten Global-Gateway-Forum Entscheidungsträgerinnen und -träger aus der EU, Partnerländern, Unternehmen, der Zivilgesellschaft, Denkfabriken, Finanzinstitutionen und internationalen Organisationen zusammen, um die Umsetzung der Global-Gateway-Strategie voranzubringen. In nur zwei Tagen wurden Investitionen in Höhe von insgesamt rund 3 Mrd. EUR vereinbart. Die EU hat sich verpflichtet, im Rahmen der Strategie bis 2027 insgesamt 300 Mrd. EUR zu mobilisieren.

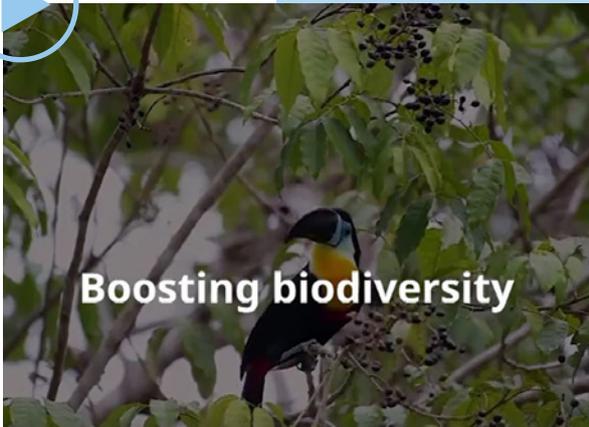
↑

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (rechts), und Sheikh Hasina, Premierministerin von Bangladesch (links), auf dem Global-Gateway-Forum, Brüssel (Belgien), 25. Oktober 2023.

2023 fand auch das erste Gipfeltreffen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten seit acht Jahren statt. Bei dem Treffen wurde die Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik gebilligt. Im Rahmen der Agenda sollen in den kommenden Jahren mehr als 45 Mrd. EUR mobilisiert werden. Im Jahr 2023 schloss die EU außerdem verschiedene bilaterale strategische Partnerschaften mit Ländern

in der Region, um auch weiterhin in den Bereichen Energie und kritische Rohstoffe zusammenzuarbeiten. Für die Zusammenarbeit in den Bereichen Digitales und Weltraum wurde die Digitale Allianz EU-Lateinamerika/Karibik geschlossen. Darüber hinaus wurde das EU-Leitprogramm Euroclima als Reaktion auf die Klimakrise auf die 33 lateinamerikanischen und karibischen Länder ausgeweitet.

## Die Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik



Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen für den Zeitraum bis 2027 **mehr als 45 Mrd. EUR** zur Unterstützung der verstärkten Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik bereit. Weitere Länder wie auch die Privatwirtschaft und Finanzinstitutionen werden voraussichtlich ebenfalls einen Beitrag leisten.

Es sind mehr als 130 Projekte in lateinamerikanischen und karibischen Ländern geplant, mit denen hochwertige Investitionen angestoßen werden sollen.

Die Projekte werden im Rahmen von Team-Europa-Initiativen durchgeführt: Die EU, ihre Mitgliedstaaten, Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen (einschließlich der Europäischen Investitionsbank), Exportkreditagenturen und alle anderen öffentlichen Finanzierungsquellen werden mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten.

↑ VIDEO Global Gateway: Start des Programms Amazonia+.

### Die Agenda ist um zentrale Säulen herum aufgebaut:



gerechter grüner Wandel



inklusive digitaler Wandel



menschliche Entwicklung



krisenfestes Gesundheitswesen und Impfstoffe

Ebenso hat die EU ihre Beziehungen zum asiatisch-pazifischen Raum im Laufe des Jahres gestärkt. Im Jahr 2022 hatte sie angekündigt, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten des Verbands Südostasiatischer Nationen Investitionen in Höhe von bis zu 10 Mrd. EUR für Global-Gateway-Projekte zu mobilisieren. Im Rahmen dieses Vorhabens startete sie 2023 ein Erdbeobachtungsprogramm, um Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, die Ernährungssicherheit zu verbessern

und auf Katastrophen reagieren zu können. Darüber hinaus knüpfte die EU neue Partnerschaften zur Förderung eines nachhaltigen Energiemanagements und der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Im Hinblick auf die Verbesserung der nachhaltigen Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien wurden die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Regionen und die sich daraus ergebenden Investitionsmöglichkeiten anhand einer Studie erfasst.



Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften (2. von rechts), bei der Unterzeichnung des Samoa-Abkommens, Apia (Samoa), 15. November 2023.



Zudem wurde eine neue Partnerschaft zwischen der EU und der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten, der 79 Nationen angehören, geschaffen. Am 15. November unterzeichneten sie das Samoa-Abkommen, welches das Cotonou-Abkommen ablöst. In dem neuen Abkommen wird der Fokus auf gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Menschenrechte und Gesundheit gelegt. Es bietet den Rahmen für die Gestaltung der

Beziehungen zwischen der EU und der Organisation in den nächsten 20 Jahren.

Bei der Umsetzung des mit 150 Mrd. EUR ausgestatteten Global-Gateway-Investitionspakets Afrika-EU macht die EU Fortschritte. Mit dem Paket werden neue wichtige Team-Europa-Initiativen (gemeinsame Anstrengungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten) in Bereichen wie Gesundheit, digitale Technologien, grüne Energie, Bildung und Verkehr aufgelegt.

## Team-Europa-Initiativen 2023



Der Fahrplan für die Partnerschaft zwischen der EU und Namibia für nachhaltige Rohstoff-Wertschöpfungsketten und erneuerbaren Wasserstoff wurde im Oktober 2023 auf den Weg gebracht. Parallel dazu unterzeichnete die EU Abkommen über ähnliche Partnerschaften mit der Demokratischen Republik Kongo und mit Sambia.



In Südafrika wurde die Impfstoffproduktion aufgenommen, und in Ghana, in Ruanda und im Senegal werden Produktionsstätten eingerichtet.



Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben die Unterstützung für die Erzeugung sauberer Energie in Afrika aufgestockt, beispielsweise durch den Start der Partnerschaft für eine gerechte Energiewende mit Senegal und die Inbetriebnahme des Solarkraftwerks Gorou Banda in Niger.



Im Januar 2023 riefen die EU und ihre Mitgliedstaaten zudem eine mit 100 Mio. EUR ausgestattete Regionale Initiative für Lehrkräfte ins Leben, um hochwertige Bildung für alle zu fördern.



Am 18. Dezember 2023 reiste Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (links), nach Kigali in Ruanda und hielt zusammen mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame (rechts) eine Ansprache bei der Eröffnungsfeier von BioNtech Africa.



← Die EU finanziert den Bau einer Brücke über den Fluss Logone an der Grenze zwischen Kamerun und Tschad. Bisher war der Waren- und Personenverkehr auf traditionelle Holzboote angewiesen. Yagoua (Kamerun), 5. April 2023.

Mit der Einführung des Markers zur Ungleichheit (I-Marker) hat die EU 2023 einen konkreten Schritt zur Bekämpfung von Ungleichheit unternommen. Mit diesem Instrument kann bewertet werden, ob Maßnahmen greifen und den Bedürfnissen der ärmsten 40 % der Bevölkerung gerecht werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind nach wie vor der weltweit führende Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Im Jahr 2022 (dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen) stellten sie 92,8 Mrd. EUR bereit – das sind 43 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe.

## Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

### Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe rettet Leben, wahrt die Menschenwürde und fördert globale Solidarität in Krisen und Notsituationen. Die EU ist als Gemeinschaft einer der größten Geber humanitärer Hilfe weltweit. Mit einem Haushalt von 2,4 Mrd. EUR allein im Jahr 2023 leistet sie nicht nur in neu entstandenen Notsituationen Hilfe, sondern auch in vergessenen Krisen.

Aufgrund von Konflikten, wirtschaftlichen Schocks, extremen Wetterbedingungen und der Pandemie ist die Ernährungsunsicherheit so groß wie selten zuvor. Russlands völkerrechtswidrige Invasion der Ukraine hat die Lebensmittel-, Energie- und Düngemittelpreise auch in diesem Jahr beeinflusst und Lieferkettenstörungen verursacht. Im Jahr 2023 wurden mehr als 668 Mio. EUR für humanitäre Ernährungshilfe bereitgestellt. Mit diesen Mitteln will die EU den Zugang zu unbedenklichen und nahrhaften Nahrungsmitteln für die am stärksten von Hunger betroffenen und besonders gefährdeten Menschen in Krisen gewährleisten.

In den letzten zwölf Jahren der Krise in Syrien haben die EU und ihre Mitgliedstaaten umfangreiche Unterstützung für die syrische Bevölkerung in Höhe von insgesamt 30 Mrd. EUR geleistet. Dies umfasst

humanitäre Hilfe sowie Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfe. Das Budget für humanitäre Hilfe wurde 2023 um 170 Mio. EUR aufgestockt.

Im Februar 2023 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,8 Syrien und die Türkei. Seit über einem Jahrhundert hatte es in der Region kein Beben dieser Größenordnung gegeben. Nachbeben verursachten weitere Zerstörung.



↑ Dank EU-Mitteln und Partnerorganisationen werden Hygieneartikel an Menschen verteilt, die nach dem Erdbeben in Zelten leben, Türkei, 23. August 2023.

Die EU war sofort zur Stelle: Sie entsandte 30 Such- und Rettungsteams in die Türkei, mobilisierte humanitäre Hilfe für beide Länder und berief am 20. März die internationale Geberkonferenz „Gemeinsam für die Menschen in der Türkei und in Syrien“ ein. Auf der Konferenz sagte die internationale Gemeinschaft 7 Mrd. EUR zu, um den humanitären Bedarf und den Wiederaufbau der betroffenen Regionen in der Türkei zu finanzieren und Syrien mit humanitärer Hilfe sowie beim frühzeitigen Wiederaufbau und im Bereich der Krisenvorsorge zu unterstützen. Dies umfasste einen Beitrag von 1,1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und von 400 Mio. EUR im Jahr 2023 aus dem EU-Solidaritätsfonds.

Im September erschütterte ein Erdbeben der Stärke 6,8 Marokko. Die EU mobilisierte rasch 1 Mio. EUR Soforthilfe, entsandte Experten für humanitäre Hilfe und Logistik und stand bereit, erforderlichenfalls weitere Unterstützung zu leisten.

Angesichts der deutlichen Zunahme des weltweiten Bedarfs an humanitärer Hilfe verstärkt die EU ihr Engagement für die Verbreiterung der weltweiten Geberbasis. Zudem arbeitet sie an der Schließung der wachsenden Kluft zwischen Bedarf und verfügbaren Mitteln, die 2023 erstmals fast die 40-Mrd.-EUR-Marke überstieg. Diese Themen standen im Mittelpunkt des jährlichen Europäischen Forums für humanitäre Hilfe im März in Brüssel (Belgien). In diesem Forum kamen die EU-Außenministerinnen und -minister zusammen, um zu diskutieren, wie die Mittel für Entwicklungsleistungen und Klimafinanzierung am besten eingesetzt werden können, um die Ursachen der Probleme anzugehen.

Außerdem sollten sie bei dem Forum motiviert werden, ihr Engagement zu verstärken.

Zusätzlich zu der finanziellen Unterstützung hat die EU auch ihre eigenen Kapazitäten eingesetzt, um die Arbeit ihrer humanitären Partnerorganisationen zu ergänzen. Über die Kapazität für europäische humanitäre Hilfe leistete sie das ganze Jahr über direkte logistische Unterstützung, insbesondere im Nahen Osten. Hierzu zählte zum Beispiel die Verteilung lebensrettender Hilfsgüter aus eigenen Beständen und die Lieferung von Hilfsgütern über die humanitäre Luftbrücke der EU an Partnerorganisationen.

Auch beim Ausbruch des Konflikts im Sudan im April reagierte die EU rasch und sandte lebensrettende Hilfsgüter an die betroffenen Menschen im Land und die Flüchtlinge in Tschad. Zudem wurden zwei parallele humanitäre Luftbrücken eingerichtet: Angesichts der weiteren Eskalation des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo sowie der Lage in Afghanistan, das mit der weltweit größten humanitären Krise konfrontiert ist, wurden über eine Reihe von Flügen weitere Soforthilfegüter bereitgestellt.

Im März 2023 organisierte die EU eine Konferenz zur Solidarität mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen aus Venezuela, auf der insgesamt 815 Mio. EUR zugesagt wurden und auf diese vergessene humanitäre Krise aufmerksam gemacht wurde. Auf weiteren Geberveranstaltungen wurden Mittel zur Unterstützung der jemenitischen Bevölkerung und der Krisengebiete am Horn von Afrika und in der Sahelzone mobilisiert.

Mehr als die Hälfte der malischen Bevölkerung ist unter 18 Jahre alt. Etwa ein Drittel lebt in Gebieten, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Die EU arbeitet aktiv daran, diese Kinder zu schützen, rasch auf neue Vertreibungen zu reagieren und sicherzustellen, dass sie ihre Bildung ununterbrochen fortsetzen können.

→

Freizeitaktivitäten für vertriebene Kinder in Mali werden in kleinen Gruppen veranstaltet, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihnen ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln. Dadurch kann auch leichter herausgefunden werden, welche Kinder zusätzliche Unterstützung brauchen. Schutzbedürftige Kinder erhalten dann auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnittene psychosoziale Unterstützung und Betreuung. 11. April 2023.



© DRC/Bakary Diouara

## Katastrophenbewältigung, -prävention und -vorsorge

Das im Oktober 2001 eingerichtete Katastrophenschutzverfahren der Union bildet das Rückgrat der Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zehn weiteren teilnehmenden Staaten im Zusammenhang mit vom Menschen verursachten und Naturkatastrophen. Wenn ein Notfall die Reaktionsfähigkeit eines Landes in Europa oder darüber hinaus überfordert, kann dieses Land im Rahmen des Verfahrens um Hilfe ersuchen.

2023 schlossen sich Moldau und die Ukraine dem Verfahren an. Nun tragen insgesamt 37 Mitglieder gemeinsam dazu bei, die Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung in Europa zu stärken.

Die EU spielt eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung und Finanzierung der gemeinsamen Katastrophenbewältigung innerhalb der EU und weltweit. Im Jahr 2023 stieg die Nachfrage nach Hilfe im Rahmen des Verfahrens an, das insgesamt 66-mal als Reaktion auf menschengemachte und Naturkatastrophen in ganz Europa und darüber hinaus aktiviert wurde. Dazu gehörten Anfragen im Zusammenhang mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine, dem massiven Erdbeben in Syrien und der Türkei, den verheerenden Waldbränden in Kanada und Griechenland und den beispiellosen Überschwemmungen in Italien, Libyen und Slowenien.

Die EU hat ihre strategischen rescEU-Reserven weiter ausgebaut, auf die als letztes Mittel zur Bewältigung schwerer Notfälle, die die Mitgliedstaaten überfordern, zurückgegriffen werden kann. In diesem Zusammenhang hat die EU eigene

Reserven für Notunterkünfte aufgebaut, die Platz für Tausende von Menschen in mehreren Ländern bieten können. Außerdem hat sie mit der Einrichtung des medizinischen rescEU-Notfallteams begonnen, dem ersten Feldkrankenhaus, das europaweit eingesetzt werden kann. Mehrere Mitgliedstaaten haben EU-Mittel für den Aufbau der ersten strategischen rescEU-Reserven für chemische, biologische, radiologische und nukleare Notfälle sowie eine Notfallenergiereserve mit Generatoren und anderer Ausrüstung erhalten.

Die EU unterstützt Regierungen, Organisationen und Gemeinschaften bei der Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung mithilfe des Einsatzes von Frühwarnsystemen, des Austauschs von Fachwissen, der Bereitstellung von Schulungen zu Sofortmaßnahmen und der Bevorratung von Hilfsgütern.

In diesem Zusammenhang hat die EU ihr Bekenntnis zu dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen erneuert. Außerdem unterstützt sie Lateinamerika und die Karibik durch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Katastrophenvorsorge und dem Risikomanagement. Angesichts der Entwicklungen in der Risikolandschaft in Europa hat die EU 2023 fünf Katastrophen-resilienzziele angenommen. Dabei handelt es sich um Ziele, die den Gemeinschaften in ganz Europa Orientierung bieten und sie dabei unterstützen, künftige schwere Katastrophen vorherzusagen, Vorsorgemaßnahmen zu treffen und solche Katastrophen zu bewältigen. Sie stellen eine Verbindung zwischen bestimmten Katastrophenszenarien und Bewältigungskapazitäten her und sollen die Katastrophenresilienz spürbar und effizient stärken.

→ Rumänische Feuerwehrleute auf der Insel Rhodos (Griechenland) versorgen ein aus dem Feuer gerettetes Kaninchen mit dringend benötigtem Wasser. Wenn Feuer ihren natürlichen Lebensraum zerstört, sind Tiere oftmals hilflos und können sich nicht in Sicherheit bringen. Juli 2023.



© Rumänischer Bevölkerungsschutz

## Fünf EU-Ziele für Katastrophenresilienz



### Antizipieren

Bessere Risikobewertung



### Vorsorgen

Stärkere Sensibilisierung  
und bessere Vorbereitung  
der Menschen



### Warnen

Verbesserte  
Frühwarnsysteme



### Bewältigen

Leistungsfähigeres  
Katastrophenschutz-  
verfahren der Union



### Sichern

Robuste Koordinierung von  
Notfallmaßnahmen in ganz  
Europa

## Handelsabkommen

Die EU arbeitet international mit Ländern und Organisationen zusammen, um Handel und wirtschaftlichen Wohlstand zu fördern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Technologie im Dienste der Gesellschaft und unter Achtung der demokratischen Werte eingesetzt wird.

Im Juni brachten die Kommission und der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell die Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auf den Weg – ein Gesamtkonzept für eine stärkere und resilientere EU-Wirtschaft. Mit dieser Strategie werden die industrielle Basis der EU erweitert, wichtige wirtschaftliche Interessen geschützt und die Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum von Nicht-EU-Ländern gefördert, um die globale wirtschaftliche Sicherheit zu verbessern.

Im Jahr 2023 erzielte die EU gute Fortschritte bei mehreren Freihandelsabkommen. So unterzeichnete und verabschiedete sie ein solches Abkommen mit Neuseeland, das 2022 abgeschlossen worden war. Das Abkommen zwischen der EU und Chile wurde ebenfalls unterzeichnet, wodurch der Weg für die förmliche Annahme frei ist.

Die EU hat nach dem Abschluss der Verhandlungen das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Kenia unterzeichnet. Es handelt sich um das ehrgeizigste Abkommen im Bereich Nachhaltigkeit, das die EU je mit einem Entwicklungsland ausgehandelt hat. Fortschritte gab es auch bei dem Abkommen zwischen der EU und Angola über die Erleichterung nachhaltiger Investitionen. Die Kommission hat dem Rat vorgeschlagen, das Abkommen zu schließen und zu unterzeichnen.

Zudem wurden sowohl die Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien, Indien und Indonesien als auch die technische und rechtliche Arbeit im Zusammenhang mit dem Handelsabkommen mit dem Mercosur fortgesetzt. Die Verhandlungen mit Thailand wurden ebenfalls wieder aufgenommen.

Im Anschluss an den hochrangigen Wirtschaftsdialog zwischen der EU und Japan im Juni und den EU-Japan-Gipfel im Juli einigten sich die beiden Parteien auf eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-Japan. Dazu gehört auch eine Ausweitung der Gespräche über die wirtschaftliche Sicherheit und die Vereinbarung von Grundsätzen für den digitalen Handel.



Auf dem wegweisenden Gipfeltreffen EU-China in Peking im Dezember, dem ersten persönlichen Treffen seit 2019, stand die Erzielung konkreter Fortschritte in den Beziehungen zwischen den beiden Parteien im Mittelpunkt. Insbesondere wurde die Frage erörtert, wie das Handelsdefizit der EU mit China ausgeglichen und eine gerechte Wirtschaftspartnerschaft und die Einhaltung internationaler Normen gefördert werden kann.

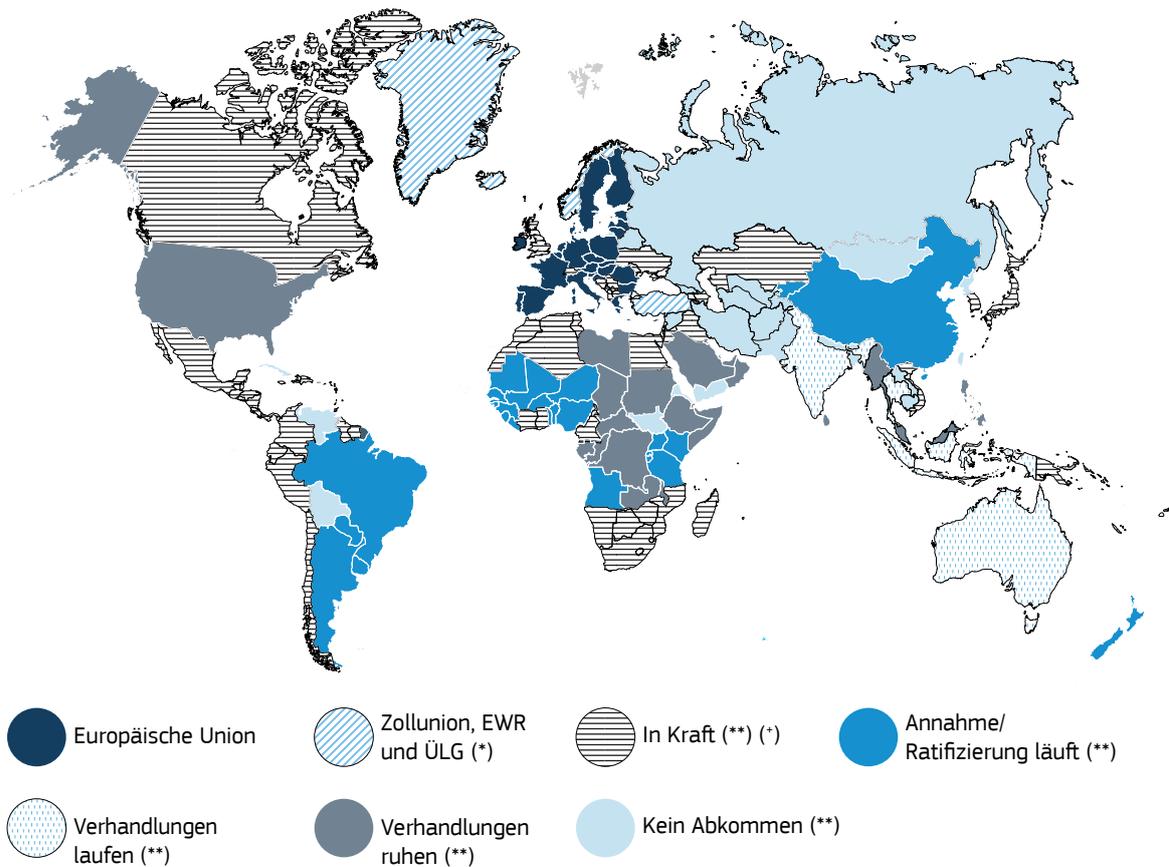
Die Teilnehmer des Treffens befassten sich auch mit kritischen globalen Anliegen wie dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, den Spannungen im Nahen Osten, dem Klimawandel, Herausforderungen im Gesundheitsbereich sowie mit Menschenrechtsfragen in China. Auf dem Gipfeltreffen wurde hervorgehoben, wie wichtig Zusammenarbeit und gegenseitiger Respekt in globalen Angelegenheiten sind.

Mit den Vereinigten Staaten wurden die Verhandlungen über die globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium fortgesetzt, um die Überkapazitäten auf den Weltmärkten anzugehen und den weltweiten Stahlhandel nachhaltiger zu gestalten. Dazu haben sich die Vereinigten Staaten und die EU darauf geeinigt, die Aussetzung der US-Zölle auf bestimmte Mengen von Stahl und Aluminium aus der EU und die Aussetzung der Gegenzölle der EU auf US-Waren bis zum 31. Dezember 2025 bzw. bis zum 31. März 2025 zu verlängern. Ferner wurden mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen über ein Abkommen über kritische Mineralien aufgenommen. Dies würde es Herstellern von Elektrofahrzeugen und -teilen in der

EU ermöglichen, bestimmte Steuergutschriften des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflationsrate in Anspruch zu nehmen.

Zusätzlich entwickelten die EU und die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierats weiter. Hierfür traten im Mai die Ministerinnen und Minister zum vierten Mal zusammen. Aufbauend auf diesem Erfolg, hielten die EU und Indien ebenfalls im Mai das erste Ministertreffen des Handels- und Technologierats EU-Indien ab. Der Rat war im Februar ins Leben gerufen worden. Während des Treffens vereinbarten beide Seiten, ihre Zusammenarbeit in drei Schlüsselbereichen zu vertiefen: Technologie, saubere Energie und Handel.

## Handelsabkommen der EU im Jahr 2023



(\*) Europäischer Wirtschaftsraum, überseeische Länder und Gebiete.

(\*\*) Freihandelsabkommen, vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen, Investitionsabkommen, Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Präferenzregelung.

(\*) Die Abkommen mit Tunesien und mit den Staaten des östlichen und südlichen Afrika werden derzeit aktualisiert; die aktualisierten Abkommen mit Chile und Mexiko sind in der Ratifizierungsphase; das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien findet in Abchasien und Südossetien keine Anwendung.

Der Windsor-Rahmen ist ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Er bietet endgültige Lösungen für die Herausforderungen bei der Umsetzung des Protokolls zu Irland/Nordirland (ein integraler Bestandteil des Austrittsabkommens). Außerdem bekräftigt er das uneingeschränkte Engagement sowohl der EU als auch des Vereinigten Königreichs für das Karfreitagsabkommen (Abkommen von Belfast), erleichtert den Handel zwischen Nordirland und Großbritannien und schützt den europäischen Binnenmarkt. Beide Parteien verpflichten sich zur vollständigen und fristgerechten Umsetzung aller Elemente des Rahmens.

Auch beim Handels- und Kooperationsabkommen gab es 2023 Fortschritte. Es ermöglicht die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Verkehr, Energie und Sicherheit sowie bei der Cybersicherheit und Finanzdienstleistungen. Das Vereinigte Königreich und die EU erzielten eine Einigung über die Teilnahme des Königreichs an Horizont Europa, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, und Copernicus, dem weltweit führenden Erdbeobachtungsprogramm der EU.

Dank der Unterstützung durch die EU in der Zypernfrage erreichte der Handel über die Grüne Linie zwischen türkischen und griechischen Zypriern und Zypern im Jahr 2023 ein Rekordvolumen

von 16 Mio. EUR. Dieser Handel schafft Vertrauen zwischen den beiden Gemeinschaften und hilft der zypriischen Wirtschaft. Dieses Wachstum soll beibehalten werden – deswegen finanzierte die EU eine zentrale Anlaufstelle mit Beratungsangeboten für lokale Händler, die im Oktober ihre Tore öffnete.

Die EU schloss mehrere Digitalpartnerschaften, um ihre Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Staaten wie Kanada und Ländern im indopazifischen Raum wie Singapur und Südkorea auszubauen. Ziel ist es, einen sicheren und geschützten digitalen Raum zu schaffen und einen resilienten digitalen Wandel zu ermöglichen. Auch die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan wächst weiter: Beide Parteien unterzeichneten Abkommen zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den Bereichen digitale Infrastruktur, Halbleiter und Rohstofflieferketten.

Ein weiteres Ziel der EU ist es, ihre Beziehungen zu den weltweit führenden wissenschaftlichen Gemeinschaften zu stärken. In diesem Zusammenhang wurde 2023 ein weiterer Meilenstein erreicht: die Beteiligung Neuseelands als erstem geografisch nicht europäischem Land am Programm Horizont Europa. Zudem wird dieses internationale wissenschaftliche Bündnis durch die Assoziierung Kanadas weiter ausgebaut.



↑

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter und EU-Kommissarin für Wettbewerb (2. von rechts), und Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und EU-Kommissar für Handel (3. von rechts), bei der Sitzung des EU-Indien-Handels- und Technologierates, Brüssel (Belgien), 16. Mai 2023.



# 9. Institutionelle Entwicklungen und Stärkung der Demokratie

## Einführung

Im Jahr 2023 arbeiteten die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union eng zusammen, um die gemeinsamen Interessen der EU zu vertreten und Ergebnisse für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Die Bemühungen zur Verbesserung des Rechtsetzungsprozesses in der EU wurden fortgesetzt, ebenso wie die Reform der Verwaltungen, damit diese besser auf die Chancen und Herausforderungen einer sich verändernden Welt vorbereitet sind. Bessere Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger durch verbesserte EU-Vorschriften – das ist ein gemeinsames Ziel und die Aufgabe aller EU-Organe und Mitgliedstaaten. Das umfasst auch die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess.



Von links nach rechts: Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, Jessika Roswall, schwedische Ministerin für EU-Angelegenheiten, Shirin Ebadi, iranische Rechtsanwältin und Schriftstellerin, Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Samantha Cristoforetti, italienische Astronautin, und Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, bei den Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag im Europäischen Parlament, Straßburg (Frankreich), 15. März 2023.

## Zusammenarbeit

Der institutionelle Rahmen der EU ist einzigartig, und ihr Entscheidungsfindungssystem entwickelt sich stetig weiter. Grundsätzlich schlägt die Europäische Kommission neue Rechtsvorschriften vor, die dann vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union als gesetzgebende Organe angenommen werden. Die Mitgliedstaaten setzen die Rechtsvorschriften anschließend um, und die Kommission kontrolliert deren ordnungsgemäße Anwendung. Die Arbeit dieser Organe wird durch weitere Organe und Einrichtungen ergänzt. Im Jahr 2023 haben die EU-Organen Fortschritte bei

mehreren wichtigen Gesetzgebungsinitiativen erzielt und sich verstärkt für mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz in der EU eingesetzt. Unter Berücksichtigung der Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zu einem resilienteren, wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Europa“ kamen die Staats- und Regierungschefs der EU im Oktober in Granada (Spanien) zusammen, um Gespräche über die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Europäischen Union für die kommenden Jahre einzuleiten.

Alle sechs Monate übernimmt ein anderer Mitgliedstaat den Vorsitz des Rates der Europäischen Union. Im Jahr 2023 wurde der Vorsitz zunächst von Schweden und dann von Spanien übernommen.



↑  
Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Mitglieder der schwedischen Delegation und Mitglieder des Kollegiums der Europäischen Kommission bei der Auftaktsitzung des schwedischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union, Kiruna (Schweden), 12. Januar 2023.



## Fortschritte bei Gesetzgebungsinitiativen

Im Jahr 2023 machten die beiden gesetzgebenden Organe der EU Fortschritte bei einigen wichtigen Initiativen.

Um Solidarität mit der Ukraine unter Beweis zu stellen und das Land militärisch zu unterstützen (siehe Kapitel 1), erzielten das Parlament und der Rat eine politische Einigung über die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion, mit der 500 Mio. EUR für die Herstellung von Munition und Flugkörpern mobilisiert werden. Ferner einigten sie sich auf neue Maßnahmen, um rasch die Kapazitäten der EU-Verteidigungsindustrie zur Produktion von Munition auszubauen (Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung – siehe Kapitel 8). Angesichts des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stimmte der Rat ferner dem elften und zwölften Paket wirtschaftlicher und individueller restriktiver Maßnahmen (Sanktionen) zu.

Auch bei der Stärkung der Wirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit der EU wurden Fortschritte erzielt: Die gesetzgebenden Organe erzielten Einigungen über wichtige Vorschläge wie die Verordnung über europäische grüne Anleihen, das Bankenpaket und die Verordnung über Zentralverwahrer sowie das bahnbrechende Gesetz zu kritischen Rohstoffen (siehe Kapitel 2). Darüber hinaus einigte sich der Rat auf einen gemeinsamen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission für die Reform der EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung.

↑

Am 3. Juli 2023 nahmen Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und die Mitglieder des Kollegiums der Europäischen Kommission bei der Eröffnungsveranstaltung des spanischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union in Madrid (Spanien) teil.

Im Kontext der grünen Agenda nahmen das Parlament und der Rat wichtige Rechtsvorschriften zur Erreichung der Klimaziele für 2030 an. Diese umfassen neue Bestimmungen zur Verringerung des Endenergieverbrauchs und zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix der EU (siehe Kapitel 3 und 4).

Im Hinblick auf den digitalen Wandel nahmen das Parlament und der Rat neue Vorschriften zur Stärkung des europäischen Halbleitersektors (Chip-Gesetz) an, wodurch sich die technologische Souveränität der EU verbessert. Die beiden gesetzgebenden Organe verabschiedeten auch das Datengesetz für einen fairen Datenzugang und erzielten eine politische Einigung über das Gesetz über künstliche Intelligenz für die sichere Nutzung von künstlicher Intelligenz zum Nutzen aller in der EU (siehe Kapitel 5).

Die Verhandlungen zwischen dem Parlament und dem Rat führten zu einer politischen Einigung über das neue Migrations- und Asylpaket (siehe Kapitel 7) und über die Transparenz politischer Werbung (siehe unten). Fortschritte wurden auch bei der Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Plattformarbeit (Kapitel 6) erzielt. Zum Schengen-Raum beschloss der Rat einstimmig die Aufhebung der Kontrollen an den Luft- und Seebinnengrenzen mit Bulgarien und Rumänien (siehe Kapitel 7).

Ferner ist die politische Einigung über die gezielte Überarbeitung der Haushaltsordnung ein wichtiger Schritt zum Schutz des EU-Haushalts (siehe Kapitel 2), für mehr Transparenz, ein besseres Krisenmanagement und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Mitgliedstaaten.

## Die Anwendung der EU-Vorschriften gewährleisten

Das EU-Recht ist überall vollständig und korrekt umzusetzen und anzuwenden, damit die Menschen und Unternehmen uneingeschränkt in den Genuss aller Vorteile kommen. Zur Gewährleistung dessen leitete die Kommission im Jahr 2023 mehr als 500 neue Vertragsverletzungsverfahren ein, entweder weil die Mitgliedstaaten EU-Richtlinien nicht fristgerecht in nationales Recht umgesetzt hatten oder weil sie die EU-Vorschriften nicht korrekt angewendet hatten oder ihre nationalen Vorschriften nicht vollständig mit dem EU-Recht zu vereinbaren waren.

Demgegenüber konnten im Laufe des Jahres 1 000 Vertragsverletzungsverfahren eingestellt werden, da die Mitgliedstaaten die EU-Vorschriften erfolgreich einhalten konnten. Dies bringt konkrete Vorteile mit sich, wie z. B. verstärkte Rechte im digitalen Binnenmarkt, Verbesserungen bei der Energieeffizienz, beim Umweltschutz und bei Finanzdienstleistungen sowie mehr Sicherheit im Verkehr.

Die Kommission bemühte sich weiterhin darum, Verstöße im Vorhinein zu vermeiden, z. B. indem sie die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des EU-Rechts durch praktische Anleitungen, Sitzungen, Schulungen und technische Hilfe frühzeitig unterstützte.

## Konkrete interinstitutionelle Zusammenarbeit

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Europäische Ausschuss der Regionen brachten wichtige und relevante Beiträge für Parlament, Rat und Kommission ein und setzten sich nachdrücklich für die Unterstützung der Ukraine ein. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss setzte seine Initiative zur Auswahl von Erweiterungskandidatenmitgliedern fort, mittels derer Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus den EU-Kandidatenländern in die tägliche Beratungsarbeit des Ausschusses einbezogen werden sollen.

Im Rahmen seiner Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine hob der Europäische Ausschuss der Regionen die Bedeutung der Dezentralisierung und der Stärkung der lokalen Selbstverwaltung für die Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine hervor.

Die nationalen Parlamente der meisten Mitgliedstaaten setzten ihre aktive Zusammenarbeit mit den EU-Organen fort und prüften die vorgeschlagenen neuen Rechtsvorschriften auf ihre Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Das Subsidiaritätsprinzip legt fest, unter welchen Umständen die EU anstelle der Mitgliedstaaten tätig werden darf. Die nationalen Parlamente äußerten nur in sehr wenigen Fällen Bedenken in dieser Hinsicht. Sie nahmen am schriftlichen und mündlichen politischen Dialog mit der Kommission zu zahlreichen Themen sowie an interparlamentarischen Treffen teil, die vom Europäischen Parlament ausgerichtet wurden.

Die Zusammenarbeit zwischen den anderen Organen und dem Europäischen Bürgerbeauftragten war weiterhin gut und sehr konstruktiv. Die Kommission ist weiterhin die wichtigste Anlaufstelle für die Untersuchungen des Bürgerbeauftragten, da sie am meisten mit der Öffentlichkeit interagiert. Im Jahr 2023 setzte die Kommission etwa drei Viertel der Vorschläge des Bürgerbeauftragten um, und es gab nur sehr selten Fälle von Missständen in der Verwaltung.

Als Hüter der EU-Finzen führte der Europäische Rechnungshof eine Reihe von Finanz- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch, unter anderem in Bereichen wie dem Fonds für die Erholung nach der Pandemie NextGenerationEU, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU, der Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen, der Achtung der europäischen Werte, dem Klimawandel und der Betrugsbekämpfung. Als wichtigste geprüfte Stelle des Rechnungshofs nahm die Kommission die überwiegende Mehrheit der an sie gerichteten Empfehlungen an und stellte damit sicher, dass die EU-Mittel in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften erhoben und ausgegeben werden und die angestrebten Ergebnisse erzielt werden.



## Gute Verwaltungspraxis

### Das Vertrauen der Öffentlichkeit stärken

Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht sind wesentlich für eine auf Rechtsstaatlichkeit beruhende Demokratie. Sie tragen zu einer guten Regierungsführung bei, schaffen Vertrauen in den politischen Entscheidungsprozess und sind äußerst wichtige politische Mittel zur Bekämpfung von Korruption. Nach den Korruptionsvorwürfen und der anschließenden Verhaftung eines Mitglieds des Europäischen Parlaments Ende des vorangegangenen Jahres führte das Parlament 2023 eine Reihe von Reformen durch, mit denen seine Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht gestärkt und folglich weitere Störungen in der laufenden Arbeit verhindert werden sollten.

Zur Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die EU-Organe legte die Kommission im Juni einen Vorschlag für ein interinstitutionelles Ethikgremium vor, das gemeinsame Standards für das ethische Verhalten der Mitglieder und einen förmlichen Mechanismus für die Zusammenarbeit und den Austausch über ethische Anforderungen schaffen soll. Die Kommission brachte alle EU-Organe (das Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Gerichtshof, die Europäische Zentralbank und den Rechnungshof sowie den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Europäischen Ausschuss der Regionen) für Verhandlungen zusammen und organisierte die ersten Sitzungen auf politischer und fachlicher Ebene über ein mögliches Abkommen.

Im Juni legte die Europäische Zentralbank ihre Bestimmungen zur Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament offiziell fest. Der Dialog zwischen der Zentralbank und dem Parlament ist in dieser Hinsicht

von zentraler Bedeutung. Dadurch kann die Bank den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der EU-Bürgerinnen und -Bürger ihre Maßnahmen und ihre Politik im Detail erläutern und deren Anliegen Gehör schenken. Auf diese Weise können sich die Bürgerinnen und Bürger und ihre Vertreterinnen und Vertreter ein Bild von den Ergebnissen der Bank im Hinblick auf ihr vorrangiges Ziel – die Gewährleistung der Preisstabilität – machen.

### Bessere Rechtsetzung

Die Agenda für bessere Rechtsetzung ist das Kernstück der Arbeit der Kommission, um die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU durch eine intelligenterere, effizientere und wirksamere Rechtsetzung zu gewährleisten. Dies baut auf einem bewährten Rahmen auf, der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung anerkannt wurde.

Im Jahr 2023 verpflichtete sich die Kommission dazu, den mit den Berichtspflichten verbundenen Aufwand im Laufe der Zeit um 25 % zu verringern. In ihrem Arbeitsprogramm schlug sie 41 Initiativen vor, um vorrangig die Berichtspflichten zu straffen, die einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für Unternehmen und Verwaltungen darstellen. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand zu verringern, ohne dadurch bei den politischen Zielen oder den sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen oder sonstigen Standards, einschließlich des Verbraucherschutzes, Abstriche zu machen. Grundlage dafür werden 200 Beiträge von Unternehmen, Behörden, der Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern sein, die im Rahmen einer speziellen Aufforderung zur Stellungnahme eingegangen sind.



←  
Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (links), und Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments (rechts), unterzeichnen die Regelungen zur Rechenschaftspflicht, Brüssel (Belgien), 5. Juni 2023.

## Rationalisierung und Vereinfachung von Berichtspflichten

### Wie?



### Beispiele

Vorschlag	Ziel	Erwartete Einsparungen/Vorteile
Reformierter Zollkodex der Union	Einrichtung einer einheitlichen EU-Schnittstelle und Erleichterung der Weiterverwendung von Daten	2 Mrd. EUR
Überarbeitete Richtlinie über den kombinierten Verkehr	Vereinfachung von Verfahren (z. B. Nutzung digitaler Verkehrsdatenplattformen zum Nachweis der Zulässigkeit)	430 Mio. EUR
Angepasste Schwellenwerte der Rechnungslegungsrichtlinie	Verringerung der Berichtspflichten	Voraussichtlich profitieren mehr als 1 Million Unternehmen
Alternative Streitbeilegung	Aufhebung einiger Offenlegungspflichten und Ersetzung der Online-Plattform	Rund 630 Mio. EUR



Maroš Šefčovič, Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal, interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, bei der achten Plenartagung der Plattform „Fit for Future“, Brüssel (Belgien), 28. November 2023. Diese hochrangige Expertengruppe unterstützt die Kommission bei ihren Bemühungen, die EU-Rechtsvorschriften zu vereinfachen und unnötige Kosten zu senken.

Die Kommission setzte auch weiter den One-in-one-out-Ansatz um, mit dem sichergestellt wird, dass jede neue Auflage durch die Beseitigung einer gleichwertigen Auflage in demselben Politikbereich ausgeglichen wird. Dieser Ansatz ergänzt das Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem die Kommission bei der Überarbeitung und Bewertung von EU-Rechtsvorschriften Bürokratie und unnötige Kosten systematisch ermitteln und beseitigen will.

## Die Verwaltungszusammenarbeit stärken

Effiziente öffentliche Verwaltungen auf nationaler Ebene sind von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung der politischen Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten, für die Umsetzung von Reformen zum Nutzen der Menschen und der Unternehmen gleichermaßen und für die Kanalisierung von Investitionen zur Verwirklichung des grünen und digitalen Wandels und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Mit der ComPAct-Initiative wird das Ziel verfolgt, den europäischen Verwaltungsraum zu stärken. Die neuen Grundsätze sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, Qualifikationsdefizite zu beseitigen und bis 2030 100 % der wichtigsten öffentlichen Dienste online zugänglich zu machen. Dadurch werden die Volkswirtschaften und Gesellschaften in der EU in die Lage versetzt, die ehrgeizigen Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen, und die öffentlichen Verwaltungen der EU werden gleichzeitig weniger bürokratisch, schneller, transparenter und bürgernäher. In diesem Zusammenhang war die Einigung über das Gesetz für ein interoperables Europa im November ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung der digitalen Ziele der EU für 2030 (siehe Kapitel 5). Nach der Annahme wird das Gesetz den Informationsaustausch im öffentlichen Sektor der EU vorantreiben und den digitalen Wandel des Sektors beschleunigen.

## Strategische Vorausschau

Für eine zukunftsichere Politik in einem immer komplexer werdenden globalen Kontext bindet die EU verstärkt die strategische Vorausschau in ihre Politikgestaltung ein. Die Untersuchungen, bei denen mögliche Szenarien, Trends, Risiken und neu auftretende Probleme im Fokus stehen, können

im Einklang mit dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung nützliche Erkenntnisse für die strategische Planung und Politikgestaltung liefern. Schließlich kann die EU durch die strategische Vorausschau künftige Bedürfnisse und ansonsten unerwartete negative Entwicklungen und komplexe Krisen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, antizipieren und besser darauf reagieren.

In der strategischen Vorausschau 2023 wurden die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und der Erhaltung des Wohlergehens der Menschen analysiert. Ferner wurde beleuchtet, wie durch eine erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderungen die globale Führungsrolle der EU gestärkt werden kann. Der Bericht zeigt 120 konkrete Handlungsfelder auf und stellt die ersten Ergebnisse des Pilotprojekts zum über das BIP hinausgehenden Ansatz vor, der darauf abzielt, Fortschrittsindikatoren, die ökologische und soziale Aspekte stärker einbeziehen, zu entwickeln.

Im Laufe des Jahres baute die Kommission auch ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des 2021 eingerichteten EU-Netzes für strategische Vorausschau weiter aus, wodurch das Interesse an strategischer Vorausschau gestiegen ist und mehr Investitionen auf nationaler Ebene getätigt wurden. Das Netz trägt auch zu umfassenderen Diskussionen auf EU-Ebene bei, z. B. zur Arbeit am Bericht Resilient EU2030 während des spanischen Ratsvorsitzes und zur Erklärung des Europäischen Rates in Granada (Spanien).

Das Europäische System für strategische und politische Analysen bringt neun EU-Organen und -Einrichtungen zusammen, die künftige Risiken und Chancen antizipieren sollen. Im Jahr 2023 lag der Fokus der Zusammenarbeit auf der Ausarbeitung des neuen Global Trends Report, der Anfang 2024 veröffentlicht werden soll.

## Zehn Aktionsbereiche für Nachhaltigkeit



## Stärkung der Demokratie

### Schutz der Rechtsstaatlichkeit

Angesichts des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist es von entscheidender Bedeutung, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der EU und darüber hinaus proaktiv verteidigt und gewahrt werden. Der „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit“ 2023 lieferte dazu wesentliche Informationen, aus denen hervorging, dass 65 % der 2022 an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen zur Rechtsstaatlichkeit vollständig oder teilweise umgesetzt worden waren. Dies zeigt, welche erheblichen Anstrengungen

derzeit in den Mitgliedstaaten unternommen werden, um notwendige Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in den folgenden vier zentralen Bereichen vorzunehmen: Justizwesen, Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und Medienfreiheit. Mit Blick auf die positiven Ergebnisse in den Mitgliedstaaten gab die Kommission 2023 bekannt, die „Berichte über die Rechtsstaatlichkeit“ den weiter fortgeschrittenen Beitrittsländern zugänglich zu machen, um sie bei ihren Reformbemühungen zu unterstützen.

## Ausländische Einflussnahme auf demokratische Systeme

81 %

der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass ausländische Einflussnahme ein ernstes Problem ist, das es zu bekämpfen gilt.

81 %

der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass Einrichtungen, die ausländische Regierungen auf dem Gebiet der EU vertreten, registriert werden sollten, um verdeckte Einflussnahme zu verhindern.

## Rolle der Zivilgesellschaft bei Förderung und Schutz der Demokratie

Für 87 %

der Menschen in der EU spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle beim Schutz der Demokratie und der Förderung des demokratischen Diskurses.

## Demokratie und Wahlen

78 %

der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass Wahlentscheidungen auf Desinformation beruhen könnten.

70 %

der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass Wahlen aus dem Ausland verdeckt beeinflusst werden könnten.

63 %

der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass Wahlergebnisse manipuliert werden könnten.

72 %

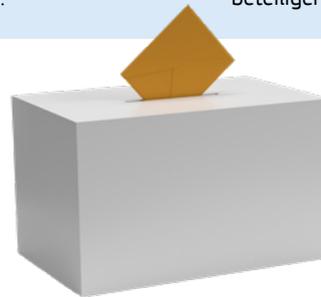
der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass Wahlen in der EU durch Cyberangriffe manipuliert werden könnten.

65 %

der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass Druck auf sie ausgeübt werden könnte, in einer bestimmten Weise abzustimmen.

53 %

der Menschen in der EU haben die Befürchtung, dass sich Personen ohne Wahlrecht an Abstimmungen beteiligen könnten.



Quelle: Eurobarometer-Blitzumfrage 528, Dezember 2023.

## Unsere Demokratie verteidigen

In einer gesunden und lebendigen Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung frei äußern, ihre politische Vertretung wählen und über ihre Zukunft mitentscheiden. Die Demokratie in der EU ist stark, aber sie steht vor großen Herausforderungen wie zunehmendem Extremismus, Wahlbeeinflussung, Verbreitung manipulativer Informationen und Drohungen gegen Journalistinnen und Journalisten.

Mit dem im Dezember verabschiedeten Paket zur Verteidigung der Demokratie sollen Herausforderungen wie die Einflussnahme aus dem Ausland angegangen und die Widerstandsfähigkeit von innen heraus durch Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der demokratischen Teilhabe gestärkt werden. Kernstück des Pakets ist ein Vorschlag zur Verbesserung der Transparenz und der demokratischen Rechenschaftspflicht, indem verdeckte ausländische Einflussnahme aufgedeckt wird. Durch gemeinsame Standards für die Interessenvertretungen von Drittländern werden die Maßnahmen zudem

Verbesserungen für den Binnenmarkt mit sich bringen. Ferner enthält das Paket zwei Empfehlungen: eine zur Stärkung der Wahlverfahren in der EU und eine weitere zur Förderung der inkluisiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung.

Ferner wurde eine politische Einigung über die neuen Vorschriften über die Transparenz politischer Werbung erzielt, denen zufolge politische Werbung klar als solche gekennzeichnet sein und u. a. Informationen darüber enthalten muss, wer wie viel dafür bezahlt hat, an welche Wahlen, welches Referendum oder welchen Regulierungsprozess sie geknüpft ist und ob Techniken zur gezielten Werbung verwendet wurden.

Die Förderung freier und fairer Wahlen sowie die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit sind Bausteine für einen Raum, in dem alle Bürgerinnen und Bürger frei und mündig leben können.



### Europawahlen

Das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen fördert den konkreten, praxisbezogenen Austausch über eine Reihe von Themen, die für die Gewährleistung freier und fairer Wahlen, einschließlich der Cybersicherheit, relevant sind. Es wird die Behörden der Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit im Vorfeld der Europawahl 2024 weiter unterstützen.



VIDEO Videobotschaft von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, zur Europawahl vom 6. bis 9. Juni 2024.



## Medienfreiheit

Im Jahr 2023 wurde eine politische Einigung über das Europäische Medienfreiheitsgesetz erzielt. Die neuen Vorschriften sollen Medien sowie Journalistinnen und Journalisten besser vor politischer Einflussnahme schützen und sicherstellen, dass Medien leichter über Grenzen hinweg tätig werden können. Vorgeschlagen wird ein neues unabhängiges Europäisches Gremium für Mediendienste, das sich aus nationalen Medienregulierungsbehörden oder -gremien zusammensetzt, um die Zusammenarbeit auf EU-Ebene, auch zur Bekämpfung ausländischer Propaganda, zu stärken und die Umsetzung der neuen Vorschriften zu unterstützen.

Ferner wurden neue Vorschriften zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten,

Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Personen festgelegt, die Ziel strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung sind. Die neuen Vorschriften umfassen die vorzeitige Abweisung unbegründeter Klagen, Rechtsbehelfe gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren und den Schutz vor Drittlandsurteilen, die in der EU nicht anerkannt oder vollstreckt werden.

Im Rahmen des Projekts „Free Media Hub EAST“, das vom Prague Civil Society Centre (Zentrum der Zivilgesellschaft in Prag) geleitet und von der Kommission unterstützt wurde, wurden im Jahr 2023 Finanzhilfen in Höhe von über 2,2 Mio. EUR gewährt, um bestehende und etablierte unabhängige belarussische und russische Medien zu unterstützen, die in der EU arbeiten (hauptsächlich in Tschechien, Deutschland, Lettland, Litauen und Polen).



Eine Demonstrantin hält ein Plakat mit dem Foto von Mahsa Amini hoch, einer 22-jährigen Frau, die von der iranischen Sittenpolizei wegen Verstoßes gegen das Kopftuchgesetz festgenommen wurde und ihr Leben lassen musste, Mailand (Italien), 16. September 2023.

Im Gedenken an den Kampf um die Freiheit ehrt die EU auch weiterhin all jene, die hierfür den höchsten Preis gezahlt haben. Das Parlament verlieh den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2023 an Jina Mahsa Amini und die Bewegung „Woman, Life, Freedom“ im Iran.

## Mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger

Die EU ist entschlossen, den Bürgerinnen und Bürgern und den Interessenträgern stärker Gehör zu schenken. Die Öffnung der politischen Entscheidungsprozesse für die Allgemeinheit trägt ebenfalls zu mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz in der EU bei.

In den letzten Jahren hat die Kommission ihre Konsultationstätigkeiten über das Portal „Ihre Meinung zählt“, die zentrale Seite für Rückmeldungen und Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern, weiter ausgebaut. Beiträge können zu Aufforderungen zur Stellungnahme, zu angenommenen Vorschlägen und Entwürfen von Rechtsakten geleistet werden. Für eine höhere Reichweite hat die Kommission deutlich mehr Konsultationen in alle EU-Amtssprachen übersetzt (von 59 % übersetzten öffentlichen Konsultationen im Jahr 2019 auf 83 % im Jahr 2023).

### Bürgerforum

Zwischen Dezember 2022 und April 2023 organisierte die Kommission die erste Reihe der neuen Generation von Bürgerforen, bei der dieses

neue Format der Bürgerbeteiligung in den politischen Entscheidungsprozess integriert wurde. Aufbauend auf den Erfahrungen der Konferenz zur Zukunft Europas und als Reaktion auf die auf der Konferenz geäußerten Forderungen, ermöglichen die Foren 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, sich im Vorfeld über die Vorschläge der Kommission zu beraten und Empfehlungen abzugeben.

In den Foren wurden die Initiativen zu den Themen Lebensmittelverschwendung, virtuelle Welten und Lernmobilität erörtert. Die Empfehlungen wurden in Bürgerberichten zusammengetragen, die in die Ausarbeitung der endgültigen Kommissionsvorschläge einfließen und zusammen mit diesen veröffentlicht wurden. Die Initiativen der Kommission wurden am 5. Juli (Lebensmittelverschwendung), am 11. Juli (virtuelle Welten) und am 15. November (Lernmobilität) vorgelegt. Die neuen Bürgerforen ergänzen den umfassenderen Konsultationsprozess, durch den die Kommission Informationen von Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern einholt.



Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie, beim Europäischen Bürgerforum zu virtuellen Welten, Brüssel (Belgien), 11. Juli 2023.

## Europäische Bürgerinitiativen

Im April registrierte die Kommission die 100. Europäische Bürgerinitiative seit ihrer Einführung im Jahr 2012. Im Laufe des gesamten Jahres registrierte die Kommission 37 neue Initiativen, mit denen Maßnahmen der EU in verschiedenen Bereichen gefordert wurden, wie z. B. menschenwürdige Behandlung von Migrantinnen und Migranten, Tierwohl, Schienennetze, Besteuerung, Erhaltung der ukrainischen Kultur sowie Bildung über die Unionsbürgerschaft.

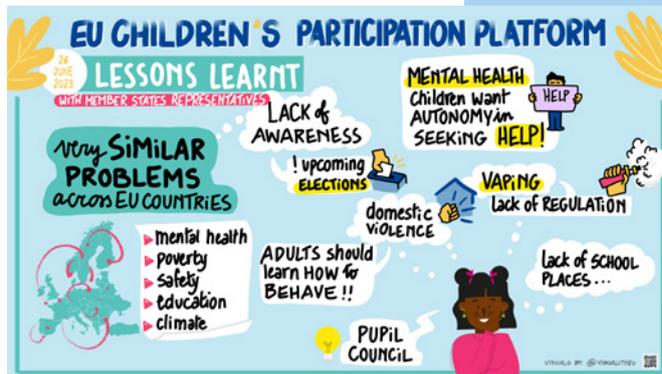
Die Kommission antwortete auch auf vier erfolgreiche Initiativen im Jahr 2023, die eine Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, das Ende des Handels mit abgetrennten Haifischflossen, das Ende von Tierversuchen und ein Verbot der Pelzherstellung und des Pelzhandels forderten. Seit 2012 haben bislang zehn Initiativen mehr als eine Million Unterstützungsbekundungen erhalten.

Aus dem Bericht von 2023 über die neuen Vorschriften für die Europäische Bürgerinitiative, die seit 2020 in Kraft sind, geht hervor, dass diese Vorschriften einen leichter zugänglichen, weniger

aufwendigen und benutzerfreundlicheren Rahmen für Organisatoren und Unterstützerinnen und Unterstützer bieten. Außerdem werden praktische Verbesserungen vorgeschlagen, um das allgemeine Bewusstsein zu schärfen und die Bürgerinnen und Bürger über ihr Recht auf Nutzung von Bürgerinitiativen sowie darüber, wie erfolgreiche Initiativen sichtbar weiterverfolgt werden können, zu informieren.

## Bürgerrechte stärken

Die Unionsbürgerschaft ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union. Anlässlich des 30. Jahrestages der Unionsbürgerschaft schlug die Kommission Maßnahmen zur Stärkung der Bürgerrechte vor. Diese wurden durch einen Leitfaden für die Bürgerinnen und Bürger, der wesentliche Informationen über ihre Rechte enthält, ergänzt. Im Bericht über die Unionsbürgerschaft 2023 werden die Fortschritte hervorgehoben, die bei der Förderung der Bürgerrechte, der gemeinsamen Werte und der demokratischen Teilhabe in der EU seit der Veröffentlichung des letzten Berichts im Jahr 2020 erzielt wurden.



Erkenntnisse der ersten Generalversammlung der EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern.

Die erste Generalversammlung der EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern, die gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen aus der EU geleitet und gestaltet wurde, fand im Juni in Brüssel statt. Rund 60 Kinder kamen zusammen, um über die Themen zu diskutieren, die in den nächsten drei Jahren die Arbeit der Plattform bestimmen werden: Demokratie, Klimawandel, psychische Gesundheit, Sicherheit und Armut.

## Die Rolle von Kindern und Jugendlichen stärken

Nahezu 20 % der Bürgerinnen und Bürger der EU sind Kinder. Sie haben das Recht, sich zu Themen, die sie betreffen, zu äußern. Durch die EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern wurden im Jahr 2023 für Kinder unter 18 Jahren noch mehr Möglichkeiten geschaffen, sich am Entscheidungsprozess zu beteiligen. Fast 50 Organisationen aus der gesamten EU, die direkt mit Kindern arbeiten, sind der Plattform seit ihrer Gründung im Oktober 2022 beigetreten.

Mit dem Europäischen Jahr der Jugend 2022 wurde jungen Menschen auf allen Ebenen der politischen Agenda ein hoher Stellenwert eingeräumt und die Perspektive der Jugend in die verschiedenen Politikbereiche eingebracht. Das Jahr der Jugend mobilisierte Millionen junger Menschen, die im Rahmen verschiedener EU-Programme und politischer Initiativen an 13 000 Aktivitäten in 67 Ländern teilnahmen, und machte sie darauf

aufmerksam, welche Möglichkeiten die EU bietet. Eine Reihe neuer Beteiligungsformate für Jugendliche wurde ins Leben gerufen: die Plattform „Youth Voices“ und die „Youth Talks“, die politischen Dialoge und der Pool junger europäischer Journalistinnen und Journalisten. Social-Media-Kampagnen, die von Februar 2022 bis Mai 2023 liefen, führten zu 210 Millionen Views und 10 Millionen Interaktionen und erreichten 91,4 Millionen Menschen.

Damit junge Menschen sich als aktive Bürgerinnen und Bürger einbringen können, müssen sie verstehen, wie die Demokratie funktioniert und welche Rechte und Pflichten sie haben. Der im Mai veröffentlichte Baukasten „Aktive Demokratie in der EU“ bringt Schülerinnen und Schülern die Europäische Bürgerinitiative näher und ermutigt sie, eine aktive Rolle bei europäischen Themen einzunehmen.

## DIE EU KONTAKTIEREN

### Besuch

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europa Direkt“-Zentren. Ein Büro in Ihrer Nähe können Sie online finden ([european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us\\_de](https://european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us_de)).

### Per Telefon oder schriftlich

Der Europa-Direkt-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Kontaktieren Sie Europa Direkt

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696,
- über das folgende Kontaktformular: [european-union.europa.eu/contact-eu/write-us\\_de](https://european-union.europa.eu/contact-eu/write-us_de).

## INFORMATIONEN ÜBER DIE EU

### Im Internet

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen ([european-union.europa.eu](https://european-union.europa.eu)).

### EU-Veröffentlichungen

Sie können EU-Veröffentlichungen einsehen oder bestellen unter [op.europa.eu/de/publications](https://op.europa.eu/de/publications). Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europa Direkt oder das Dokumentationszentrum in Ihrer Nähe ([european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us\\_de](https://european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us_de)).

### Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex ([eur-lex.europa.eu](https://eur-lex.europa.eu)).

### Offene Daten der EU

Das Portal [data.europa.eu](https://data.europa.eu) bietet Zugang zu offenen Datensätzen der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU. Die Datensätze können zu gewerblichen und nicht gewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden. Über dieses Portal ist auch eine Fülle von Datensätzen aus den europäischen Ländern abrufbar.

